

# politicum

Josef Krainer Haus  
Schriften

Die Zukunft Mitteleuropas

50

# politicum

Josef-Krainer-Haus-Schriften

# 50

Jänner 1991 / 11. Jahrgang

Noch erhältliche Nummern:

Heft 41 „Demokratie und Kontrolle“  
Heft 42a „Vom Patriarchat zur Partnerschaft“  
Heft 43 „Bewußter Leben“  
Heft 44 „Frauenbild und Männerwelt im Umbruch“  
Heft 45 „Leben in der Gemeinde“  
Heft 46 „Wissenschaft und Forschung“  
Heft 47 „Pop und Politik“  
Heft 48 „Grenzland — Hoffnungsland“  
Heft 49 „Die Medizin braucht neues Denken“

Herausgeber: Josef-Krainer-Haus  
Bildungszentrum der ÖVP Steiermark

Medieninhaber: ÖVP Steiermark

Ständige Redaktion:

Herwig Hösele, Ludwig Kapfer,  
Dr. Manfred Prisching

Hersteller: Klampfer Ges.m.b.H., 8160 Weiz

Für den Vertrieb verantwortlich:

Helmut Wolf

Bestellungen an Josef-Krainer-Haus  
Pfeifferhofweg 28, 8045 Graz

## Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates

Univ.-Prof. Dr. Alfred ABLEITINGER  
Ass.-Prof. Dr. Wolfgang BENEDEK  
Univ.-Prof. Dr. Christian BRÜNNER  
Univ.-Prof. Dr. Anton GRABNER HAIDER  
Prof. Dr. Karl A. KUBINZKY  
Univ.-Prof. Dr. Wolfgang MANTL  
Univ.-Prof. Dr. Norbert PUCKER  
Univ.-Prof. Dr. Reinhard RACK  
Univ.-Prof. Dr. Kurt SALAMUN  
Univ.-Prof. Dr. Bernd SCHILCHER  
Univ.-Prof. DDr. Gerald SCHÖPFER  
Univ.-Prof. DDr. Wilfried SKREINER  
Univ.-Prof. DDr. Ota WEINBERGER  
Univ.-Prof. Dr. Kurt WEINKE  
Univ.-Prof. Dr. Franz WOLKINGER  
Univ.-Prof. Dr. Wolfgang ZACH

## Inhalt und Autoren:

Editorial .....	1
<i>Josef Krainer:</i>	
Zum Jubiläum.....	2
<i>Erhard Busek:</i>	
Österreich zwischen EG-Europa und Mitteleuropa .....	3
<i>Wolfgang Benedek:</i>	
Die neue europäische Ordnung und Mitteleuropa.....	5
<i>Bernhard Hofmann-Wellenhof:</i>	
Europäische Perspektiven — Ängste und Träume .....	9
<i>Reinhard Rack:</i>	
Österreichs Standort in Europa .....	11
<i>Konrad Ginther:</i>	
Selbstbestimmung in Europa.....	13
<i>Wolfgang Manzl:</i>	
Die demokratische Erneuerung in Ostmitteleuropa.....	16
<i>Manfred Prisching:</i>	
Der Umbruch im Osten und die Zukunft Europas .....	18
<i>Alena Kleinova:</i>	
Gewissenserforschung vor der Tür Mitteleuropas .....	23
<i>Thomas Götz:</i>	
Prag, Herbst .....	25
<i>Gábor Roszik:</i>	
Mitteleuropa aus der Sicht eines Politikers aus Ost-Mitteleuropa .....	27
<i>Miro Cerar:</i>	
Slowenien und (Mittel)europa .....	29
<i>Ivan Simonović, Josip Kregar:</i>	
Kroatien und Mitteleuropa .....	32
<i>Gerhard W. Baumgartner:</i>	
Der polnische Weihnachtsmann .....	34
<i>Atilla Ara-Kovács:</i>	
Abschied vom Kontinent .....	36
<i>Hubert Isak:</i>	
Ein Wirtschaftsraum für Europa?.....	38
<i>Willibald Posch:</i>	
Zur Wiederkehr des Privaten im Recht .....	42
<i>Taras Kernauner:</i>	
Ein katholisches Mitteleuropa? .....	44
<i>Florian Kuntner:</i>	
„Grenzen überwinden“ — Überlegungen zur Gestaltung des „Hauses Europa“	48
<i>Józef Tischner:</i>	
In der Wahrheit leben — und in Unfreiheit .....	51
<i>Emil Brix:</i>	
Die Kultur Mitteleuropas nach den Revolutionen .....	55
<i>Richard Kriesche:</i>	
Informationelle Begrenzung versus kulturelle Entgrenzung .....	57
<i>Zoran Konstantinović:</i>	
Literaturproduktion unter veränderten Bedingungen .....	60
<i>Helmut Strobl:</i>	
Wieviel Westen braucht der Osten? .....	63
<i>Fritz Csoklich:</i>	
Wie Medien das neue Europa verderben oder fördern können .....	64
<i>Fabjan Hafner:</i>	
Mitteleuropa als Übersetzungsproblem .....	66
<i>Anzelm Bárány:</i>	
Reisen: Die Außenpolitik der „Kleinen Leute“? .....	67
<i>Gerhard Feltl:</i>	
EXPO — Herausforderung Mitteleuropa .....	70
<i>Gottfried Kellermayr:</i>	
Die Chance der Malaise .....	71
<i>Herwig Hösele:</i>	
Stainz und die Konsequenzen .....	73
<i>Joseph Marko:</i>	
Stainzer Mélange .....	76
Stainzer Erklärung .....	78
Ex libris .....	79
Annus Mirabilis 1989 .....	80
Culturpoliticum .....	82
Satiricum .....	86
Das Projekt Mitteleuropa .....	87
Neujahrsgrüße aus Prag .....	88

Offenlegung der Richtung im Sinne des Pressegesetzes:

„politicum“ versteht sich als Plattform der Diskussion im Geiste jener größtmöglichen Offenheit und der tragenden Prinzipien, wie sie im „Modell Steiermark“ vorgegeben sind.

# VIRUS MITTELEUROPA

Plötzlich sind die vermeintlichen Nostalgiker am Puls der Zeit, während die Realisten von gestern die Welt nicht mehr verstehen (können). Plötzlich, das war das Jahr 1989/90, in dem der Kontinent Mitteleuropa wieder sichtbar geworden ist. Seither hat die Mitteleuropa-Debatte ganz neue Züge bekommen. Hatte man sie früher den Historikern überlassen (Was war Mitteleuropa?), so geht es jetzt um die vitale Frage: „Wie sieht die Zukunft Mitteleuropas aus?“ Früher galt die Mitteleuropadebatte als Luxus, heute ist sie eine Notwendigkeit.

Der Kern der Idee ist einfach: Selbstentfaltung in Freiheit. Die Gestaltung und Konkretisierung dieser Idee ist schon wesentlich schwieriger, wie die aufkommenden Nationalismen zeigen. Das mitteleuropäische Experiment kann nämlich nur dann als gelungen betrachtet werden, wenn die Freiheit aller gegeben ist. Die Geschichte unseres Jahrhunderts hat gerade im mitteleuropäischen Raum schmerzlich spüren lassen, was Selbstentfaltung für nur ein Volk oder für nur eine Klasse oder für nur eine Weltanschauung bedeutet.

Die Mitteleuropadebatte ist also notwendig, zumindest hilfreich. Die Zeitschrift „politicum“ und das „Projekt Mitteleuropa“ im Josef-Krainer-Haus wollen auch ihren Beitrag leisten. Bei der Redaktion zeigten sich aber bald erhebliche Schwierigkeiten: Eine umfassende Abhandlung des Themas war nicht möglich und die Strukturierung des Heftes schien genauso schwierig wie die Strukturierung der Mitteleuropadebatte insgesamt. Vor allem wurde einmal mehr deutlich, daß unsere Debatte eigentlich vielsprachig geführt werden müßte, daß die Dominanz des Deutschen in diesem Gespräch unzulässig ist. Es soll nicht verschwiegen werden, daß eine ungarische und slowenische Zusammenfassung der Beiträge des Heftes geplant waren, daß wir uns aber als Redaktion mit diesem Vorhaben eindeutig überfordert hatten. Das soll nicht entmutigen, sondern Schreiber und Leser motivieren, diese Herausforderung der Vielsprachigkeit anzunehmen.

Die Anordnung der Artikel dieses „politicum“ ist zwar nicht willkürlich, doch sie entspricht auch nicht einem sich durchziehenden roten Faden. Die unterschiedlichen Beiträge und vor allem die fehlenden Beiträge spiegeln den gegenwärtigen Stand des Gespräches über Mittel-

eropa wider. Diesem Umstand versuchte auch der ungarische Graphiker des Heftes, Janisz Horvath, Rechnung zu tragen.

Nach dem Jahr 1989/90 ist das Projekt Mitteleuropa konkret geworden. Die Idee muß sich nun in der Praxis, in konkretem Tun bewahrheiten und bewähren. Mitteleuropa konkret, das heißt: Ungarischkurs in der Hauptschule Anger, slowenisch-steirische Gemeindepartnerschaften, die viele unbedankte Kleinarbeit bei der Organisation der Rumänienhilfe etc. Die Mitteleuropaidee läßt sich vielleicht mit einem Virus vergleichen, das freilich gutartig sein müßte. Über Viren weiß man nicht allzuviel: „A virus is a virus“, hat der Medizinnobelpreisträger André Lwoff gesagt. Aber soviel weiß man doch: Ein Virus ist ein Kleinstlebewesen, das für sich allein nicht existieren kann. Es befallt einen lebendigen Organismus und bewirkt in ihm Veränderungen. Die Aktivität eines Virus kann durchaus segensreich für den Organismus sein. Zum Beispiel können Viren krankheitserregende Bakterien vernichten. Ähnlich ist es mit der Mitteleuropaidee. Auch hier gibt es bereits größte Schwierigkeiten bei der Definition. „Mitteleuropa is Mitteleuropa“ könnte man sagen, ohne deswegen Nobelpreisträger sein zu müssen. Und es stimmt auch, daß die Mitteleuropaidee für sich nicht existieren kann. Sie verlangt nach Vernetzung und Anwendung. Sie möchte Organismen wie Kultur, Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und religiöses Leben infizieren, um dort — oft genug unerkannt — positiv zu wirken. Sie kann sich zum Beispiel als wirksames Mittel gegen den Krankheitsherd Nationalismus erweisen. Und noch etwas ist dem Mitteleuropagedanken und den Viren gemeinsam: Sie können sich in ihrem Erscheinungsbild sehr schnell verändern. Das politicum-Heft „Die Zukunft Mitteleuropas“ ist ein weiterer Nachweis des Virus Mitteleuropa. Nun ist auch die an und für sich als besonders resistent geltende Steiermark infiziert. Es wird ihr Schaden nicht sein. Und auch für Mitteleuropa kann es nur gut sein, wenn eine Region wie die Steiermark an seiner Gestaltung mitwirkt, an der Realisierung der konkreten Utopie Mitteleuropa.

Rembert J. Schleicher

# Josef Krainer

# ZUM JUBILÄUM

**A**ls Landeshauptmann freue ich mich besonders, daß dieses Jubiläums-„politicum“ der Zukunft Mittel-europas gewidmet ist. Denn die Perspek-tiven des zusammenwachsenden Europas, in dessen Mitte wir Österreicher und Steirer situiert sind, zählt für uns zu den wichtigsten Fragen unserer Zeit.

Dieses Jubiläums-„politicum“ mit seiner Themenstellung und seinen Autoren ist auch ein besonders gutes Beispiel für den Anspruch, den diese Zeitschrift seit ihrer Gründung mit viel Erfolg zu erfüllen ver-sucht. „politicum“ will ein offenes und kritisches Diskussionsforum für grund-sätzliche Fragestellungen sein. In den bis-her erschienenen Nummern wurden zahl-reiche wichtige Fragen unserer Zeit in vielfältigen Facetten mit unorthodoxen und auch kontroversen Ideen beleuchtet und diskutiert, die viele fruchtbare Denk-anstöße gaben. Der Blick wurde immer wieder über den Tellerrand der Tages-politik und auch über den Horizont der Landesgrenzen hinaus gerichtet.

Darum geht es gerade jetzt angesichts der großartigen Veränderungen in Europa. Aufgrund ihrer geopolitischen Lage und historischen Tradition als jahrhunderte-langes Grenzland und Residenz der ehemaligen Habsburgischen Ländergruppe Innerösterreichs am Schnittpunkt der drei großen europäischen Kulturkreise — des deutschen, des romanischen und des slawi-schen — hat die Steiermark stets eine ausgeprägte Verantwortung gezeigt.

So wurde nach 1945 die aktive Nachbar-schaftspolitik schon von meinem Vater initiiert, gepflegt und geprägt, durch welche die negativen Konsequenzen für das Grenzland durch die unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Systeme gemildert werden konnten und beispielgebend das Prinzip einer offenen Grenze zwi-schen Staaten unterschiedlicher Ideolo-gien ermöglicht wurde.

● So wurde die Grazer Messe bewußt als Südost-Messe wieder ins Leben ge-rufen, als Tor zur Wirtschaft der süd-osteuropäischen Länder Mitteleuropas zu uns und umgekehrt.

● So wurde von Hanns Koren der Tri-gon-Gedanke, also der Zusammenarbeit und wechselseitig befruchtenden Kon-frontation der Künste an diesem Schnitt-punkt der drei großen europäischen Kul-turkreise entwickelt.

● So arbeiteten seit langem auch die Universitäten im steirischen, slowenisch-kroatischen und oberitalienischen Raum zusammen.

● So war die Steiermark einer der Hauptinitiatoren der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria, die am 20. November 1978 von den österreichischen Ländern Steier-mark, Kärnten und Oberösterreich, den italienischen Regionen Friaul-Julisch-Ve-

netien und Venetien sowie den jugoslawi-schen Teilrepubliken Slowenien und Kroatiens gegründet wurde. Salzburg und Bayern wurden damals bereits aktive Be-obachter. Später kamen neue Regionen hinzu — vor allem die Komitate West-Ungarns, die Lombardei, Südtirol und das Trentino!

War früher im Zusammenhang mit der Steiermark meist von Standortnachteilen die Rede, kann man heute immer öfter hören, daß unser Land eine neue Stand-ortattraktivität gewonnen hat, die uns neue Verantwortung zuweist und eigent-lich unsere klassische Rolle des alten Innerösterreich neuerlich zugemessen er-hält.

Durch den Aufbruch des Ostens und Süd-ostens Mitteleuropas ist die Steiermark insgesamt von einem „Blinddarm“ wiederum in die Mitte, sozusagen ins „Herz“ Europas, gerückt.

Mittelfristig hat sich unsere frühzeitige Initiative sehr „bezahlt“ gemacht. Politisch, kulturell und auch wirtschaftlich. Dies unterstreicht auch die Richtigkeit unserer Politik, nämlich einerseits außer-ordentliche Kraftanstrengungen zum Ausgleich der Benachteiligungen durch die Grenz- und Randalage insbesondere in der Infrastruktur und in der Wissen-schafts-, Wirtschafts- und Innovations-politik zu setzen, und andererseits eine aktive regionale Außenpolitik in der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria zu betrei-ben.

Forcierte EG-Integration und regionale Außenpolitik sind dabei zwei Seiten der-selben Medaille, die nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen.

Für beides engagieren wir uns mit größter Konsequenz und Überzeugung.

Die ARGE Alpen-Adria hat in diesem eu-roäischen Mikrokosmos der letzten 12 Jahre in vielem Avantgarde- und Pionier-funktionen übernommen und viele Ent-wicklungen des Ost-West-Verhältnisses, die sich erst in den letzten Jahren herau-sbildeten, vorwegnehmen können.

Warum Mikrokosmos? Weil auf klei-nstem Raum abbildhaft die Vielfalt Euro-pas — die Reichtümer der Geschichte, Natur und Kultur, die Innovationskraft, aber auch die Kooperation von Mit-gliedern aller europäischen politischen Systeme — neutrale, blockfreie, NATO-,

COMECON-, EG- und Warschauer Pakt-Mitglieder — zum Tragen gebracht wurde.

In der ARGE Alpen-Adria arbeiteten also Regionen aller Systeme zusammen, lange bevor Europa jetzt wieder zusammenzu-wachsen beginnt.

Vor allem die Steiermark hat sich ge-meinsam mit Venetien für die Aufnahme ungarischer Komitate in die Arbeitsge-meinschaft stark gemacht, was Mitte der Achtzigerjahre auch eingeleitet wurde.

Die ARGE Alpen-Adria ist auch Aus-druck des neu erwachenden europäischen Regionalismus, des Suchens des Men-schen nach Identität und Geborgenheit, nach Heimat, wie es in ganz Europa in den Dezentralisierungsbestrebungen nicht nur des Westens — von Spanien über Frankreich und Belgien — sondern auch des Ostens — bis hin zum Baltikum — zum Ausdruck bringt.

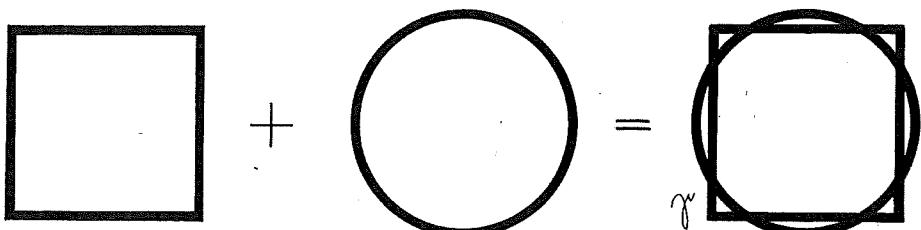
Dazu ist die ARGE Alpen-Adria auch Vorreiter eines europäischen Bewußt-seins, das sinnvollerweise nur über die Regionen wachsen kann.

Föderalismus und interregionale Zusam-menarbeit müssen zentrale Bauelemente einer gemeinsamen europäischen Archi-tектur sein.

In der ARGE Alpen-Adria wurde auch der Mitteleuropa-Gedanke kultiviert. Es wurden von der Steiermark die Fühler aber nicht nur zu den Nachbarn, sondern auch in die anderen Teile Europas und der Welt ausgestreckt.

In dem Wissen, daß die Anbindung in den dynamischen westeuropäischen Wirtschaftsraum eine Lebensnotwendigkeit für die Steiermark und Österreich ist, war unser Land immer Vorreiter in der EG-Politik.

Der Bogen spannt sich von den Besuchen des damaligen EG-Kommissionspräsi-denten Gaston THORN, des mehrfachen EG-Ratspräsidenten Jacques SANTER und die ständigen Kontakte mit Spitzen-politikern aus unseren Nachbarländern und Deutschland — um nur einige Bei-spiele seit Beginn der Achtzigerjahre zu nennen — bis zum großartigen Stainzer Symposium, welches auch in diesem Ju-biläums-„politicum“ dokumentiert ist. Ich freue mich auf die Zukunft Europas — und natürlich auch des „politicums“.



# ÖSTERREICH ZWISCHEN EG-EUROPA UND MITTELEUROPA

**D**as europäische Thema hat Konjunktur. Es hat bisweilen im intellektuellen und politischen Diskurs derart Konjunktur, daß kluge Geister zu Recht vor einem neuen Eurozentrismus und einer verengten Nabelschau warnen. Vielleicht tut es deshalb gut, eine kleine Rückblende zu wagen, um dem gewählten Thema neue Facetten abgewinnen zu können.

Vor einigen Jahren, als meine Freunde und ich „Mitteleuropa“ als zukunftsträchtige historische Vision zu artikulieren versuchten, hat man uns belächelt. Mitteleuropa wurde im besten Falle als historische Reminiszenz gesehen, nicht aber als ein Thema mit Entwicklungspotential. Auch die Europäische Gemeinschaft stand in der österreichischen Diskussion nicht zur Debatte. Brüssel war von Wien geistig genauso weit entfernt wie Prag politisch. Das Land ruhte gleichsam in sich selbst. Es ruhte in einer zentralistischen Selbstgefälligkeit, bisweilen gebeutelt durch ein politisches oder kulturelles Skandalon.

Aus dieser Perspektive heraus kann ich die aktuelle Gegenwart nur als aufregendes Abenteuer sehen. Das, wovon wir geträumt haben, ist plötzlich quasi über Nacht historische Wirklichkeit geworden, Osteuropa ist frei, die Todesgrenzen sind verschwunden. Das Projekt „Mitteleuropa“ steht plötzlich auf der Tagesordnung, ohne daß wir so recht wissen, wie uns eigentlich geschieht.

## Das Ende der Selbstgenügsamkeit

Die neuen Themen der europäischen Politik bleiben nicht ohne Folgen für Österreich. Die Selbstgenügsamkeit mit einem spezifisch österreichischen Einschlag des Provinzialismus ist in Frage gestellt. Gewohntes zerbröseln, lieb gewordene Legitimitäten des politischen Diskurses wirken flach, bisweilen lächerlich. Das Ende der Selbstgenügsamkeit und der Selbstgefälligkeit ist gekommen, auch wenn manche dies nicht wahrhaben wollen. Nicht nur die politische und ökonomische, auch die kulturell-geistige Landkarte in und um Österreich hat sich verändert und verändert sich weiterhin.

Kein Zweifel, daß die Reaktionen darauf ambivalent sind. Zum einen Neugierde, Öffnung, Internationalismus, zum anderen ängstliches Zurückgehen, Anklammern an kollektive Mythen, die letztlich nur auf ein kärgliches „Mia san mia“ hinauslaufen. Der ganze Gärungsprozeß steht jedoch erst am Anfang. Die so not-

wendige und jetzt unentbehrliche Diskussion über die österreichische Identität findet erst zögerlich statt. Die schweren Verluste an Intellektualität, an geistigem Selbstbewußtsein und an kritischen Traditionen des wissenschaftlichen Diskurses, die Österreich während der Zeit des Nationalsozialismus durch Verfolgung und Ermordung seiner jüdischen Bevölkerung erlitten hat, rächen sich bitter. Die Versäumnisse der Zweiten Republik bei der Hervorbringung selbstbewußter, unabhängiger und international orientierter Künstler, Literaten und Intellektueller tun ein übriges. Es wäre aber müßig, darüber ein Sündenregister anlegen zu wollen. Worum es jetzt geht, ist die präzise und vorurteilsfreie Festlegung jener Themen und Probleme, die uns (heraus)fordern und auf die wir Antworten finden müssen, um Zukunft möglich zu machen.

## Sind wir Europäer?

Die Frage nach dem künftigen Verhältnis Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft, die Frage nach dem Beitritt zur EG, ist nicht nur eine wirtschaftspolitische, obwohl dies in der Öffentlichkeit primär unter diesem Gesichtspunkt geschehen wird. Diese Frage ist auch eine demokratiepolitische. Und sie ist weiters eine nach dem „Europäischen“ in uns. Sie ist die Frage, was wir in eine künftige europäische Ordnung einbringen wollen und können. Und damit ist sie letzten Endes auch eine Frage nach dem künftigen Schicksal des Projekts „Mitteleuropa“. Die wirtschaftspolitische Antwort ist vergleichsweise einfach zu geben. Realpolitisch haben wir keine Option eines dritten Weges. Wir können uns nicht europäisch orientieren, die Vorteile des Binnenmarktes lukrieren wollen und zugleich auf einer Sonderposition außerhalb der Gemeinschaft beharren. Die Exportstatistik Österreichs gegenüber dem EG-Raum eröffnet hier eine allzu deutliche Perspektive.

Schwierigere Problemstellungen ergeben sich mit der demokratiepolitischen Dimension der Gemeinschaft. Das ist auch einer der Hauptpunkte der Kritik an einer EG-Annäherung Österreichs. Die immer noch so eskalierende Transitproblematik in Westösterreich ist ein exemplarisches Beispiel. Hier stellt sich für die österreichische Politik die große Herausforderung, zukunftsweisende Lösungen zu finden und auszuhandeln. Verkehrsbelastung und Umweltfragen sind sensible Themen der Politik in den 90er Jahren. Nicht zuletzt von einer gelungenen Ver-

kehrskonzeption für Westösterreich, die Transportströme entflechtet und Alternativen zum Straßenverkehr genügend attraktiv macht, wird es abhängen, wie ein EG-Referendum der österreichischen Bevölkerung ausgehen wird. Die eigentliche, breite Diskussion über die Mitgliedschaft Österreichs in der Gemeinschaft, über Vor- und Nachteile, hat ja noch gar nicht begonnen. Eine Nichtbewältigung der Transitprobleme und Ignorieren der weit verbreiteten Angst vor weiteren Umweltzerstörungen kann eine EG-Diskussion sehr schnell in irrationale Bahnen lenken und Populismen aller Art heraufbeschwören.

Wesentlich ist aber auch die Frage nach dem „Europäischen“ in uns. Wie sehr sind wir eigentlich Europäer und worin drückt sich das aus? Die letzten Jahre haben uns nicht immer ein gutes Zeugnis ausgestellt. Die internationale Rezeption österreichischer (Innen)Politik war gemischt, mitunter war sie durch negative Akzente beherrscht.

Während die heimische Wirtschaft in letzter Zeit sehr deutliche Signale der Internationalisierung gesetzt hat, während sich die Forschung und die technische Entwicklung langsam, aber immerhin auf europäische Kriterien und Programme beziehen, unterliegt die Innenpolitik noch immer der fatalen Dynamik des Übersehens, daß viel von dem, was bloß nationales Problem oder Lösung zu sein scheint, im Grunde Außenpolitik ist und das Bild der Republik nach außen hin mitbestimmt.

Auch die Kulturpolitik kränkt. Wir sind zwar mit dem Althergebrachten präsent, aber nicht mit dem Neuen und nicht mit der Gegenwartskultur. Wir geben zu wenig originelle Antworten auf aktuelle Fragen. Die massive kulturelle Präsenz im Ausland, die gerade ein kleines Land wie Österreich dringend bräuchte, ist kaum vorhanden. Das Offensive in unserer künstlerischen, literarischen und intellektuellen Selbstdarstellung fehlt.

Die zwei kulturellen Großereignisse der 90er Jahre in Österreich dürfen wir als Chance deshalb nicht vertun: die Weltausstellung Wien-Budapest 1995 und das 1000-Jahr-Jubiläum Österreichs geben uns die Möglichkeit, „das andere Österreich“ zu zeigen; das kreative, das frageende, das suchende Österreich, das seine Probleme an der Jahrtausendschwelle nicht als Ursache diffuser Ängste, sondern als Aufforderung zur Intellektualität und zum klugen Handeln versteht. Darunter ist aber nicht nur eine intellektuelle oder technische Aufgabe zu verstehen, sondern auch eine eminent politische

Aufgabe. Das Projekt „Mitteleuropa“, das hier unmittelbar hereinwirkt, ist nicht nur eine Chance, es ist auch eine nicht einfach zu bewältigende Herausforderung.

Der außenpolitische Kontext der Republik hat sich in den letzten Monaten gravierend verändert. Da ist zum einen die Öffnung nach Osten, die nicht nur Euphorie, sondern auch heikle Fragen der Einwanderer- und Flüchtlingspolitik sowie der Ausländerbeschäftigung mit sich gebracht hat. Da ist zum anderen aber auch die Wiedervereinigung Deutschlands, die eine verstärkte kulturelle Selbstprofilierung und politische Akzentsetzung Österreichs erfordert.

Unsere liebevoll gepflegte Vorstellung, wir seien die wichtigste Brücke nach Osteuropa und wir seien ein wichtiges Bindeglied zwischen Ost und West, kann sehr schnell zur Selbstdäuschung werden. Sehr bald werden wir friedlich mit dem wiedervereinigten Deutschland darum konkurrieren, wer die Mittlerfunktion zwischen Ost und West nun eigentlich wahrnimmt. Unsere historisch gewachsene Zwischenfunktion kann sehr schnell zu einer insularen Situation werden, an der das Wesentliche vorbeifließt.

Die Weltausstellung 1995 sollte in diesem Prozeß so etwas wie Bilanz sein. Die in-

ternationale Öffentlichkeit wird sich nicht nur auf die Inhalte der Weltausstellung konzentrieren, sondern auch auf die Frage, wie wir die Kooperationsachse Österreich-Ungarn und Wien-Budapest konstruiert haben und wie sie funktioniert, ebenfalls ob wir in unserer (Außen)Politik die Zusammenarbeit mit anderen osteuropäischen Nachbarn pflegen oder nicht pflegen. Viel wird davon abhängen, ob es uns bis dahin gelungen ist, aus dem mitteleuropäischen Traditionserbe vitale Grundlagen für die aktuelle Politik zu schaffen.

### Projekt „Mitteleuropa“

Wer die Definition des Mitteleuropäischen von György Konrád annimmt, der kann die Chancen erkennen, die in diesem Projekt stecken. Konrád schreibt in seinem „Budapester Tao“:

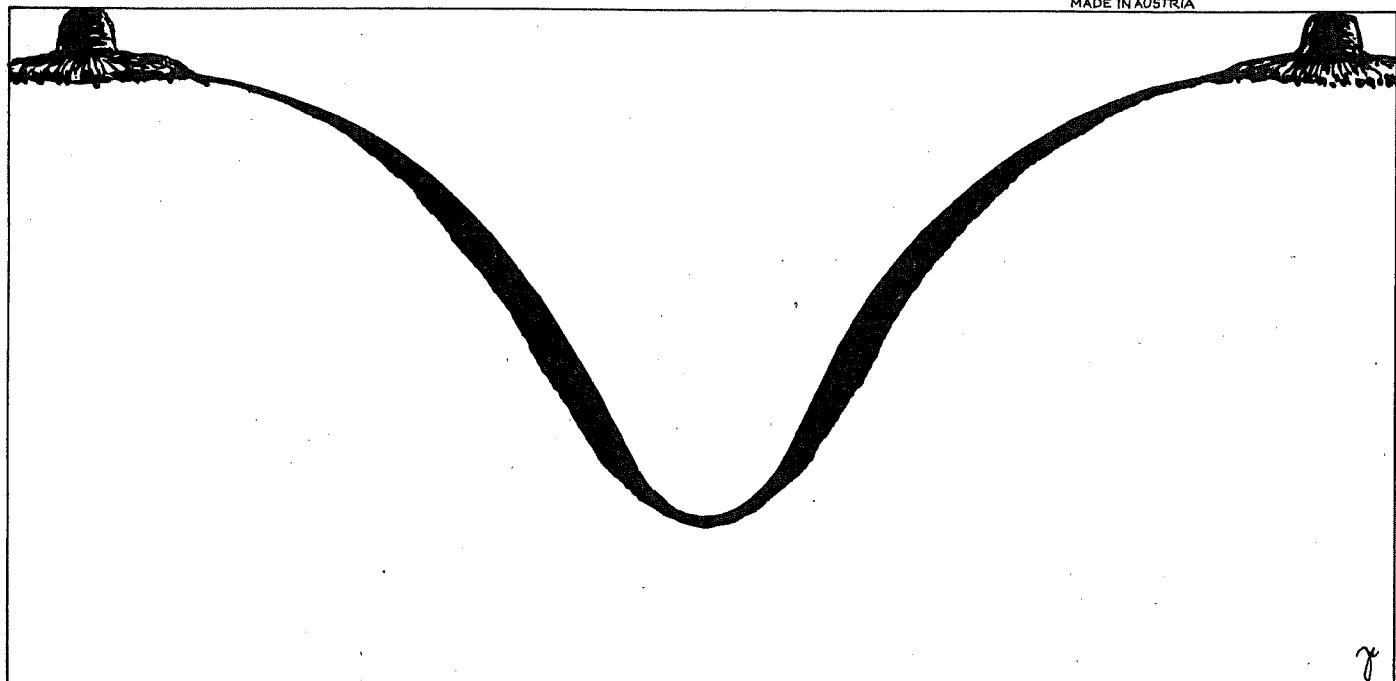
„Mitteleuropäer sein bedeutet Ausgewogenheit in der Behandlung der Interessenskonflikte, eine ästhetische Sensibilität für das Komplizierte, die Mehrsprachigkeit der Anschauungsweisen. Seine Todfeinde verstehen, das ist die Strategie des Verstehens.

Es gibt ein mitteleuropäisches Tao. Umgeben von einem geheimnisvollen Verhaltenskodex, von der Fähigkeit, auch ohne viele Worte zu verstehen, umgeben vom

gemeinsamen Wörterbuch ironischer Anspielungen. Von ähnlichen Vorstellungen über Liebe und Tod, aber auch über Ehe und Beerdigung. Mitteleuropäer sein heißt, die Vielfalt wechselseitig für einen Wert zu halten.“

In Paraphrase eines bekannten, allzu inflationär eingesetzten Zitats möchte ich (trotzdem) sagen: „Mitteleuropa kann sein, wenn es nur will!“. Die Länder dieser Region brauchen sich keinen Konföderationsträumen hinzugeben, um ihr Potential zu entfalten. Es geht vielmehr um einen bestimmten Geist der Nachbarschaftlichkeit, um einen Geist kultureller, wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit.

Die kulturelle Vielfalt und die intellektuelle Ironie dieser Region hat dem neuen Europa viel zu bieten, wenn das nur alle Beteiligten wollen und wenn sie aus ihrer Geschichte die emanzipatorische Lektion gelernt haben. Für Österreich hat das „Projekt Mitteleuropa“, das ein kulturelles im weitesten Sinne ist, eine wichtige Funktion für seine Identität und Identitätsfindung. Auf einen Punkt gebracht, Österreich braucht das EG-Europa nicht zu scheuen, wenn es gelassen und mit dem „Budapester Tao“ im Handgepäck seinen Weg nach Brüssel antritt.



# DIE NEUE EUROPÄISCHE ORDNUNG UND MITTELEUROPA

Für Europa ist eine neue Zeit angebrochen. Der Pariser KSZE-Sondergipfel hat mit der „Charta für ein neues Europa“ vom 21. November 1990 die politischen Strukturen einer neuen europäischen Friedensordnung geschaffen. Die in Wien ausgehandelte „Vereinbarung über konventionelle Streitkräfte in Europa“ als die bedeutendste Abrüstungsvereinbarung der Nachkriegszeit soll eine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit der NATO und der Sowjetunion bewirken. Der KSZE-Prozeß wurde institutionalisiert. In Zukunft werden regelmäßig Treffen der KSZE-Staaten auf verschiedenen Ebenen stattfinden<sup>1</sup>. Gesamt-europäische, ständige KSZE-Institutionen, wie das KSZE-Sekretariat in Prag, das Büro für freie Wahlen in Warschau und das Konfliktverhütungszentrum in Wien sollen die erreichten rechtlichen und politischen Vereinbarungen<sup>2</sup> für das Europa der 34 (plus Albanien als Beobachter) absichern. Unter den „Kalten Krieg“ zwischen Ost und West wurde ein Schlußstrich gezogen. Daraus ergeben sich bisher undenkbare Chancen für Europa, aber auch neue Gefahren, die hier zuerst erörtert werden sollen, bevor wir uns der Frage nach der Zukunft Mitteleuropas in der neuen europäischen Ordnung zuwenden und dabei auch auf die Implikationen für die Neutralität Österreichs eingehen.

## Die neue soziale Frage

Wie nach jedem Krieg hängt der Wert des Friedens davon ab, ob es gelungen ist, eine tragfähige Grundlage zu schaffen, die für alle Beteiligten zumindest eine realistische Perspektive im Hinblick auf eine Verbesserung ihrer Situation beinhaltet. Eine solche läßt sich trotz allgemeiner Anerkennung der Größenordnung der Probleme sowohl hinsichtlich der Wirtschaft als auch im humanitären Bereich noch nicht wirklich erkennen<sup>3</sup>. Dazu kommen die Auflösungsscheinungen der noch bestehenden Vielvölkerstaaten wie Jugoslawien und Sowjetunion, die ebenfalls mit massiven wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten einhergehen, die den Nationalismus noch stärker anfachen. Der Nationalismus verstärkt wiederum den Druck auf die Minderheiten. Zu alledem kommen noch die Probleme der Umwelt, die weitere erhebliche Mittel erfordern. Das Europa des ausgehenden 20. Jahrhunderts sieht sich mit einer neuen „sozialen Frage“ konfrontiert, dem Wohlstandsgefüle im Ost-West-Verhältnis.

Daraus ergeben sich große Gefahren für die soeben anerkannten Errungenschaften im Bereich der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die Verbesserungen im Bereich der militärischen Sicherheit, die Nichtangriffsfähigkeit der Pakte, die neuen vertrauensbildenden Maßnahmen und Kontrollsysteme werden durch die Probleme der wirtschaftlichen Sicherheit angesichts der damit verbundenen politischen Folgen wieder in Frage gestellt. Unter diesen Umständen besteht die Gefahr, daß es in Europa zu einem Rückfall in die Konfliktmuster des 19. Jahrhunderts kommen wird, während doch gerade die sicherheitspolitischen Voraussetzungen für ein friedliches 21. Jahrhundert geschaffen wurden.

Wie die Nachkriegsgeschichte des Ersten Weltkrieges gezeigt hat, begünstigt wirtschaftliche Not antideokratische und nationalistische Tendenzen. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die USA daraus die Lehre gezogen und die politische Erneuerung in Europa durch ein massives Wirtschaftshilfeprogramm in Form des Marshallplanes unterstützt. Diese Hilfe war ausdrücklich auch zum Schutz der notleidenden Europäer gegen den kommunistischen Totalitarismus gedacht und fiel daher nicht zufällig mit der ersten Phase des Kalten Krieges zusammen. Eine gleichartige Bedrohung, ein Feindbild zur Mobilisierung gleich großer Anstrengungen fehlt heute, was mit dazu beigetragen haben mag, daß eine vergleichbar massive und koordinierte Hilfe des „Westens“ noch nicht zustande gekommen ist. Sich hier allein auf die Kräfte des Marktes zu verlassen, würde für die betroffenen Länder die Gefahr des Übergangs von der Zweiten direkt in die Dritte Welt bedeuten. Tatsächlich wurde die Notwendigkeit einer neuen dem Marshallplan vergleichbaren Anstrengung vielerorts erkannt, wie dies z. B. auch in der „Erklärung von Stainz“ anlässlich des Symposiums „Kultur, Wirtschaft und Politik im Wandel“ vom September 1990<sup>4</sup> zum Ausdruck kommt.

## Die humanitäre Frage

Gefahren drohen einstweilen noch nicht in Form der militärischen Gewalt oder einer totalitären Ideologie, sondern in Form von Armutsflüchtlingen, die wir auch durch die Errichtung einer „Wohlstandsmauer“ (Joszef Antall) bzw. einer „Festung Europa“ oder durch „humanitäre Abschreckung“ wie Visapflicht und den Einsatz des Bundesheeres nicht werden abhalten können. Selbst wenn wir sie

heute mangels Nachweises einer politischen Verfolgung noch zurückschicken können, so wird damit nur die Wahrscheinlichkeit größer, daß durch eine Verschärfung der wirtschaftlichen und in der Folge auch der politischen Probleme bald eine wesentlich größere Anzahl als echte Flüchtlinge unsere Grenzen überschreitet. Umgekehrt trägt jeder Schilling, den diese Menschen sich bei uns erarbeiten und eventuell auch nach Hause schicken können, zur Verbesserung der Lage ihrer Länder bei. Eine größere Durchlässigkeit der europäischen Grenzen für Arbeitssuchende muß daher Teil der europäischen Solidarität in dieser Phase des Umbruchs in Europa sein. Dem Wunder der Freiheit wird nicht von selbst das Wirtschaftswunder folgen, das wir in den 50er Jahren erlebt haben und das für die Bewahrung der Freiheit entscheidend sein kann. Heute ist die Ausgangslage zudem ungleich besser, auch wenn der notwendige Einbezug der Republiken der Sowjetunion in die Hilfe die Größenordnung der Aufgabe deutlich macht. Dabei ist nicht auf die Dritte Welt zu vergessen, die zu Recht befürchtet, durch die Ereignisse in Europa völlig in den Hintergrund gedrängt zu werden bzw. sich über kurz oder lang einem einheitlichen Norden gegenüber zu sehen, womit ein Nord-Süd-Konflikt bisher nicht gekannten Ausmaßes heraufbeschworen würde. Angesichts der Aussicht auf eine „neue Völkerwanderung in Europa“<sup>5</sup> scheint die Alternative klar: Entweder kommt die Hilfe zu den Menschen oder die Menschen kommen zu uns.

Dies bedeutet, daß wir uns mit dem Zusammenbruch des Kommunismus nicht zufrieden geben können, noch daraus schnellen Gewinn ziehen dürfen. Der Osten ist der heimgekehrte Sohn, oder besser, Bruder, mit dem jetzt zu teilen ist. Wir haben mit den Polen, den Tschechen und Slowaken, den Ungarn und den Rumanen um ihre Revolutionen gebangt und uns hilflos gefühlt, weil wir so wenig tun konnten. Jetzt können wir helfen und müssen es auch tun, nicht zuletzt in unserem eigenen wohlverstandenen Interesse. Ein neues Europa mit einer neuen europäischen Architektur, ein neues europäisches Haus wird gewisse Prinzipien beachten müssen, damit die Architektur tragfähig ist und ein harmonisches Zusammenleben aller ermöglicht. Insofern müssen die Außenarchitektur und die Innenarchitektur in Einklang gebracht werden. Tatsächlich stimmt jedoch die Architektur der Außenminister mit der durch die Innenminister bestimmten Ein-

richtung oft nicht zusammen: Die Außenminister bauen die Treppen und die Innenminister sperren die Türen zu. Erst hat der Westen in der KSZE mehr als ein- einhalb Jahrzehnte für Ausreisefreiheit gekämpft und nun will er die Einreise verweigern. Hier liegt eine der größten Herausforderungen für die wirtschaftlich reichen Demokratien des Westens.

Ohne funktionierende Reisefreiheit ist jedenfalls ein gemeinsames Haus Europa, eine Normalisierung der jahrzehntelang gestörten Beziehungen nicht denkbar. Wie sollen die natürlichen Beziehungen wieder entstehen, wenn es Wochen und Monate dauert, eine Einreisegenehmigung zu erhalten? Gerade in der Phase nach dem Umbruch ist eine Fülle von Beziehungen auf allen Ebenen notwendig, besteht ein enormer Nachholbedarf. Dafür brauchen wir offene Grenzen in Europa.

## Die Notwendigkeit einer gesamt-europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

Die bestehenden Ansätze der Errichtung einer Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Ost-West-Bank) nach dem Muster der Weltbank und verschiedener Projekte im Rahmen der unter der Führung der EG stehenden Gruppe der 24 sind noch kaum wirksam geworden. Sie bedürfen der Ergänzung durch vielfältige öffentliche und private Maßnahmen, die jedoch in einem multilateralen Rahmen, der EG oder der OECD, institutionalisiert und koordiniert werden sollten.

Angesichts der augenscheinlichen Desintegration in Mittel- und Osteuropa bedürfen diese Staaten umso stärker der wirtschaftlichen Integration in das westliche Europa. Im konkreten Fall sind der Kern und der Motor der wirtschaftlichen Integration in Europa heute die Europäischen Gemeinschaften, der sich in absehbarer Zeit auch die EFTA-Staaten anschließen dürften. Daher haben die neuen Demokratien in Mitteleuropa bereits ihr Interesse an einem ehestbaldigen Beitritt angemeldet. Auch wenn die rechtlichen und die marktwirtschaftlichen Voraussetzungen noch nicht voll gegeben sind, bedarf es doch schon jetzt einer Vision für eine gleichberechtigte wirtschaftliche Zusammenarbeit im zukünftigen Europa<sup>6</sup>. Auch wenn das Verfahren viele Jahre in Anspruch nehmen kann, ist die Perspektive einer Aufnahme sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus politischen Gründen von erstrangiger Bedeutung. Sie würde dem wirtschaftlichen Reformprozeß eine klare Richtung geben, langfristige Investitionsentscheidungen ermöglichen und den betroffenen Menschen die allgemein erwartete Durststrecke und damit das Bleiben in der Heimat unter schwierigen Bedingungen erleichtern. Auch im Falle Griechenlands, Spaniens und Portugals galt, daß

die Demokratisierung dieser Länder wirtschaftlich durch ihre Aufnahme abgesichert werden müsse und daher nicht auf ihre EG-Reife gewartet werden könne. Auch hat bereits Margaret Thatcher mit ihrem Vorschlag einer Öffnung der EG diese Perspektive eröffnet, während Francois Mitterrand bereits Anfang 1990 von einer „großen europäischen Konföderation“ der Staaten West- und Osteuropas sprach<sup>7</sup>. Schließlich gilt, daß, wenn die extrem planwirtschaftliche DDR so relativ einfach im Wege der deutschen Einheit in die EG aufgenommen werden kann, dies bei entsprechendem politischen Willen auch anderen vergleichbaren Ländern ermöglicht werden muß, die bereit sind, die entsprechenden Wirtschaftsreformen durchzuführen.

Auch wenn das deutsche Beispiel eines massiven Engagements zugunsten der Vereinigung nicht verallgemeinerungsfähig ist, bleibt doch das Faktum, daß, wenn nicht auch eindrucksvolle Anstrengungen für die anderen osteuropäischen Länder unternommen werden, die Diskrepanz in der Behandlung Unfrieden stiftet wird. Hingegen hätte die EG ein weiteres Mal eine historische Mission, die friedensstiftende Kraft wirtschaftlicher Integration unter Beweis zu stellen. Zusammenleben in Europa setzt leben können, setzt als Minimum das „Überleben“ voraus. Die neue europäische Sicherheitsordnung kann mit einem derart großen Wohlstandsgefälle nicht funktionieren.

## Neue Bedeutung für Mitteleuropa

Angesichts der revolutionären Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa ist ein Funktionswandel des Mitteleuropakonzepts eingetreten. War Mitteleuropa in den 80er Jahren ein Konzept der Abgrenzung gegen Osten unter Bezugnahme auf Gemeinsamkeiten über den künstlichen „Eisernen Vorhang“ hinweg, steht heute der positive Aspekt der „gemeinsamen Zukunft“ im Vordergrund. Diese Zukunft hat für viele jedoch bereits eine gesamt-europäische Dimension. Ist damit Mitteleuropa heute überflüssig geworden, hat sich das Thema bereits erledigt?

Den meisten Menschen begegnet Mitteleuropa als Begriff vor allem im Wetterbericht<sup>8</sup>. Tatsächlich haben die Völker dieses Raumes alle Schlecht- und Schönwetterlagen geteilt, waren von den Großwetterlagen Europas und der Welt gemeinsam betroffen. Mitteleuropa hat eine gemeinsame Geschichte, im Guten wie im Schlechten. In ihrem Streben nach größerer Autonomie und Selbstbestimmung knüpfen viele Völker dieses Raumes wieder an zum Teil weit zurückliegenden Epochen dieser Geschichte an, was neue Nationalismen begünstigt. Die Berufung auf alte Gemeinsamkeiten der Vergangenheit gibt jedoch vor allem dann Sinn, wenn damit neue Gemeinsamkeiten hervorgebracht werden sollen. Auch hier

ist ein Funktionswandel notwendig, von der „Erinnerungsarbeit“ der gemeinsamen Wurzeln zur „Gestaltungsarbeit“ angesichts der Anforderungen des Zusammenlebens in einem demokratischen Europa. Hier könnte Mitteleuropa ein Vorbild für Europa im Ganzen sein.

An dieser Vorbildhaftigkeit fehlt es freilich noch in vieler Hinsicht. Trotz des steigenden Tourismus und vieler Initiativen besteht noch immer ein enormer Nachholbedarf an Begegnung und Kooperation auf allen Ebenen, attraktiven Sprachlernangeboten, Schul- und Städtepartnerschaften, die auch entsprechend gefördert werden müssen, wie dies z. B. zwischen Deutschland und Frankreich getan wurde. Begegnung aber setzt offene Grenzen, setzt Reisefreiheit voraus, die im Fall Polens erst wieder herzustellen und insgesamt als wertvolles Gut der neu gewonnenen Freiheit zu erhalten ist. Wo Visapflichten unumgänglich erscheinen, stellt sich die Frage ihrer menschlichen und unbürokratischen Handhabung. Mitteleuropa müßte zeigen, daß es bereit ist, die humanitäre Herausforderung des Umbruchs in Europa aufzunehmen.

Der mitteleuropäischen Ebene kommt vor allem in kultureller Hinsicht besondere Bedeutung zu. Angesichts rasant zunehmender Nationalismen in Europa ist die kulturelle Ebene auch von erheblicher politischer Bedeutung. Die Frage der Minderheiten und ihrer kulturellen Rechte wird allgemein als wesentliche Zukunftsfrage Europas betrachtet. An ihr wird sowohl im Rahmen des Europarates als auch der KSZE gearbeitet, wobei etwa anlässlich des Kopenhagener KSZE-Treffens vom Juni 1990 über die menschliche Dimension die Pentagonale<sup>9</sup> mit eigenen Entwürfen eine typisch mitteleuropäische Initiative gesetzt hat.

Die Vergrößerung Europas hat als ihr Gegenstück einen steigenden Bedarf nach dem kleinen Europa, dem Raum, in dem man sich zu Hause fühlen kann, dem Raum der unmittelbaren Lebensinteressen, erzeugt, der sich durch Nachbarschaft und kulturelle Affinitäten auszeichnet. Dies zeigt sich zum Beispiel daran, daß zusammen mit der Verwirklichung des EG-Binnenmarktes auch eine verstärkte Berücksichtigung der Regionen für notwendig erachtet wurde, indem etwa das EG-Parlament 1988 eine „Gemeinschaftscharta der Regionalisierung“ vorschlug. Der Begriff der Region hat heute vor allem über nationale Bedeutung. Regionen können dort, wo gemeinsame Interessen bestehen, auch eine Basis für politische Zusammenarbeit abgeben. Beispiele eines solchen Regionalismus sind z. B. die ARGE Alpen-Adria, die neue ARGE Donauländer und seit kurzem auch die Pentagonale. Erstere stellen eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Nachbarregionen dar, bei letzterer handelt es sich um eine regionale Zusammenarbeit zwischen Nachbarstaaten. Mitteleuropa kann so auch als Form eines neuen europäischen Regionalismus

verstanden werden. Versuche, einen Antagonismus zwischen Mitteleuropa und EG-Europa herzustellen, haben somit keine Berechtigung. Dies gilt umso mehr, wenn die mitteleuropäischen Staaten in absehbarer Zeit einen Teil der erweiterten EG bilden werden. Hier ist mehrdimensionales europäisches Denken gefragt, das auch den Europarat einschließen muß, der zusammen mit der EG und der KSZE den europäischen Rechtsraum der Zukunft bestimmen wird.

Gerade der — außer im Menschenrechtsbereich — schon fast abgeschriebene Europarat erfuhr durch die Demokratisierung Mittel- und Osteuropas eine neue Renaissance. Die in seinem Statut verankerten Prinzipien der pluralistischen Demokratie, der Herrschaft des Rechts und des Schutzes der Menschenrechte stellen die Grundlagen der westeuropäischen Nachkriegsordnung dar, die nunmehr durch die Charta für das neue Europa generelle Anerkennung in diesem Raum gefunden haben. Durch ihren Beitritt zum Europarat und zur Europäischen Menschenrechtskonvention nehmen sich die Staaten Mitteleuropas selbst in Pflicht, diese Grundsätze zur Grundlage ihrer neuen Verfassungen zu machen.

Die neue Bedeutung Mitteleuropas liegt auch darin, daß die Suche nach neuen Wegen und Formen der Zusammenarbeit in Europa zuerst im kleineren Rahmen Mitteleuropas erprobt werden könnten, bzw. manch notwendige Maßnahmen in dieser historischen Gemeinschaft der Kulturen leichter realisierbar erscheint. Die — in der Vergangenheit freilich oft verletzten — „mitteleuropäischen Tugenden“ des Pluralismus und der Toleranz als Grundlagen der guten Nachbarschaft könnten ein Modell für ganz Europa bilden. Angesichts der Ansiedlung der KSZE-Institutionen in Wien, Warschau und Prag ergibt sich auch eine friedenspolitische Funktion Mitteleuropas für ganz Europa, der jüngst auch durch die Aufnahme der Polen als ständige Beobachter in die Pentagonale Rechnung getragen wurde. Mitteleuropa ist eine Größenordnung zwischen Nationalismus und Supranationalismus, die in Europa gebraucht wird.

## Auswirkungen der Neuordnung Europas auf Österreichs Neutralität

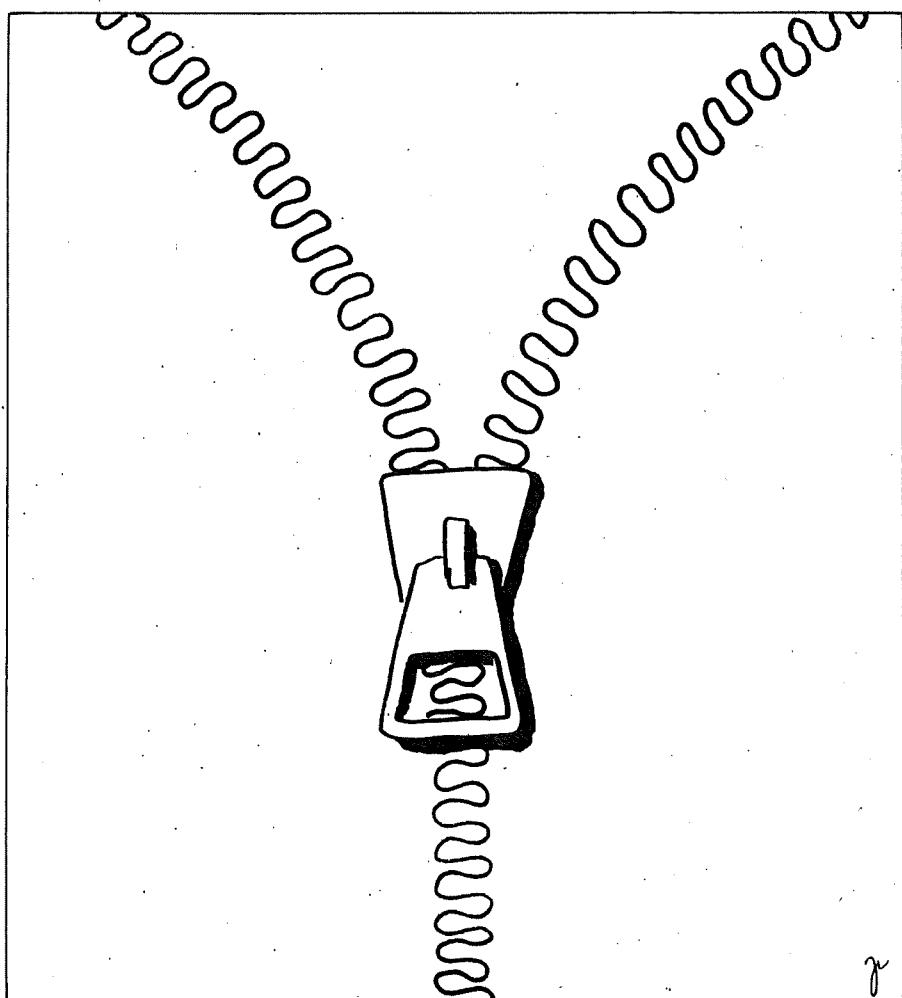
Welches sind nun die Implikationen dieser Entwicklung für Österreich? Der Ost-West-Antagonismus scheint vorläufig überwunden. Warum in dieser Situation noch neutral bleiben, noch dazu, wenn dies den Beitritt Österreichs zur EG erschweren könnte?<sup>10</sup>

Zweifelsohne erfordert die Möglichkeit der Überwindung des Ost-West-Gegensatzes eine Neuorientierung der Neutralität. Dies betrifft vor allem die Neutralitätspolitik, denn die Anpassung des Neutralitätsrechts ist eine Sache der Ent-

wicklung des Völkerrechts. Österreich hat seine Neutralitätspflichten auf Dauer übernommen und nicht nur im Hinblick auf den Ost-West-Konflikt. Die hauptsächliche Relevanz der klassischen Neutralität liegt heute in den bewaffneten Konflikten des Südens, wie dies auch der Noricum-Prozeß sehr deutlich zeigt. In vielen Konflikten der Welt werden „neutrale“ Friedenstruppen gebraucht. Die österreichische Neutralität ist keine „Wegwerfneutralität“, über die nach Gebrauch so einfach verfügt werden kann<sup>11</sup>. Die völkerrechtliche Neutralität schützt uns auch weiterhin davor, in Kriege hineingezogen zu werden. Auch in einer kooperativen europäischen Friedensordnung bleibt diese Funktion der Neutralität aufrecht, erst in einer heute denkbaren, aber noch weit entfernten kollektiven regionalen Sicherheitsordnung Europas mag dies anders zu beurteilen sein. Es stellt sich jedoch auch die Frage nach der Nützlichkeit des Neutralen in Europa, da dieser ja nun keinen Puffer zwischen den Blöcken mehr darstellt und auch für seine guten Dienste zwischen Ost und West als neutraler Ort der Begegnung nicht mehr gebraucht wird. Hier sind die europäischen Herausforderungen der Gegenwart anzunehmen und Überlegungen anzustellen, wo Österreich für Europa wichtige Dienste anbieten könnte. Die Ansiedlung des Konfliktverhütungszentrums in Wien liegt ganz sicher auf der richtigen Linie. Aber auch durch den Ausbau von Forschungseinrichtungen für

Grundlagenforschung zu den Problemkreisen Migration/Asyl, Minderheiten und Nationalitätenproblemen mit regelmäßigen gesamteuropäischen Veranstaltungen und Treffen von Konfliktparteien auf neutralem österreichischem Gebiet könnte Österreich einen wichtigen Beitrag zum neuen Europa leisten. Wie in Deutschland wäre auch in Österreich eine Reduktion der militärischen Aufwendungen angebracht. Die frei werdenden Mittel könnten in Forschungsprojekte zur Lösung europäischer Problemlagen gesteckt werden. Der im letzten Jahr zusammen mit der UNESCO errichteten Europäischen Friedensuniversität auf Burg Schlaining sowie den anderen dort angesiedelten Friedensforschungsinstitutionen als auch dem Österreichischen Institut für Internationale Politik in Laxenburg eröffnen sich hier neue Aufgaben. Weiters wären mit diesen und anderen zusätzlichen Mitteln Hilfs- und Kooperationsprojekte vor allem im (Aus-)Bildungsbereich für Mittel- und Osteuropa zu finanzieren.

Auch angesichts der wahrscheinlichen Erweiterung der EG in der Zukunft um Staaten, die heute noch dem Warschauer Pakt angehören — die durch die deutsche Einheit bereits Teil der EG gewordene DDR ist ein besonders krasser Sonderfall — kann die Neutralität kein unüberwindliches Hindernis darstellen. Dies umso mehr, als nunmehr auch die Neutralen Skandinaviens und selbst die Schweiz zusammen mit anderen EFTA-Staaten



zunehmendes Interesse an einem EG-Beitritt zeigen, ohne deshalb gleich an die Aufgabe ihrer Neutralität zu denken, auch wenn deren Aufrechterhaltung im klassischen Sinne im Rahmen einer voll verwirklichten politischen Union der EG nur schwer vorstellbar erscheint<sup>12</sup>.

## Zusammenfassung

Nach der Epoche der gewaltsamen Trennung Europas geht es bei seiner Neuordnung um eine Rekonstruktion auf der Grundlage der Selbstbestimmung, der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Menschen- und der Minderheitenrechte. Daraus ergeben sich neue Möglichkeiten, Potentiale, die in Projekten auszuloten sind, wie dies in einigen Fällen schon geschieht, neue Strukturen der Zusammenarbeit, wobei an manches angeknüpft werden kann. Hier braucht es Vision und Perspektive, sind Formen institutioneller Zusammenarbeit zu schaffen, die einen Rückfall in autoritäre Strukturen verhindern. Die Bundesrepublik Deutschland gibt ein Beispiel, wie in dieser Situation Geschichte gemacht werden kann. Ähnliches sollte für das Projekt eines neuen Europa als Ganzes in Bewegung kommen. Dabei sollte nicht vergessen werden, daß angesichts der immer stärkeren internationalen Zusammenarbeit der Regierungen im Rahmen von EG und KSZE eine gleichwertige parlamentarische Komponente noch fehlt.

Wo liegt hier nun in Zukunft die Rolle Mitteleuropas? Man könnte Mitteleuropa als europäische Welt im kleinen verstehen, als ein Laboratorium, wo Modelle für Nachbarschaft in Europa erprobt werden können. Es geht um Gastfreundschaft und Solidarität, um Nachbarschaftshilfe anstelle eines neuen Feindbildes „Fremde“ bzw. „Flüchtlinge“. Mitteleuropa hat Zukunft, wenn statt Abgrenzungen Gemeinsamkeiten in den Vordergrund gestellt werden. Es sieht sich jedoch einer Reihe von Gefahren ausgesetzt, wie der Umschlag der Euphorie über die Selbstbefreiung und der Weihnachtssolidarität 1989 in neue, alte Ängste. Wir können nicht zur Ostmark der Festung EG-Europa werden wollen, sondern müssen das ganze Europa im Auge haben, das sich in einem neuen Aufbruch befindet. Ein wichtiger Teil unserer Zukunftschancen liegt in unserer spezifisch mitteleuropäischen Lage, mit unserem spezifisch mitteleuropäischen Erbe. Wie sich schon im Rahmen der regionalen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (ARGE Alp, ARGE Alpen-Adria, ARGE Donauländer) und der Pentagonale gezeigt hat, besitzen wir einen Schatz an Erfahrung und Gemeinsamkeiten in der Vielfalt, der zu bewahren und für die Erneuerung Europas zu nutzen ist.

### Anmerkungen:

1 In Zukunft wird alle zwei Jahre ein Folgetreffen stattfinden, wobei das nächste bereits für 1992 in Helsinki festgelegt war. Die Außenminister werden einmal jährlich als

„KSZE-Rat“ zusammenentreten. Mit den laufenden Agenden wurde ein „Komitee hoher Beamter“ betraut. Beim ersten Treffen des Rates in Berlin soll auch die Schaffung einer parlamentarischen Versammlung der KSZE geprüft werden.

2 Dabei handelt es sich um die Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) von Helsinki von 1975 und die Dokumente der KSZE-Folgetreffen von Belgrad 1978, Madrid 1983 und Wien 1989 sowie der dort vereinbarten Expertentreffen und Konferenzen, wie insbesondere die Pariser (1989) und Kopenhagener Konferenz über die menschliche Dimension (1990), das Schlußdokument der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) von Stockholm 1986 und, in ihrer Folge, die in Paris feierlich unterzeichnete Wiener „Vereinbarung über konventionelle Streitkräfte in Europa“ (VKSE), die auf 22 Staaten beschränkt ist und den ebenfalls für Paris fertiggestellten Vertrag über das Ergebnis der Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VVSBM). Die Gipfelkonferenz der KSZE in Paris schließlich hat in der „Pariser Charta für ein neues Europa“ die Grundsätze für eine Neuordnung Europas zusammengefaßt.

3 Ein ähnliches Defizit findet sich auch in der einschlägigen friedenspolitischen Literatur, wie etwa in der ansonsten ausgezeichneten Analyse von Dieter Senghaas, Europa 2000. Ein Friedensplan, Frankfurt a. M. 1990. Siehe auch 1989: Auf dem Weg zu einem neuen Europa? Friedensbericht 1990, Dialog, Beiträge zur Friedensforschung, Band 19, Heft 1-2 (1990).

4 Siehe dazu den Bericht von Herwig Hösele in diesem Heft.

5 Siehe den gleichnamigen Bericht über eine Vortragsreihe des Schweizerischen Instituts für Auslandsforschung, in: Neue Zürcher Zeitung vom 16. 11. 1990, S. 17. Der Vorstand des soziologischen Instituts der Universität Zürich, Prof. Hoffmann-Nowotny, vertrat danach die Ansicht, daß der Aufbau neuer „eiserner Vorhänge“ langfristig keine Lösung des Problems bringen kann, sondern die weltweiten Entwicklungsunterschiede verringert werden müßten, nicht zuletzt durch eine Reduktion unseres eigenen Lebensstandards.

6 Tatsächlich spricht die Präambel des EWG-Vertrages von 1957 vom „festen Willen, die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker zu schaffen“, woraus sich eine Erwartung auf die Öffnung der EG für alle europäischen Staaten ableiten läßt. Nach Artikel 237 des EWG-Vertrages über die Aufnahme neuer Mitglieder kann jeder europäische Staat beantragen, Mitglied der Gemeinschaft zu werden.

7 Le Monde Diplomatique vom Februar 1990, S. 9, Mitterrand meinte damit jedoch eine Alternative zum Vollbeitritt.

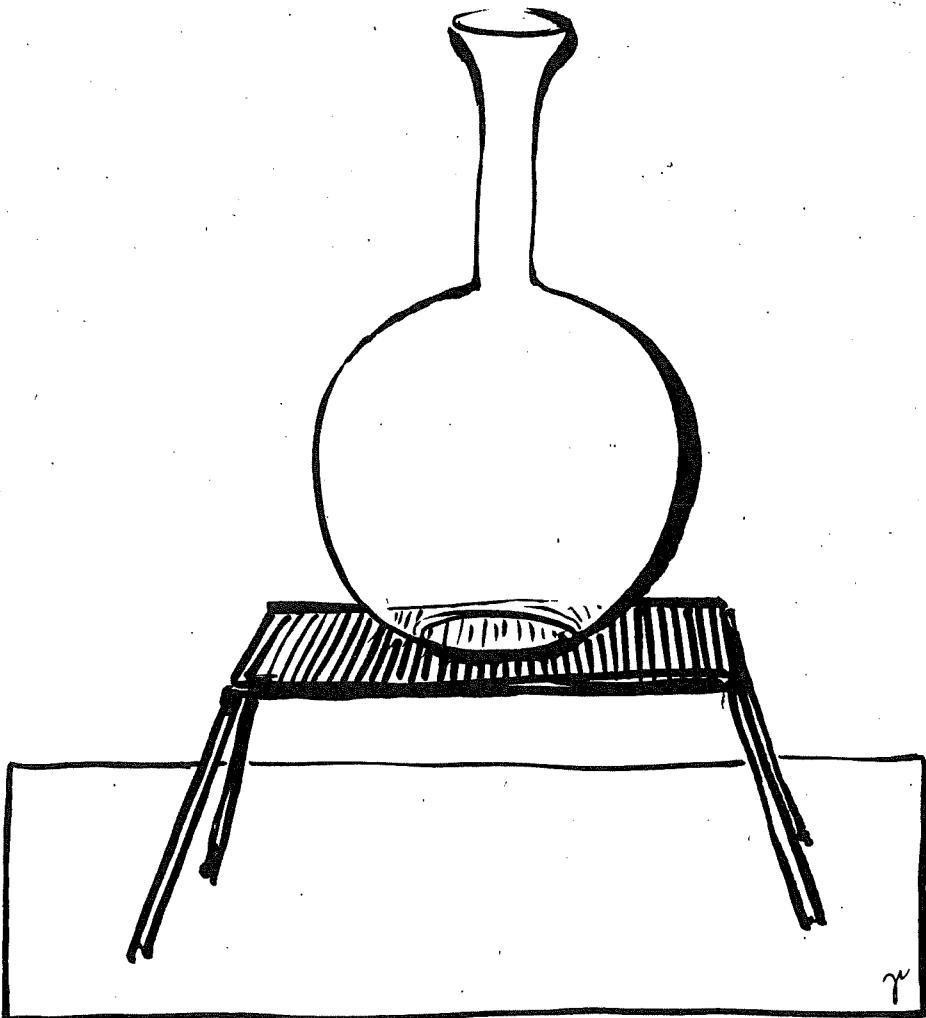
8 So Erhard Busek anläßlich einer Mitteleuropatagung. Auf die verschiedenen Mitteleuropa-Konzepte kann hier nicht eingegangen werden. Siehe dazu etwa Egbert Jahn, Zur Debatte über „Mitteleuropa“ in westlichen Staaten, in: Dialog Beiträge zur Friedensforschung, Bd. 15, Heft 2 (1989), 40-50. Zur jüngsten Debatte um Mitteleuropa mit oder ohne ein möglicherweise hegemoniales Deutschland siehe Emil Brix, Mitteleuropa und die deutsche Einheit, in: Mitteleuropäische Perspektiven, Wien 1990 und Gerald Stourzh. Nach der deutschen Einheit: Österreichs Standort in Europa, in: Europäische Rundschau 90/4, 3-13.

9 Siehe dazu Ernst Sucharipa. Die Pentagonale. Eine neue Form der regionalen Zusammenarbeit in Mitteleuropa, in: Europäische Rundschau 90/3, S. 25-47. Mitglieder der Pentagonale sind derzeit die CSFR, Italien, Jugoslawien, Österreich und Ungarn.

10 Vgl. Michael Lingens, Mehr Neutralität gegenüber der Neutralität, in: Wochenpresse Nr. 44 vom 2. 11. 1990.

11 Siehe dazu Wolfgang Benedek, Neutralität: Das Kind nicht mit dem Bad ausschütten, in: Kleine Zeitung vom 12. 5. 1990, S. 3-4, sowie G. Stourzh, Anm. 8.

12 Dies wirft die Frage des zukünftigen Selbstverständnisses der EG auf, wo rivalisierende Konzeptionen vor allem zwischen der von Frankreich und Deutschland betriebenen politischen Union und Englands Vorstellung einer Öffnung der EG auch für die Staaten Mittel- und Osteuropas bestehen. Letzterer Vorschlag würde eine Vertiefung der EG bremsen und ließe für die Neutralität größere Handlungsspielräume.



# EUROPÄISCHE PERSPEKTIVEN ÄNGSTE UND TRÄUME

Die Welt hält den Atem an, als im Oktober des Jahres 1956 die immer lauter werdenden Rufe des ungarischen Volks nach Reformen durch den Einmarsch der sowjetischen Truppen in die Hauptstadt Budapest verstummen. Die Reformen kommen nur zu schnell, aber die Bevölkerung hatte wohl andere Änderungen im Staat im Sinn gehabt, die sicherlich nicht im Transportgepäck der sowjetischen Panzer mitgebracht wurden. Nach dem Tod Stalins im Jahre 1953 hatte man in Ungarn die Chance gesehen, den aus Moskau kommenden Druck zu lockern. Die lauter werdenden Stimmen blieben nicht lange ungehört. Die Antwort aus Moskau fällt gründlich und vollständig aus. Im Jahr des Einmarsches werden tausende Unterstützer des Aufstands verhaftet, verurteilt und viele von ihnen hingerichtet. Der Prozeß macht auch vor Personen in höchsten Ämtern nicht halt, allerdings vergeht etwas mehr Zeit bis zu den blutigen Urteilen: im Jahr 1958 werden Ministerpräsident Nagy und seine engsten Mitarbeiter hingerichtet, die ursprünglichen Reformbestrebungen des ungarischen Volks haben ein schweres Joch zur Folge, das mehr als eine Generation lang zu tragen sein wird. Nicht alle werden mit dem Schicksal der freindlichen Besatzung fertig, etwa 200.000 Ungarn fliehen in dieser Zeit aus ihrem Land.

Die Welt hält im Sommer 1989 den Atem an, als einige zehntausend Bürger der damaligen DDR ihr Land verlassen und nach Ungarn fliehen. Welche Entscheidung wird Budapest nun treffen, die der Linientreue oder die der Menschlichkeit? Was war passiert? Durch die Perestrojka-Politik Gorbatschows, der die Ohnmacht des kommunistischen Systems in bezug auf die Wirtschaft erkannt hat und der die Kooperation mit dem Westen sucht, profitieren die Ostblockstaaten. Ungarn, den anderen Ländern des kommunistischen Staatenbundes immer einen Schritt voraus in Richtung Freiheit und Demokratie, baut den Eisernen Vorhang entlang der österreichisch-ungarischen Grenze ab. Für die Bewohner der ehemaligen DDR winkt die Freiheit, lockt der Ausweg über eine Grenze, die lange Zeit unüberwindbar schien.

Ungarn setzt ein Signal, das ganz Europa berührt. Ein Abkommen mit der DDR wird einseitig aufgekündigt und dadurch den DDR-Flüchtlingen die Ausreise über Österreich in die BRD ermöglicht. Die ergreifenden Bilder von der Ankunft dieser Flüchtlinge gehen um die ganze Welt. Dieser Schritt in die Freiheit,

den Ungarn für die Bürger eines durch das System deklarierten Bruderstaates setzt, hat wenig später im eigenen Land in dieser Geschwindigkeit nie erahnte und nie erhoffte Folgen. Im Herbst des selben Jahres, also immer noch 1989, wird die kommunistische Partei Ungarns aufgelöst, der Stern, das Symbol des Kommunismus, wird aus der Flagge geschnitten. Ein Mehrparteiensystem wird eingeführt und die ersten freien Wahlen für das Frühjahr 1990 angesetzt. Die Panzer, die seit 1956 zum gewohnten Bild in Ungarn geworden sind, haben ihren Schrecken verloren, da der Rückzug in die Sowjetunion in den nächsten Jahren vollzogen werden wird.

Noch dramatischer, da die Wirkung noch viel tiefgreifender liegt, verläuft die Entwicklung in der ehemaligen DDR. Nach der Massenflucht der DDR-Bürger in den Westen im Sommer 1989 brechen immer mehr Unruhen im Gebiet der DDR aus. In Leipzig wird in Massenprotesten gegen die Staatsführung demonstriert. Die Andachten in der Nikolaikirche sind die Basis für die Protestmärsche, die völlig friedlich und teilweise vollkommen lautlos in der Art eines Schweigmarsches durchgeführt werden. Auch in zahlreichen anderen Städten der ehemaligen DDR gibt es Protestkundgebungen. Eine Massendemonstration in Ostberlin verursacht im November 1989 schließlich den Rücktritt der DDR-Regierung und des SED-Politbüros. Am 9. November 1989 wird die Öffnung der DDR-Grenze zur Bundesrepublik bekanntgegeben. Daraufhin strömen unzählige Menschen in die Bundesrepublik. Immer mehr Grenzübergänge müssen geöffnet werden, die Mauer, die nahezu unüberwindbar war, wovon noch Kreuze von Opfern, die bei Fluchtversuchen getötet wurden, zeugen, beginnt abzubrockeln. Noch im November wird das Ministerium des berüchtigten Staatssicherheitsdienstes aufgelöst, und man beginnt, die Mauer, die 1961 errichtet worden war, abzubauen. Im Dezember führt der westdeutsche Bundeskanzler Helmut Kohl mit DDR-Ministerpräsident Hans Modrow Gespräche über die Zukunft der beiden deutschen Staaten. Mit unglaublicher Weitsicht, allen anderen Politikern im Denken eine Stufe voraus, formuliert Kohl ein Zehnpunkteprogramm, das letztlich die Vereinigung der beiden deutschen Staaten zum Ziel hat. Wohl mancher hat vehementen Ablehnung aus dem Osten erwartet, aber die Probleme im eigenen Land, wirtschaftliche wie politische, zwingen die Sowjetunion, daran zu denken, aus dem Westen

Hilfe zu bekommen. Die Weiterentwicklung in Richtung Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist nicht mehr zu bremsen. Am 3. Oktober 1990 schlägt die Stunde der vereinigten Zukunft Deutschlands, die Stunde, die nunmehr die Vergangenheit eingeholt hat, als nach Ende des Zweiten Weltkrieges Deutschland durch die Besatzungszonen zerrissen wurde. Die DDR existiert nicht mehr. Was mag ein Politiker wie Willi Brandt fühlen, der vor nicht allzu langer Zeit entschieden gerufen hat: „Die Wiedervereinigung ist eine Lebenslüge“, und der sich bei der Feier am 3. Oktober nicht gescheut hat, in den vordersten Reihen an dieser „Lebenslüge“ teilzunehmen? Wie dem auch sei, der Blick in die Zukunft ist niemals völlig klar, und im Falle Deutschlands hat es niemanden gegeben, der zu Beginn des Jahres 1989 gehahnt hätte, wie verändert knappe zwei Jahre später die politische Landschaft aussehen würde. Aus den ausführlichen Darstellungen der jüngsten Geschichte Ungarns und der ehemaligen DDR wird ersichtlich, wohin der Kommunismus führt: die Wirtschaft wird ruiniert, die Unzufriedenheit in der Bevölkerung wächst und führt schließlich zu Protesten und Unruhen. Das zeigen nicht nur die politischen Ereignisse in diesen beiden Ländern, auch in den anderen Staaten des Ostblocks gibt es ähnliche Entwicklungen. Das rumänische Volk steht auf, und Ceausescu, dem langjährigen Diktator, wird der Prozeß gemacht, der zur Liquidation führt. Aus der CSSR wird die CSFR, Vaclav Havel, der Schriftsteller, der immer wieder mit den Behörden in Konflikt gekommen war, wird Staatspräsident. In Bulgarien wird durch Massenproteste die Regierung unter Ministerpräsident Lukanow zum Rücktritt gezwungen, in Polen zeigt der Kommunismus Zerfallserscheinungen, und sogar in Albanien beginnt man ganz vorsichtig, eine Tür in den Westen aufzustoßen.

Wie könnte ein Traum von einem vereinigten Europa aussehen? Aus der EG wird ein EWR, ein Europäischer Wirtschaftsraum. Die Grenzen haben symbolischen Charakter. Statt der NATO und dem Warschauer Pakt gibt es nur noch die europäischen Friedenstruppen, die auf einem ähnlichen Prinzip wie die UNO-Truppen basieren. Man merke wohl, es handelt sich um einen Traum, vielleicht um eine Utopie. Aber Träume können wahr, Utopien Realität werden. Man denke nur an das Beispiel Deutschlands. Es gibt aber auch andere Träume, aus denen man gerne erwacht, weil sie Ängste

verursachen. Die Probleme mit den Nationalitäten werden immer virulenter. In der Sowjetunion werden die Unabhängigkeitsbewegungen stärker und häufiger. Die baltischen Staaten, Aserbaidschan, Armenien, die Ukraine, Georgien, die Russen, sie alle drängen zur Unabhängigkeit. Noch greifen die Gegenmaßnahmen Moskaus wie wirtschaftlicher Boykott oder Truppenaufmärsche, aber wie lange noch? Die politische Gegenwart Jugoslawiens ist ebenfalls durch nationale Separationsbestrebungen gekennzeichnet. Slowenien will selbstständig werden, die Albaner im Kosovo fordern ihre Rechte, alte Rivalitäten werden wieder wach. Unwillkürlich muß man an die Schüsse von Sarajevo denken, deren Echo einen langen, blutigen Weg nahm.

Die leeren Regale im Osten, eine Folge der Planwirtschaft, und die Ungeduld der Bevölkerung, die aus den ersten demokratischen Ansätzen sofortige Wunder erwartet, sind weitere Gefahrenmomente, die vorerst kein stabiles Europa entstehen lassen können. Und genau hier muß der Westen helfend eingreifen. Kalte Winter verbunden mit Hunger sind Feinde, die auf die Dauer nicht zu ertragen sind. Geld allein hilft nicht mehr, Lebensmittel in ungeheuren Mengen müssen in den Osten geliefert werden. Die Deutschen

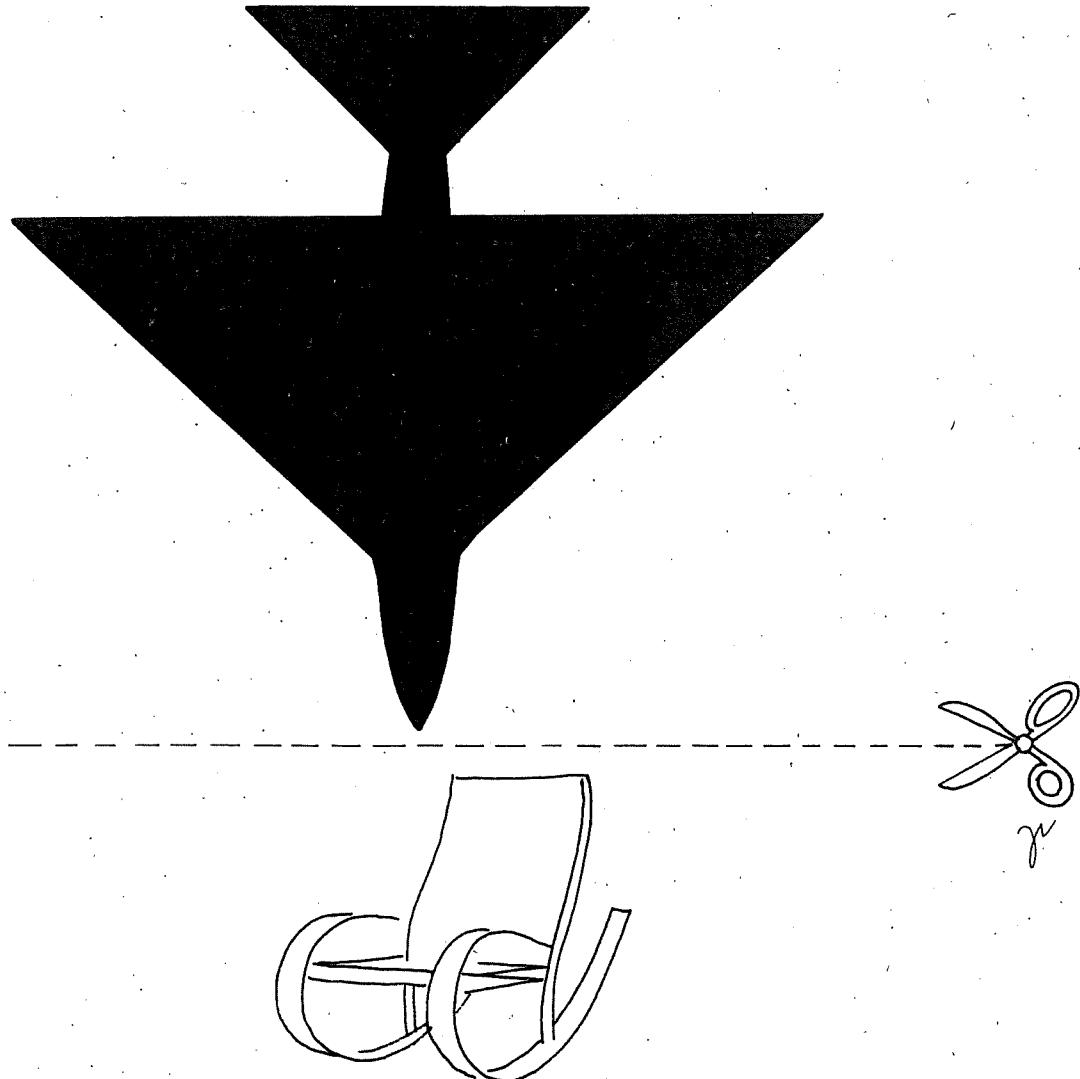
zeigen den Weg, dem sich auch Österreich anschließt. Vergleichbar mit den Care-Paketen, die einst uns aus bitterster Not geholfen haben, werden Lebensmittellieferungen in die Sowjetunion organisiert. Bonn erkennt auch die Schwäche im Verteilungs- und Transportsystem in diesem riesigen Land und bietet Fachleute an, die für die Endverteilung der Hilfslieferungen in der Sowjetunion zuständig sein sollen. Die Geschichte ist niemals an Überraschungen arm. Hätte Deutschland je gedacht, die Vorräte an Lebensmitteln, die wegen der Bedrohung aus dem Osten angelegt worden waren, nun als Hilfeleistung eben dorthin zu liefern?

Versuchen wir, noch einmal eine Traumperspektive für ein Europa der Zukunft zu formulieren. Wenn es gelingt, den Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft in allen kommunistischen Oststaaten mit westlicher Hilfe möglichst schnell und erfolgreich durchzuführen, dann fällt in Hinkunft die Unzufriedenheit der Bevölkerung über die wirtschaftliche Lage, die einen ständigen Gefahrenherd darstellt, weg. Allerdings muß auch beim Volk, bei jedem einzelnen, eine neue Einstellung zur Arbeit gefunden werden. Ein wirtschaftlich prosperierendes Land ist die Basis für die

Zufriedenheit im Land. Wenn es darüber hinaus gelingt, die nationalen Probleme durch relative Eigenständigkeit für diese Länder zu lösen, wenn also die zentrale Steuerung nachläßt, dann könnte eine Zufriedenheit entstehen, die ja den Frieden impliziert.

Auch aus einem Optimismus für die Zukunft heraus muß man an Gefahren und Probleme denken, die vielleicht bald die Entwicklung in Europa in ganz neue Dimensionen lenken. Man denke an das Damoklesschwert über dem Golf, das bei einem gerissenen Faden die ganze Welt treffen kann. Man denke an die Umwelt, in deren Treibhaus wir alle sitzen. Aber vielleicht sind gemeinsame Gefahren, wenn sie rechtzeitig erkannt und beurteilt werden, gemeinsam leichter zu meistern, wobei, gerade im Fall von Kuweit, Gefahren nicht immer bekämpft, sondern überwunden werden sollen.

Geschichte ist niemals vorhersagbar, dies zeigt das vergangene Jahr, das sicherlich ein Jahr Europas war. Der Blick in die Zukunft bleibt verschlossen, im Leben wie in der Politik. Aber er kann mit Träumen gepflastert sein, in denen die Angst nicht vorkommt. Europa ist unser aller Boot, und wir müssen versuchen, an einem Strang zu ziehen, damit die Segel den richtigen Kurs erlauben.



# ÖSTERREICHS STANDORT IN EUROPA

Das Jahr 1989 war in Europa und für Europa ein „anum mirabilis“, ein Jahr der wunderbaren Umgestaltung. Zu diesem Zeitpunkt, in dieser Breite und in einem derart friedfertigen Ablauf konnte niemand das Zerbrechen der autoritären Systeme in Osteuropa erwarten. Das, was sich hier abgespielt hat, war tatsächlich so etwas wie ein Wunder. Die weitere Umgestaltung Europas, die Geschehnisse des Jahres 1990 sind, so aufregend sie im Einzelfall auch noch gewesen sein mögen, man denke in diesem Zusammenhang an die Vereinigung Deutschlands, allesamt vergleichsweise weniger spektakulär verlaufen; das Attribut „wunderbar“ drängt sich für ihre Beschreibung nicht mehr auf, die Sprache der Reformer und die Beschreibung der Reformen werden wieder nüchterner und emotionsloser. Die Zeit des beinahe atemlosen Staunens ist offenbar bis auf weiteres vorbei.

Für diese Ernüchterung des „Morgens danach“ gibt es naheliegende und tiefergehende Ursachen. Evident, und so gesehen gar nicht mehr besonders reflexionsbedürftig ist, daß der Umgestaltungsprozeß in Europa die Ebene der zahllosen schwierigen Detailfragen und Alltagsprobleme erreicht hat. Es verläuft daher auch (fast) wieder so, wie politische Prozesse eben abzulaufen pflegen — langsam bis schwerfällig, nicht immer geradlinig und vor allem auch nicht frei von Rückschlägen. Statt vom großen Wurf ist wieder von der Politik der kleinen Schritte die Rede.

Das alles war wohl auch nicht anders zu erwarten. An dieser Rückkehr zur Normalität des Fast-Alltages ist auch nichts Schlechtes. In unserem tiefsten Inneren sind wir Menschen daraufhin programmiert, „uns strebend zu bemühen“, auf Wunder können und sollen wir hoffen, wir dürfen uns nur nicht auf sie verlassen.

Was allerdings in der gegenwärtigen Situation Anlaß zu einer gewissen Nachdenklichkeit gibt, ist die Tatsache, daß an der Rückkehr zur Normalität im Europa des Jahres 1990 doch ein deutliches Manko festzustellen ist oder jedenfalls festgestellt werden sollte. Es fehlt die grundsätzliche Linie! Es fehlt ein klares nachvollziehbares Leitbild für das Europa des Jahres 1995 oder auch für das gar nicht mehr so weit entfernte Europa 2000.

Diesen Mangel an Perspektive finden wir diesseits und jenseits der Grenze, die bisher der Eiserne Vorhang war, also in den neuerdings sogenannten Reformstaaten

ebenso wie in unserem Land. In Ungarn und in der Tschechoslowakei, in Polen und in Jugoslawien (oder sollte man hier sagen in Slowenien und Kroatien) wird diese Perspektivenlosigkeit gerne doch nur scheinbar verdeckt durch schlagwortartige aber dafür unrealistische Parolen wie etwa dem Anspruch, schon morgen Vollmitglied der Gemeinschaft sein zu wollen.

Hierzulande scheint man der Kultur einer offeneren Ratlosigkeit mehr abgewinnen zu können. Dieser Eindruck drängt sich jedenfalls nachgerade von selbst auf, wenn man etwa die derzeit in die Koalitionsgespräche eingebrachten außen- und europapolitischen Zielvorstellungen der jeweiligen Gesprächspartner näher analysiert. Sie lassen befürchten, daß manches, was bereits festzustehen schien, wieder fragwürdig geworden sein könnte. Das gilt auch und im besonderen für die Frage der österreichischen EG-Mitgliedschaft, bzw. ihres politischen Voranges vor noch immer oder schon wieder sehr nebulösen EWR-Vorstellungen.

Die Risiken, die sich aus einer derartigen Perspektivenlosigkeit — hüben mit dem Infragestellen bereits außer Frage gestellter Zukunftspläne und drüben mit unrealistischen Erwartungen eine rasche EG-Zukunft betreffend — ergeben, sind beachtlich. Am schwersten fällt dabei ins Gewicht, daß bei diesem Szenario die Gefahr besteht, die Rechnung ohne den Wirt zu machen.

Der Wirt, um den es im konkreten Fall geht, ist die Europäische Gemeinschaft. Sie hat in der Frage der Zukunftsperspektiven Europas nämlich auch noch ein ganz gewichtiges Wort mitzureden. Und, die Europäische Gemeinschaft scheint diesbezüglich sehr genau zu wissen, was sie will oder weiß jedenfalls sehr genau, was sie nicht will.

Mitteleuropäische Mitgliedschaftspläne innerhalb der nächsten paar Jahre und österreichische Ja-aber-Vorstellungen passen beide nicht ins Konzept der Gemeinschaft.

Erste Priorität hat für die EG ihre eigene Zukunft und die heißt, erfolgreicher Abschluß des Binnenmarktprogramms in den nächsten beiden Jahren, im selben Zeitraum auch bereits weitere Schritte auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion und dies alles mit dem gemeinsamen Ziel einer Europäischen Union.

Mitteleuropa spielt in diesem Konzept zwar auch eine, aber eben nur eine deutliche nachgeordnete Rolle. Nicht alle Beobachter des politischen Geschehens, und

was wohl noch schwerer wiegen mag, auch nicht alle Akteure auf der politischen Bühne Europas wollen dies so sehen. Aber hier empfiehlt es sich zwischen der politischen Rhetorik anlässlich von Staatsbesuchen in Prag, Budapest usw. und der deutlich nüchterneren Diktion von konkreten Vertragstexten für die sogenannten Reformstaaten ganz klar zu unterscheiden.

Für die ehemaligen Staaten Osteuropas gibt es ein mehrstufiges Assoziationskonzept mit einem mehr oder weniger ausgewogenen Paket von Präferenzangeboten in bestimmten Bereichen und manifesten Schrankenvorstellungen in anderen Bereichen. Ausgebaut werden kann und soll der Warenaustausch zwischen den Ländern der Gemeinschaft und den Reformstaaten; primär ist hier der industriell-gewerbliche Gütersektor angesprochen aber auch in bezug auf landwirtschaftliche Produkte will die Gemeinschaft ihren neuen Partnern offenbar ein wenig entgegenkommen. Eher restriktiv bis prohibтив gehalten sind hingegen die Vorstellungen im besonderen was die Freizügigkeit der Person anlangt; ungebremste und ungelenkte Wanderarbeiterströme aus dem Osten sind, was nicht verwunderlich sein kann, auch für die Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft unerwünscht bis gefährlich. Von voller Mitgliedschaft der Reformstaaten in der Gemeinschaft ist im Rahmen dieser Zielvorstellungen (noch weit und breit) keine Rede.

Auch was die Position Österreichs betrifft, so zeichnet sich für sie fast noch deutlicher als im Fall der mitteleuropäischen Staaten, weil hier nicht mehr wirklich durch politische Sonntagsaussagen verbrämt, ab, daß die Gemeinschaft recht genau weiß was sie will und was sie nicht will. Vorstellbar ist offenbar und zwar in zunehmender Konkretheit auch eine österreichische Vollmitgliedschaft in der Gemeinschaft, innerhalb relativ kurzer Zeit ausgehandelt und ins Werk gesetzt. Akzeptabel ist eine derartige Vollmitgliedschaft aber wohl nur dann, wenn sie auf der Basis eines uneingeschränkten Bekenntnisses Österreichs zur Gemeinsamkeit der zukünftigen Europäischen Union erfolgt.

Das muß, wie hier nur sehr verkürzt, aber immerhin angesprochen werden soll, nicht unbedingt auch gleich heißen, daß Österreich seine Neutralität auf und etwa unsere verkehrs- und umweltpolitischen Anliegen preisgeben muß, aber das heißt wiederum nur sehr verkürzt, doch, daß Österreichs Bereitschaft zu europäischer Solidarität in grundsätzlich allen

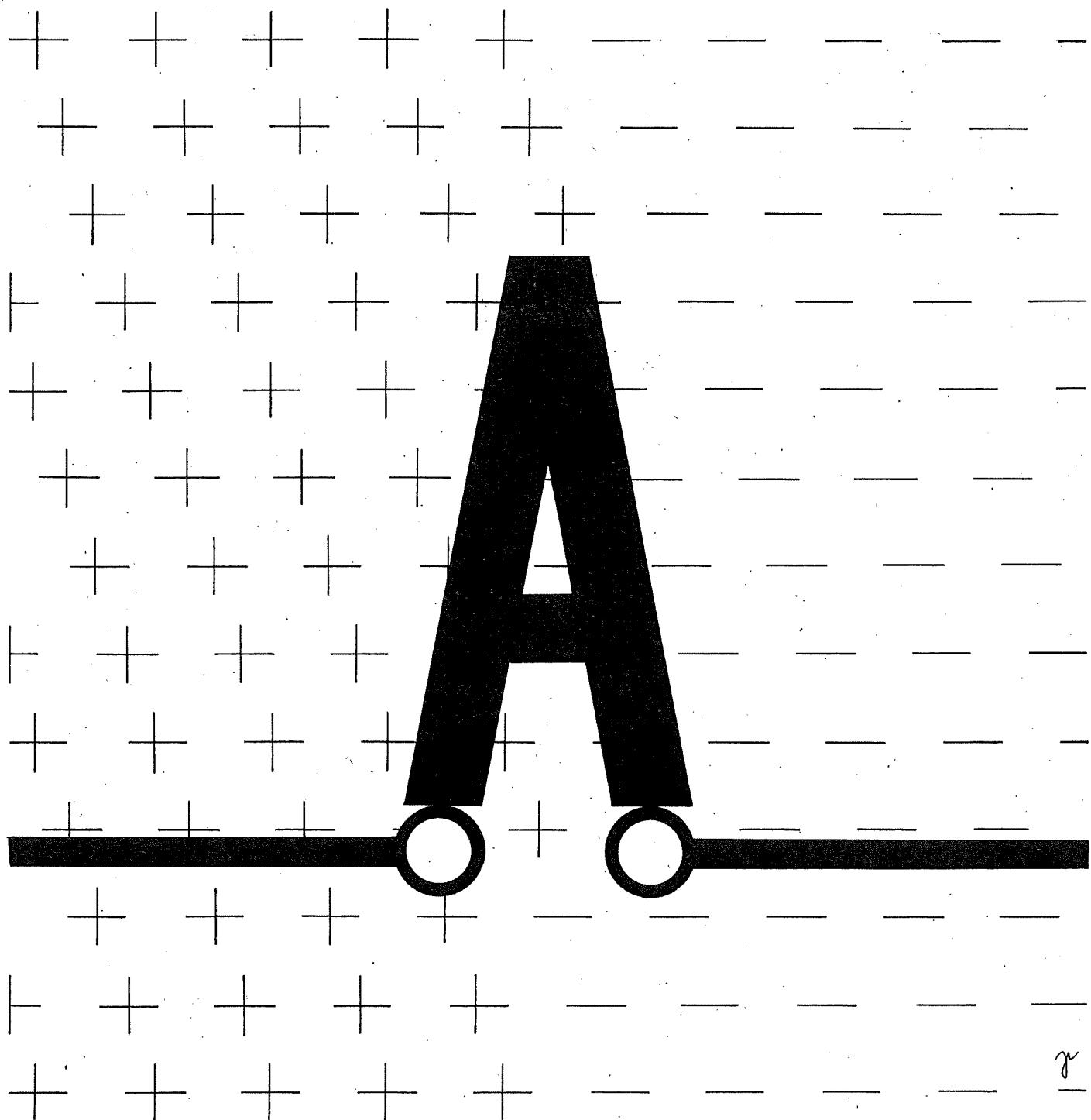
vom Gemeinschaftsrecht und von der Gemeinschaftspolitik umfaßten Bereichen außer Frage gestellt sein muß. Hier könnte und müßte sich auch in bezug auf das Thema Mitteleuropa der Kreis dann wieder schließen.

Mit der klaren Zielvorstellung Europa der Gemeinschaft vor Augen und mit dazupassenden konkreten politischen und rechtlichen Umsetzungsschritten auch in der Praxis in diese Richtung unterwegs, läßt sich im Sinne der Erklärung von Stainz auch und gerade von österreichischer Seite viel für unsere Nachbarn im Nordosten, im Osten und Südosten tun. Österreich kann dann, was zum Teil ja auch bereits gemacht wird, bei Osteuropa-Engagements der Gemeinschaft mitmachen. Österreich kann hier auch seine besonderen Zielvorstellungen und sein spe-

zifisches know-how einbringen. Und Österreich kann schließlich auch allein, sozusagen aus eigenem Antrieb und mit eigenen Mitteln eine besonders motivierte und engagierte Nachbarschaftspolitik betreiben, angefangen von staatlichen Maßnahmen etwa im Bereich der Ausländerpolitik über Kooperationsangebote auf allen dafür in Betracht kommenden Ebenen, joint-ventures also nicht nur im wirtschaftlichen Bereich, bis hin zum individuellen Engagement von uns allen im Rahmen unserer privaten Gegebenheiten und Möglichkeiten.

Wenn sich Österreich und wenn sich die Österreicher derart für Mitteleuropa einsetzen, dann wird damit eine europäische Aufgabe wahrgenommen. Die europäische Zukunft und Berufung Österreichs und der Österreicher ist aber eine weit

darüber hinausgehende, nämlich die Einbindung Österreichs in das gemeinsame Europa der Europäischen Gemeinschaft. Österreich gehört schon jetzt geographisch, wirtschaftlich und politisch-ideologisch in das Europa, das Art 237 des EWG-Vertrages so zutreffend und prägnant beschreibt, bzw. als Eingangsvoraussetzung in den Kreis der Staaten der Europäischen Gemeinschaften normativ vorgibt: Jeder europäische Staat, der gewillt und dazu fähig ist, die Zielsetzungen der Gemeinschaftsverträge zu übernehmen, kann Mitglied der Gemeinschaft werden. Und diese Zielsetzungen sind Frieden, Freiheit und Demokratie, Pluralismus und Marktwirtschaft in einer zukünftigen gemeinsamen Europäischen Union.



# SELBSTBESTIMMUNG IN EUROPA

**S**elbstbestimmung eines Volkes bedeutet nach einem engeren Verständnis von Selbstbestimmung, daß ein Volk seinen eigenen souveränen und unabhängigen Staat gründet, in eine selbstgewählte und frei entschiedene Staatenverbindung mit einem anderen Staat eintritt, oder sich für irgendeinen anderen politischen Status frei entscheidet. Die Geltendmachung eines Rechts auf Selbstbestimmung ist ein völkerrechtlicher Akt; seine Verwirklichung hängt nicht nur von den völkerrechtlich-institutionellen Gegebenheiten, die von Region zu Region variieren, sondern auch von den jeweils herrschenden politischen Rahmenbedingungen ab. In der Verfolgung eines Rechts auf Selbstbestimmung wird also auch der Wille der engeren und weiteren davon betroffenen Staatengemeinschaft zu berücksichtigen sein, sofern nicht von vornherein der revolutionär-militante Weg gewählt wird. Die Frage eines europäischen nationalen Befreiungskrieges steht hier indes nicht zur Diskussion.

In einem erweiterten Verständnis von Selbstbestimmung werden darunter auch politische Mitwirkungsrechte und demokratische Kontrolle aufgrund besonderer Teilhaberechte eines Volkes am politischen Geschehen im Staat verstanden. Auch die Einräumung eines besonderen Status der Autonomie für einzelne Volksgruppen kann einen Anspruch auf Selbstbestimmung eines Volkes erfüllen. Wenn hier von „Selbstbestimmung in Europa“ gehandelt wird, wird der Begriff Selbstbestimmung in seiner erweiterten Bedeutung verstanden und wird dabei unter diesem Thema auch die völkerrechtliche Gewährleistung von Volksgruppen- und Minderheitenrechten angesprochen werden.

Der Grundsatz der „gleichen Rechte und Selbstbestimmung der Völker“ — kurz der Selbstbestimmungsgrundsatz — war das bewegende Rechtsprinzip der Auflösung der Kolonialreiche nach dem Zweiten Weltkrieg. Politische Rahmenbedingungen für einen weitgehend friedlich verlaufenden Dekolonisierungsvor-gang waren die Schwächung der Kolonialmächte infolge zweier Weltkriege und das Aufrücken der Sowjetunion zur Weltmacht. Die Organisation der Vereinten Nationen lieferte die institutionelle Ordnung, im Rahmen welcher die Inhalte des Selbstbestimmungsrechtes und die Mittel zu dessen Verwirklichung ihre nähere Bestimmung erfahren haben. Die neuen Mehrheitsverhältnisse in den Vereinten Nationen — bestehend aus den Mitgliedsstaaten mit kolonialer Vergangenheit, unterstützt durch die Sowjetunion und der mit ihr verbündeten Staaten — haben alsbald bewirkt, daß die Organisation der

Vereinten Nationen sich hauptsächlich der Anliegen der Staaten der „Dritten Welt“ annahm. Damit wurde der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker und seine Anwendung ausschließlich auf außereuropäische Räume projiziert und von Europa ferngehalten. Dies erleichterte es der Sowjetunion, ihren kolonialistischen Besitzstand aus vorrevolutionärer Zeit und das erst nach 1945 geschaffene Glacis in Mittel- und Osteuropa wider den die Vereinten Nationen beherrschenden Zeitgeist von Selbstbestimmung und ohne Rücksicht auf Ansprüche nationaler Identitäten zu behaupten. Das multi-ethnische Reich der Habsburger war an der Nationalitätenfrage, insbesondere an Versäumnissen im Hinblick auf Selbstbestimmung seiner slawischen Völker, zerbrochen. Hingegen gelang es dem jungen Sowjetstaat, das ererbte Vielvölker-Reich gegen alle Sezessionsbestrebungen nicht-russischer Nationen zu behaupten und Ansprüche auf territoriale Autonomie unter Berufung auf „proletarische Selbstbestimmung“ im erweiterten Lager der sozialistischen Staaten unter Kontrolle zu halten.

## Die Berufung auf Selbstbestimmung in Europa

Mit der Perestroika hat Gorbatschow 70 Jahre nach der bolschewistischen Revolution die „Zweite Russische Revolution“ angesagt. Manche sehen darin weniger ein Programm der Erneuerung als einen Prozeß des Zerfalls. Jedenfalls ist damit das europäische System der Nachkriegszeit in eine Phase des Umbruchs eingetreten; es sind damit politische Bedingungen geschaffen worden, unter welchen sich die Nationalitätenfrage — eine die Politik und politische Literatur im Europa des 19. Jahrhunderts beherrschende Frage — nunmehr am Ausgang des 20. Jahrhunderts als Anspruch auf Selbstbestimmung verschiedener Völkerschaften in Mittel- und Osteuropa von neuem oder erstmalig stellt.

Mit der Krise des Sowjetstaates und mit der Auflösung des sowjetischen Imperiums und seiner völkerrechtlichen Institutionen werden alte Strukturen neuerdings sichtbar, und treten Ethnizität und interethnische Konflikte von neuem zutage. Dabei bleibt aber auch nach der Vereinigung Deutschlands in „freier Selbstbestimmung“ im Unklaren, was „Selbstbestimmung in Europa“ im allgemeinen und in Mittel- und Osteuropa im besonderen bedeutet und mit welchen Mitteln der Anspruch auf Selbstbestimmung im Einzelfall legitimerweise verfolgt werden darf. In der praktischen Politik, in der politischen Rhetorik und im theoretischen Dis-

kurs wird an alte verfassungspolitische Ideale, an überkommene Ordnungsmodelle und erhärtete völkerrechtliche Grundsätze angeknüpft; es werden aber auch neue Ordnungsmuster eingebracht: Im einzelnen steht das Ideal des zusammengesetzten, multi-ethnischen Staates, ein im 19. Jahrhundert vielfach hochgehaltener verfassungspolitisches Ideal, gegen die Forderung nach dem eigenen nationalen Territorialstaat als das einzige legitime Ergebnis effektiver Selbstbestimmung. Neben das zu Ende des Ersten Weltkrieges propagierte Wilsonsche Prinzip der Selbstbestimmung im Sinne demokratischer Selbstregierung treten ältere und neuere Lehren von den „Volksgruppenrechten“ als besondere Ausdrucksform einer von staatlich-politischen Eingriffen freien „civil society“; damit ist die sich selbst tragende kulturelle Eigenständigkeit des Staatsvolkes gegenüber den staatsrechtlich verfaßten Institutionen gemeint. Schließlich werden in Europa heute vermehrt Modelle des Minderheitenschutzes und dessen völkerrechtlicher Verankerung ins Gespräch gebracht, um so das in einem ungebrochenen multi-ethnischen Staatsverband unerlässliche Maß an „Selbstbestimmung“ zu ermöglichen. Zuguterletzt ist in diesem Zusammenhang auch die Mitteleuropa-Idee in ihren unterschiedlichen Ausprägungen zu erwähnen; das heißt im Sinne einer Mitteleuropa-Idee, nach welcher aus den Erfahrungen gemeinsamer Geschichte der Völker des Donauraumes auch noch heute politischer Nutzen gezogen werden kann, einerseits und im Sinne eines Mitteleuropa, das im Geiste Friedrich Naumanns vom Deutschen Reich als mächtigem Kernstaat zusammengehalten wird, andererseits. Als jüngstes praktisches Modell mitteleuropäischer Zusammenarbeit der ersteren Vision ist die Gruppierung der Pentagonale-Staaten im Rahmen der KSZE zu nennen. Sie besteht in einem losen Verband von 5 Staaten zum Zweck der Koordinierung gemeinsamer Projektvorhaben; unter anderem verfolgen die Pentagonale-Staaten ein im Rahmen der KSZE verankertes und kontrolliertes Minderheitenschutzprogramm.

Selbstbestimmung in Europa kann demnach vieles bedeuten: ein Recht auf Eigenstaatlichkeit; die Erneuerung der Grundlagen eines über-nationalen Staatsverbandes im Sinne erhöhter Unabhängigkeit seiner Nationalitäten im Rahmen einer Konföderation; die Einrichtung unterschiedlicher Lagen von Autonomie für einzelne Volksgruppen im Staat bzw. die Einrichtung von Minderheitenschutzrechten als Kollektivrechte für nationale, linguistische und/oder religiöse Minderheiten; und schließlich die Vervollkomm-

nung plural-demokratischer Regierungsformen und Verfahren eines individuellen Menschenrechtsschutzsystems.

## Verfahren der Geltendmachung und Anerkennung von Selbstbestimmungsrechten

Neben der Typologisierung historischer Modelle, was Inhalt und Formen von Selbstbestimmung und ihrer Gewährleistung anlangt, sind unter dem hier gestellten Thema des weiteren die konkreten politischen Fälle der Geltendmachung eines Anspruchs auf Selbstbestimmung in Mittel- und Osteuropa zu qualifizieren und anhand allgemein anerkannter Normen und Standards, aber auch im Hinblick auf de lege ferenda-Entwürfe zu beurteilen. Damit stellt sich auch im Hinblick auf den Gegenstandsbereich von „Selbstbestimmung in Europa“ die Institutionenfrage; das heißt, die Frage nach den Grundsätzen, Normen und Standards und nach den Institutionen ihrer Gewährleistung in einer gesamteuropäischen Regionalordnung. Besonderes Augenmerk wird dabei der Frage zu schenken sein, unter welchen Kriterien und nach welchem Verfahren die Staaten ein Recht auf Selbstbestimmung in Europa anzuerkennen bereit sind, bzw. eine Anerkennung versagen werden.

Die nähere Betrachtung konkreter Fälle zeigt, daß die Forderung eines Rechts auf Selbstbestimmung in Europa — wie anderswo — ihren Ursprung in Grundmustern einer Arbeitsteilung entlang kulturell-ethnographisch bestimmter Linien bzw. in ungleicher Entwicklung oder jedenfalls in einer ungleich empfundenen Verteilung des in einem einheitlichen Staatsverband erwirtschafteten Produktes hat. Ob ein Anspruch auf Selbstbestimmung unter gegebenen Umständen tatsächlich und unabweislich auf Sezession und Eigenstaatlichkeit zielt, ist von Fall zu Fall zu beurteilen. Die Beanspruchung eines Rechtes auf Sezession kann z. B. die Funktion einer ultimativen Forderung im Hinblick auf die Erneuerung der Wirtschafts- bzw. der politischen Verfassung in einem Vielvölkerstaat haben. Mit der Verfolgung eines Anspruches auf Selbstbestimmung als ein „subjektives Recht“ auf Eigenstaatlichkeit stellt sich in jedem Fall aber auch die Frage nach dem objektiven Rechtsbestand der Europäischen Regionalordnung und ihrer Institutionen. Mit der Staatsneuentstehung oder der Wiedererstehung von Staaten stellt sich stets auch die Frage ihrer Anerkennung im größeren Zusammenhang regionaler oder auch universeller politischer und völkerrechtlicher Ordnungsbezüge.

Als besondere Klasse können hier jene Fälle gelten, in welchen es sich um Teilstaaten eines Nationalitätenstaates handelt, die in der Vergangenheit schon einmal als souveräne Staaten förmliche Mitglieder der Völkerrechtsgemeinschaft bzw. der „europäischen Staatenfamilie“

gewesen sind. Für sie stellt sich die Frage der Anerkennung seitens der Staatengemeinschaft unter grundsätzlich anderen Voraussetzungen als in jenen Fällen, in welchen die Beanspruchung eines Rechtes auf Selbstbestimmung auf eine originäre Staatsgründung zielt; kann doch in dem ersten Fall die Anerkennung an eine historische Souveränität anknüpfen. In jedem Fall, d. h., auch in jenen Fällen, in welchen eine vorübergehend unterdrückte Eigenstaatlichkeit wiedergewonnen werden soll, wäre jedoch ein Verfahren kollektiver Anerkennung anhand allgemein akzeptierter Kriterien, etwa im Rahmen des KSZE-Prozesses, einer individuell-diffusen Anerkennungspolitik seitens einzelner Staaten jeweils im Alleingang vorzuziehen.

Es stellt sich also die Frage, nach welchen Kriterien und auf welchem Weg ein Anspruch auf Selbstbestimmung unter herrschenden internen Bedingungen und unter Berücksichtigung gegebener gesamteuropäischer institutioneller Vorkehrungen zu verfolgen ist. Sollte es z. B. den baltischen Republiken und den jugoslawischen Teilrepubliken ermöglicht werden, ihre Positionen vor der KSZE selbst darzulegen, d. h. den von ihnen erhobenen Anspruch auf Selbstbestimmung im Rahmen der KSZE auf multilateral-diplomatischer Ebene zu verfolgen? Es konnte als diesbezüglich positives Signal verstanden werden, daß der Außenminister Schwedens den Vertretern der Baltischen Republiken und Außenminister Mock dem slowenischen Außenminister eine Besucherkarte zur Teilnahme an der Vorbereitungskonferenz für den Pariser KSZE-Gipfel verschafften und ihnen damit eine Teilnahme an einem KSZE-Außenminister-Treffen in New York — aus der Position von Beobachtern ohne jegliche Teilnahmerechte — ermöglichten. Auf der Pariser Gipfelkonferenz vom 19. — 22. November 1990 nahm der slowenische Außenminister Rupel als Mitglied der jugoslawischen Delegation teil.

Damit wird eines der sensibelsten Probleme der Gestaltung der europäischen Regionalordnung im Rahmen der KSZE aufgeworfen. Von seiten gewisser Staaten, wie z. B. von seiten Spaniens wegen der Basken-Frage, darf dazu eine dezidiert ablehnende Haltung erwartet werden. Sollen der Entstehung neuer Staaten in Europa enge Grenzen gesetzt werden, weil sich mit der Neuentstehung von Staaten in der Regel auch Grenzfragen und Probleme des Minderheitenschutzes stellen? Oder ist die Frage von Selbstbestimmung im Sinne von Eigenstaatlichkeit weniger unter dem Gesichtspunkt von „Territorium“ als vielmehr im Hinblick auf kooperative Beziehungen im Rahmen eines engeren oder weiteren Staatenverbandes zu stellen?

Unter „Selbstbestimmung“ geht es hier folglich hauptsächlich um Bedingungen der Desintegration bestehender Staaten und um die Voraussetzungen der Reintegration neuer Staaten in einem bestehenden oder neu zu gründenden Staatenverband. Auf einer höheren Ebene ist „Selbstbestimmung in Europa“, wenn dabei auf Sezession und Eigenstaatlichkeit abgestellt wird, auch oder in erster Linie eine Frage der „europäischen Architektur“, d. h., eine Frage der Mitgliedschaft oder Partnerschaft bei den EG, der EFTA, im EWR, so es ihn einmal gibt, oder bei einem erst noch zu gründenden neuen (europäischen) Staatenverband. Auf einer nächsten Ebene stellt sich die Frage der „Selbstbestimmung in Europa“ als ein Problem der Gewährleistung von Volksgruppen- und Minderheitenrechten.

## Selbstbestimmung durch Volksgruppenrechte und Minderheitenschutz?

Aus diesem Grund bemühen sich einzelne Staaten überhaupt um Lösungen im Rahmen eines Minderheitenschutzsystems oder auf der Ebene von Volks-



gruppenrechten. Im Rahmen des Europarates wird gegenwärtig die Einrichtung eines letztlich dem Individualrechtschutz der Europäischen Menschenrechtskonvention äquivalenten Minderheitenschutzregimes studiert. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß die ungarische Regierung am Vorabend ihres Beitritts zum Europarat eine Erklärung abgab, in der die Mitgliedsstaaten aufgefordert werden, eine universelle Charta der Minderheiten auszuarbeiten. Bis diese Charta vorliege, sollten die Nachbarstaaten bilaterale Verträge über die Materie abschließen. Mit einer Vollmitgliedschaft Polens und der Tschechoslowakei beim Europarat ist im Mai nächsten Jahres zu rechnen, hingegen steht einem Beitritt Jugoslawiens zum Europarat offensichtlich die Behandlung der albanischen Minderheit im Kosovo entgegen.

Im Europarat werden in Zukunft die Probleme von Selbstbestimmung und ethnischer bzw. inter-ethnischer Konflikte in Mittel- und Osteuropa unter dem Gesichtspunkt eines völkerrechtlich gewährleisteten Menschenrechts- und Minderheitenschutzregimes wohl vornehmlich als prononcierte Rechtsfragen wahrgenommen werden. Im Rahmen der KSZE hingegen wird mit dem geplanten „Konfliktverhütungszentrum“ — mit Sitz in Wien — auf eine politische Institution für friedliche Beilegung von zwischenstaatlichen Streitigkeiten und damit auch auf die Beilegung ethnischer Konflikte auf politischer Ebene gesetzt. Aber auch dafür bedarf es einer tauglichen Entscheidungsgrundlage.

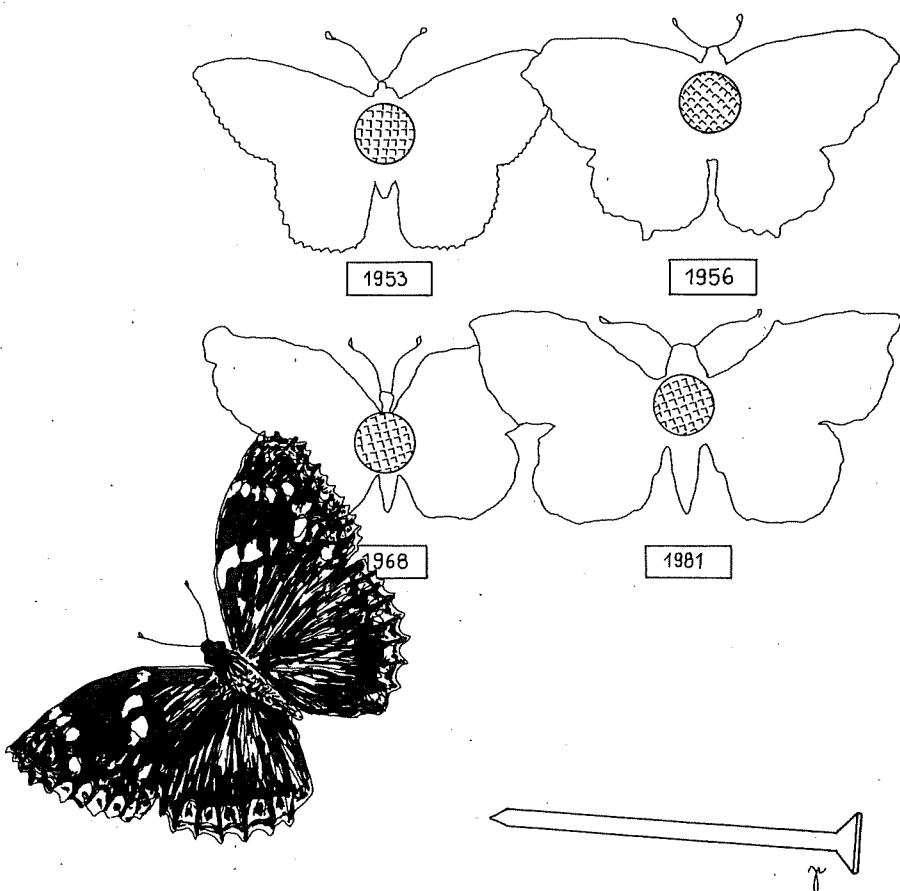
Die Schlußakte von Helsinki, die hauptsächliche Entscheidungsgrundlage für die Beilegung von Konflikten im Rahmen der KSZE, enthält neben dem Grundsatz des Menschenrechtsschutzes auch den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Darüber hinaus enthält die Schlußakte von Helsinki aber auch die Grundsätze der Unverletzlichkeit der Grenzen und der territorialen Integrität der Staaten. Damit wird „Selbstbestimmung in Europa“ im Sinn der Gewinnung von souveräner Eigenstaatlichkeit nicht leichter gemacht. Neuerdings wird überdies die Förderung des Menschenrechtschutzes im Rahmen der KSZE auch auf der Ebene der Forderung von Minderheitenrechten verfolgt.

Auf der Kopenhagener Konferenz zur „Menschlichen Dimension der KSZE“ haben die KSZE-Staaten Minderheitenschutz als eine integrale Funktion von individuellem Menschenrechtsschutz verstanden und gemeint, daß die Fragen der nationalen Minderheiten nur in einem demokratischen politischen Rahmen, der auf Rechtsstaatlichkeit beruht, und bei einem funktionierenden unabhängigen Gerichtswesen zufriedenstellend gelöst werden können.

Die Pentagonale-Staaten — Italien, Jugoslawien, Österreich, Ungarn und die Tschechoslowakei — haben auf dieser

Tagung ein sehr viel weitergehendes Minderheitenschutz-Regime vorgeschlagen und dabei unter besonderen territorialen Gegebenheiten auch gewisse Formen einer territorialen Selbstregierung im Auge gehabt. Dieser Vorschlag zielt darauf, die Nationalitätenfrage und die schwelenden bzw. offen ausgebrochenen inter-ethnischen Konflikte in Europa, insbesondere in Mittel- und Osteuropa, auf der Ebene von Minderheitenschutz- und Volksgruppenrechten einer Lösung näherzubringen. Die Pentagonale-Staaten sind sich dabei bewußt, daß sie in der Verfolgung dieses Projektes auf harten Widerstand gerade auch bei einzelnen westeuropäischen Staaten treffen werden. Angesichts der aktuellen Lage von „Selbstbestimmung in Europa“ gewinnen neben den Lösungsmodellen auf nationalstaatlicher und nationalitätenstaatlicher Ebene neuerdings vermehrt internationale Lösungsmodelle der Gewährleistung von Volksgruppenrechten und Minderheitenschutz an Bedeutung. Die Bemühungen um völkerrechtliche Standards des Minderheitenschutzes und der Volksgruppenrechte und deren Gewährleistung

im Rahmen des Europarates und der KSZE zielen auf „Selbstbestimmung in Europa“ unter möglichst weitgehender Beachtung des Grundsatzes der territorialen Integrität der europäischen Staaten. Die Beanspruchung eines Rechts auf Selbstbestimmung als ein Recht auf den eigenen Nationalstaat sollte in einer Europäischen Regionalordnung, die zunehmend von Supranationalität und sogenannter „Deterritorialisierung“ von Staatlichkeit gekennzeichnet ist, nur *ultima ratio* sein. Aber auch dabei sollte Gewähr für Minderheitenschutz und Volksgruppenrechte geboten werden, soll „Selbstbestimmung in Europa“ wirklich alle Menschen gleichermaßen erreichen. Noch ist es die Politik der mitteleuropäischen Staatengruppe der Pentagonale, im Rahmen der KSZE angesichts sich erneut und verschärft stellender ethnischer Konflikte ein geordnetes Minderheitenschutzregime einzuziehen. Diese Politik verdient Anerkennung, sollten nicht durch die Vermehrung von neuen Staaten ethnische Konflikte nur auf eine andere Ebene verschoben anstatt gelöst werden.



# DIE DEMOKRATISCHE ERNEUERUNG IN OSTMITTELEUROPA

## Die Bedeutung dieser Entwicklung für Österreich

**D**as Andere des Nachbarn ist nicht nur die scheu zu meidende Andersheit. Es ist auch die einladende und zur eigenen Selbstbegegnung beitragende Andersheit. Wir sind alle andere, und wir sind alle wir selbst.

Hans-G. GADAMER<sup>1</sup>

### I. Mitteleuropa in der Neukonfiguration Europas

Bei der Vorbereitung dieses Aufsatzes machte ich die erstaunliche Entdeckung, daß bei uns am meisten in den Mittachtzigerjahren von „Mitteleuropa“<sup>2</sup> gesprochen wurde, gar nicht in der jüngsten Vergangenheit des „Wandeljahres“ 1989/90. Vielleicht ist es gerade die Erfüllung vieler Hoffnungen der achtziger Jahre, die den Mitteleuropabegriff seines Sehnsuchts- und Erwartungspotentials entkleidete? Vielleicht hing die besondere Strahlkraft der Mitteleuropaidee damit zusammen, daß sie vor dem Zeitenbruch die kristallisierte Ahnung des Neubeginns war. Und Mitteleuropa konnte dies leisten, weil es keine organisatorisch-institutionelle Verdichtung und Fixierung gab. Gerade dieses Mitteleuropa konnte den tiefen Wunsch nach „Farbe“ im grauen Ostleben nähren.

Es empfiehlt sich, vor dem Blick auf die Gegenwart noch einmal die früheren Konfigurationen zu skizzieren, mit deren Hilfe die Vielfalt des Kontinents zuerst „zusammengedichtet“, dann „zusammengedacht“ wurde. Die Antike erlebte sich als Mittelmeerwelt (1000 v. Chr. — 500 n. Chr.), in der die keltischen und germanischen Wälder nur den exotischen Rand bildeten. Mit der Völkerwanderung verlagerte sich das Gewicht nach Norden und Westen. Diese geopolitische „Kontinentalverschiebung“ hielt bis heute an (London, Paris, Straßburg, Luxemburg, Brüssel und Bonn). Vielleicht erfolgt jetzt wieder ein Schub nach Osten?

Abendland und schließlich Heiliges Römisches Reich waren jene christlich geprägten Kategorien, mit denen die politisch-kulturelle Welt des Mittelalters und der Neuzeit bis zur Schwelle des 19. Jahrhunderts gedanklich erfaßt wurde. Diese weite Begrifflichkeit klingt im kirchlichen Denken bis heute nach Renaissance und Aufklärung sowie die Säkularisierungswellen des 19. und 20. Jahrhunderts ließen den Begriff „Europa“ in den Vordergrund treten (als Gegenbild zu den modernen Nationalstaaten). Dolf STERNBERGER charakterisierte diese

historische Schichtung mit dem knappen Satz: „Europa ist der Glaube, aber auch die Aufklärung“.<sup>3</sup>

Nach dem Untergang des alten Reiches und nach dem Ende der Beherrschung Europas durch Napoleon wurde „Mitteleuropa“<sup>4</sup> zum Ordnungsproblem des national vielfältigen Alpen- und Donauraumes samt seinen Randgebirgen und den anschließenden nördlichen und östlichen Ebenen, eng verknüpft mit der deutschen Frage. Immer wieder traten Mitteleuropakonzepte einmal als Instrumente der deutschen Vorherrschaft, dann aber auch als föderalistische Gegenentwürfe gegen deutsche, später russische Vor- und Übermacht auf. Ein dicker Strang von Träumen, Hoffnungen, Anläufen und — meist kurzlebigen — Verwirklichungen durchzieht die vergangenen 180 Jahre Mitteleuropas.

Der Nationalsozialismus fügte der Welt Mitteleuropas und ihrer reichen ethnischen, religiösen und sprachlichen Vielfalt fürchterliche Wunden zu, gipflend in der mörderischen Verfolgung und Vernichtung des mitteleuropäischen Judentums mit seiner hohen Kultur. Auf den rassistischen Homogenisierungsdruck des Nationalsozialismus folgte nach dem II. Weltkrieg der klassenmäßige Totalitätsdruck des Kommunismus. Die Abkommen von Teheran, Jalta und Potsdam zogen für 45 Jahre eine tiefe Grenze, ja Kluft zwischen dem Westen und Osten Europas, Mitteleuropa durchschneidend. Nur die Neutralität der Schweiz und dann Österreichs waren mäßigende Gewichte außerhalb der militärischen Ost-West-Waagschale.

Seit Helsinki 1975 regte sich manches — mehr und tiefer, als uns damals bewußt war —, niemand dachte an den großen Wandel, der dann 1989/90 eintrat. Die Chiffre der Lockerung der Ost-West-Dichotomie war ein kultureller Mitteleuropabegriff, der nicht direkt politisch und wirtschaftlich angelegt war. Es waren Ideen, die den Ost-West-Bruch mit den jeweiligen Militär- und Wirtschaftspakten geistig-humanitär abzuschwächen trachteten, sich jedoch kaum „große“ politische Ziele setzten. Rechtlich war es die beharrliche „Expansion“ des „dritten Korbes“ (Menschenrechte) der Helsinki-Schlusakte der KSZE 1975.

Diese neuen Mitteleuropäer, Kinder des KSZE-Prozesses, waren Erben historischer Konstellationen mit allen Lasten, aber auch manchen Chancen einer „blocktranszendenten Interessengemein-

schaft“<sup>5</sup>, getragen von einem oft meta-politischen Gefühl der Zusammengehörigkeit, ohne daß jedoch die jeweilige nationale Identität als Kerngehäuse der Zukunftshoffnung aufgelöst worden wäre.

Nun ist die Nachkriegszeit zu Ende. Faschismus und Nationalsozialismus sind zerfallen. Der Kommunismus erodiert. Freilich stellt das Wiederaufflackern eines oft illiberalen Nationalismus, der über Patriotismus und Identitätsbewußtsein hinausschießt, eine für uns „Westler“ unerwartete Irritation dar. Aber es bleibt hoffnungsvoll festzuhalten: Nach den fürchterlichen Blutverlusten durch Kriege und Totalitarismen seit 1914 bricht sich die Sehnsucht nach gemeinschaftlicher Zivilität Bahn, die freilich noch lange nicht gesichert ist. Die moralische, politische und wirtschaftliche Verlassenschaft des Kommunismus ist drückend auf Jahre hinaus: Atomisierung und Deformierung der Gesellschaft, Angst, Apathie und Resignation der Menschen, ökonomischer und ökologischer Notstand in äußerster Zuspitzung, Belastung mit übergroßen Bürokratien und Armeen. Innerhalb eines Jahres wandelte sich Europa<sup>6</sup> in einzigartiger Weise (Transformation des Ostens, Vereinigung Deutschlands, EG-Dynamik). 200 Jahre nach der französischen Revolution kam es im sowjetischen Herrschaftsbereich zu Liberalisierungs- und Pluralisierungsvorgängen, zu einem noch vor kurzem unerwarteten Aufbruch der Aufklärungswelt, zumindest bei den Intellektuellen. Freilich stellt sich die besorgte Frage: Wie stark ist die Motivations- und Bindegewalt der liberal-bürgerlichen Ideen sowie der antik-humanistischen und der jüdisch-christlichen Traditionen?

Von der „Rückkehr nach Europa“ ist die Rede. Mitteleuropa ist (nur) Teil davon. Die EG ist der Focus von Modernität und damit Leistungsstachel und Anstrengungsformel für das übrige Europa. Timothy G. ASH spricht mit leichter Ironie von „our common-marketized world“<sup>7</sup>. Wenn neue europäische Konfigurationen diskutiert werden, so taucht Mitteleuropa zusammen mit Arge Alp, Alpen-Adria, EXPO 95 und Pentagonale als Gliederungseinheit unter den Gestaltungsformen des Föderalismus und Regionalismus auf — mehr auf der Tagesordnung der Kulturpolitiker als der

Außenpolitiker in den Staatskanzleien und der Wirtschaftskapitäne in den Vorstandsetagen. Die „Größe“ Deutschlands und Rußlands kann durch das politisch vage Mitteleuropa allein nicht gebunden und „gebändigt“ werden. Mitteleuropa darf auch nicht vom westeuropäischen Wettbewerb dispensieren.

## II. Anstöße für Österreich

Die großen Transformationen an den nördlichen, östlichen und südlichen Grenzen Österreichs beeinflussen in direkter und noch mehr in indirekter Form Österreichs Lage in mannigfacher Weise:

1. Unsere **Weltoffenheit** ist gefragt und gefordert, stößt gegen Engstirnigkeit und Kleinkariertheit. Was um uns geschieht, sollte der Belebung Österreichs dienen, gerade dort, wo ein Kleinstaat auch heute Eigenständiges leisten kann: in Kultur, Kunst, Wissenschaft und Umweltschutz. Gerade die ostösterreichischen Hauptstädte Wien und Graz brauchen diese Weltoffenheit, um nicht zu verkümmern.

2. Die mitteleuropäischen Wandlungsprozesse werden überall in Europa einen **generellen Ideologieverdacht** stärken, der ja auch von der Technizität des EG-Prozesses genährt wird. Der Pendelschlag könnte freilich auch — vom Stand einer Partizipationskultur wenig erfreulich — zu Privatismus und jener zynischen Gleichgültigkeit führen, dem die Italiener den Namen „qualunquismo“ geben haben. Werden wir den Faschismus/Nationalsozialismus „vergessen“?

3. Die Veränderungen in unseren ostmitteleuropäischen Nachbarländern haben eine besonders starke Skepsis gegenüber dem **Marxismus** zur Folge. Das führt nicht nur zum Abstieg **marxistisch-leninistischer** Positionen, sondern auch zur Abschwächung der **neomarxistisch** getönten 68er-Atmosphäre unter Intellektuellen, keineswegs jedoch zur Obsoleszenz **sozialdemokratischer** Ideen und Bewegungen. Sowohl Franz VRANITZKYs „unsozialistischer“ Erfolg als auch das matte Abschneiden der Grün-Alternativen — durchaus Nachfahren der neulinke 68er-Generation — bei der Nationalratswahl vom 7. Oktober 1990 erscheinen mir Bestätigung dieser These.

4. In Österreich stoßen **universalistische** Traditionen auf **nationalistische**. Hier sind neue Verschiebungen und Verwerfungen zu erwarten. Die Hoffnung der Nachkriegsgeneration ging ja dahin, daß es möglich sei, Identität **nichtnationalistisch** aufzubauen, sie vielmehr **mit** anderen und **durch** andere wachsen zu lassen, die Position des Individuums zu stärken und Minderheitenschutz zu praktizieren, die Balance zwischen universaler Menschheitsmoral und partikularer Moral von Region und Nation zu finden. Aber das war und ist immer eine fragile und prekäre Kulturleistung, die auch auf wirtschaftliche Rahmenbedingungen angewiesen ist, die herzustellen viel schwieriger und zeitaufwendiger ist als

eine politisch-juristische Reform im hergebrachten Sinn. Für Österreich und die Schweiz ist eine **nichtsprachnationale** Identität Lebensfrage.

5. Begegnungen mit kroatischen, polnischen, slowakischen und slowenischen Katholiken vermitteln den erfrischenden Eindruck einer praktizierten, unkomplizierten und familialen **Christlichkeit**, von deren Beispiel Ermunterung für eine schale und ängstliche österreichische Kirche ausgehen könnte.

6. Es ist zu hoffen, daß die steckengebliebene österreichische **Grundrechtsreform** vom Kernbereich der Umwälzungen, dem Ringen um die **Menschenrechte**, neue Impulse erhält. Das Schlußdokument des Kopenhagener Treffens der Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE vom 29. Juni 1990 — ein großartiges westliches Verfassungsprogramm — atmet den Geist eines grundrechtlichen Aufbruchs: „Die Teilnehmerstaaten bringen ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß der Schutz und die Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten eine der grundlegenden Aufgaben jeder Regierung ist, und bekräftigen, daß die Anerkennung dieser Rechte und Freiheiten die Grundlage für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden ist.“

7. Weniger als ich anfangs dachte, wird die österreichische **Demokratiediskussion** durch die mitteleuropäische Erneuerung bewegt werden (eher ist dies noch in der Bundesrepublik Deutschland zu erwarten, deren streng repräsentatives Grundgesetz noch manch „rot-grünen Anstoß“ in Richtung direkter Demokratie erfahren dürfte). Die „Runden Tische“<sup>8</sup> mündeten sehr rasch in Repräsentativsysteme parteienstaatlichen Zuschnitts. Zur Entfaltung direktdemokratischer und partizipatorischer Strukturen fehlten Zeit und Kraft. Die Wahl- und Abstimmungsbeteiligung sank bald deutlich.

8. Die Verlagerung der europäischen Gewichte, die Suche nach neuen supra- und transnationalen Proportionen bewirken in Österreich ein Nachdenken über „Unzeitgemäßes“ im **Staatsvertrag** vom 15. Mai 1955 sowie in Österreich und der Schweiz eine rekonstruktive Beschäftigung mit der **Neutralität**, wenn es etwa in der Erklärung von Stainz (der Teilnehmer des Symposions „Kultur, Wirtschaft und Politik im Wandel“) vom 15. September 1990 heißt: „So sollen Inhalt und Auslegung der österreichischen Neutralität den neuen Entwicklungen gerecht werden.“ Freilich besteht bei diesen Adaptierungsvorgängen mit ihren beträchtlichen politischen und rechtlichen Folgen eine besondere Sorgfaltpflicht.

9. Die neue Situation Mitteleuropas ruft nach einer Verstärkung der traditionellen, pragmatischen **Nachbarschaftspolitik** Österreichs im Zeichen eines neuen transnationalen Regionalismus, und zwar in qualitativer und quantitativer Hinsicht. Hier darf das Ergebnis keineswegs Auspeisung oder Abspeisung sein. Voraussetzung ist ein partnerschaftliches Ein-

ander-Kennenlernen in einer Atmosphäre eines illusionslosen, unromantischen Geschichtsbewußtseins und einer taktvollen Menschlichkeit, die das paternalistische Schulterklopfen ebenso meidet wie jedes Freund-Feind-Denken.

10. Österreich kann sich keine **Wohlstandslässigkeit**, abgepanzert durch Fremden-, Kinder- und Altenfeindlichkeit, leisten. Die großen Veränderungen schaffen neue Machtverhältnisse und Kommunikationsströme, die an fast zum Mythos gewordenen Selbstverständlichkeiten Österreichs („Brücke“, „Drehzscheibe“) nagen. Die Konkurrenz durch Prag und Budapest wird wachsen. Ohne Hochmut könnte Österreich seine historischen Erfahrungen als **soziopolitisches Laboratorium** anbieten, die es vom bereits reduzierten Großstaat des Jahrhundertbeginns zum (einigermaßen) selbstbewußten Kleinstaat der Jahrtausendwende führten, vom Zerfall einer Großmacht über Identitätsschwäche, Bürgerkrieg und Anschluß der I. Republik zur Konkordanz der II. Republik (Große Koalition, Sozialpartnerschaft), die ihrerseits unter Konkurrenz- und Konfliktspekten einer weiteren, geradezu dramatischen „Verwestlichung“ unterworfen ist, die selbst wieder lehrreich ist.

Jedenfalls darf Österreich nicht die kleine Formel einer großen **Bequemlichkeit** sein. Vieles bricht auf — um gegen alle Verzagtheit ein optimistisches Bild zu verwenden: wie die frische Frucht aus der alten Schale.

### Anmerkungen:

- 1 Hans-G. GADAMER: Die Vielfalt Europas — Erbe und Zukunft (1985). In: Ds., Das Erbe Europas. Beiträge. Frankfurt/Main 1989, 30 f.
- 2 z. B. Erhard BUSEK/ Gerhard WILFLINGER (Hrsg.): Aufbruch nach Mitteleuropa. Rekonstruktion eines versunkenen Kontinents. Wien 1986. — Ds. / Emil BRIX: Projekt Mitteleuropa. Wien 1986. — Wendelin ETTMAYER: Plädoyer für Mitteleuropa. Wien 1985. — Christoph RANSMAYR (Hrsg.): Im blinden Winkel. Nachrichten aus Mitteleuropa. Wien 1985.
- 3 Dolf STERNBERGER: Komponenten der geistigen Gestalt Europas (1980). In: Ds., Verfassungspatriotismus. Frankfurt/Main 1990, 53.
- 4 Arduino AGNELLI: La Genesi dell’idea di Mitteleuropa. Mailand 1971. — Jacques DROZ: L’Europe Centrale. Évolution/historique de l’idée „Mitteleuropa“. Paris 1960. — Otto FORST DE BATTAGLIA: Zwischen Europa. Von der Ostsee bis zur Adria. Frankfurt/Main 1954. — Oskar HALECKI: Europa. Grenzen und Gliederung seiner Geschichte. Darmstadt 1957. — Henry C. MEYER: Mitteleuropa in German Thought and Action, 1815 — 1945. Den Haag 1985. — Alan PALMER: The Lands Between. A History of East-Central Europe since the Congress of Vienna. London 1970. — Sven PAPCKE/Werner WEIDENFELD (Hrsg.): Traumland Mitteleuropa? Beiträge zu einer aktuellen Kontroverse. Darmstadt 1989.
- 5 György KONRAD: Der Traum von Mitteleuropa. In: BUSEK/WILFLINGER, Aufbruch, 96 (Anm. 2).
- 6 Timothy G. ASH: We the People. The Revolution of 89. Cambridge 1990. — Ralf DAHRENDORF: Betrachtungen über die Revolution in Europa in einem Brief, der an einen Herrn in Warschau gerichtet ist. Stuttgart 1990. — Julie FLINT u. a.: Tearing down the Curtain. The People’s Revolution in Eastern Europe, by a team from „The Observer“. London u. a. 1990. — Frank SCHIRRACHER (Hrsg.): Im Osten erwacht die Geschichte. Essays zur Revolution in Mittel- und Osteuropa. Stuttgart 1990. — Hagen SCHULZE: Die Wiederkehr Europas. Berlin 1990. — Wichtige erste Informationen und Analysen in der viermal im Jahr erscheinenden „Europäischen Rundschau“, Chef-Red. Paul LENDVAI, Wien (Europa Verlag).
- 7 ASH, People, 21 (Anm. 6).
- 8 Uwe THÄYSEN: Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie. Opladen 1990.

# DER UMBRUCH IM OSTEN UND DIE ZUKUNFT EUROPAS SOZIOKULTURELLE DIMENSIONEN

Die Sozialwissenschaftler tun gut daran, sich in Bescheidenheit zu üben, wenn sie dazu gefragt werden, wie sich die Gestalt Europas in einer zukünftigen Welt abzeichnet. Nichts haben sie vorausgesehen von all den Umwälzungen, die in der jüngsten Zeit in Osteuropa stattgefunden haben, und angesichts dieser Erfahrung mag es geraten sein, sich auch im Hinblick auf die Entwicklungen der nächsten Jahre vor Augen zu halten, wie unzulänglich eine Vorausschau sein kann, ob sie nun mit wissenschaftlichem Dekor versehen ist oder in feuilletonistischer Version auftritt. Was man als Defizit einer erklärenden Sozialwissenschaft bekrifteln oder als unaufhebbare Unwissenheit des Menschen beklagen mag, ist aber zugleich beruhigend: Die Widerspenstigkeit des menschlichen Handelns — so zeigt sich — widersetzt sich der vollständigen Berechenbarkeit. Wohl lassen sich im Rückblick Elemente einer Erklärung zusammenbasteln, wohl läßt sich die Vorgeschichte skizzieren und damit plausibel machen, warum die Dinge so und nicht anders gelaufen sind; aber Prognosen erweisen in den meisten Fällen ihren spekulativen Charakter. Die Geschichte ist für Überraschungen gut. Das gilt es zu bedenken. Es sollte uns freuen.

## Europa in Bewegung

Europa ist in Bewegung geraten. „Weismachen wollte man den Europäern in den letzten Jahrzehnten, sie seien im Zeitalter der *posthistoire* und der Nachmoderne angelangt, zu den herrschenden Ideen und Ideologien gebe es keine Alternative, es gelte, sich mit dem Bestehenden abzufinden und mit den Beständen zu rechnen und sich in eine unabänderliche ökonomische und politische Weltordnung zu fügen. Umso überwältigender ist nun das Erstaunen über das Ausmaß und die Geschwindigkeit des Wandels.“<sup>1</sup> Europa ist am Ende, so hieß es noch vor einem Jahrzehnt, es sei ein sklerotischer, überalterter Kontinent, der offenkundig der Spannkraft des Neuen ermangele, fragmentiert und zerstritten, resigniert gegenüber der amerikanischen Vitalität und der japanischen Dynamik. Die Zeit, in der das Schwergewicht der Geschichte im atlantischen Raum gelegen war, sei vorüber, der pazifische Raum sei das Zentrum der Zukunft. Diese Besorgnisse verfangen nicht mehr. Heute ist Europa

wieder — ganz unerwartet — zu einem Thema intellektueller Dispute geworden. Ihm wird zugestanden, weit eher noch mit der technologischen Rasanz Japans mithalten zu können als die USA. Eine prosperierende wirtschaftliche Zukunft wird ihm vorausgesagt, wenn die Bereinigung der Märkte gelingt. Der Umbruch im Osten und der Zerfall der totalitären Systeme ist in diesem Szenarium nur noch der letzte Anstoß dazu, ein neues Selbstbewußtsein zu entwickeln. Europa ist größer geworden und interessanter. Das Ende der achtziger Jahre ist somit in mancher Hinsicht von einer optimistischen Stimmungslage gekennzeichnet, die sich schon länger, zumindest seit den frühen achtziger Jahren, herauszubilden begonnen hat — auch wenn es ein besorgter, ein ängstlicher Optimismus ist, angesichts dessen man sich selbst verwundert zeigt. Die Revolution in den östlichen Ländern hat diesen Optimismus der europäischen Weststaaten zusätzlich gespeist. Er hebt diese Jahre von der apokalyptischen Stimmungslage der siebziger Jahre — einer „rien ne va plus“-Stimmung — ab. Die Einschätzung des ökonomischen Systems hat sich gewandelt: In den siebziger Jahren überschwemmten kapitalismuskritische Analysen Westeuropa und die Vereinigten Staaten, und ihren Aus sagen zufolge war diese Wirtschaftsordnung in eine Spätphase ihrer Entwicklung eingetreten. Der reife Kapitalismus — so wurde in Strukturanalysen „bewiesen“ — sei mit historischer Notwendigkeit dem Untergang geweiht. Nicht einmal zwei Jahrzehnte später hören sich die Einschätzungen spätkapitalistischer Stabilisierungserfolge ganz anders an. Das Vertrauen in die Vorzüglichkeit der Marktwirtschaft ist in den westlichen Industrieländern wieder erwacht, und der Aufschwung wirtschaftsliberalen Denkens, der seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre eingesetzt hat, hat die auch in den Weststaaten beobachtbaren Tendenzen gebrochen, von der staatlichen Regulierung und Betreuung alles zu erhoffen. Das Versagen des planwirtschaftlichen Systems, wie es in der jüngsten Zeit offenbar wurde, hat nun jenes Gegenbild geschaffen, vor dem sich der Triumph der Märkte umso strahlender abhebt. Die Oststaaten sind auf dem Weg, in das kapitalistische Weltsystem integriert zu werden, früher oder später, sie werden sich auch der Europäischen Gemeinschaft assoziieren müssen, sei es durch offizielle

Bindungen, sei es nur „von außen“ durch die Übernahme der Gesetze und Standardisierungen, die von dem großen Markt diktiert werden. Die derzeit zuweilen noch geäußerten Illusionen über einen „dritten Weg“ werden dahinschwinden. Der dritte Weg kann nichts anderes sein als ein Sozialstaat westlicher Prägung, ein gezügelter Kapitalismus, in dem die negativen Folgen risikoreicher Marktprozesse durch kollektive Vorkehrungen gemildert werden. Auch in politischer Hinsicht hat das liberale, demokratische, rechtsstaatliche Modell der westlichen Länder seine Stabilität gegenüber den totalitären und autoritären Staatsordnungen des Ostens erwiesen — eine Stabilität, die — wie das Überleben des ökonomischen Systems — immer wieder in Frage gestellt und angezweifelt wurde. Von der Legitimations- und Staatskrise, ja sogar von der „Unregierbarkeit“ der rechtsstaatlichen Demokratie glaubte man in den Siebzigern sprechen zu müssen; daß die politischen Instanzen des Westens jedoch eine beachtliche Funktionsstüchtigkeit bewiesen haben, wird heutzutage weniger in Frage gestellt. Dieser Optimismus — ein Selbstbewußtsein, das sich mit einer Europa-Euphorie mischt — ist beides gleichzeitig: ein belebender Impuls und eine lähmende Gefahr. Er ist ein belebender Impuls, weil die Vision, ein neues, die entwickelten Länder vereinendes, in ferner Zukunft aber vielleicht auch den Osten einschließendes Europa zu schaffen, verdeckte Kräfte weckt, die erst die Grundlage für diese Zukunft schaffen, und weil der Erfolg des eigenen politisch-ökonomischen Systems jenes Selbstbewußtsein vermittelt, auf dem ein zukunftsgerichtender Konsens über die zukünftige Kooperation aufbauen kann. Der Optimismus ist aber auch eine Gefahr, weil dieses Selbstbewußtsein leicht in eine Selbstbewährerung übergeht, in der verkannt wird, welche Probleme der Osten erst zu bewältigen hat und welche Probleme im Westen fortbestehen. Davon wird noch die Rede sein.

## Undeutliche Visionen

„Europa“ — das ist zunächst ein Wort, mit dem sich unterschiedliche Vorstellungen verbinden lassen. Die Geographen können uns die Grenzlinien einzeichnen; doch wer sich mit diesen Hinweisen zufrieden gibt, verfehlt das Wesen der

Sache. Näher kommen wir dem Problem schon, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß Europa auch „Europäer“ braucht: einen „homo europaeus“. Einen differenzierten Kosmopolitismus, der zumindest europaweit reicht, gilt es aber erst zu entwickeln. Einen solchen Kosmopolitismus hat es wohl vor dem Ersten Weltkrieg gegeben: Es gab — praktisch — keine administrativen, durch Paßkontrollen abgesicherten Grenzen. Es gab überall dieselben Milieus, in denen sich gebildete Menschen wohlfühlen konnten, bei aller Unverwechselbarkeit der Länder. Es gab die Internationale der Aristokratie und der Intellektuellen. Es gab europaweit die großen Banken, die Sozialisten und die Ingenieure mit ihren Projekten. Es gab die großen Städte Wien, Berlin, Prag und Budapest mit ihrem intellektuellen Leben. Nach dem Zweiten Weltkrieg drifteten die beiden Teile Europas auseinander. Es verfestigte sich das sozialistische Lager, in dem die Diktatur triumphierte. Für die Länder in diesem Einflußbereich bedeutete das nicht nur technisch-ökonomische Rückständigkeit und einen niedrigen Lebensstandard, sondern auch — in gewissem Sinne — ein Abdrängen in den Provinzialismus. Ertragen wurde dieses Los von der betroffenen Bevölkerung in stiller Verzweiflung, zuweilen mit einem heftigen, rasch aber wieder unterdrückten Aufbegehren, dann auch mit dem Stolz des Leidens. Auf der anderen Seite gab es das westliche Lager, das sich zu einem reichen Gebiet mit einer verwöhnten Bevölkerung entwickelte, zu einer Region, in der sich die meisten Einwohner ihres glücklichen Geschickes gar nicht mehr im Innersten bewußt waren.

Aus diesen Teilen — den beiden großen, lange Zeit getrennten Blöcken, die ihrerseits eine deutliche Binnendifferenzierung aufweisen — soll nun „Europa“ wiedergeschaffen werden. Von welchem „Europa“ ist die Rede? Europa bedeutet heute nicht mehr jene strahlende Idee einer kulturellen, wenn auch diversifizierten Einheit, die es bis in die Zwischenkriegszeit darstellte, sondern eine ökonomische Zweckgemeinschaft, getragen nicht von kulturellen Bestrebungen, sondern von den Kalkulationen der Manager. Ein einheitliches Wirtschaftsgebiet ist erwünscht, ohne Hindernisse für Kapital und Arbeitskraft, ein grenzenloses Terrain für Produktion und Konsum, das durch Größeneffekte bessere Marktchancen gewährleistet. Das ist die wesentliche Grundvorstellung, und sie ist von jener der Oststaaten nicht gar so weit entfernt. Denn für die Menschen, die Jahrzehntelang gewohnt waren, auf die einigermaßen gesicherte, aber doch immer wieder mühsam zu sichernde Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse reduziert zu sein, bedeutet „Europa“ in erster Linie die Vision eines besseren Lebenstandards, den ihnen die westlichen Länder vorführen; es bedeutet die Chance, einen raschen wirtschaftlichen Nachholprozeß zu bewerkstelligen und eine Entschädi-

gung für die vergeudeten Jahre zu erhalten.

Für einige der östlichen Länder bedeutet die Öffnung zum Westen auch noch mehr. Es ist eine Art „Heimkehr“ nach Europa — Europa nicht als geographischer Begriff, sondern als Idee verstanden. Europa ist jene Ausformung der Kultur, wie sie aus griechischem, lateinischem, jüdischem und vor allem christlichem Geist gewachsen ist, jene Konzeption des Menschen und der Welt, wie sie sich in einem kalkulierenden Geist des Wirtschaftens, in den Ideen des Individualismus, der menschlichen Freiheit und Würde — und in den entsprechenden rechtsstaatlich-demokratischen Institutionen — niedergeschlagen hat. Europa ist also keine Addition von Merkmalen, nicht der größte gemeinsame Nenner für jene Völker, die auf dem geographisch so bezeichneten Territorium leben. Europa ist ein geistiges Gravitationszentrum, die Wiege der modernen Zivilisation. Für viele Einwohner der östlichen Glacisstaaten bedeutete daher die Hegemonie der Sowjetunion im Bereich der Warschauer Pakt-Staaten eine Durchschneidung jener geistigen Lebenslinien, die sie mit Europa jahrhundertelang verknüpft hatten. Sie fühlten sich „asiatisiert“, einem fremden Byzantinismus ausgeliefert und in ihren originären kulturellen Zugehörigkeiten behindert. Nun ist diese geschichtsfremde kulturelle Überlagerung gewichen, und mit dem Blick nach Europa finden sie in ihre geistige Heimat zurück. „Europa“ bedeutet für sie mehr als materiellen Gewinn: Es ist auch eine Anknüpfung an die eigene Geschichte, eine Rückkehr zur kulturgeschichtlichen „Heimat“.

## Supranationalismus und Nationalismen

In diesem Europa werden die internationalen Konstellationen neu geordnet, die Wirtschaftsbeziehungen und die Gesetze standardisiert, die politischen Strukturen und die sicherheitspolitischen Bündnissysteme reorganisiert. Aber auch ein verändertes Bewußtsein von Abgrenzungen und Zusammengehörigkeiten formiert sich. Wir können derzeit Differenzierungs- und Integrationstendenzen zur gleichen Zeit beobachten: Einerseits ist der Trend zur übernationalen Vereinigung, zum Internationalismus und Supranationalismus, zur Europäischen Gemeinschaft und zum „Haus Europa“ offenkundig; andererseits betrachten wir mit einiger Verwunderung den Aufstand der Nationalismen und der Regionalismen. Was noch bedeutsamer ist, das ist jene „neue“ Spaltung Europas, die sich abzuzeichnen beginnt: Die Integrations-tendenzen scheinen im westlichen Teil des Kontinents stärker zu sein, die Differenzierungs- und Separations-tendenzen im östlichen Teil. Eine pessimistische Version des europäischen Zukunftsmodells könnte folgendermaßen

aussehen: Die neuerliche Spaltung führt dazu, daß im Westen ein multinationaler Bundesstaat entsteht, ein potentes Gebilde, das innere Differenzierungen aufsaugt; im Osten hingegen zerfallen die größeren politischen Gebilde in ein Gewirr von Nationalstaaten, deren politische Instanzen sich in der Feindseligkeit nach außen und in der Unterdrückung innerer Minderheiten vor ihren nationalstisch rabiaten Bürgern profilieren.

Nationalismen, Fragmentierungen, Separationstendenzen und Regionalismen wurden immer dadurch begründet und gerechtfertigt, daß es gelte, ungerechte Überlagerungen zu beseitigen, Ausbeutungsverhältnissen ein Ende zu setzen und autochthone Identitäten endlich wieder zur Entfaltung zu bringen. Hinter diesen Argumenten stehen meist historische, politische und ökonomische Sachverhalte, aus denen sie ihre Überzeugungskraft beziehen; in der aktuellen Situation gilt es drei solcher Aspekte zu beachten. Erstens gibt es eine historisch-ethnische Dimension der nationalen Bewegungen. Viele Konflikte zwischen Völkern knüpfen dort an, wo die Österreich-Ungarische Monarchie und andere politische Gebilde der Jahrhundertwende oder auch des vorigen Jahrhunderts standen, bei denselben Aversionen und Feindschaften, denselben Anschuldigungen und Abgrenzungen, und in manchen Fällen muß man die kulturell-politischen Landkarten gar um Jahrhunderte zurückblättern. Das ist im Süden der Sowjetunion sichtbar, es zeigt sich bei den Animositäten zwischen den Tschechen und Slowaken, es liegt den Konflikten der Völker Jugoslawiens zugrunde. Nicht immer sind diese Konflikte mit semantischen Tricks — wie Bindestrichen im Staatsnamen — lösbar.

Zweitens gibt es eine ökonomische Dimension dieser Bewegungen. Besonders dort, wo heterogene Gruppen zu staatlichen Gebilden vereinigt wurden, sind es Verteilungsprobleme, welche jene Konflikte anheizen, die entlang ethnischer Spaltungen ohnehin bestehen. Warum sollen die Slowenen für den Süden, den sie nicht leiden mögen, auch noch zahlen? Stehen sich die Litauer nicht wirtschaftlich besser ohne die Sowjetunion? Sollten nicht sogar die Russen die peripheren Regionen abstoßen, um selbst einen höheren Lebensstandard zu gewinnen und ihre Ressourcen für eigene Zwecke nutzen zu können? Oft sind nationalistische Argumente sogar nur ein Vorwand für handfeste materielle Interessen. (Dem steht nicht entgegen, daß es auch die umgekehrten Fälle gibt: daß materielle Opfer gebracht werden, um nationalistische Interessen durchzusetzen). Es sind verständlicherweise die bessergestellten Regionen, die aus ihren Staatsverbänden ausscheren wollen. Was aber machen dann die peripheren Gebiete, die als nicht lebensfähige Elendsquartiere Europas übrigbleiben? Es ist nicht auszuschließen, daß diese verarmten Gebiete in den peri-

phären Zonen eines reichen Kontinents zu den heißen Konfliktgebieten der Zukunft werden. Drittens zielen die nationalistischen Strömungen auch auf kulturelle Orientierung, und damit stoßen wir auf die im engsten Sinne kulturelle Dimension dieser Auseinandersetzungen. Wo der eigene Lebensraum aufzugehen droht in der Einheitlichkeit einer einebnenden „Europakultur“ oder „Weltkultur“ oder in den einheitlichen Planungsrichtlinien eines autoritären Regimes, dort besinnt man sich auf die Eigenart der spezifischen Umwelt. Die einheitlichen Planungsrichtlinien eines autoritären Regimes haben dieselbe Wirkung, und deshalb bricht die Problematik im Osten dort wieder auf, wo sich der harte Zugriff der konfliktverdrängenden Regimes lockert. Im Westen wird die Frage deswegen virulent, weil tiefgreifende Integrationsprozesse ins Haus stehen.

Einerseits gibt es wohl so etwas wie eine europäische Identität, komponiert aus Individualität, Rationalität und Menschenwürde. Die rationale Durchdringung des Naturprozesses und der Gesellschaft ist die eine, mittlerweile global universalisierte Idee. Die Idee der individuellen Freiheit, konkretisiert in der demokratischen Ordnung, ist die zweite. Das liegt der europäischen Gemeinsamkeit zugrunde. Andererseits gilt auch, daß diese gemeinsame Idee gerade in der Vielfalt wurzelt; György Konrad definiert den Europäer unter Bezugnahme darauf: „Europäer ist, wer es mag, daß vielerlei anzutreffen ist auf engem Raum, denn er langweilt sich nicht gern. Europäer ist, wer Anspruch erhebt auf die interessante Vielfalt menschlicher Ereignisse.“<sup>2</sup> Und der rumänische Kulturminister hat durchaus recht, wenn er in einer Rede in Wien sagt: „Die Europäisierung, zu der heute alle eingeladen werden, darf nicht ein ‚thermischer Tod‘ Europas, eine Zerstörung der bunten Vielfalt, ein Phänomen der Entropie sein. Wir sollten nicht zu Europäern werden, indem wir unser Antlitz einbüßen. Wir alle haben eine unverwechselbare Stimme, und jeder von uns kann eine den anderen unbekannte Geschichte erzählen. Ein gemeinsames Europa ist nicht ein Europa, das Esperanto spricht und in administrativer und politischer Stereotypie einschlummert.“<sup>3</sup> Diese kulturelle Vielfalt aber, die kulturelle Dimension der am Integrationsprozeß beteiligten Länder, ist nicht unabhängig von den ökonomischen und politischen Verhältnissen. Schon auf der Ebene der „harten“ Variablen, bei der Gesetzgebung und der Ökonomie, bleibt offen, wie man zur adäquaten Balance von Deregulierung und Regulierung gelangen kann: Durch die Integration der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft sollen nationale Deregulierungen erreicht werden, aber Brüssel verdichtet zugleich das Netz der europaweiten Regulierungen und schafft dadurch Handlungsbeschränkungen für die

Mitgliedsstaaten. Das ist ein Regelungsproblem mit kulturellen Implikationen. Europa darf nicht die Gemeinschaft einer normierten Kultur werden, da sind sich alle einig. Wolf Lepenies etwa meint: „Zu den Aufgaben einer künftigen europäischen Kulturpolitik wird es ... gehören, die Ungleichzeitigkeit zwischen Wirtschaft und Politik auf der einen Seite, Kultur auf der anderen Seite aufrechtzuerhalten.“ Aber läßt sich eine solche Ungleichzeitigkeit überhaupt durchhalten, eine partielle Entkoppelung der wirtschaftlich-politischen Sphäre auf der einen und der kulturellen Sphäre auf der anderen Seite? Die gemeinsame Verfügbarkeit von Gütern und Dienstleistungen, die Mobilität der Arbeitskräfte, die Einheitlichkeit von Gesetzen und Normierungen, die gemeinsamen Fernsehprogramme — das alles wird nivellierend wirken. Europa ist — aller Voraussicht nach — auf dem Weg in eine recht sonderbare „Mischkultur“, in der Bestände aus allen Kulturregionen in kommerzialisierte Form auf bunten Märkten allerorten angeboten werden.

## Die Identität der Oststaaten

Der Zusammenbruch der sozialistischen Systeme hat — neben den wirtschaftlichen Schwierigkeiten — auch kulturell-politische Dimensionen. „Der bürokratische Sozialismus hat seine ideelle Basis verloren. Bei aller Ungeheuerlichkeit des Stalinismus war der stalinistische Apparat, zumindest in den Ländern der Volksdemokratie, unvergleichlich stärker abhängig von seiner ideellen Verbundenheit mit dem System als die gegenwärtigen Apparate. Es könnte scheinen, daß ein zynischer Apparat, dessen Mitglieder die Errungenschaften des Sozialismus an den eigenen Privilegien und Karrieren messen, effizienter sei, weil frei von Belastungen und Hemmungen, unempfindlich gegen ideologische Erschütterungen, zu beliebigen und blitzschnellen Veränderungen fähig und besser zur Manipulation geeignet. Aber das ist nicht einmal die halbe Wahrheit. Ein solcher Apparat ist nicht nur in Krisenzeiten unverläßlich und unfähig, echte Belastungen zu bestehen. Er neigt auch sonst zur Selbstzerstörung durch Cliquenwirtschaft. Es ist ein Symptom für das Absterben des Systems, dem er dient. Ein System, das von niemandem selbstlos, uneigennützig verteidigt wird, ist verurteilt.“<sup>4</sup> Die sozialistische Idee ist tot. Aber was tritt an ihre Stelle? Die östlichen Länder haben es zweifelsohne schwierig beim Aufbau einer neuen Identität. Sie müssen nicht nur mit einer Vielfalt an Neuem fertigwerden, mit dem sie in Anbetracht der geöffneten Grenzen plötzlich konfrontiert sind. Sie müssen auch ihre eigene kulturelle Identität wieder aufbauen. Wohl gibt es historisch-kulturelle Bestände, die ja die nationale Unverwechselbarkeit ausmachen: Aber die Vorstellung, man habe

die politischen Fesseln abgestreift und nun könne sich das lange Zeit „Verschüttete“ wieder in voller Pracht entfalten, ist naiv. Jahrzehnte kommunistischer Herrschaft bleiben nicht spurlos, sie sind nicht wegzuwischen von einem Tag auf den anderen so wie die politischen Ordnungen. So gilt es beispielsweise, erst wieder eine demokratische politische Elite aufzubauen — denn die Qualifikation, als Dissident mutig gegen Diktaturen aufgetreten zu sein und gar im Gefängnis gesessen zu haben, genügt nicht, um auch ein guter Politiker und effizienter Administrator zu sein. In der Geschichte sind die Revolutionäre der ersten Stunde meist binnen kurzer Zeit von den Spitzenpositionen abgelöst worden. Das politische Spiel muß erst gelernt werden, und manche der neuen Amtsinhaber zeigen einen bemerkenswerten Dilettantismus. Die Spielregeln einer demokratischen Ordnung müssen erst eingeübt werden; bei diesen Spielregeln geht es gar nicht um die verfassungsmäßig geordneten Routinen, sondern eher um das nicht Formulier- und Mitteilbare, um „tacit knowledge“: Wie verhandelt man? Wie belastbar ist der Gegner? Wie erlaubt man ihm, sein Gesicht zu wahren? Wen fragt man bei welchen Problemen? Wie setzt man sich durch? Ebenso müssen die Staatsbürger demokratische Prozeduren — in ihren Winkelzügen und medienzentrierten Selbstdarstellungen — deuten lernen: Einstweilen sind sie so leicht manipulierbar wie nirgends sonst. Enkulturation in eine demokratische Ordnung braucht Zeit.

Ähnliche Rekonstruktionsprozesse sind auf den individuellen Ebenen — bei den persönlichen Dispositionen der Staatsbürger — nötig.

Vaclav Havel hat in seiner Neujahrsansprache 1990 gesagt: „Das bisherige Regime, bewaffnet mit seiner stolzen und auf Unerträglichkeit basierenden Ideologie, erniedrigte den Menschen auf eine Produktionskraft und die Natur auf ein Produktionsinstrument... Aus den begabten und selbständigen Menschen, die mit Verstand in ihrem Land gewirtschaftet haben, machte es Schrauben einer ungeheuer großen, lärmenden und stinkenden Maschine, von der niemand weiß, welchen Sinn sie eigentlich hat. Sie kann nicht mehr als sich selbst und alle ihre Schrauben langsam, aber unaufhaltsam abnutzen.“<sup>5</sup> Diese „Schrauben“ müssen erst wieder zu autonomen Menschen werden, sie müssen ein neues Selbstverständnis aufbauen, in einem trial and error-Prozeß, in einem Abtasten, in Experimenten. Denn das totalitäre System hat ein Eigenleben gewonnen, das für die nächsten Generationen Sozialisationseffekte gezeigt hat, ein System, das für jene, die nichts anderes kannten, lebens- und verhaltensprägend war. Wie haben jene, die vom Leben bis zur Bahre „eingeteilt“ wurden, selbständig handeln und entscheiden gelernt? (Ein wenig im Schwarzhandel, gewiß). Sie sind zudem

darauf trainiert, ein doppeltes Leben zu führen: den offiziellen Tiraden zu applaudieren, im Freundeskreis hingegen ganz anders zu reden. Sie sind gewöhnt, gegen jeden anderen mißtrauisch zu sein, denn es könnte sich um einen Agenten handeln, und wie berechtigt diese Furcht war, haben erst die Enthüllungen nach dem Sturz der Regime gezeigt. Sie haben gelernt, daß es sinnvoll ist, sich von jeder Arbeit zu absentieren, soweit dies möglich ist. Sie sind zynisch geworden. Die Entwöhnung von solchen Routinen ist ebenso wie die Entwöhnung von der überall gegenwärtigen Hand des Staates ein schwieriger kultureller Umdenkenprozeß.

Der „große Umbau“ muß in seinen ökonomischen, politischen und kulturellen Belangen gleichzeitig und in wechselseitiger Verflechtung ablaufen. Die östlichen Länder bringen hiefür unterschiedliche Voraussetzungen mit. Da gibt es die alten Industrieländer wie Ungarn und die Tschechoslowakei, die alte Tugenden und Fähigkeiten wieder hervorkramen können. Aber es gibt auch den östlichen Teil Rumäniens, Bulgarien und die Sowjetunion — Gebiete, denen jene sich über mehrere Jahrhunderte hinziehenden Lernprozesse versagt geblieben sind, in denen sich das moderne europäische Denken und Handeln (als Voraussetzung einer modernen Industriegesellschaft) herausgebildet hat. Wie kann Rußland, das die Strömungen der Aufklärung und des Liberalismus nicht mitgemacht hat, dessen Menschen von einem feudalistischen System fugenlos in ein planwirtschaftliches übergegangen sind, mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung umgehen? Es ist ein kühnes Experiment, dessen Zuseher wir sind; und wir sollten die menschliche Konstruktionsgabe hierbei nicht allzu hoch ansetzen, wollen wir nicht in denselben konstruktivistischen Fehler verfallen, dem die Planwirtschaften erlegen sind. Viel weniger ist in allen Details voraussehbar und in allen Konsequenzen machbar, als manche Technokraten anzunehmen geneigt sind. Deshalb bedarf es einer vorsichtigen, gegen unbeabsichtigte Nebenwirkungen sensiblen und auf Rückschläge gefaßten Reform. Selbst dort aber, wo die kulturellen Voraussetzungen günstig sind, wird dieses Experiment Zeit brauchen und Fehlschläge mit sich bringen. Die Zeit aber ist knapp, weil die Erwartungen rascher Erfolge hoch sind. In den östlichen Ländern hat es neben der politischen Revolution eine „Revolution der steigenden Erwartungen“ gegeben. Die Bürger fordern, nachdem der politische Umsturz geglückt ist, die Einlösung ihrer Wünsche nach einem besseren Leben. Diese Forderungen aber sind nicht so rasch umsetzbar, und die Enttäuschungen sind programmiert. Das Gefühl, um die Früchte des revolutionären Erfolges gepreßt zu werden, kann in dreierlei Richtung wirksam werden: Erstens können die Minderheiten in die Rolle der Sündenböcke gedrängt wer-

den; zweitens können die demokratischen Ost-Regierungen unter Druck geraten, sodaß auch ein eventueller politischer „backlash“ nicht ausgeschlossen ist; und drittens können antiwestliche Stimmungen angeheizt werden, etwa in der in den Oststaaten aufkeimenden Gewißheit: Nur die Weststaaten sind schuld an der fortgesetzten Misere, weil sie uns — in Ausnutzung der schlechten Situation — ausbeuteten oder jedenfalls zu wenig helfen. Selbst im Falle einer langsamem wirtschaftlichen Fortentwicklung, die von westlichen Investitionen getragen und gefördert wird, können antiwestliche Resentiments entstehen, dann nämlich, wenn die östlichen Länder vom westlichen Kapital durchdrungen werden und deshalb Kolonialisierungsgefühle wachsen.

Zum Identitätsproblem der Oststaaten gehört auch das Aufarbeiten der Vergangenheit, zurückreichend über Jahrzehnte. Was in Deutschland in langwieriger Weise und in vielen Anläufen — und auch dort in ungenügender Weise — geschehen ist, da stehen die Oststaaten erst am Beginn. „Die westdeutsche Gesellschaft“, so schreibt ein sowjetischer Journalist, „entstand im Bewußtsein der Buße für vergangene Schuld; die sowjetische Gesellschaft macht heute die ersten Schritte auf dem Weg, sich der eigenen Vergangenheit zu schämen. Das einzige, was nachdenkliche Zeitgenossen in den beiden Ländern intellektuell entzweien kann, ist der Streit, wer von beiden — Hitler oder Stalin — der größere Verbrecher war.“<sup>6</sup> Das betrifft die „ältere“ Vergangenheit vor 1945. Aber auch die jüngere Vergangenheit steht zur Diskussion, die Kollaboration mit einem kommunistischen Regime. Wie war es möglich, solche Regime aufrecht zu erhalten, außer dadurch, daß viele — beinahe alle — in gewisser Weise „mitgemacht“ haben, die einen mehr und die anderen weniger. Bis zu welchem Grad kann „Mitmachen“ geachtet werden? Wie sind jene zu beurteilen, die nur das mitgemacht haben, „was notwendig war“? Wofür war was notwendig? Die Diskussion über die Verwicklung mit dem Staatssicherheitsdienst in Deutschland ist voll entbrannt, in anderen Ländern finden gleichfalls Aufdeckungen und Abrechnungen statt, und einiges ist noch zu erwarten. Auch die praktischen Probleme eines „Systembruchs“ stellen sich, so wie einst: Man kann nicht alle Richter und Polizisten entlassen. Man braucht die Verwaltungsexperten von früher. Man sollte den engagierten Reformern des alten Apparats nicht unrecht tun. Und zuletzt: Man hat mit den Erfordernissen des Tages genug zu tun und deshalb wenig Lust, in den alten Dingen zu kramen.

päischen Zusammenschlußdynamik war schon die Rede. Aber auch in politischer Hinsicht bleiben in den Weststaaten jene Probleme bestehen, die in den beiden letzten Jahrzehnten unter Begriffe wie Politikverdrossenheit oder Unregierbarkeit gefaßt wurden — Korruption, Privilegien, Sklerotisierung. Das Selbstbewußtsein, in der besseren der verfügbaren Welten zu leben, geht im Westen durchaus einher mit einer flächendeckenden Politikkritik, die keine Leistungen anerkennt: ein Rundum-Gejammere über die Schlechtigkeit der Welt im allgemeinen und der Politik im besonderen. Gesellschaften ohne Mißstände sind aber jeweils die totalitären Systeme; freiheitlich-demokratische Ordnungen zielen darauf, Mißstände aufzudecken und zu überwinden. Die Vorteile des Westens erkennen heute eher jene, die es gewohnt sind, in totalitären Systemen zu leben, während die Wohlstandsbürger die ersten Versuche der Ostländer, Institutionen wie im Westen zu installieren, als Realisierung einer „wahren Demokratie“, die ganz anders sei als die hausgemachte politische Ordnung, hochjubeln. Es ist freilich keine neue Erkenntnis, daß in der großen Freiheit die große Gleichgültigkeit droht. Deshalb wurden Künstler, die in den letzten Jahren aus dem Osten emigrierten, von westlichen Journalisten häufig gefragt, ob sie denn glaubten, noch weiter, vom Druck befreit, schreiben zu können. Reiner Kunze, aus der DDR 1977 „entlassen“, antwortete: „Vielleicht gibt es doch ein Thema für mich: Vielleicht sehe ich — nein, besser — fühle ich im Westen nach längerer Zeit Lebensqualitäten, die die Leute, die hier leben, gar nicht mehr spüren, gar nicht mehr als Qualität erkennen. Wer beispielsweise täglich die Freiheit hat, wird sie manchmal nicht zu schätzen wissen.“<sup>7</sup> Die östlichen Länder befinden sich auf dem Weg, demokratische und rechtsstaatliche Ordnungen aufzubauen und zu festigen. Für sie ist die Demokratie die Erfüllung eines Wunschaus. Unterschiede politischer Grundstimmungen zwischen Ost und West sind also unübersehbar: Im Westen herrscht „Staatsverdrossenheit“, im Osten zunächst ein vorsichtiges Vertrauen in den „neuen Staat“. Im Westen finden wir einen diskreditierten, immer wieder strittigen Begriff der „Nation“, ein wichtiges Element der eigenen Identität. Im Westen verschmelzen die Nationen, in den baltischen Staaten erstehen sie wieder auf.

Mit diesem Nationsbegriff verbindet sich ein anderer Aspekt, der die Identität und Unverwechselbarkeit der westlichen europäischen Länder bedroht: die Immigrationsproblematik. Der Zuzug von Flüchtlingen und Einwanderern nach Österreich erfolgt derzeit in hohem Maße aus den Oststaaten. Es stellen sich ökonomische und politische Fragen verschiedener Art, die hier nicht angesprochen werden können. Richtig ist, daß eine rasche wirtschaftliche Entwicklung der Ostländer

## Die Identität der Weststaaten

Von der Identitätsproblematik der Weststaaten im Zusammenhang mit der euro-

den Drang in den Westen vermindern kann. Aber da dieser Aufschwung des Lebensstandards nicht so rasch eintreten wird, wie von den meisten erwartet wird, könnte sich in den nächsten paar Jahren der Zustrom von „Wirtschaftsflüchtlingen“ und illegalen Gastarbeitern in die westlichen Länder drastisch verstärken. Wenn die Sowjetunion oder ihre einzelnen Länder die Grenzen öffnen und sich Nationalitätenkonflikte drastisch zu spitzen, wären Ströme von Immigrationswilligen zu erwarten. Die westlichen Länder werden in diesem Fall ihre Grenzen schließen müssen. Noch drastischer stellen sich Fragen kultureller Vereinbarkeiten und Konfliktlinien aber mit Blick auf den Süden. Es gibt ja außer den Oststaaten weltweit die bekannten Flüchtlingsländer, etwa im Fernen Osten; zudem werden in den nächsten Jahren die Türken nach Europa strömen; und schließlich werden die nordafrikanischen Länder zu einem wichtigen Emigrationspotential. Der Zuzug aus den Nachbarländern im Osten ist im allgemeinen zumindest kein kulturelles Problem, und ein begrenztes Einwanderungspotential kann für alle Beteiligten von Nutzen sein; die Situation wird jedoch dramatisch bei der Einwanderung von Massen von Türken und Nordafrikanern. Weitsichtige Europapolitik muß sich auch mit diesen Fragen befassen.

### Schlußbemerkung

Die Europa-Euphorie birgt eine Gefahr in sich: Sie lenkt ab von den weltweiten Problemen, die bestehen bleiben oder sich sogar verschärfen, etwa vom Nord-Süd-Konflikt. Der europäische Umbruch zeigt ja sogar dort Wirkungen, wo plötzlich die Finanzierung von Bewegungen oder Staaten aus dem kommunistischen Lager wegfällt oder eingeschränkt wird. Zugleich aber schwinden mit der Konzentration auf eigene und europäische Probleme auch Stabilisierungsfunktionen dahin, welche die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion in Regionen der Dritten Welt — etwa in Afrika — ausübten, und Scharmützel und Stammeskriege flackern auf. Entwicklungshilfe fließt in den Osten statt in den Süden, und das verschärft die ohnehin nahezu unüberwindlichen Entwicklungsprobleme in den ärmeren Ländern. Auf lange Sicht liegen dort für ganz Europa — wie immer es auch zusammengesetzt und beschaffen sein mag — die Existenzprobleme. Ähnlich steht es mit der Umweltfrage. Die Apokalypse scheint vertagt, da doch umweltpolitische Maßnahmen, auch wenn sie zögernd vorangetrieben werden, zu greifen beginnen. Mittlerweile gibt es Recyclingpapier, Importverbote für Tropenholz, einen Aufschwung des Fahrrads, Lacke ohne Lösungsmittel und sanften Tourismus; Naturschutzgebiete werden zum Vorzeigen geschaffen und regulierte Bäche wieder in den Naturzustand zurückgebaut; Konsumenten dürfen Müll sortieren. Aber Luft, Boden und Wasser wer-

den trotzdem immer giftiger, und die globale Atmosphäre, die Weltmeere, die Regenwälder sind weiter in Gefahr; die Listen aussterbender Tiere und Pflanzen werden immer länger; und nicht einmal über Kleinigkeiten wie das Verbot der Treibgase kann man sich einigen.

Diese Erinnerungen an größere Probleme sollen die Freude über den Umbruch im Osten nicht mindern, der die Chance auf eine europäische Friedensordnung<sup>8</sup> eröffnet. Unsere Welt ist durch diese Öffnung der ehemaligen Länder des realen Sozialismus größer geworden. Denn der Mensch lebt in einem System von abgestuften kulturellen Zugehörigkeiten. Er lebt in seiner Familie, seiner Verwandtschaft, seinem Stadtviertel, seiner Gemeinde. Er gehört zu seiner Region, seinem Land, seinem Staat, seiner Nation. Er ist Teil größerer Einheiten, Mitteleuropas, Europas, der Gruppe moderner westlicher Gesellschaften. Er ist — hoffentlich — ein bisschen Kosmopolit.

Die Oststaaten gehören durch den Umbruch wieder zu uns, zu dem Terrain, in dem sich unser kulturelles Selbstverständnis — in Aneignung und Widerspruch — formt. Das ist eine Bereicherung Europas.<sup>9</sup>

#### Anmerkungen:

1 Wolf Lepenies: Europa als geistige Lebensform. Ein Plädoyer für wirtschaftliche Einigung und kulturelle Verschiedenheit, Die Zeit Nr. 44, 27. Oktober 1989.

2 György Konrád: „Plädoyer für eine interkommunikative Architektur in Europa. Künstlerische Artikulation unseres Raum-Zeit-Erlebens“, in: Peter Sloterdijk (Hrsg.): Vor der Jahrtausendwende. Berichte zur Lage der Zukunft, Frankfurt a.M. 1990, S. 277—291, hier S. 280.

3 Andrei Gabriel Plesu Anfang April 1990 in einer Rede in Wien, abgedruckt im Grazer Journal, Mai 1990, S. 1ff.

4 Leszek Kolakowski: Leben trotz Geschichte, München 1977, S. 25ff.

5 Abgedruckt in der Kleinen Zeitung vom 11. März 1990.

6 Wladimir Kulistikow: Zweierlei Deutsche in einem Haus. Bonner Eindrücke eines sowjetischen Journalisten, Die Zeit, Nr. 25, 16. Juni 1989.

7 Wolfgang Broer: „Reiner Kunze. Im Westen nichts Neues?“ Literatur und Kritik 122, März 1978, S. 110—114, hier S. 114.

8 Vgl. Dieter Senghaas: Europa 2000. Ein Friedensplan, Frankfurt a.M. 1990.

9 Diese Überlegungen wurden beim Forum St. Stephan in Wien im Juni 1990 vorgetragen.



# GEWISSENSERFORSCHUNG VOR DER TÜR MITTELEUROPAS

**D**as Thema, worüber ich schreiben soll, ist mir klar: **Mitteleuropa**. Aber was soll ich eigentlich schreiben, wenn es für mich überhaupt kein Mitteleuropa gibt!? Die Teilung unseres Kontinents wird nämlich besonders bei uns schmerzlich empfunden — Mitteleuropa ist irgendwohin verlorengegangen und statt dessen benutzen wir jetzt zwei andere Begriffe: Osteuropa und Westeuropa. In der Theorie sind sie zwar sinnlos und nicht mehr gültig, in der Praxis sinnlos, aber noch oft zu hören...

Ja, wir können von der Geschichte des gemeinsamen Mitteleuropa reden. Was meine Heimat betrifft, denke ich vor allem an das 14. Jahrhundert, als die Prager Karls-Universität zum Sammelpunkt für Intellektuelle aus ganz Mitteleuropa wurde. Aber sie ist jetzt tot.

Auch anders ist es möglich, Mitteleuropa zu beschreiben — z.B. als menschlichen Organismus. In einem Organismus müssen aber alle Organe funktionieren. Keiner ist mehr oder weniger wichtig, niemand ist ersetzbar. Sonst kann der Organismus nicht leben...

Wir vom ehemaligen Osten sind für den Organismus ebenso wichtig wie Ihr im ehemaligen Westen. Nur befinden wir uns in einem komplizierten Zustand, den der Chefredakteur der Kleinen Zeitung, Fritz Csoklich, als „Operation ohne Narkose“ beschrieben hat. Das stimmt, und ohne Narkose, mit den schon ein Jahr dauernden Hoffnungen, Erwartungen, Enttäuschungen usw., kommen wir jetzt zur offenen Tür Mitteleuropas.

Wenn wir uns begegnen, sollten wir gemeinsam ein neues Mitteleuropa gründen.

„Sie ist offen“, beschreiben wir unsere Staatsgrenze in Zeitungen, Briefen, persönlichen Gesprächen. Das ist richtig, wir brauchen schon ein Jahr lang keine Visa, keine strengen Zöllner — wie es nur natürlich ist...

Bisher kann ich mich gut erinnern, wieviel Kräfte es den früheren Sportredakteur und jetzigen Chef meiner Zeitung gekostet hat, um seine Idee, einen Radfahrwettbewerb zwischen Linz und Budweis zu veranstalten, zu verwirklichen. Das war im Jahr 1988. Und es ist wirklich gelungen, daß die Sportler durch die Grenze symbolisch ohne Kontrolle fahren konnten. Eine einzigartige Aktion, welche die Sinnlosigkeit der Grenze gezeigt hat — die Sportler haben damals die Entfernung zwischen unseren beiden Städten, Ländern, Völkern ein wenig menschlicher gemacht.

„Ja, sie ist offen“, jetzt sind wir an der

Reihe. Wie die Sportler, wissen auch wir sehr gut, daß nur offene Grenzen nicht genügen.

Wir müssen vor allem unsere Herzen öffnen. Bis jetzt sitzen die meisten von uns zu Hause, vorsichtig vor der offenen Tür — mit der Angst, jemanden wirklich einzuladen. Die Angst (nicht nur des Gastgebers, sondern auch des Gastes) ist nicht schwer zu verstehen. Eine wichtige Rolle spielt die Sprachbarriere, dann übertriebene nationalistische Gefühle, Unkenntnis, Scheuheit, das Gefühl für Dankbarkeit verpflichtet zu sein, usw. Und unsere Herzen sind so leicht verletzbar, ... Es gab bei uns einen Witz, der wie die anderen politischen Witze in den vergangenen Jahren eigentlich nicht sehr lustig war: In einem kleinen böhmischen Dorf gleich an der Grenze schauen Vater und Sohn nach Österreich und der Kleine fragt: „Vati, wer wohnt dort hinter den Drähten?“ — „Wir, mein Sohn, wir...“, antwortet der Erwachsene. — Die Drähte sind schon weg, ähnlich wie die Mauer in Berlin teilweise auch als günstig verkauft Souvenirs. Aber den „eisernen Vorhang“ in unseren Seelen kann man nicht einfach mit der Schere entfernen!

Ja, es braucht Zeit, es kommt langsam, aber sicher — versichern wir uns und den anderen. Wir müssen uns selbst finden, wir haben unser Selbstbewußtsein zu erneuern, oft hört man diese klare und allgemeine Wahrheit.

Wie wir das machen sollen, um uns wieder selbst zu schätzen, sagt uns niemand. Und wir waren es so sehr gewöhnt, Befehle von „oben“ zu hören! Jetzt muß jeder von uns seine Identität selbst suchen. Auch durch verschiedene faux pas mit dem Bindestrich, mit der slowakischen Nationalbewegung und tschechischen Unterwerfung zu allem,

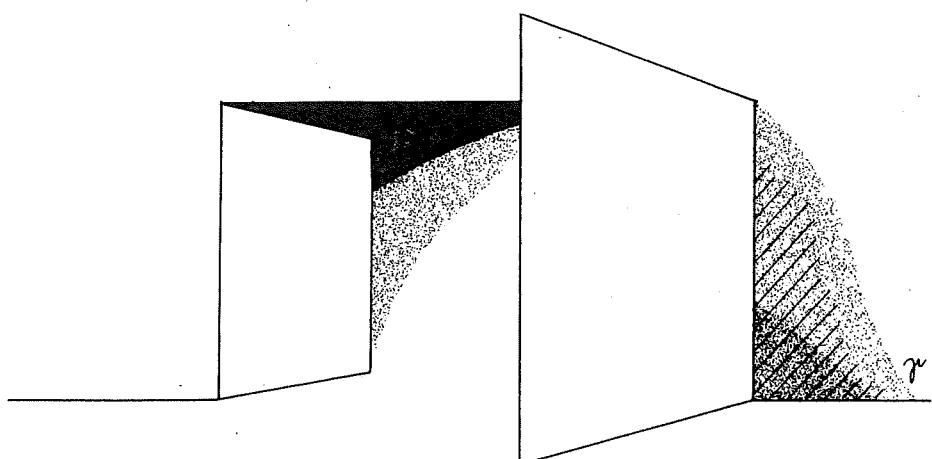
was sich lohnt... Kein besonders guter Motor.

Wir möchten leben wie im Westen, aber arbeiten wie früher — wie in der Sozialistischen Wirtschaft — so denken viele! Aber was sich eigentlich lohnt? Wie überrascht waren tschechische Unternehmer beim festlichen Abendessen mit dem amerikanischen Senator William L. Armstrong auf der Botschaft, als sie keine konkreten Kontakte knüpfen konnten und ihnen stattdessen den ganzen Abend über die Moral des Unternehmers erzählt wurde! Ja, es war schön, das Essen hat geschmeckt und der Herr Senator hat interessante Sachen erzählt — aber wir haben doch ganz andere Sorgen.

Das entsprechende Privatisierungsgespräch ist noch nicht fertig. Wir müssen erst den Mangel an Baumaterial überwinden. Wir müssen sparen, aber die tschechoslowakische Krone ist eine sehr unsichere Währung. Besser wäre es, zu investieren, aber wo und wofür? Ja, Moral ist sehr wichtig — aber wenn die Beziehungen in unserer Welt voll von Unmoral sind...

Können wir uns leisten, unmoralisch zu sein? Manchmal scheint es mir, Moral ist für uns unerschwinglich.

Noch etwas ist, meiner Meinung nach, über unseren Verhältnissen: Reichtum. Das fast 50 Jahre dauernde Leben in gezielter Isolation ist jetzt die Ursache, daß unsere ersten und oft auch wichtigsten Eindrücke vom Westen unsere Leute in Geschäften suchen. „So ist die Demokratie“, sehen wir die übervollen Geschäfte und möchten dasselbe haben — auch wir verdienen die Demokratie! Leider bekommen wir die Möglichkeit, unsere Lebensweise zu vergleichen, gerade in der Zeit, wenn die ganze Welt in ökologischem und ökonomischem Sinn



ganz unerfreulich ist. Nicht nur wir im ehemaligen Osten müssen jetzt den Gürtel enger schnallen — das ist eine unbedingt notwendige Aufgabe für die ganze Welt.

Abgesehen davon: oft hört man auch Signale, daß mit der Konsumgesellschaft etwas nicht in Ordnung ist. Schon Jahre existiert doch im Westen die Philosophie „Postmaterialismus“, die andere Werte als Ware in Geschäften präferiert. Müssen wir schon vorher aber das Übermaß an Verbrauch versuchen, muß uns der Konsum (jetzt im Westen siebenmal höher als bei uns) auf die Nerven gehen, um später zu entdecken, wo das Wesentliche in unserem Leben liegt, was eigentlich das Wort „Reichtum“ bedeutet. Diesen Weg können wir am besten mit Künstlern finden.

Kunst als Mittel zur Kommunikation ist fähig, die geographischen, sprachlichen und psychischen Barrieren zu überwinden.

Kunst bietet auch große Chancen für die Zusammenarbeit der Völker, Ethik, Gesellschaften an.

Durch ihren Einfluß kann sie die Leute von der langjährigen Angst, Überschätzung, Haß und Neid befreien. Musik,

Wort, Geste können zum Grund der gemeinsamen Zukunft, befreit von gegenseitigem Mißtrauen, Verdächtigung, von Minderheitsgefühlen oder Überhebung werden. Und am Steuer unserer Demokratie stehen doch auch die Künstler... „Sie ist offen“, sagt vor allem unsere junge Kunstgeneration, die nicht nur passiv warten will. Jetzt bereiten wir zum Beispiel eine große multikulturelle Initiative vor, die in Budweis von 9. bis 15. September 1991 stattfinden soll. In unserer Stadt, 30 Kilometer von der tschechisch-österreichischen Grenze entfernt, sind Künstler aus der ganzen Welt eingeladen. Manche kennen sich schon — wie die internationale Organisation „Künstler für den Frieden“ (P.A.N.D. international) haben sie sich schon in Helsinki und im April 1989 auch in Wien getroffen.

Wir rechnen damit, daß dieses Kulturtreffen ein Schritt zum gemeinsamen Erkennen wird. Die ganze Woche im Theater, Musik, Ausstellung, Filme, Literatur usw. soll in einem Konzert an der Grenze — im ehemaligen „Niederschlesien“ — gipfeln. Symbolisch nicht nur für die Grenzstadt in Südböhmen, die seit dem Jahre 1948 sinnlos geteilt ist. (Der Bürgermeister vom gleich hinter der

Grenze liegenden Gmünd hat es 15 Minuten zu Fuß zum Bürgermeister von Ceske Vlenice...).

Die tschechischen Einwohner wissen sehr gut, was das bedeutet, 10 Minuten von zu Hause gehen, die Grenze überschreiten und in eine ganz andere Welt zu kommen. Symbolisch nicht für die deutschsprachigen Menschen, die in dem Grenzgebiet im Jahre 1945 bei der Vertreibung großes Unrecht erleben mußten. Als ein Pflaster für unsere Eltern, die vor einem Jahr das erste Mal etwas anderes als die ähnlichen Bruderländer besuchen konnten.

Für die tschechischen Touristen, die jetzt endlich auch die zweite Seite des größten Sees im Land sehen können — vom Aussichtsturm im oberösterreichischen Ulrichsberg braucht man ungefähr eine Stunde zur „Grenze des westlichen Europas“. Aber wie lange müssen wir eigentlich gehen? Eine Stunde oder 40 Jahre? Wir brauchen nicht nur zur offenen Tür kommen, wir brauchen und wünschen uns offenen Herzen zu begegnen! Ohne Angst, daß das Mißverständnis uns wieder die Tür zumacht. Seien Sie bitte so nett und lüften Sie Ihre Herzen oft. Von uns weht die frische Luft...



# PRAG, HERBST

**S**ein Tagen liegt das weiße Stück Papier auf dem Tisch, seit Tagen mache ich einen weiten Bogen herum. Was kann denn einer sagen über dieses Land, über diese Stadt, der drei Wochen hier ist? Wo doch selbst die, die hier leben und arbeiten sich kein Urteil zutrauen? Wenn die Eindrücke so widersprüchlich sind, daß sie unter einem Hut nicht Platz finden? Wenn jede neue Erfahrung, jede Beobachtung nahelegt, doch lieber noch den Mund zu halten?

Heute ist der 28. Oktober. Heute vor 72 Jahren hat Tomáš G. Masaryk die ČSR aus der Taufe gehoben.

Das wird noch stimmen, wenn dieses Heft erschienen sein wird. Dem Rest ergeht es mit großer Gewißheit so, wie der vorgedruckten Preisdeklaration auf meiner Honigdose. Bevor noch ein Käufer hingreifen konnte, klebte schon ein neues Preisschild darauf: 15 statt 8,50 Kronen. Das war aber nicht mehr als ein kleiner Warnschuß. Noch hält der Damm der durch ein umfassendes Subventions- und Preisregelungssystem völlig verzerrten Preise. Nur entlang der Trampelpfade der Touristen können die Prager schon einen Vorgeschmack dessen bekommen, was auf sie zukommt, wenn die Preise nicht mehr geregelt und die Währung konvertibel geworden ist. Um 300 Kronen zu essen ist dort kein Problem und der Fremde empfindet auch nichts dabei, wenn er rund hundert Schilling ausgibt. Für den Einheimischen aber wären an dem Abend 10 Prozent seines Monatsbezugs im Restaurant geblieben.

Wenige hundert Meter daneben, mitten im Universitätsviertel, liegt die Mensa. In langen Schlangen warten hier die Studenten um für 3,50 Kronen ihr Mittagsmenü abzuholen. Uns Ausländern, die sich zu spät gemeldet haben, bleibt nur das Lokal daneben. In dem rauchverhangenen unscheinbaren Speisesaal, in den sich kaum je ein Tourist verirrt, offenbart sich der wahre Wert des Geldes. Um 18 Kronen, nach offiziellem Kurs umgerechnet sind das derzeit rund sieben Schilling, gibt es Rindsbraten mit Kraut und Knödel, dazu ein großes Bier. Gute Hausmannskost.

Diese Verzerrungen entgehen den Tschechen natürlich nicht. Der täglich wachsende Strom von Menschen mit dicken Brieftaschen und ebensolchen Autos schürt noch die Ungeduld der jahrzehntelang Kurzgehaltenen, verstärkt noch die Schwerhörigkeit gegenüber den Appellen Havels für Geduld und Fleiß. Solche Eindrücke schüren das Gefühl: Es muß besser werden, und bald.

Es wird aber schlechter werden, und bald. Spätestens im Jänner, wenn die Preise freigegeben sind, schrumpft das nicht gerade üppige Durchschnittseinkommen von 3000 Kronen im Monat

wieder drastisch. Bis Lohnerhöhungen durchgesetzt sind, wird es lange dauern. Bis dahin bleibt nur, was keiner will: Konsumverzicht.

Konkret bedeutet das: Was man bisher nicht durfte, wird man in Zukunft nicht können. Reisen zum Beispiel.

Die Erlaubnis, im Jahr 4000 Kronen in Devisen umzutauschen, macht Reisen auf normalen Wegen praktisch unmöglich. Also wird es das noch weiter geben, das diskrete „change money“ am Wenzelsplatz und den Schwarzhandel mit den begehrten Theaterkarten. 440 Kronen wollte so ein Schwarzhändler für ein Ticket der „Laterna Magica“. An der Kassa kostet die Karte 25 Kronen. Karel Hviždala, Freund und Gesprächspartner Václav Havels, fürchtet trotzdem die Wirtschaftsmisere und die kommende Konvertibilität der Währung weniger als tieferliegende Spätfolgen der Diktatur: „Was mir Sorge macht, ist die Konvertibilität des Geistes“, sagt er, der jetzt als Chefreporter bei der Zeitung „Mladá Fronta“ (Junge Front) arbeitet.

Die verhaßten Symbole waren ja bald ausgetauscht. Die Bronze-Statue Klement Gottwalds, die sein Vorgänger auf dem Schreibtisch stehen hatte, verstaubt jetzt im Kasten. Ihren Platz nimmt ein kleiner Havel-Kopf aus Ton ein, „ein Geschenk von Freunden“, lacht Hviždala. Die nach Gottwald benannte Hauptstraße an der Moldau fiel Tomáš Masaryk zu, des verhaßten KP-Staatschefs U-Bahnstation wurde mit dem Namen Vyšehrad überklebt.

Überklebt. Das alte schimmert noch durch, nicht nur bei den Schildern. „Die Menschen sind nicht gewohnt, Risiken einzugehen, Verantwortung zu tragen oder Macht zu delegieren“, begründet Hviždala seine Skepsis und nennt gleich ein Beispiel, das er für symptomatisch hält. Mit einem Bittbrief hat sich eine kleine Landgemeinde an seine Zeitung gewandt, man möge ihnen doch zu einem Kulturzentrum verhelfen. „Die wissen noch nicht, daß sie das jetzt selbst machen müssen“, ärgert sich Hviždala, der in zehn Jahren Exil andere Denkmuster kennengelernt hat.

Den zweiten Schwachpunkt der neuen Republik hat der Präsident schon in seiner Neujahrsansprache in den Mittelpunkt gerückt. Die Schuld und den Umgang mit ihr. „Wir sind alle — wenn auch selbstverständlich jeder in anderem Maße — für den Gang der totalitären Maschinerie verantwortlich, niemand ist nur ihr Opfer, sondern alle sind wir zugleich ihre Mitschöpfer.“ Daß die Rede keine Widerrede gefunden hat, erklärt Hviždala so: „Jeder hat gedacht, es sei ohnedies der andere gemeint.“ Das Klima der Hatz „jeder gegen jeden“, hat seinen Höhe-

punkt aber noch nicht erreicht, hört man von besorgten Beobachtern.

Auf der fieberhaften Suche nach Feinden und Schuldigen kommt nun auch ein Gefühl ans Tageslicht, das die abgesetzten Ideologen des Regimes endgültig für überwunden hielten: Ein völlig überdrehter Nationalismus. Die Slowaken wollen ihre ungarische Minderheit slowakisieren und zugleich möglichst wenig mit Prag zu tun haben. Die Prager Ressentiments wieder richten sich da gegen Zigeuner, dort gegen Vietnamesen, oder andere von der verkrampften Solidarität mit „Bruderländern“ aus aller Welt hier hergeschwemmten Nationalitäten. „Wenn ich rufe Achtung, dann sind Zigeuner in der Nähe“, warnt die Fremdenführerin im Hof des Strahov-Klosters. Und auch an dieser „Plage“ sind noch die Kommunisten schuld, weil sie mit der großzügigen Kinderbeihilfe zum reichen Kindersegen der auf Taschendiebstahl spezialisierten beigetragen haben, schimpft sie.

Bis zu 40 Prozent der Bevölkerung hält Hviždala für mobilisierbar, für anfällig auf die verkürzenden Parolen nationalistischer Demagogen. Konkrete Prognosen will aber auch er nicht machen, was aus dieser Ecke in der nächsten Zeit noch zu erwarten sein wird. „Wie kann man sagen, ob aus dem Ätna etwas kommen wird?“

Echten Grund zur Verärgerung hätten freilich andere. Die „sanfte Revolution“ ist nämlich soeben dabei ihre Eltern zu verspeisen. 25

Das sind einmal die zahlreichen Kellerbühnen und -theater. Hier hat sich das politische Leben sozusagen unter der Tuchent abgespielt, hier wurde zwischen den Zeilen gelesen und geschrieben, hier wurde dem Wort wieder jenes Gewicht gegeben, das ihm in der offiziellen Politik längst abhanden gekommen war. Dann sprang der Funke auf die Straße, und die Glut im Keller erlosch langsam. Das Leben spielt sich jetzt eben in der Wirklichkeit ab, nicht mehr im Theater, erklären die einen dieses Phänomen, andere finden pragmatischere Begründungen.

Früher sind die Menschen — von der Gewerkschaft organisiert — mit Bussen von überallher preisgünstig ins Theater gekarriert worden. Oft haben sie die günstige Busfahrt genutzt, sich einen schönen Abend in Prag zu machen, haben das Ticket einfach verkauft. An den Bilanzen des Theaters änderte das nichts, die Bühnen waren ausverkauft. Mit dem Ende der Zwangs-Beglückung erlahmte auch bald das künstliche Interesse an der Kunst. Daß zugleich die Subventionen der Theater reduziert und in vielen Fällen gänzlich gestrichen wurden, wird für manche kleine Bühne das Ende bedeuten.

Ähnlich hart traf die Revolution die eigentlichen Initiatoren der Veränderungen — die Studenten. Das Chaos der ungeordneten Übergangsperiode fällt ihnen ungebremst auf den Kopf. Mancher findet knapp vor seiner großen Abschlußprüfung plötzlich einen neuen Professor vor, der bisher wegen politischer Unliebsamkeit zwanzig Jahre lang in irgendeinem Archiv zugebracht hat. Jetzt sitzt er, kurz vor der Pensionierung, wieder auf seinem Lehrstuhl. Seit zwanzig Jahren hat er sich ausschließlich seinen Studien widmen können, hat mit den Unannehmlichkeiten des Lehr- und Prüfungsbetriebes nichts zu tun gehabt. Nun legt er seinen hohen Maßstab ohne Rücksicht auf die bisherigen Studienbedingungen an die überraschten Prüflinge an, von denen viele scheitern. Zu sehr weicht das nun geforderte vom bisher gelernten ab, zu kurz sind die Fristen, um grundlegend neu zu beginnen.

Dabei sind die noch glücklich zu nennen, die überhaupt einen Prüfer haben. Empörte Studenten erzählen, an ihrem Institut sei der neue Professor zu Beginn des Studienjahres nach Wien gereist. Er habe bisher nicht reisen dürfen, also holt er jetzt Versäumtes nach. Ob und wann die Studenten ihre Prüfungen ablegen können, kümmert ihn da wenig. Die Vorgesetzten hätten viel zu sehr Angst um ihre eigene Position, als daß sie es wagten, gegen den eben erst Rehabilitierten etwas zu unternehmen. Geringfügige Verdachtsmomente genügten, von einem rasch zusammengerufenen Bürgerforum-Komitee angeprangert zu werden.

26 Solche Auswüchse der revolutionären „direkten Demokratie“ haben schon in den Mittelschulen schlimme Folgen gehabt. Die vom Minister verordneten Hearings zur Bestellung von Schuldirektoren wurden zur Farce, weil die örtlichen Bürgerkomitees nicht zuließen, daß eine schulfremde Person zum Direktor gemacht wird. Dieser Abschottungsmechanismus sorgte — absichtlich oder nicht — für eine Kontinuität, die nicht im Sinne des Erfinders war.

Die vom Gang der Dinge frustrierten Studenten formieren sich derzeit wieder. Sie fühlen sich um „ihre“ Revolution betrogen und arbeiten nun an einem Reformprogramm für die Hochschule, das in einem zweiten Anlauf auch ihnen zu den Früchten des „normalen“ Lebens verhelfen soll.

Unterdessen schleppen andere schon eifrig die materiellen Früchte ihrer Arbeit ins Land. Im Augenblick des Aufblühens der Wirtschaft werden sie den Schuh bereits im Türspalt haben. Die blaue Sonne Minoltas strahlt aus vielen kleinen Kopier-Geschäften in der Innenstadt, im großen Kaufhaus am Wenzelsplatz bedroht eine gigantische aufblasbare Varta-Batterie die Rolltreppenfahrer, die in die kärglich bestückte Elektronikabteilung kommen, wo die Produkte dieser Firma tatsächlich zu derzeit noch erschwinglichen Preisen zu haben sind.

Geradezu Dumpingpreise hat sich Benetton für den Einstieg im Osten ausgedacht. Die begehrten Fetzen kosten hier etwa so viele Kronen wie bei uns Schilling. Ist die Marke einmal zum Statussymbol avanciert, steht einer „Normalisierung“ der Preise nichts mehr im Wege. Auch das Geschäft mit Oberkörper und Unterleib floriert. Im Stadtzentrum konkurriert Terminator Schwarzenegger mit Emmanuelle, in der Metro-Station liegt auf, was der westliche Markt an Hochglanzbusen zu bieten hat. Noch ist aber das Gedränge um die Verkäufer der wie Pilze aus der Erde geschossenen Tageszeitungen weit größer — auch aus finanziellen Gründen.

Doch der Preisvorteil der heimischen Blätter wird schon bald schrumpfen. Papier wird demnächst dramatisch verteuert, die Zeitungen werden mitgehen müssen. Was für ein großes Blatt wie die „Mlada Fronta“ verkraftbar sein dürfte, könnte das Ende mancher engagierter Klein-Zeitung bedeuten. Als zusätzliche Komplikation kommt noch dazu, daß sich die Herausgeber verpflichten müssen, den einmal fixierten Preis drei Monate lang nicht zu verändern. Da die Kalkulationen aber gemacht werden müssen, ehe noch sämliche Eckdaten der künftigen Produktionskosten feststehen, kann das fatal enden, wie das Beispiel einiger polnischer Zeitungen gezeigt hat.

Ein Nebeneffekt der Preissteigerung —

— auch die Mlada Fronta wird ihren Inseratenplatz ausweiten. Wird jetzt nur eine von acht Seiten mit Anzeigen gefüllt, sollen es künftig rund 34 Prozent des gesamten Platzes sein.

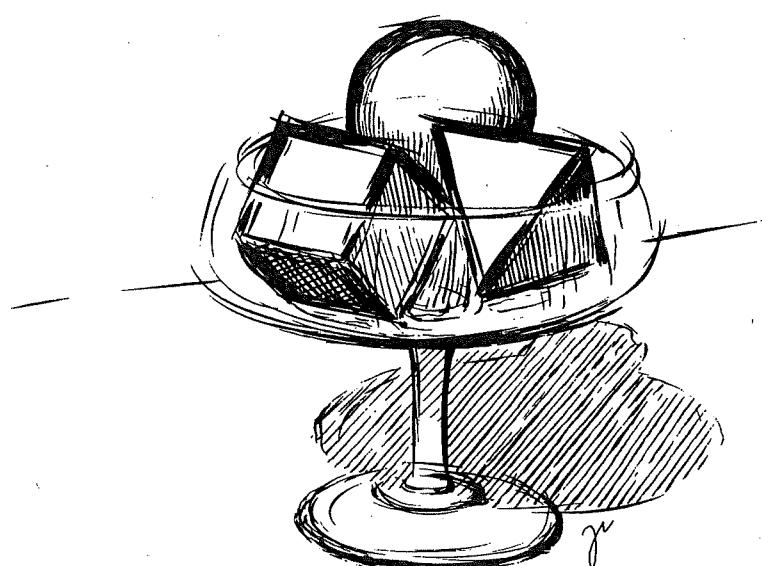
Das ehemalige Jugendorgan der KP hat den Umstieg jedenfalls bestens geschafft. Seit der Revolution stieg die Auflage von 300.000 auf 535.000. Dabei wurde außer den Kommissaren der Partei kaum jemand entfernt.

Schwieriger ist da schon die Lage der Sprachlehrer. Eine ganze Abteilung der Karls-Universität war dazu abgestellt, den Stipendiaten aus den „Bruderlän-

dern“ zunächst einmal Grundkenntnisse des Tschechischen beizubringen. Nach der Revolution bekamen es die letzten Hüter der reinen Lehre mit der Angst zu tun, sie holten ihre Leute wieder nach Hause. Als erste mußten die Nordkoreaner ihr Studium abbrechen, dann folgten die Kubaner. Zurück blieben ein paar Vietnamesen und Afrikaner. Der Zustrom von Lernwilligen aus dem Westen hat bisher das Loch nicht füllen können. Vor allem die acht außerhalb Prags gelegenen Sprachzentren stehen vor der Schließung. Die Sprachstudenten aus dem Westen wollen nur in Prag leben. Auffallend ist die hohe Zahl vom Amerikanern, Kanadiern, Briten, die sich den Tücken des Tschechischen stellen wollen. Bei uns verläßt man sich offenbar noch darauf, daß „die“ schon Deutsch lernen werden oder doch wenigstens Englisch. Das tun sie auch. Englisch-Tschechische Wörterbücher sind ausverkauft, der Deutschkurs der Universität vergriffen. An den Metro-Haltestellen werden neben Zeitungen auch Englischkurse verkauft, wie in der Herrengasse die Brezeln. Eine große Boulevardzeitung druckt einen Deutschkurs in Fortsetzungen. Viele Menschen aller Altersgruppen nützen die Fahrzeit in der U-Bahn, Vokabelhefte herauszunehmen und zu büffeln. Von einer Schule in Budweis ist zu hören, daß der noch im Vorjahr bestellte Berg an Russischbüchern unbenutzt herumliegt und die begehrten Deutschbücher nicht zu haben sind. Die einzige Deutschlehrerin im Haus weiß nicht mehr, wie sie sich ihren Nachmittag einteilen soll, um alle Schüler unterzubringen.

Von der oft beklagten Lethargie ist eigentlich nichts zu spüren. Es mag an der kurzen Beobachtungsfrist liegen, oder an der Intensität des Wunsches, das Experiment möge gut ausgehen. Vielleicht sind die Unkenrufe aber wirklich übertrieben — eine posthume Überschätzung der Macht eines hohen Herrschaftsapparats über das Innere von Menschen.

Vielleicht.



# MITTEUROPA AUS DER SICHT EINES POLITIKERS AUS OST-MITTEUROPA\*

**Meine sehr verehrten Damen und Herren!**

Ich muß zugeben, als ich die Einladung bekam, heute vor Ihnen darüber zu sprechen, wie ich Mitteleuropa sehe, wußte ich nicht, auf welche große Aufgabe ich mich einließ.

Dies ergibt sich daraus, daß ich mich bisher niemals eingehender mit Mitteleuropa befaßte, darüber weder Studien oder Essays schrieb, noch Vorträge zum gleichen Thema hielt, wie so viele andere. Darüber war ich mir im klaren, daß unsere Zugehörigkeit zu Mitteleuropa, ja sogar zu Europa, gefährdet ist. Ich wußte auch, daß wir, als „kommunistisches Land“ weit von Europa entfernt sind und der mitteleuropäische Geist nur in den Geschichtsbüchern oder literarischen Werken aufzufinden ist.

Als ich also überlegte, was insbesonders für uns Ungarn Mitteleuropa bedeutet, sah ich einige Dinge deutlich umrissen, doch gleichzeitig tauchten zahlreiche Fragen auf, die nicht oder nur schwer beantwortet werden können. Diese meine Un gewißheit veranlaßte mich, diese Antworten zu suchen. So las ich mehr als vierzig Studien und Dokumente über Mitteleuropa und mußte erstaunt zur Kenntnis nehmen, daß überall ähnliche Fragen, Unsicherheiten oder Hoffnungen auftauchten.

Außerdem erschwerte meine Situation jene Tatsache, daß wir in den vergangenen zwei Jahren, seit die Veränderungen in Ungarn begannen, ganz bis zum heutigen Tage, über Mitteleuropa kaum sprechen. Für uns, die wir in Ungarn leben, ging es um Europa. Um Europa geht es auch heute noch. Wir versuchten zu beweisen, daß wir Europäer sind. Das waren wir immer. Der Osten steht uns fern und ist uns fremd! Mit dem Osten haben wir nichts gemein. Wir wollen ein ganzes Europa. Ein einheitliches und geöffnetes Europa! Ein gemeinsames Europa. Ohne Grenzen. Wir wollen die Vereinigten Staaten von Europa, wie sie vom Westen für 1992 realisiert werden. Ohne uns. Immer mehr befaßte uns jene Überlegung, ob wir uns an Europa klammern dürfen, als jene Frage, was uns Mitteleuropa bedeutet. Somit stellt sich jetzt das Problem, ob es nicht zu früh ist, über Mitteleuropa zu sprechen?

Und gleich möchte ich diese Frage beantworten: es ist nicht zu früh, es ist gerade an der Zeit, darüber zu sprechen.

Mitteleuropas Geschichte ist eine traurige Geschichte. Zumindest was Ungarn anbelangt. Wenn wir über jene Zeiten sprechen, da wir zweifelsohne zu Mitteleuropa gehörten, müssen wir von Leiden, Knechtschaft und Krieg sprechen. Für den östlichen Teil Mitteleuropas wurde es später noch schlimmer. Aus politischen Erwägungen separierte, unterdrückte und verurteilte man uns zu geistiger und körperlicher Knechtschaft. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde es noch schlechter, da die bolschewistische Herrschaft folgte. Da es in vielem nicht schlimmer werden konnte, zumindest in Europa, läßt sich für eine lange Zeit ein allgemeiner Pessimismus in Ungarn nachweisen. Dieser Pessimismus hatte eigentlich zwei Erreger, der Eiserne Vorhang und die Berliner Mauer. Deren Auswirkungen waren derartig stark, daß es zu einem „Mauer im Kopf“ Effekt kam, was bedeutete, daß hier (also bei uns) auch dann ein Eiserner Vorhang gesehen wurde, wenn dies überflüssig war — in der DDR die Mauer — ja, die deutschen Kinder wuchsen mit der „Mauer im Kopf“ auf.

Eine traurige Geschichte. Gerade deshalb bin ich einem meiner Wiener Freunde, Herrn Reiner Stepan, äußerst dankbar, der im Vorjahr eine Konferenz nach Polen einberief, an welcher christliche Jugendliche und Studenten aus Österreich, Polen, Slowenien und Ungarn teilnehmen. Diese Konferenz, die in den vergangenen drei Jahren jährlich stattfindet, trug den Titel: „Lebendiges Mitteleuropa“. Die Konferenz voller Glauben, Hoffnung, Optimismus und Heiterkeit junger Leute war so „lebendig“, und wir sprachen so viel über ein lebendiges Mitteleuropa, daß wir uns, wenn wir uns trafen, so begrüßten oder verabschiedeten: Lebendiges!

Dies bedeutete für mich eine seelische Stärkung. Und jedes Mal, wenn mir das Wort „lebendiges“ einfällt, dann denke ich an Mitteleuropa. Und wenn ich auf das Wort „Mitteleuropa“ stoße, denke ich lebendiges.

Seither bauten wir den Eisernen Vorhang ab, die Mauer fiel zusammen, und wir dürfen immer mehr hoffen, da sich um uns so vieles verändert hat.

Somit stellt sich immer heftiger die Frage, gibt es überhaupt ein Mitteleuropa? Wird es ein solches geben? Brauchen wir ein Mitteleuropa? Was ist Mitteleuropa eigentlich? Welche Länder gehören dazu? Wo ist die Grenze? Gehört Ungarn dazu?

Oder zu Osteuropa? Wie kann es sein, daß Eisenstadt zu Westeuropa, Sopron zu Osteuropa gehört? Was bedeuten Begriffe wie Osten, wie Westen. Wieso sind Griechenland, Norwegen und die Vereinigten Staaten von Nordamerika — Westen, Kuba die Sowjetunion, Ungarn — Osten, oder einfacher ausgedrückt: kommunistisch. Westen, ein Wort mit absoluter positiver Füllung, Osten das leibhaftig Negative.

Noch viele werden diskutieren, jetzt, wo im Verlaufe der Geschichte eine nie dagewesene Möglichkeit zur Realisierung des Mitteleuropa-Gedankens gegeben ist, wer zu Mitteleuropa gehört. Österreich, Polen, die Tschechei und die Slowakei, Ungarn und Slowenien? Und Kroatien, Serbien, eventuell Norditalien? Und was ist mit Deutschland?

Fragen und keine eindeutige Antwort. Eines ist gewiß, daß bis 1918, bis zum Zerfall der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, jene Auffassung dominierte, daß Ungarn zum Westen gehört. Die Revolutionen und Trianon stifteten Verwirrung. Der Zweite Weltkrieg legte dann definitiv unser weiteres Schicksal fest, das heißt zumindest für die darauffolgenden 45 Jahre.

Auf jeden Fall ist jene Feststellung beachtenswert, die in Diskussionen häufig auftritt, daß die beiden Varianten des Christentums, die katholisch-protestantische im Westen und die orthodoxe im Osten, nicht nur Unterschiede in Theologie, Schreibweise und Kunst zum Ausdruck bringen, sondern daraus bedeutende gesellschaftliche und mentale Abweichungen entspringen. Dieser Auffassung zufolge, gehören die baltischen Völker, die Polen, teilweise die Ukrainer, Tschechen, Slowaken, Kroaten und natürlich die Ungarn zur westlichen Zone, zu Westeuropa.

Wir können an die Frage auch anders herangehen. Somit ist Mitteleuropa nicht Westen, nicht Norden, nicht Süden, aber auch nicht Rußland. Außerdem stellt sich die berechtigte Frage, ist Rußland überhaupt Europa? Vielleicht ja, obwohl ich dies bezweifle wie im Falle eines jeden Landes, das grundlegende Menschenrechte mißachtet.

Um noch immer bei dem Komplex zu bleiben, was Mitteleuropa eigentlich ist, gibt es Leute, die sagen, es sei nicht mehr als Nostalgie. Daran ist viel Wahres, doch natürlich weitaus mehr als dies. Doch ist Nostalgie verständlich. Insbesonders

nach 45 Jahre Kommunismus. Wen verwundert es, wenn wir der Monarchie nachweinten? Wie kämpften wir gegen ihn und für ein unabhängiges, freies Ungarn und jetzt sehen wir, wie gut es gewesen wäre, wenn wir in den vergangenen 40 Jahren einen König gehabt hätten! Wir bekämen im schlimmsten Falle unsere Gehälter in Schilling...

Doch braucht sich niemand fürchten, wir wollen jetzt keine Vereinigung Österreichs mit Ungarn. Dies führe ich deshalb auf, weil vor ein paar Wochen, als unser Parlament entschied, daß Ungarns Wappen das mit der Krone versehene Wappen sein wird, mich mein Freund aus Österreich anrief und mich fragte, wann wir Otto von Habsburg heimrufen? Ich beruhigte ihn, ein Königreich Ungarn sei nicht denkbar, doch was soll ich es abstreiten, wir lieben Otto von Habsburg. Charakteristisch für das Durcheinander in den Köpfen unserer Menschen ist jener Fall, daß mich ein ungarischer Mann aufsuchte, ein einfacher Arbeiter und mich bat, daß ich den Vorschlag unterbreite, wonach Ungarn Bundesstaat der Vereinigten Staaten von Nordamerika werde und damit würden alle unsere Probleme gelöst sein...

Wie weiter? Was heißt Mitteleuropa? Eine geographische, kulturelle, politische oder wirtschaftliche Einheit? Geographisch schwer definierbar, darüber sprach ich bereits. Politisch?

Auch nicht möglich. Zwar haben wir im politischen Sinne einen gemeinsamen Standpunkt, sollten wir uns um eine auf demokratischer Grundlage basierende soziale Marktwirtschaft bemühen. Doch ist dies keinesfalls eine mitteleuropäische Eigenschaft. Eine wirtschaftliche Zusammenarbeit? Ja, da mag es sein. Eine gewaltige Herausforderung und eine Aufgabe, die wirtschaftliche Zusammenarbeit auszubauen. Darauf möchte ich später erneut eingehen.

Am meisten trifft zu, daß Mitteleuropa eine determinierte kulturelle Einheit und Begriff ist. Wir haben gemeinsame kulturelle und historische Wurzeln. Mitteleuropa ist ein gewaltiges geistiges Imperium. Zweifellos das stärkste und am längsten anhaltende, ganz bis in unsere Tage gibt es auf diesem Gebiet greifbare Realität. Der ungarische Schriftsteller György Konrád sagte einmal zutreffend, daß die Städte dieser Region, die Baudenkmäler, Gebräuche und Mentalität einander außergewöhnlich ähneln. Es ist nahezu unmöglich, von einem Gebäude, einer Kirche, einem Platz oder einer Gasse zu sagen, daß diese in Krakau, Prag, Wien oder in Budapest stehen.

Somit ist Mitteleuropa Realität. Eine Realität und eine gewaltige Aufgabe. Denn heute stellt sich nicht mehr die Frage, wo die Grenzen sind, wer dazugehört, sondern wie kooperiert werden kann. Wie diese Länder, die von einander durch Grenzen getrennt sind, einander näher gebracht werden können, ob sich Gemeinsamkeiten finden lassen. Eine ge-

waltige Aufgabe. Der mitteleuropäische Gedanke ist einer der edelsten ungarischen Ideale. Das Verlangen, daß sind die Völker Mitteleuropas einander verstehen, die Schmiede für Zusammenarbeit und Frieden in Europa zu sein. Und zu zeigen, daß eine neue Epoche in Europa beginnt. Wir haben eine Mission in Mitteleuropa. Anders ausgedrückt, eine Brückenfunktion. Ein Verbindungsglied zwischen Ost und West. Eine Verbindung zwischen Nord und Süd.

Ein guter Einfall, der Weltausstellung Wien-Budapest 1995 das Motto „Brücke in die Zukunft“ zu geben. Beziehungsweise ein guter Einfall damals. Heute müßte das Motto auf „Brücke in die Gegenwart“ umgetauft werden.

Ich glaube, daß die westlichen Länder Mitteleuropas in den folgenden Jahren eine große Aufgabe und Verantwortung übernehmen müssen.

Wir stehen uns ebenso nahe, wie die Einwohner von West- und Ost-Deutschland, auch wenn von zwei Deutschland kaum noch gesprochen werden kann. Wir stehen uns weitaus näher, wie die Deutschen in Deutschland und zum Beispiel die Sachsen oder Schwaben in Siebenbürgen. Wir müssen uns dessen bewußt sein, daß jetzt viel von uns abhängt, daß sich jetzt Europas Schicksal wendet, nicht nur Westeuropas, sondern ganz Europas.

Unbestritten, daß es Regionen in Europa gibt: Skandinavien, die Benelux-Staaten, das Baltikum, der Balkan und Mitteleuropa. Wir stehen an einer historischen Wende, wo Mitteleuropa tatsächlich jenes sein kann, was bisher unmöglich war. In Freuden leben, ein tatsächliches lebendiges Mitteleuropa.

Dieses Einanderfinden ist eine dringende Sache, schon allein deshalb, weil eine gigantische Macht in unserem Rücken sitzt, die zu jeder Zeit zerfallen kann und niemand kann wissen, wen und was sie unter sich begräbt.

Stabilität in Europa ist ein wichtiges Element für Stabilität Mitteleuropas. Doch unvorstellbar ohne Normalisierung der Beziehungen der hier lebenden Völker, der Schaffung von Zusammenarbeitsformen in Wirtschaft, Infrastruktur und Kultur. Die Staaten dieser Region müssen sich dessen bewußt sein, daß der Weg nach Europa über Helsinki führt und jenes Volk ist selbst daran schuld, welches dies nicht rechtzeitig erkennt und nicht

berücksichtigt. Ein schönes und bedeutendes Zeichen für diese Zusammenarbeit ist jene Vereinbarung, die jüngst in Venedig unter der Bezeichnung Pentagonale paraphiert wurde. Außer einer zukünftigen wirtschaftlichen und kommerziellen Zusammenarbeit ist jenes daran wunderbar, daß sich Länder einander nähern, die vor 40—50 Jahren in Systemen lebten, die im Verlaufe einer langen historischen Entwicklung entstanden, die jedoch in den vergangenen Jahrzehnten durch den Eisernen Vorhang getrennt waren.

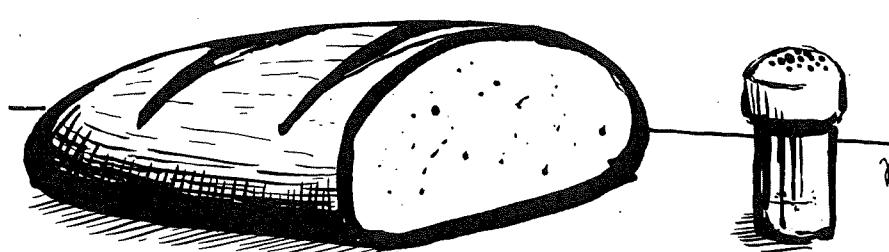
Von größter Bedeutung ist jene Erklärung der Pentagonale, wonach das Europa der Fünf zum Bestandteil eines großen einheitlichen Europas werden will, jedoch eine gleichzeitige Schaffung mehrerer regionaler Zentren nicht ausschließt. Die Formulierung und Durchführung gemeinsamer Programme der Pentagonale-Staaten unterstützt eine sichere und störungsfreie Vereinigung und Zusammenarbeit in Europa. Der ungarische Standpunkt, der aus der Erklärung von Ministerpräsident József Antall hervorgeht — und mit dem ich mich vollkommen identifizierte — beinhaltet, daß die europäische Integration Vorrang genießt, doch auf historische Traditionen aufbauende und auf diesem Gebiet organisch vernetzte regionale Zusammenarbeit kann gerade zu jener Integration eine wichtige Stufe darstellen und spielt deshalb bei der Wahrung der Stabilität in Europa eine wesentliche Rolle.

Hinsichtlich Mitteleuropa (dies trifft natürlich auch auf ganz Europa zu) stellt der unglaublich große Unterschied im ökonomischen Niveau die größte Gefahr dar. Diesen Unterschied müssen wir jetzt mit gemeinsamen Anstrengungen angehen.

Ich betrachte die Umgestaltungs- und Integrationsbestrebungen in Mitteleuropa als außergewöhnlich wichtig. Die Zeichen sind zuversichtlich. Ich bin ein Optimist. Frieden in Europa ist ohne Freuden und Zusammenarbeit in dieser Region unvorstellbar.

Nicht verfrüht, wenn ich behaupte, daß ein „lebendiges Mitteleuropa“ verwirklicht wird. Vielleicht werden sich die Menschen einst so grüßen: Lebendiges Lebendiges.

\* Referat beim Stainzer Symposium „Kultur, Wirtschaft und Politik im Wandel“, September 1990.



# SLOWENIEN UND (MITTEL)EUROPA

## 1. Die Slowenen als Nation

Slowenien befindet sich heute im Prozeß des Selbständigwerdens und nur von diesem Gesichtspunkt aus kann man die Weise seiner Einschließung in den mittel-europäischen Raum, dem es der geographischen Lage nach schon von Natur gehört, gänzlich verstehen. In diesem Artikel will ich deswegen einige aktuelle Änderungen in Slowenien wenigstens teilweise darstellen, wobei diese — besonders wegen ihres „jugoslawischen“ Kontextes — in bestimmten Maße auch lehrreich sind. Derjenige, der nämlich nicht versteht, warum Jugoslawien sich veruneinigt (in der Tat zerfällt es eigentlich) in einem Zeitpunkt, wo sich die anderen europäischen Staaten vor allem verbinden, mag hinsichtlich des letzteren sogar zu großer Optimist sein, denn Europa ist längst nicht immun gegen nationale Zusammenstöße, was seine nahe und weite Geschichte sehr überzeugend beweist. Das Streben nach slowenischer Staatlichkeit ist ein unmittelbarer Ausdruck des Strebens nach slowenischer nationaler Emanzipation. Hinsichtlich des Begriffes **Nation** bestehen zahlreiche, auch sehr verschiedene Definitionen. Grob dürfte es festgestellt werden, daß in Westeuropa und in vielen anderen Teilen der Welt die Nation und die Nationalität überwiegend mit Staatsangehörigkeit identifiziert werden, während in Mitteleuropa, noch mehr aber in Osteuropa, Nationalität vor allem als Synonym für eine besondere Kulturgemeinschaft (geschichtliche, sprachliche usw. Gemeinschaft) gilt, die nicht mit dem Staat gleichgestellt wird bzw. die mit dem Staat oft sogar in Disharmonie steht. Während nach der ersten Anschauung die Nation nicht vom Staat getrennt ist und man sich deshalb bei deren Untersuchung vor allem nach dem (un)demokratischen Charakter des Systems als gemeinsamer Identität der beiden fragt, wird im Rahmen der zweiten Meinungsgruppe der Nationalität bzw. der Nation eine größere Bedeutung als dem Staat zugeschrieben. Im Rahmen des letzteren, d. h. bei Überordnung der Nation dem Staat bzw. bei deren Gegenüberstellung, besteht aber die Gefahr, daß die Nation in eine supraindividuelle Individualität übergeht, deren grundlegendes Strukturglied — der Mensch — vergessen, unfrei bzw. der Kollektivität geopfert, bleibt. Das Bewußtsein einer solchen Gefahr ist in mitteleuropäischen, aber auch in weiterem, Raum noch immer verborgen oder offen vorhanden, weswegen Bestrebungen nach nationalem Selbständigwerden oft automatisch einen Beiklang von Nationalismus haben, was natürlich unbegründet ist. Die Erinnerungen (z.B. deutscher Nationalismus) sind jedoch noch frisch

genug, deswegen ist eine diesbezügliche Vorsicht nie überflüssig.

Die gesellschaftliche Existenz des Einzelmenschen wird einerseits durch seine **Individualität**, anderseits aber durch die **Angehörigkeit** einer bestimmten Kollektivität bzw. Kollektivitäten festgelegt. Der Unterschied zwischen den beiden kann nur bei einem Einzelmenschen auf einer öden Insel verschwinden, im gesellschaftlichen Leben kann dieser Unterschied nie abgeschafft werden. Einige extremistische Ideologien wollen einen solchen Dualismus durch Verabsolutierung der Kollektivität übersteigen, andere wieder wollen den Menschen durch Verabsolutierung der Individualität „befreien“; beide Extreme sind aber langfristig unhaltbar. Das gesellschaftliche Leben erfordert hier einen Kompromiß, ein ununterbrochenes Suchen und Wiederherstellen des richtigen Maßes bzw. des optimalen Verhältnisses zwischen der Individualität des Einzelmenschen („Freiheit von...“) und der Angehörigkeit der Kollektivität („Freiheit für...“). Nationale Emanzipation ist deshalb nur sinnvoll, wenn sie ununterbrochen zur Sicherung eines solchen dynamischen Gleichgewichts strebt.

**Natio** im Latein heißt Geburt. Diese Geburt ist von geistiger Natur, sie ist eigentlich nichts anderes als Konstituierung durch Selbsterkenntnis, durch kollektives Bewußtsein der eigenen kulturellen und politischen Identität. Und jede Nation sucht als solche die geeignete Form ihrer externen Manifestation. In der modernen Welt stellt diese Form den demokratischen Rechtsstaat dar, welcher eine internationale Subjektivität hat und diese ermöglicht der Nation ein direktes Hineintreten in die Welt, was bedeutet, daß sie bei ihrem Auftreten authentisch ist und durch niemand vertreten wird. Es muß natürlich betont werden, daß jede Nation nur als eine intern demokratische strukturierte Gänze, deren Kern und Wert der Mensch bleiben bzw. werden muß sinnvoll ist. Eine Nation, die den Menschen vergißt, hat keine Zukunft. Die Zukunft der Menschheit (wenn sie ihre eigenen Dummheiten überlebt) ist aber sowohl international (zwischen-national) als inter-individuell (zwischen-menschlich).

Die Bemühung der Slowenen für das national-staatliche Selbständigwerden ist darum verständlich; sie ist ja die Folge der langjährigen Sehnsüchte, welche die schmerzhafte „jugoslawische“ (balkanische) Sachlichkeit auf die Spitze getrieben hat. Wir Slowenen (mit wenigen Ausnahmen) haben endgültig eingesehen, daß wir ohne unseren eigenen und selbständigen Staat über uns selbst nicht verfügen können, dann ohne direkt anerkannte internationale Subjektivität sind

wir zwangsläufig jemandem unterordnet bzw. von jemandem abhängig, und damit haben wir, wie gesagt, in naher und weiter Vergangenheit viel mehr schlechte als gute Erfahrungen gehabt. Die Herstellung der slowenischen Staatlichkeit als Form des **rechtspolitischen** Selbständigwerdens heißt jedoch keine Tendenz nach Unterbrechung von persönlichen, kulturellen, wirtschaftlichen, politischen und anderen Verbindungen mit den benachbarten und fernen Ländern. Im Gegen teil, der Wunsch Sloweniens ist, sich beschleunigt auf alle gegenseitig nützliche und annehmbare Weise in internationale Beziehungen einzuschließen.

## 2. Der Weg in die slowenische Staatlichkeit

Sowohl institutionell (Machtorgane, Rechtsordnung usw.) als von anderen Gesichtspunkten aus (Territorium, Bevölkerung usw.) erfüllt Slowenien schon in ziemlich großem Maße die Kriterien für eine staatbildende Nation. Slowenien ist jedoch noch kein Staat; es ist nämlich nicht souverän. Slowenien ist nicht in Gänze sein eigener Herr, in manchen Hinsichten ist es noch immer der „jugoslawischen“ (genauer: pro-serbischen) Macht unterstellt. Souveränität, die die oberste und allumfassende Macht nach innen und Unabhängigkeit und Gleichberechtigung nach außen bedeutet, ist aber ein **Tatbestand** und kein subjektives Recht. Souveränität ist also nicht etwas, was lediglich auf eine deklarative Weise gegründet wird, sondern etwas, was in der gesellschaftlichen Sachlichkeit hergestellt wird. Deshalb kann Slowenien seine Souveränität nur durch entschlossene praktische Wirkung erzielen, die die Machtwaage mit der Zeit zugunsten Sloweniens ausschlagen wird. Sehen wir uns einige der wichtigsten rechtspolitischen Gesichtspunkte dieses Prozeßes in der letzten Zeit an.

Im Frühling dieses Jahres hat Slowenien die ersten demokratischen Wahlen nach dem 2. Weltkrieg durchgeführt und hat sich dadurch, obwohl in bescheidenem Maße (wegen zu karger Propaganda in Massenmedien und sonst), der Welt in einem politisch positiven Licht vorgestellt. Eine solche Reaktion der Welt und andere günstige Trends in Europa und in der Welt haben dem kommunistischen Teil „Jugoslawiens“ und (überwiegend) seinen Repressionsorganen (der Armee) in mancher Hinsicht seine faktische Kraft abgenommen, die aber auch wegen der allgemeinen wirtschaftlichen und anderweitigen Krise ununterbrochen sinkt. Heute ist wohl ganz klar, daß jeder Versuch eines Militärumsturzes in Slowenien

unlegitim, vom Gesichtspunkt der gültigen slowenischen Verfassung aber auch verfassungswidrig wäre.

Aufgrund des allgemeinen Konsenses der slowenischen Parteien beschloß und verkündigte die Versammlung der Republik Slowenien eine „Deklaration über die Souveränität des Staates der Republik Slowenien.“ Eine solche Erklärung ist einigermaßen ohne faktische Grundlage, denn wie gesagt, Souveränität kann erst deklariert werden, wenn sie in der Sachlichkeit schon hergestellt wurde (dabei ist natürlich klar, daß die Souveränität immer nur relativ und nicht absolut sein kann). Aber die Deklaration ist trotzdem berechtigt: einerseits teilt sie der Weltöffentlichkeit die politische Entscheidung bzw. Richtlinie Sloweniens mit, andererseits dient sie aber als legitime Grundlage für gewisse ganz konkrete Handlungen, welche die slowenische Selbständigkeit und Unabhängigkeit stärken. Neben der Erklärung Sloweniens als Staat bestimmt die Deklaration auch, daß das politische, wirtschaftliche und rechtliche System der Republik Slowenien auf der Verfassung und den Gesetzen der Republik Slowenien beruhen muß und daß die Vorschriften der Sozialistischen (!) föderativen Republik Jugoslawien auf dem Gebiet Sloweniens nur gelten, wenn sie nicht im Gegensatz mit der slowenischen Verfassung und den Gesetzen stehen. Auf dieser Grundlage wurden in der letzten Zeit mehrere föderative („jugoslawische“) Gesetze bzw. deren einzelne Bestimmungen in Slowenien als ungültig erklärt. Slowenien hat auch schon viele Ergänzungen zur slowenischen Verfassung beschlossen, wodurch die Gültigkeit einiger föderativer Vorschriften für das Gebiet Sloweniens beschränkt wurde. In der Praxis aber stärkte Slowenien seine internationale Tätigkeit und gewisse andere Tätigkeiten, die zur Selbständigkeit führen.

30

In der letzten Zeit, in der ich das schreibe, beschloß die Versammlung Sloweniens den Entwurf einer ganz neuen slowenischen Verfassung, durch welche Slowenien als souveräner, demokratischer Rechtsstaat gestaltet wird. Der Verfassungsentwurf sieht wesentliche Änderungen im politisch-rechtlichen System der Staatsmacht vor (er bietet aber verschiedene mögliche Lösungen an, sodaß erst die sogenannte öffentliche Diskussion der ganzen Bevölkerung Sloweniens die weniger annehmbaren Lösungen ablehnen und die mehr annehmbaren Lösungen annehmen wird), und sichert ein modernes Repertoire von Menschenrechten und Grundfreiheiten. Der Entwurf widmet besondere Aufmerksamkeit den Volksminderheiten, der Organisation der Ortsverwaltung, den Grundlagen der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse usw. Der Text berücksichtigt internationale Dokumente und Konventionen und die Verfassungssysteme bzw. Erfahrungen verschiedener moderner demokratischer Staaten, natürlich unter beson-

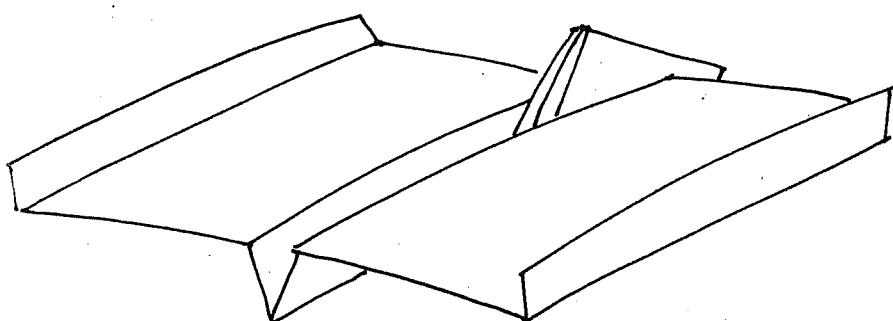
erer Berücksichtigung der slowenischen Verhältnisse und des Willens der Slowenien. Der Text unterscheidet sich wesentlich von den bisherigen slowenischen Verfassungen nach dem Krieg, die in der Regel nur geschriebene föderative Verfassungen waren, voll ideologischer Phrasen und Begriffserfindungen, Verfassungen, die als die längsten in der Welt galten. Der jetzige Text ist relativ kurz und „juristisch“ bündig, aber nicht zu ungünsten des Inhalts. Der Entwurf befindet sich zur Zeit in öffentlicher Diskussion, die Beschließung der Verfassung, die durch nachträgliches Volksreferendum zu bestätigen ist, wird aber im Monat Dezember bzw. in den Wintermonaten erwartet. Es wäre schön, wenn der erste Artikel: „Republik Slowenien ist ein souveräner Staat..“ damals schon den Tatbestand ausdrückte, welchen auch die internationale Anerkennung Sloweniens als selbständigen Staat endgültig befestigen sollte. Natürlich wird schon die Verfassung selbst wesentlich der Souveränität beitragen, weil sie auf eine originelle

Weise die Grundlagen der neuen Rechtsordnung aufstellen wird, und die Rechtsordnung ist eines der wesentlichen Elemente jedes modernen Staates.

### 3. Konföderation (?)

In Slowenien und in anderen Teilen „Jugoslawiens“ wird viel über die Konföderation geredet, wobei aber meistens mit diesem Begriff politisch manipuliert wird. Die Konföderation wird als eine schwächere föderative Verbindung zwischen den „jugoslawischen“ Gebieten dargestellt, im Hintergrund versteckt sich aber die Tendenz, die Selbständigkeitstrebbungen Sloweniens, Kroatiens usw. zu verhindern.

Konföderation ist aber gar nicht etwas „unpräzises“, es ist keine unklare Form der Föderation. Sie ist eine theoretisch genau definierte und praktisch mehrmals verwirklichte (obwohl mit wenig Erfolg) Erscheinung. Konföderation ist ein Staatenbund, d. h. ein Bund souveräner Staaten. Da die Konföderationsmitglieder



souveräne Staaten sind, können sie jederzeit frei aus dem Bund austreten. Trotz der Tatsache, daß die geschichtlichen Konföderationsformen in der Regel nicht lange gedauert haben (z. B. die schweizerische Konföderation dauerte von 1291 bis 1789 und von 1815 bis 1848, die Republik der vereinigten Provinzen der Niederlande von 1579 bis 1795, die Konföderation der Vereinigten Staaten von Amerika von 1781 bis 1787, die Rheinische Konföderation von 1806 bis 1813 usw.), ist doch typisch für eine Konföderation, daß sie mit einem gewissen dauerhaften Ziel gegründet wird, zum Unterschied von vorübergehenden Staatenbünden (z. B. für den Kriegsfall). Typisch für die geschichtlichen Konföderationsformen war vor allem, daß die Mitgliederstaaten einige Zuständigkeiten (in erster Linie jene, die gemeinsame Abwehr und gewisse wirtschaftliche Geschäfte betreffen) auf die Konföderationsebene übertragen haben. In allen anderen Angelegenheiten waren die Mitglieder vollkommen selbständig und blieben auch Subjekte des internationalen Rechts (nur in beschränktem Umfang war das auch die Konföderation). Ein Merkmal aller bisherigen Konföderationen war die unwirksame vollziehende Gewalt, worin einer der wesentlichen Gründe für den relativen Mißerfolg und Kurzlebigkeit der Konföderationen zu sehen ist, usw.

Vom „jugoslawischen“ Gesichtspunkt aus ist also klar, daß die allfällige Konföderation erst nach der Veruneinigung der Föderation und dem vollkommenen staatsrechtlichen Selbständigwerden ihrer Einheiten möglich ist. Slowenien kann erst dann in die Konföderation eintreten, wenn es einmal als souveräner Staat konstituiert wurde. In diesem Fall, und da liegt das Wesen der Sache, kann Slowenien zwischen allen konföderativen und anderen internationalen bzw. zwischenstaatlichen Verbindungen wählen, weshalb in diesem Fall die „jugoslawische“ Konföderation für Slowenien ganz unverbindlich wird.

Anfang Oktober wurde der slowenischen Öffentlichkeit ein **Modell** (also nur eine Art bedingtes Schema) der konföderativen Verbindungen Sloweniens mit den anderen „jugoslawischen“ Gebieten dargestellt (aktuell ist eigentlich nur noch eine solche Verbindung mit Kroatien). Einerseits übereilt dieses Modell die logische (natürliche) Reihenfolge der Ereignisse, denn vor Herstellung der Souveränität und Beschießung der neuen slowenischen Verfassung kann Slowenien in keine Konföderation eintreten. Andererseits führt der sonst inhaltlich sehr konsistente Text in der Einführung im Fluge an, daß es für Slowenien eine derartige Verbindung mit den anderen „jugoslawischen“ Teilrepubliken möglich ist, verschwiegen wird aber die offensichtliche Tatsache, daß dem Staat Slowenien eine konföderative Verbindung auch mit jedem Nachbarstaat, theoretisch sogar mit einem nicht benachbarten Staat, offen steht. Persön-

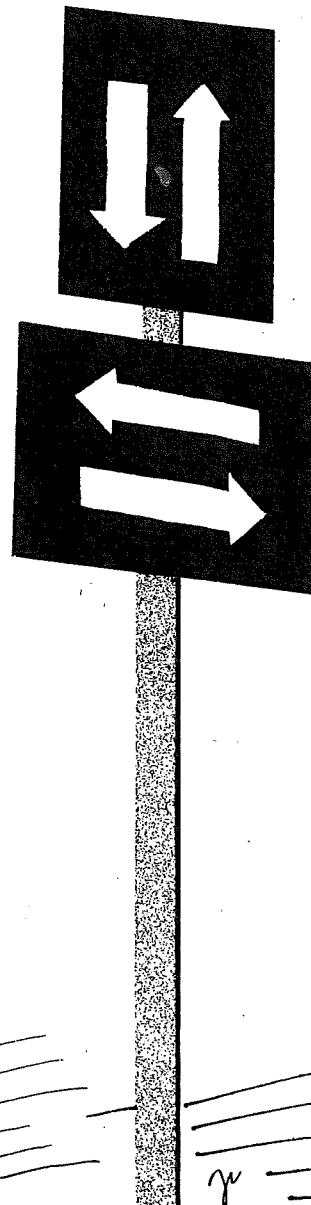
lich bin ich hinsichtlich der konföderativen „slowenisch-jugoslawischen“ Perspektive skeptisch. Ich meine, daß es besser wäre, wenn das selbständig gewordene Slowenien seine internationalen Verbindungen in anderen Formen herstellte. Eine Ausnahme hier ist das zukünftige Vereinigte Europa, welches eine moderne Konföderationsform sein wird. Slowenien wünscht sich natürlich die Mitgliedschaft in einem solchen Europa, es ist aber klar, daß es einstweilen dazu noch nicht genug bereit ist.

#### 4. Slowenien und (Mittel)Europa

Slowenien fügt sich schon in verschiedene Ströme Mitteleuropas ein. Dieser gegenseitig nützliche Prozeß wird hoffentlich nicht gewaltsam unterbrochen werden. Und was wünsche ich mir von Mitteleuropa? Vor allem folgendes: 1) Erhaltung der National-Staatsgrenzen, 2) Offenheit dieser Grenzen für allseitigen Verkehr und gegenseitige Zusammenarbeit, 3) Anregung demokratischer Prozeße und Sicherung des Volksminder-

heitsschutzes in diesem Rahmen, 4) gemeinsame Berührungen um den Umweltschutz, 5) Solidaritätshilfe, wenn erforderlich, 6) „Fair play“ in den gegenseitigen Beziehungen.

Unter den angeführten Wünschen, deren eigentlichen Wert selbst der eventuelle phrasenhafte Beiklang nicht verringern kann, füge ich zum Schluß etwas dem ersten Wunsch zu. Weder Mitteleuropa noch das zukünftige Vereinigte Europa dürften den Fehler machen (wiederholen), dessen Folgen heute im Kontext Jugoslawiens und der Sowjetunion beobachtet werden können. Die zukünftige europäische Integration (Konföderation) muß die National-Staatsgrenzen erhalten, denn zwischen den zahlreichen schon herkömmlichen nicht übereinstimmenden europäischen Nationen (den Engländern, den Franzosen, den Deutschen, den Polen, usw.) mag eine zu enge „Annäherung“ mit der Zeit in scharfe und verhängnisvolle Nationalzusammenstöße übergehen. Nur Vereinbares soll vereint, Unvereinbares aber toleriert werden.



# KROATIEN UND MITTELEUROPA

**B**etrachtet man das Verhältnis Kroatiens zu Mitteleuropa, sollte man zuvor einige historische Gegebenheiten in Erinnerung rufen:

— Mitteleuropa ist für Kroatien nichts Neues. Kroatien war bereits in einer Periode seiner Geschichte im politischen Sinne ein Teil Mitteleuropas, im kulturellen jedoch gehört es ihm — zumindest teilweise — bis zum heutigen Tage an.

— Während es häufig nähere Kontakte anderer Teile Jugoslawiens mit Teilen Westeuropas gab (z. B. Serbien und Montenegro mit Frankreich), ging die Verbindung Kroatiens mit Europa traditionsgemäß aus der Verbindung zu den Staaten Mitteleuropas hervor.

— Was die Kultur und die Traditionen anbelangt, ist Kroatien nicht nur an Mitteleuropa gebunden, sondern auch an eine Reihe von Mittelmeerlandern und aufgrund der gemischten Bevölkerung und deren kultureller Tradition und Geschichte auch an slawische Länder und den Balkan<sup>1</sup> im allgemeinen.

— Kroatien bildete im eigentlichen Sinne einen gleichberechtigten Teil Mitteleuropas, sondern stellte vor allem eine Schutzmauer dar, eine planmäßig geschaffene Pufferzone (Antemurale Christianitatis). Außerdem war zu der Zeit, als Kroatien politisch einen Teil Europas bildete, die demokratische und industrielle Entwicklung Mitteleuropas noch im Anfangsstadium, und Kroatien besaß in relativ bescheidenem Ausmaß politische Selbständigkeit.

Die Zerstörung der politischen Einparteiendiktaturen in Osteuropa bedingte, daß Mitteleuropa in der Phantasie einiger kulturell und historisch mitteleuropäisch orientierter osteuropäischer Länder plötzlich von neuem auftauchte. Mitteleuropa wird unter diesen Voraussetzungen vorwiegend in mythischen Dimensionen erlebt — als Kombination romantischer Reminiszenzen und der Hoffnung, die Lebensqualität erlangen zu können, welche für den Teil Mitteleuropas kennzeichnend ist, der in Anbetracht räumlicher und zeitlicher Gegebenheiten auf der günstigeren Seite des „Eisernen Vorhangs“ verblieben war.

Die Trennung Kroatiens von Mitteleuropa begann mit der Schaffung Jugoslawiens nach dem Ersten Weltkrieg, wo den übrigen Völkern auf diesem Raum, entgegen ihren Bestrebungen, neben der großserbischen Hegemonie<sup>2</sup> die serbische staatliche, politische und teilweise auch kulturelle Tradition aufgezwungen wurde. Infolge der Mißachtung der nationalen Eigenständigkeit der anderen Völker sowie der schlechten wirtschaftlichen Erfolge<sup>3</sup> konnte das System nur als mehr oder weniger offene Diktatur funktionieren. Die kulturellen Verschiedenheiten

wurden unterdrückt, und an diesem Prozeß der Balkanisierung und der Auferlegung von Einheit und Gleichheit scheiterte die kulturelle Tradition Mitteleuropas tatsächlich.

In Kroatien versuchte man — zur falschen Zeit auf die falsche Art und mit tragischen Folgen, die auch blutige Abrechnungen zwischen den Völkern beinhalteten — während des Zweiten Weltkrieges erfolglos eine kroatische Eigenstaatlichkeit im „Unabhängigen Staat Kroatien“ zu errichten, dessen Gründung von den Okkupationsmächten unterstützt und dessen Funktionieren von diesen kontrolliert wurde. Zum Unterschied von der Četnik-Bewegung, die eine Rückkehr zum alten Jugoslawien unter serbischer Vorherrschaft anstrebte, hat die Partisanenbewegung (in der die Kommunistische Partei eine Schlüsselrolle hinsichtlich der Koordinierung und Mobilisierung innehatte), gerade durch das Versprechen nationaler Gleichberechtigung nach dem Krieg für alle jugoslawischen Völker wesentlich an Anziehungskraft gewonnen.

Nach dem Krieg hat die Kommunistische Partei, teilweise unter Anwendung brutaler Methoden, rasch ihre Macht stabilisiert<sup>4</sup>. Aufgrund der historischen Gegebenheiten ermöglichte der Bruch zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion im Jahre 1948 dennoch, daß das kommunistische Einparteiens-Regime in Jugoslawien nicht so totalitär wie in den anderen Staaten Osteuropas war<sup>5</sup>. In einzelnen Perioden experimentierte man mit der Marktwirtschaft, eine politische Demokratie entwickelte sich jedoch überhaupt nicht (lediglich teilweise im Hinblick auf internationale Beziehungen).

Den großen Zusammenbruch der kommunistischen Länder in den 90er-Jahren haben die Kroaten im Bewußtsein eines kulturell entwickelten Volkes erwartet, aber ohne jegliche Erfahrung hinsichtlich einer politischen Demokratie; in diesem Kroatien lebt ca. 1 Million Nicht-Kroaten (hauptsächlich Serben, in geringer Zahl Italiener und Ungarn) und ca. 1 Million Kroaten lebt in der Föderation, zermürbt durch nationale und politische Auseinandersetzungen außerhalb der Grenzen Kroatiens.

Einstmals war Europa schicksalhaft für Kroatien. Heute ist Europa für Kroatien Gegenstand einer rationalen politischen Entscheidung und von erstrangigem nationalem Interesse. Die Chancen, daß Kroatien ein wirtschaftlich entwickeltes, demokratisches, normales, modernes, europäisches Land wird, sind ziemlich groß, aber auch die Gefahren, die auf diesem Wege lauern, sind keineswegs zu unterschätzen.

In ökonomischer Hinsicht hat Kroatien

von allen jugoslawischen Ländern wahrscheinlich die größten Chancen für eine wirtschaftliche Modernisierung. Die günstige Lage (und das gerade im Verhältnis zu Mitteleuropa als dessen natürlicher Zugang zum Mittelmeerraum), die ausgeprägte Meeresorientierung, die Qualitätssteigerung der Dienstleistungen im Fremdenverkehr, verbunden mit Privatinitiative und Unternehmergeist, eine am Export und an effektiverem Einsatz der Arbeitskräfte — wofür bereits jetzt die fachlichen Voraussetzungen gegeben sind — orientierte Wirtschaft, könnten eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen.

Bei den freien und demokratischen Wahlen in Kroatien siegte die „Kroatische Demokratische Union“ (HDZ) mit einem Programm, dessen Schwerpunkt in der Betonung der nationalen Souveränität liegt und in dem Jugoslawien unter der Voraussetzung einer demokratischen Zusammensetzung aller Mitglieder und des vollen Schutzes der Menschenrechte als Konföderation vorstellbar ist. Neben dieser volksnahen Partei haben auch andere bedeutende Parteien Kroatiens (außer der „Serbischen Demokratischen Partei“ — SDS) diese Elemente des Programmes übernommen, sodaß man in diesem Zusammenhang von einem nationalen Programm sprechen kann. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien beziehen sich auf andere Fragen, und es scheint, daß deren Zahl bis zur Verwirklichung des Programmes nicht übermäßig steigen wird.

Die Risiken sind jedoch groß und die Einschränkungen für die Verwirklichung der Vorhaben bedeutend: eine ungenügende politische Kultur und Arbeitskultur, das Fehlen elementarer Geschäftsführungskenntnisse, die technologische Rückständigkeit, der Mangel an Mitteln für ernstliche Reformversuche, eine allgemeine Unordnung und Uneinheitlichkeit im Rechtssystem — sind die Einschränkungen, die in erster Linie hervortreten.

Der Wahlsieg wird mancherorts als Gelegenheit für eine Ämterverteilung angesehen und es kommt auch vor, daß die Rechte der Minderheiten nicht beachtet oder demokratisch gefaßte Beschlüsse nicht anerkannt werden und politische Primitivität zum Vorschein kommt. Zeremonien und Symboländerungen können mit der Zeit immer schwerer über die Probleme der sozialen Sicherheit, das Fehlen eines klaren Programmes für die wirtschaftliche Entwicklung und den ein wenig anarchistischen Zustand in einzelnen staatlichen Organen und öffentlichen Ämtern hinwegtäuschen. Die Schwierigkeiten bei der Durchführung der Reprivatisierung stärken wiederum die Rolle des Staates in der Wirtschaft.

Mit nationaler Mobilisierung eine politische Legitimierung zu schaffen, bringt das Risiko eines Zusammenstoßes mit anderen Nationen in Kroatien und Jugoslawien mit sich. In Kroatien sind ganze Gebiete mit vorwiegend serbischer Bevölkerung unter Kontrolle bewaffneter Einheiten (Verbündete der SDS), die die Zentralregierung nicht anerkennen, den Verkehr durch diese Gebiete behindern und die Durchsetzung von Rechtsvorschriften des kroatischen Staates, die ihnen mißfallen, verhindern. Ein solcher Widerstand wird durch die Politik der Republik Serbien unterstützt, deren Politik die ständige Eskalation von Zusammenstößen zur Aufrechterhaltung der nationalen Homogenität der Serben (ohne Rücksicht auf die Grenzen der Republiken, in denen sie leben) und die Stärkung der Position bei Verhandlungen über die Zukunft Jugoslawiens entspricht. Im Falle einer Konföderation oder einer Abspaltung droht man Kroatien mit dem Verlust seiner territorialen Einheit und der Abspaltung fast eines Drittels seines Territoriums. Bereits jetzt lebt in anderen Teilen Jugoslawiens (vorwiegend in Bosnien und Herzegowina und in der Vojvodina) fast ein Viertel aller Kroaten.

In Kroatien betrachtet die Regierung derzeit die Tolerierung von Gesetzesmißachtungen und anarchischer Zustände in einem Teil des Staates als geringeres Übel, anstatt irgendeinen Anlaß zu einer militärischen Intervention oder einem Bürgerkrieg zu geben. Man wartet den Ausgang der demokratischen Wahlen in den anderen Teilen der Föderation ab, um zu sehen, welche legitimen Partner die Legitimation für Gespräche über die zukünftigen Beziehungen zwischen den jugoslawischen Republiken erhalten werden, wobei zu befürchten ist, daß man die Streitigkeiten anstatt durch ein Gespräch legitimierter, demokratisch gewählter Vertreter mit gewalttamen Mitteln zu lösen versucht.

Für Kroatien ist dies eine Zeit der Ungewißheit und des Risikos, der Hoffnung und der Ambition. Das Bild der Wirklichkeit ist so verworren, daß ohne eine Vereinfachung Geschwindigkeit und Dynamik des Veränderungsprozesses überhaupt nicht zu verstehen sind. Das ideologische Bild des Staates als Garant für Sicherheit, einer Gesellschaft mit sozialistischer Gleichberechtigung, einer charismatischen Ordnung, ist zerfallen. Zerstört sind die Institutionen der Solidarisierung und soziale Einrichtungen, die Selbstverwaltung verschwindet, und dies alles geht so rasch vor sich, daß bereits vergessen wurde, daß noch gestern diese Ordnung im Bewußtsein der meisten Menschen unveränderbar und ewig erschien. Das Alte ist untergegangen und Neues noch nicht errichtet. Vor allem spielt wohl die Zeit die bedeutendste Rolle: es ist unmöglich, alles auf einmal ändern zu können, doch die Bevölkerung erwartet Wunder. Die finanziellen Mittel, mit denen man „Zeit kaufen“ könnte,

fehlen aber.

Im Vergleich zu der Verwirrung und dem Druck der Ungewißheit des täglichen Lebens ist Europa für Kroatien ein anziehendes Symbol für Stabilität, Demokratie und Prosperität. Mitteleuropa ist Kroatiens unmittelbarer Nachbar, mit dem wirtschaftlichen Interessen, kulturelle Traditionen und Ambitionen einer zukünftigen Entwicklung verbunden sind. Was erwartet Kroatien von Mitteleuropa, was Mitteleuropa von Kroatien? Kroatien erwartet unverzüglich eine starke Unterstützung bei der demokratischen und friedlichen Lösung der politischen Krise in Jugoslawien, ausgehend von einem völkerrechtlich garantierten Recht der Völker auf Selbstbestimmung bis hin zu einer Abspaltung. Kroatien erwartet, daß international dahingehend Druck ausgeübt wird, daß die Verhandlungen über die zukünftige Gestaltung Jugoslawiens von in demokratischen Wahlen gewählten Vertretern aller jugoslawischen Republiken und Provinzen geführt werden.

Langfristig gesehen und ohne Bedachtnahme auf eine aktuelle Lösung der jugoslawischen Krise (im Sinne einer Vereinbarung über eine konföderative Einheit oder des Zerfalls Jugoslawiens) erwartet Kroatien von Mitteleuropa nicht nur eine Intensivierung der kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit, sondern auch eine wichtige politisch-stabilisierende Rolle.

Aus dem Blickpunkt Mitteleuropas, stellt Kroatien eine gefährliche Zone politischer Instabilität, ja sogar eines potentiellen Bürgerkrieges dar, der nicht ohne Widerhall auf die unmittelbaren Nachbarn bleiben würde. Kroatien teilt mit dem gesamten Osteuropa die vorhandene wirtschaftliche Antriebskraft (basiert auf dem Hunger nach höherem Lebensstandard, der Ausschöpfung des vorhandenen wirtschaftlichen Potentials und der Motivation der Arbeitskräfte), aber auch jene Sehnsüchte, die — zumindest kurzfristig — nicht erfüllbar sind. Die nationalen Konflikte, das Fehlen von politischer Kultur und unerfüllte Wünsche, das jäh Anwachsen der Arbeitslosigkeit, als Folge des Übergangs auf eine freie Marktwirtschaft, und vieles mehr könnte in allen diesen Staaten zu autoritären

politischen Systemen führen, und diese damit zu keinesfalls angenehmen Nachbarn machen. Für eine breite Schicht der armen Bevölkerung, die zu allem bereit, verloren und desorientiert ist, kann die Emigration wünschenswerter sein als der ständige Druck der Ungewißheit.

Andererseits bringt eine stärkere Bindung Mitteleuropas an Kroatien für die jeweiligen Staaten auch beträchtliche Gewinne mit sich: den erleichterten natürlichen Zugang zum Meer, ein Reservoir verhältnismäßig günstiger Arbeitskräfte, sowie friedliche und gesicherte Grenzen im mitteleuropäischen Raum.

Nach 43 Jahren politischer Verbannung kehrte kürzlich das Denkmal Fernkorns für Banus Jelačić auf den zentralen Platz Zagrebs zurück. Es ist ein emotionales Symbol für die Vergangenheit Kroatiens und für dessen Teilhabe an Mitteleuropa. Doch wonach Kroatien strebt, ist die Mitwirkung im Europa und Mitteleuropa der Gegenwart — noch mehr aber — der Zukunft.

Übersetzung in das Deutsche von Mag. Tomislav Borić

#### Anmerkungen:

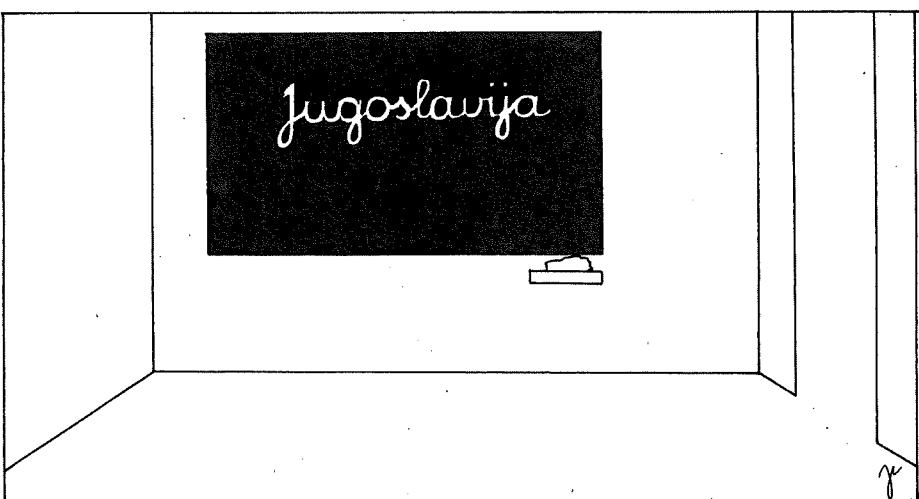
1 Wertvolle Angaben und Analysen der ethnischen Struktur und ihrer Änderungen finden sich bei I. Banac, *The National Question in Yugoslavia*, Ithaca and London, Cornell University Press, 1984.

2 Aus Gründen der Platzersparnis wird auf Details der Vereinigung nicht eingegangen: Motive, innerer und äußerer Druck, die Rolle des Staates der Slowenen, Kroaten und Serben im Prozeß der Vereinigung, die Frage der Vereinigung bzw. des Zusammenschlusses der einzelnen Gebiete usw. Näheres bei N. Engelsfeld, *Prvi parlament Kraljevstva Srbija, Hrvata i Slovenaca*, Zagreb, Globus, 1989, besonders 5 — 69. Zu den Unterschieden hinsichtlich der Verwaltungstradition und der Organisationsstrukturen der Verwaltung in den einzelnen Teilen Jugoslawiens sowie über das Vorherrschen der serbischen Staatstradition nach der Vereinigung, siehe E. Pušić, *Upravni sistemi II*, Zagreb, Grafički zavod Hrvatske, 1985, 12 — 15.

3 Nach der Vereinigung wurde für einen bedeutenden Teil der Gebiete des neu geschaffenen Staates (vor allem jener weiter entwickelten, die zuvor unter der österreichisch-ungarischen Monarchie waren) ein großer Teil des bisherigen Binnenhandels zum Außenhandel und in relativ bescheidenem Ausmaß zwischen dem Nordwesten und dem Südosten des Landes zum Binnenhandel. Über die negativen wirtschaftlichen Implikationen dieser Veränderungen siehe S. Estrin, *Selfmanagement — Economic Theory and Yugoslav Practice*, Cambridge, Cambridge University Press, 1987, 46 — 50.

4 Näheres bei K. Čavoski, V. Koštunica, *Stranački monizam ili pluralizam*, Beograd, Univerzitet u Beogradu, Institut društvenih nauka, 1983.

5 Über die Eigentümlichkeiten der kommunistischen Herrschaft in Jugoslawien, besonders hinsichtlich der Selbstverwaltung, siehe Näheres bei A. R. Johnson, *The Transformation of Communist Ideology: The Yugoslav Case (1945 — 1953)*, M.I.T. Press, 1972; H. Lydall, *Yugoslav Socialism — Theory and Practice*, Oxford, Clarendon Press, 1984; und D. Rusinow, *The Yugoslav Experiment 1948 — 1974*, C. Hurst and Company for the Royal Institute for International Affairs, 1977.



# DER POLNISCHE WEIHNACHTSMANN

oder: Weil das Wünschen noch nie geholfen hat!

**D**ie Symbolfigur der kommenden Jahre für die Länder des ehemaligen Ostblocks ist ein in Osteuropa weit verbreitetes Kinderspielzeug, ein Stehaufmännchen aus rotem Plastik, das, wenn man es in Bewegung setzt, mit hellem Glockengebimmel vor und zurück schaukelt. Im Volksmund nennt man es den „polnischen Weihnachtsmann“, weil es, wie jener, „nur tanzt, aber keine Geschenke bringt!“

Solche traurigen, „polnischen“ Weihnachten stehen aller Wahrscheinlichkeit nach den meisten Bürgern der neuen osteuropäischen Demokratien bevor. Die Eingliederung in den westlichen Kapital- und Arbeitsmarkt beginnt für große Bevölkerungskreise mit einem Verlust ihres bisherigen bescheidenen Lebensstandards und dem Absacken oft bis weit unter die offizielle Armutsgrenze. Die Bewohner der Tschecho-Slowakischen Föderativen Republik, Rumäniens und der ehemaligen DDR-Gebiete dürften dabei diesmal noch eher ungeschoren davongekommen. Doch den Ungarn, Jugoslawen und den Bewohnern der westlichen Teilrepubliken der Sowjetunion, steht kein stiller Advent ins Haus. Die Zeichen stehen auf Sturm, und kalte Winterstürme werden die harmlosesten davon sein.

Auch wenn es gefährlich und bisweilen sehr irreführend ist, in historischen Analogien zu denken, so läßt sich die neue Situation in Osteuropa doch recht gut mit der Situation Österreichs nach dem Kriegsende 1945 vergleichen. Ein altes totalitäres Regime — das sich nicht weniger Mitläufer erfreute — ist recht plötzlich zusammengebrochen, die Wirtschaft ist am Boden und alle Augen richten sich hoffnungsvoll nach Westen, von wo die große Hilfe kommen soll. Wenn politische Kommentatoren heute mit dem großen Zeigefinger darauf hinweisen, daß in allen osteuropäischen Staaten die wirtschaftliche Erneuerung der demokratischen Erneuerung hinterher hinke und weit und breit von einem finanziell starken Marshall-Plan für diese Länder nichts zu sehen sei, so ist dies zwar eine richtige, aber etwas ungeduldige Feststellung. Die USA hatten nach dem Zweiten Weltkrieg die ungeheure Summe von 2 % ihres Bruttosozialproduktes auf fünf Jahre hinaus für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas bereitgestellt. Die 120 Millionen Dollar, über die die mit viel Tam-Tam und Trara ins Leben gerufene Ost-Bank in Paris verfügen wird, sind verglichen damit vorerst nur ein Brotkrummen. Doch auch nach 1945 vergingen bis zum Anlaufen des Marshall-Planes 1948 gute drei Jahre. Die osteuropäi-

schen Staaten werden also lernen müssen, mit den westeuropäischen und amerikanischen Regierungen mehr Geduld zu haben. In der Zwischenzeit werden diese politischen Systeme ihre ersten Krisen zu bewältigen haben. Polen hat bereits eine Million Arbeitslose, Ungarn eine galoppiende Inflation und die jugoslawische Föderation steht vor dem Zerbrechen.

Zwei Szenarien zeichnen sich in dieser Krisensituation in Osteuropa ab. Einerseits ein Ansteigen sozialer und nationaler Konflikte, andererseits eine reelle Gefährdung der noch nicht eingespielten demokratischen Systeme. Die sozialen und nationalen Konflikte werden an Häufigkeit, Intensität und Grausamkeit eher noch zunehmen, aber sie werden lokal beschränkt bleiben und sich nicht zu einem Krieg auswachsen, nicht zu einem Dritten Weltenbrand. Andererseits aber werden in vielen osteuropäischen Staaten die jungen Demokraten wiederum verschiedenen totalitären Staatsformen Platz machen — wenn auch hoffentlich nur vorübergehend.

Für das Ansteigen besonders der nationalen Konflikte gibt es besondere Gründe. Entgegen der weitverbreiteten Meinung handelt es sich bei diesen Konflikten zwischen Serben und Kroaten, Moldaviern und Gagausen oder Ungarn und Rumänen nicht um Quasi-Stammeskriege. Und daß diese oberflächliche und unqualifizierte Behauptung von politischen Kommentatoren landauf, landab nachgebetet wird, ist zwar bedauerlich, ändert aber nichts an ihrer Naivität. Die nationalen Auseinandersetzungen in Osteuropa, wie wir sie heute erleben, haben ganz konkrete politische und ökonomische Ursachen. Hinter dem Konflikt zwischen Serben, Kroaten und Slowenen verbergen sich einerseits ein starkes innerjugoslawisches Gefälle im Lohnniveau, im Wirtschaftsbereich und im Lebensstandard, gleichzeitig aber auch ein Konflikt zwischen den neuen demokratischen Regierungen in den Teilrepubliken Kroatien und Slowenien und der serbischen KP-Regierung. Außer Albanien ist Serbien heute das einzige Land Osteuropas, in dem bisher noch keine freien Wahlen stattgefunden haben. Interessant ist nun aber, daß sich sowohl die neuen demokratischen Kräfte in den nördlichen jugoslawischen Teilrepubliken als auch die kommunistische Nomenklatura Serbiens zur Durchsetzung ihrer Ziele einer nationalistischen Partei bedienen.

Dafür gibt es eine einfache Erklärung. Durch den Zusammenbruch der alten politischen Ordnung war ein Machtvakuum entstanden und die politischen Kräfte

dieser Länder waren gezwungen, sehr schnell eine Massenbasis um sich zu sammeln. Dies ging am leichtesten, indem man einerseits die neuen ökonomischen Themen aufgriff — und sich wie im Falle des relativ reichen Slowenien wehrte, die armen serbischen Teilgebiete weiter mitzufinanzieren — und indem man diesen neuen politischen Forderungen altbekannte nationalistische Mäntelchen umhängte — wie im Falle der kroatischen Parteien. Diese Instrumentalisierung alter Vorurteile und Ressentiments hat natürlich zur Folge, daß diese nationalistischen Argumentationen eine gewisse innere Eigendynamik entwickeln und zu weiteren — jetzt auf den ersten Blick schon völlig irrational erscheinenden — Konflikten führen. Die Unruhen in den Wohngebieten der serbischen Minderheit in Kroatien sind ein solches Beispiel. Die Ängste der serbischen Minderheit sind wahrscheinlich unbegründet, aber verständlich. Denn der letzte kroatische Nationalstaat war ein faschistisches Greuelregime, das sich durch die Ausrotten ganzer serbischer Dörfer einen traurigen Ruf in der Geschichte erworben hat. Zu gut haben viele Serben noch diese Pogrome in Erinnerung, um in einem unabhängigen kroatischen Staat sich ihrer Haut ganz sicher zu fühlen, besonders wenn wieder mit Parolen gegen Serbien — und die Serben — politisiert wird, die der alten Ustascha-Propaganda bisweilen bedenklich nahe kommen.

Die Gefahr eines Ausbruchs nationaler Konflikte besteht jedoch auch in anscheinend so stabilen Staaten wie in Ungarn. Zwar gibt es dort keine Minderheitskonflikte, da seit etwa einem Jahrzehnt alle ungarischen Regierungen — hauptsächlich aus Rücksicht auf die in den Nachbarländern lebenden ungarischen Minderheiten — eine wirklich vorbildliche Minderheitenpolitik verfolgten. Jedoch mehren sich in Ungarn die Zeichen dafür, daß mit zunehmender innenpolitischer Krise gewisse politische Kräfte versuchen, durch aggressivere Außenpolitik in der Frage der ungarischen Minderheiten in Rumänien und der Slowakei von innenpolitischen Konflikten abzulenken und verlorene Wählerschichten mit nationalistischer Politik wiederzugewinnen. Zentralfigur dieser Gruppe ist der amtierende Staatssekretär im ungarischen Verteidigungsministerium, Ernö Raffay, dessen Bücher über Siebenbürgen und über rumänische Geschichte ihn als einen Nationalisten und notorischen Rumänenfresser ausweisen. Als Präsident der *Magyar Szent Korona Szövetség*, des Bundes der Ungarischen Heiligen Krone,

hat Raffay angekündigt, daß man das sogenannte Trianon-Denkmal aus den Zwischenkriegsjahren wieder an seinem ursprünglichen Platz errichten werde. Das nach 1945 abgetragene Denkmal zierte eine Schwurhand zum Zeichen dafür, daß Ungarn niemals seiner im Vertrag von Trianon verlorenen Gebiete, seiner „tausendjährigen Erde“, entsage, und als Motto ein Zitat Mussolinis, wonach „Friedensverträge nicht ewig währen!“. Der Vorschlag wurde durch den wütenden Protest der Oppositionsparteien nicht ausgeführt, doch bezeichnenderweise hatte der Vorfall keinerlei Konsequenzen für den betreffenden Politiker.

In allen osteuropäischen Staaten ist — historisch bedingt durch ihre vierzigjährige Geschichte der Unterdrückung — das Schlagwort von der nationalen Selbstbestimmung in den letzten Jahren zu einem der meistdiskutierten politischen Konzepte geworden. Anfangs nur als ein Vehikel zur Befreiung aus der sowjetischen Umklammerung gedacht, wird dieses Schlagwort nun auch in den innenpolitischen Diskussionen immer häufiger ventiliert. Dabei offenbart sich jedoch sehr klar die mit diesem politischen Konzept verbundenen Gefahren für die Demokratie. Im Namen der nationalen Selbstbestimmung werden Rechte für das Volk als solches — oder für Volksgruppen — gefordert, sehr oft aber die grundsätzlichen Freiheits- und Menschenrechte einzelner Staatsbürger negiert. Bis zur Ausgrenzung und Verfolgung einzelner Minderheiten ist es dann nur ein kleiner Schritt. Wenn heute in Ungarn selbst Parlamentsabgeordnete sich von ihren Kollegen antisemitische Beschimpfungen anhören müssen, wenn der ungarische Außenminister meint, daß, wer nicht hinter dem Programm der jetzigen Regierung stehe, eigentlich nicht die Interessen der ungarischen Nation verkörpere, dann spricht aus diesen Äußerungen sehr stark jenes „Nationale“, in dessen Namen auf den Rechten all jener herumgetrampelt werden kann, die eben nicht zu dieser Nation gehören, nicht zu ihr gehören können oder gehören wollen. Das Schicksal der Juden und der osteuropäischen Zigeuner — einer kulturellen Minderheit und sozialen Randgruppe — sowie der Sprachminderheiten, wird in den nächsten Jahren zu einem relativ verlässlichen Gradmesser für die demokratischen Strukturen dieser Staaten werden. Denn für viele Bewohner Osteuropas besitzen die nationalen Ideologien eine große Anziehungskraft.

Mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme sind die osteuropäischen Gesellschaften auch aus einem Dornröschenschlaf erwacht, in dem sie vier Jahrzehnte vor sich hinschlummerten. Innerhalb nur weniger Wochen ist die moderne westliche Kultur und Lebensweise über sie hereingebrochen und sie stehen ihr oft hilflos und zum Teil völlig verständnislos gegenüber. In einem Land

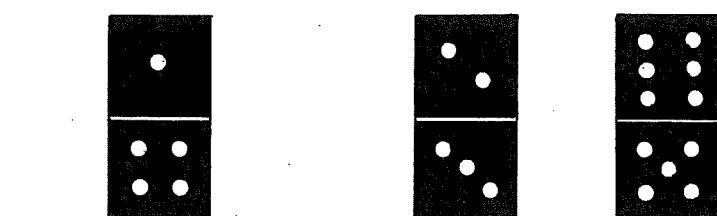
wie Ungarn, in dem noch 1988 der Anblick eines nackten weiblichen Busens in einem Spätfilm des ungarischen Fernsehens für wochenlange Diskussionen sorgte, werden heute an allen Straßen ecken Pornovideos, Lesben- und Schwulenmagazine verkauft und in Ostdeutschland touren sogar Lastwagen von Beate Uhse als mobile Sexshops durch die Kleinstädte. Wie in einer Zeitschleife waren die Gesellschaften Osteuropas im Denken und Fühlen der fünfziger, ja mancherorts auch der zwanziger Jahre verfangen. Konfrontiert mit den weniger attraktiven Formen der modernen Welt sehen sie nun — nach dem Verlust der politischen, staatlichen und gesellschaftlichen Normen — auch sämtliche ihrer moralischen Werte und Wertsysteme gefährdet. In dieser Phase der Orientierungslosigkeit bieten nationale Ideologien — häufig verknüpft mit Elementen des politischen Katholizismus — ein Gefühl der Zugehörigkeit, ein ideologisches Zuhause für alle jene, die sich in der modernen Welt nicht — oder nur schwer — zurechtfinden. Die nationalen Ideologien mit ihren starken und einfachen Symbolen, den Fahnen, Kronen und Hymnen bieten ein einfaches und bequem erschlossenes Weltbild.

Wenn serbische Intellektuelle — oder was sich dafür hält — die Unterdrückung der Albaner im Kosovo gutheißen, wenn dunkelhäutige Personen in Ostberlin und Leipzig tagtäglich körperlichen Angriffen ausgesetzt sind, wenn die rumänische Zeitung *Romania Mare* den Sprecher der ungarischen Partei ungestraft als „kurzsichtiges Nilpferd“ bezeichnet, wenn slowakische Nationalisten gegen das Recht zum Gebrauch der ungarischen Sprache demonstrieren, wenn ernsthaft diskutiert wird, ob ungarisches Volkstanzen zum verpflichtenden Unterrichtsgegenstand werden soll, wenn die Vertreter der bulgarischen Opposition die Vertreibung der türkischen Minderheit für eigentlich ganz gut hält und sich nicht vorstellen kann, diese Vertriebenen wieder einzubürgern, dann nehmen diese Bedrohungen bedenkliche Formen an.

Mit der Verschärfung der ökonomischen und sozialen Krise in den osteuropäischen Ländern werden diese Konflikte noch eher zunehmen. Und falls die Teilrepubliken in Jugoslawien sich wirklich als souverän erklären und damit einen Präzedenzfall für die Neuzeichnung von Grenzen schaffen, dann könnte die Dominotheorie sich noch einmal bewahrheiten

und ein osteuropäischer Staat nach dem anderen sich an die Neuzeichnung seiner Grenzen machen. Potentielle Betreiber solcher Pläne gibt es mehr als genug. Und doch wird sich daraus kein überregionaler Krieg entwickeln. Denn die Führung von Kriegen kostet Geld, viel Geld, und genau das haben die osteuropäischen Staaten alle nicht. Eine beruhigende Eigentümlichkeit der bewaffneten Auseinandersetzungen im Osten — von Armenien bis Dalmatien — ist die Tatsache, daß es sich bei den kämpfenden um Volksmilizen handelt, die zwar in lokalen Ausschreitungen genug Schaden anrichten können, mit denen aber kein Krieg zu führen ist. Auch wären die ausländischen Geldgeber der osteuropäischen Länder wohl kaum bereit, diese militärischen Abenteuer auch nur einen Tag zu finanzieren. Und internationale Interessen irgendeiner Supermacht sind hierbei nicht im Spiele. Die Sowjetunion wird in den nächsten Jahrzehnten mit inneren Problemen beschäftigt sein, und ein Interesse westeuropäischer Staaten oder gar der USA an einem weiteren Krisenherd kann ausgeschlossen werden. Unter den osteuropäischen Ländern scheint einzig Rumänien finanziell in der Lage zu sein, einen bewaffneten Konflikt über einige Wochen hinweg finanzieren zu können, doch dürfte dies auch in Rumänien innenpolitisch nicht durchsetzbar sein, ohne den inneren Bestand des Staates zu gefährden.

Konkret bedroht sind jedoch die jungen demokratischen Strukturen dieser Staaten. Die neuen demokratischen Verfassungen sind das Werk einer schmalen Schicht von idealistischen Intellektuellen. Demokratische Institutionen und Traditionen sind nur schwach ausgebildet und laufen Gefahr, in Zeiten heftiger Stürme als erstes über Bord geworfen zu werden. Solange die neuen Verfassungen der osteuropäischen Staaten nicht abgesichert sind durch die Einsetzung unabhängiger Richter und Höchstgerichte, solange die Gewaltenteilung zwischen Legislative, Judikative und Exekutive nicht überall existiert, solange Grund- und Freiheitsrechte der Person nicht überall einklagbar und durchsetzbar sind, solange müssen wir mit zeitweiligen Rückfällen in autoritäre Staatsformen rechnen. Ich fürchte, unsere alte Couch im Wohnzimmer hat als Schlafstelle für osteuropäische Dissidenten noch lange nicht ausgedient.



# ABSCHIED VOM KONTINENT

**H**ätte es vor einigen Jahren noch weissagerischer Fähigkeiten bedurft, um die nähere Zukunft einiger typisch ost-europäischer Länder vorherzusagen, so ist dies heutzutage überflüssig geworden. Die zukünftige Entwicklungsrichtung der osteuropäischen Regionen ist heute gut absehbar und ihre politischen Perspektiven können mit ziemlicher Genauigkeit skizziert werden. Viel Gutes haben wir nicht zu erwarten, wenn auch die Aussichten nicht ganz finster sind. Alleine wenn wir nur den Umstand berücksichtigen, daß sich Osteuropa — scheinbar definitiv — aus dem Block der Länder sowjetischen Typs befreit hat, ist damit schon klar, daß die geschlossenen Eindeutigkeiten in ihrer Totalität so nicht wieder herstellbar sind. Doch all dies trifft im Grunde nur für jene schmale Zone zu, die vor 1945 nicht — oder wie im Falle Polens nur teilweise — einer östlichen Okkupation ausgesetzt war, also für Mitteleuropa im engsten Sinn des Wortes. Die übrigen Länder werden allem Anschein nach auch in Zukunft durch die russische Machtpolitik beeinflußt werden, und nicht nur von dieser. Die Veränderungen der vergangenen Monate und Jahre — wenngleich offensichtlich und in ihren Auswirkungen schicksalhaft und total — haben dennoch in jenen „tieferen Schichten“, die mit dem abgenutzten „Sovjet“-Begriff nur unzureichend umrissen werden, keinerlei Veränderung bewirkt. Denn diese „tieferen Schichten“ waren dafür verantwortlich, daß jenseits der politischen Grenzen sich noch eine zweite, wesentlich unüberwindbarere Teilungslinie erstreckte, welche die nur rein geographisch zu Europa gehörenden Regionen vom wahren Europa trennte. Hinter diesem kulturellen Eisernen Vorhang leben solche Gesellschaften, die auch heute noch höchstens in nationalen Kategorien zu einer Identität gelangen können und welche daher eben aus diesem Grunde nicht imstande sind, in Regionen zu denken, noch weniger in einer „kontinentalen Einheit“. Außerdem sind diese Gemeinschaften auch nicht fähig, ihren Mitgliedern die rechtlich garantiierte Individualität zu sichern.

Unter den „Staatskonstruktionen“ dieser Region möchte ich drei hervorheben, welche mir nicht nur beispielhaft erscheinen, sondern deren Zukunft — einschließlich der ihnen innenwohnenden Instabilität — in großem Maße auch entscheidend sein wird für die weitere Entwicklung des gesamten Gebietes.

Die größte, mit nationalstaatlichen Ambitionen liebäugelnde politische Einheit ist die Ukraine, die schon seit einiger Zeit eigene politische Ziele verfolgt. Da jedoch die Sowjetunion, teils unter dem Zwang des faktischen ihrer inneren Ver-

hältnisse, teils unter dem Druck der Stabilitätserwartungen des Westens, noch eine Weile zusammenbleiben wird — sei es als Föderation oder aus einer wirtschaftlich-machtpolitischen gegenseitigen Abhängigkeit — wird die Ukraine wahrscheinlich versuchen, in einer solchen Föderation eine wichtige Rolle zu spielen und aus der Moskauer Führung so viele Vorteile herauszuholen, wie nur möglich. Der teilweise Austritt der Ukraine aus der Sowjetunion ist aber — trotz all des eben Gesagten — freilich nur eine Frage der Zeit. Dieser Austritt hat aber seine Grenzen, und diese Grenzen werden nicht in Kiew und auch nicht Moskau festlegen, sondern Lemberg, jene griechisch-katholische Kulturlandschaft der Ukraine, die ihre separatistischen Tendenzen schon vor der Zeit der allgemeinen Souveränitätsbestrebungen signalisiert hatte.

Der zweite hier zu nennende Staat ist Rumänien, dessen relative Stabilität vorläufig durch den Umstand garantiert wird, daß — vom Standpunkt einer internationalen Perspektive aus — niemand dieses Land in keine wie immer geartete regionale Gruppe einbinden möchte, da niemand an den inneren Gegensätzen dieses Staates teilhaben möchte. Vom innenpolitischen Standpunkt ist zu dieser Stabilität zu sagen, daß die Armee noch immer zu stark ist, die Bevölkerung hingegen noch immer zu unentschlossen und kulturell mindestens so zersplittet ist wie im nördlichen Nachbarland Ukraine. Die im Interesse gesellschaftlicher Veränderungen notwendigen politischen und kulturellen Prinzipien des Zusammenhalts von seinen europäischen Nachbarn zu erlernen hat der einfache Rumäne bisher keine Gelegenheit gehabt. Bevor daher die Rumänen ihre erste echte Revolution erstreiten können — was sie hoffentlich, nicht wie bisher immer und zuletzt auch im Dezember 1989, wieder ihrer korrupten und putschfreudigen Armee überlassen — werden sie gezwungen sein, ihre Zugehörigkeit zu einer oder mehreren Nationen in inneren Auseinandersetzungen zu klären. Denn dieses Land wird so lange das schwächste Glied in der Kette sämtlicher europäischen Lösungsversuche sein, solange nicht jener Mythos zum Verschwinden gebracht ist, wonach für alle Übel nur das Ausland oder — je nach Anlaß — der nicht-rumänische Geist einiger Bürger verantwortlich ist. Das wird sich erst ändern, wenn die Rumänen erkennen, daß in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen den Rumänen wiederum Rumänen gegenüberstehen und daß gesellschaftliche Konfliktlinien nicht *per definitionem* parallel zu ethnischen Zugehörigkeiten verlaufen. Solange also in

Rumänien diese gesellschaftliche Bewußtseinsäußerung nicht eingetreten ist, solange die Pogrome und die Gefahr der immer weitere Bevölkerungskreise in ihren Bann ziehenden gesellschaftlichen Konflikte traurige Aktualität sind, solange die *ultima ratio* rumänischer Politik das sofortige Unter-den-Teppich-kehren dieser Probleme ist, kann man in Rumänien mit einer gesellschaftlichen Veränderung nach europäischem Muster nicht beginnen.

In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig, sich Rumäniens machtpolitische Aspirationen vor Augen zu halten, mit welchen sie nicht nur die bereits erworbenen Gebiete (Siebenbürgen) zu verteidigen beabsichtigen, sondern auch auf einen Wiedererwerb der Moldavischen Republik abzielen, welche zum Großteil von Rumänen bewohnt ist und derzeit zur Sowjetunion gehört. Tatsächlich haben die Moldavier nicht die Absicht, mit den Rumänen ein rasches Bündnis einzugehen. Der Grund für ihr Zaudern liegt in der Tatsache, daß für die Moldavier jener halbkoloniale Status, den Bukarest den von Ungarn weggenommenen siebenbürgischen Gebieten gewährt, wenig attraktiv ist. Außerdem haben sie keine Lust, eine fern abgelegene Provinz zu sein, die im traditionell zentralistischen System Rumäniens von den wirklichen Entscheidungen ausgeschlossen ist.

Gleichzeitig denkt man aber auch in anderen Regionen, wie etwa im Banat — von wo der Funke für die Dezemberereignisse ausging — ganz anders über die Zugehörigkeit zu Rumänien, als man das in Bukarest für ideal erachtet. Und es steht zu erwarten, daß auch andere — nicht notwendigerweise von Minderheiten bewohnte Gebiete — sich im entsprechenden Moment dahingehend entscheiden, daß sie nichts mehr wissen wollen von einer Einheit, die nur mittels radikal nationalistischen Emotionen und nur über die Preisgabe des „Europäischen“ am Leben zu erhalten ist.

Was Jugoslawien betrifft, so ist es vom Blickpunkt unserer Betrachtung aus überraschend, daß dort noch immer wieder jene Meinung vertreten wird, wonach der Zerfall des Landes zu diesem Zeitpunkt ein ebenso schwerer Fehler wäre wie die seinerzeitige Schaffung des Staatenbundes. Diese Konzeption haben sich mehrere — nicht auf nationaler Ebene organisierte — Vereinigungen zu eigen gemacht. Diese haben auch ihre Vorstellungen definiert, wie und warum man dieses Land wieder lebensfähig machen könnte, welches von der Mehrzahl seiner Bevölkerung — aber in zunehmendem Maße auch vom Ausland — als ein vorübergehendes und in keiner Weise be-

darfgerechtes Produkt der großen Politik beurteilt wird. Die klingenden Zielvorstellungen jener Utopien, die Jugoslawien am Leben erhalten wollen — Vereinigte Südslawische Staaten, Serbisch-Kroatisch-Slowenische Konföderation, Freier Südeuropäischer Staatenbund — finden nicht nur bei den mit den täglichen Unzulänglichkeiten kämpfenden einfachen Menschen keinen Widerhall, sie scheinen geradezu provokante Angriffe gegen jene zu sein, die ihr Volk nur mehr durch die Schaffung eines markant rechtsorientierten Nationalstaates aus dem Konkurs der „titoistischen Idee“ retten wollen. Und sie sind ebenso eine Provokation für jene, die — wie zum Beispiel die gegenwärtige serbische Führung — ihre Macht durch die Verkündigung eines nationalen Kommunismus weiter aufrecht erhalten wollen.

Auch streben einige Republiken — ihre Lehren aus den osteuropäischen Veränderungen ziehend — danach, die nationale Souveränität auf dem Wege freiere Wahlen zu erkämpfen und in erforderlichem Ausmaß zu legitimieren. Freilich ist auch das keine einfache Aufgabe, da besonders Belgrad mit großer Ausdauer versucht, das Zustandekommen der für die inneren Umgestaltungen notwendigen demokratischen Voraussetzungen zu behindern. Das den politischen Pluralismus ermöglichte Parteigesetz konnte erst Mitte

dieses Sommers nach dritter Lesung beschlossen werden, zeitlich weit hinter den anderen osteuropäischen Ländern zurückbleibend. Und auch dieses Gesetz verfährt mit den kleineren Parteien in sehr diskriminativer Weise, schließt sie zum Teil von den Wahlen aus und behindert die politischen Ambitionen der weniger entwickelten und durch die nationalen und wirtschaftlichen Gegensätze ohnehin zersplitterten Gebiete. Unter diesen Voraussetzungen ist es kein Wunder, daß die Teilrepubliken sich gegen zentrale, an das „alte System“ erinnernde Initiativen stellen. Der eindeutige Sieg der Opposition in den bereits abgehaltenen Wahlen in Slowenien und Kroatien ist so zu verstehen, und es ist kaum zu bezweifeln, daß die Wahlen in Bosnien-Herzegowina, Makedonien und Montenegro nicht auch nach diesem Drehbuch verlaufen werden. In Jugoslawien ist also wieder mit einer Periode des verzwickten Spiels unterschiedlichster Kräfte zu rechnen, in jenem Jugoslawien, in dem allen Anzeichen nach sich heute selbst die Armee nicht mehr in ein „homogenes Organ“ des Staates verwandeln kann. Leider ist es so, daß jenes Dominoprinzip, das die osteuropäischen Diktaturen der Reihe nach hinwegfegt, nicht auch dafür Sorge trägt — und auch im Falle Jugoslawiens nicht dafür Sorge tragen wird — daß automatisch demokra-

tische Verhältnisse entstehen und Wirtschaftsbedingungen des freien Marktes herrschen, ganz zu schweigen von den Möglichkeiten der Menschenrechte und der persönlichen Freiheitsrechte. An ihre Zukunft in Osteuropa zu glauben ist vorläufig mehr als eine Illusion, es ist reine Selbsttäuschung.

Die drei erwähnten Länder werden — obwohl ihre Chancen wesentlich voneinander abweichen — die folgenden Jahre in sehr ähnlicher Weise, nämlich sehr unfriedlich, erleben. Den Austritt der jugoslawischen Länder aus diesem auf Befehl entstandenen Bund können wir eigentlich heute schon als eine Tatsache ansehen. Der Zerfall Rumäniens wird bald eine tatsächlich virulente Frage sein, wenn nämlich die Bukarester Führung im Staatsapparat nicht sofort dem föderativen Element zur Gültigkeit verhilft. Die Ukraine wiederum wird vor ihrer eigenen — früher oder später bevorstehenden — Spaltung noch den Austritt aus der Sowjetunion vollziehen. Bleibt nur noch die Frage, wie die Nachbarstaaten — und eventuell ein solches Bündnis, wie es an der Donau-Alpen-Linie eben jetzt im Entstehen begriffen ist — jene Gegensätze und Widersprüche neutralisieren können, die von den kleinen, als Inseln vom Kontinent wegdriftenden Staaten ausgehen — Gegensätze, die notwendigerweise auch auf die Situation in allen Nachbarstaaten einwirken werden.

# EUROPA

# EIN WIRTSCHAFTSRAUM FÜR EUROPA?

## Vorbemerkung

„Mitteleuropa“ und „europäischer Wirtschaftsraum“ sind gängige Stichworte der aktuellen öffentlichen Auseinandersetzung. Neu und eine Herausforderung ist die Verknüpfung der beiden Begriffe — oder sollte man angesichts eines jeweils sehr umstrittenen Begriffsinhalts eher von Prozessen sprechen? So wie bis vor kurzem die meisten Überlegungen zu Mitteleuropa die historischen, politischen und kulturellen Aspekte dieses Raumes betrafen, so war andererseits in der seit etwa Mitte der 80er Jahre geführten Auseinandersetzung um die Schaffung eines „europäischen Wirtschaftsraumes“ von „Mitteleuropa“ nicht die Rede. Einen bescheidenen sektoriellen Ansatz eines „mitteleuropäischen Wirtschaftsraumes“ kann man allenfalls in den diversen Projekten wirtschaftlicher Zusammenarbeit im Rahmen der Pentagonale sehen. Dazu später mehr.

Die Frage nach der Zukunft Mitteleuropas ist eine Funktion der grundsätzlichen Entscheidung darüber, ob für die Zukunft vernünftigerweise jeweils in „europäischen“ (im Sinne von EG), „mitteleuropäischen“ oder „gesamteuropäischen“

38 Zusammenhängen zu denken wäre. Mehr denn je, so meine ich, hat uns die jüngste Geschichte die Chance eröffnet und zugleich aufgetragen, grundsätzlich von einer gesamteuropäischen Perspektive auszugehen! So fatal es wäre, das ökonomische wie politische Gewicht der EG und jenes einer künftigen Europäischen Politischen Union zu negieren, so falsch wäre es wohl auch, Europa deshalb nur durch die Brüsseler Brille zu sehen. Eine gesamteuropäische Sichtweise ist schon und gerade jetzt geboten, auch wenn angesichts der Unterschiede zwischen Westeuropa und den wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Gegebenheiten in den Ländern des ehemaligen Ostblocks die „Vision von einem wirklich einheitlichen, einem wirklich voll von ‚Dublin bis zum Ural‘ geeinten Europa demnach keine nahe, sondern eine fernere Zukunft beschreibt.“<sup>1</sup> Auch die betroffenen Staaten Mittel- und Osteuropas streben nach dem „großen Europa“ und wollen nicht in ein „Vorzimmer“ zu diesem Europa verwiesen werden. Wie Europas neue Gestalt aussehen könnte, ist Gegenstand zahlreicher Überlegungen von Wissenschaft, Politik und Diplomatie unter dem Generalthema einer neuen „europäischen Architektur“.<sup>2</sup>

Ausgangspunkt aller Überlegungen muß aber auch noch ein Jahr nach dem fakti-

schen Ende des sozialistischen Blocks in Ost- und Mitteleuropa<sup>3</sup> das Eingeständnis sein, daß sich dieser Raum in einer keineswegs abgeschlossenen Phase der Desstabilisierung befindet, in der viele Kräfte um Einfluß ringen, verschiedene Entwicklungsoptionen möglich sind, die Situation in den einzelnen Reformstaaten sehr unterschiedlich ist<sup>4</sup> und daher für jede Äußerung oder Diagnose die entsprechende Zurückhaltung geboten ist.

## Der Europäische Wirtschaftsraum im Umbruch

Drei Elemente kennzeichnen im wesentlichen die wirtschaftliche Entwicklung in der zweiten Hälfte der 80er Jahre in Europa: die von der EG auf der Grundlage des Weißbuchs von 1985 unternommenen Anstrengungen zur Vollendung des Binnenmarktes bis 1992, die Bemühungen der durch Freihandelsverträge mit der EG verbundenen EFTA-Staaten um eine Teilnahme an diesem Binnenmarkt und schließlich die Abkehr von der Kommando- und schrittweise Rückkehr der sog. Reformstaaten Osteuropas zur Marktwirtschaft.

Das Binnenmarktprogramm der EG zielt darauf ab, durch Abbau der materiellen, technischen und Steuerschranken zwischen den Mitgliedstaaten endlich den in den Gründungsverträgen bereits festgelegten Gemeinsamen Markt zu realisieren. Die Kommission der EG hatte dem Europäischen Rat von Mailand 1985 ein Weißbuch zur Vollendung des Binnenmarktes<sup>5</sup> sowie ein Memorandum für eine Technologiegemeinschaft<sup>6</sup> vorgelegt. Die EFTA-Staaten<sup>7</sup> waren alarmiert, mußten sie doch als logische Konsequenz des vollkommenen Wegfalls der Binnengrenzen und Grenzkontrollen innerhalb der Gemeinschaft eine umso striktere Grenzziehung gegenüber Nicht-Mitgliedstaaten befürchten. Es galt daher, noch stärker als im Rahmen des sog. „Luxemburger Prozesses“ eine Annäherung an die Gemeinschaft zu suchen.

Der Luxemburger Prozeß war 1984 eingeleitet worden.<sup>8</sup> EG und EFTA-Staaten waren zu einer Bestandsaufnahme nach mehr als 10jähriger Geltung der Freihandelsabkommen und „zur Erarbeitung weiterer Orientierungen zur Fortsetzung, Vertiefung und Ausdehnung der Zusammenarbeit im Rahmen der Freihandelsabkommen und darüber hinaus“ zusammengekommen (Pkt. 1). Ziel der „Konsolidierung und Stärkung der Zusammenarbeit“ war es, „einen dynamischen euro-

päischen Wirtschaftsraum“ zu schaffen (Pkt. 2).<sup>9</sup> In Expertengesprächen auf Beamtenebene sollte über die Harmonisierung von Normen, die Beseitigung technischer Hemmnisse, Vereinfachung der Grenzabfertigung und Ursprungsregeln, Beseitigung unlauterer Handelspraktiken usw. verhandelt werden. Substantielle Ergebnisse dieses Luxemburger „Follow-up“ waren der Abschluß der beiden multilateralen Übereinkommen zur Harmonisierung der Zolldokumentation (SAD-Abkommen) und des Transitverfahrens in Interlaken 1987 sowie die Unterzeichnung des Parallelübereinkommens über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Lugano-Übereinkommen) am 16. September 1988, mit dem praktisch für ganz Westeuropa ein einheitliches Gerichtsstandrecht geschaffen wurde.<sup>10</sup> Dennoch wurden Verlauf und Ergebnisse dieses Follow-up vor allem von den EFTA-Staaten als unbefriedigend empfunden, zumal man erkennen mußte, daß sich auch durch einzelne technische Anpassungen am Status als Drittstaat nichts ändern würde. So kam es, daß diese Expertengespräche plötzlich durch den sog. Delors-Prozeß<sup>11</sup> in den Hintergrund gedrängt wurden.

In seiner Antrittsrede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg am 17. Jänner 1989<sup>12</sup> hatte der Präsident der (neuen) EG-Kommission, Delors, die Überlegung vorgetragen, mit den EFTA-Staaten „eine neue Form der Assoziation“ zu finden, die *institutionell strukturiert* wäre und gemeinsame *Entscheidungs- und Verwaltungsorgane* hätte...<sup>13</sup> Die EG sei bereit, mit einer strukturell gestärkten EFTA, die mit einer Stimme sprechen sollte, darüber zu verhandeln (sog. Zwei-Säulen-Ansatz).

Das Angebot zu einem „umfassenden Dialog“ wurde von der EFTA positiv aufgenommen und am 20. März 1989 beschlossen die EG- und EFTA-Außenminister in Brüssel die Durchführung von Sondierungsgesprächen. Es wurde eine Arbeitsgruppe Hoher Beamter eingesetzt, die die mit der Verwirklichung der Freizügigkeit von Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr auch innerhalb des EWR verbundenen Fragen abzuklären hatte.

Damit war die Entwicklung zu einem EWR in die sog. Sondierungs- bzw. Identifikationsphase eingetreten. Die EC-EFTA High Level Steering Group richtete 5 Arbeitsgruppen ein, die sich mit den 4 Freiheiten, den sog. „flankierenden Politikern“ sowie den rechtlichen und insti-

tutionellen Fragen des EWR-(Vertrages) befaßten. Die Experten schlossen ihre Arbeiten vorerst am 20. Oktober 1989 ab. Aufgrund des Beschlusses des EG-EFTA-Ministertreffens am 19. Dezember 1989 in Brüssel wurden jedoch die Beratungen als „explorative Gespräche“ bis 20. März 1990 fortgesetzt und die Ergebnisse in einem Bericht zusammengefaßt.<sup>14</sup>

Am 20. Juni 1990 haben in Brüssel die formellen Verhandlungen zwischen der EG und den sechs EFTA-Staaten über einen EWR-Vertrag begonnen, nachdem der EG-Ministerrat am 18. Juni die Verhandlungsrichtlinien für die Kommission beschlossen hatte; Anfang September wurde die zweite Verhandlungsrunde eingeläutet. Ziel der Verhandlungen ist ein Assoziierungsabkommen, das auf der Grundlage des einschlägigen Gemeinschaftsrechts zugleich mit dem EG-Binnenmarkt, dh Ende 1992, auch im Verhältnis zu den EFTA-Staaten die Freizügigkeit des Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs verwirklichen soll, wozu die EFTA-Staaten den einschlägigen „acquis communautaire“ der EG zu übernehmen haben werden. Über (vorläufige oder dauernde) Ausnahmeregelungen zugunsten spezifischer Interessen einzelner EFTA-Staaten (zB Ausländerfrage in der Schweiz) wird zu verhandeln sein.

Kernproblem ist das Finden eines gemeinsamen Nenners zwischen der Forderung der EG nach Beibehaltung der vollen Entscheidungsautonomie einerseits und der dezidierten Forderung der EFTA-Staaten nach einer institutionalisierten Mitwirkung bei der Willensbildung andererseits. Die EFTA verlangt, daß sie zumindest in der Phase der Meinungsbildung in der EG, dh im Vorfeld der eigentlichen Rechtserzeugung, Einfluß nehmen kann („Osmose“ bzw. „decision shaping“). Ferner sind geeignete Verfahren und Institutionen zur Durchsetzung und Kontrolle von EWR-Recht zu ermitteln. Die Verhandlungsatmosphäre zu Beginn dieser Runde wird von der bekannt sprachgewaltigen *Neuen Zürcher Zeitung* so beschrieben, daß die „cartesianische Denkweise der EG auf einen alpin und nordisch geprägten Pragmatismus der EFTA (stoße)“.<sup>15</sup>

Im Selbstverständnis der Verhandlungspartner ist klar, daß der EWR auf absehbare Zeit nur die 18 Staaten von EG und EFTA umfassen wird; dennoch möchte ich behaupten, daß der EWR gerade durch den Zusammenbruch der Planwirtschaften in den Ländern Mittel- und Osteuropas hinsichtlich seiner geographischen Dimension *im Prinzip* an Bestimmtheit verloren hat. Hatte nicht schon Delors in seiner Rede vom 17. Januar 1989 eine Erstreckung des EWR „...vielleicht später auf andere europäische Nationen“ erwogen? Wie ist die Erklärung von EG-Außenkommissar Andreissen anlässlich der Vorlage des Berichts der EG-Kommission über die Be-

ziehungen zur EFTA vom 22. November 1989 an den Rat zu bewerten, wenn er meint, daß eine Erweiterung des EWR durch Länder Ost- und Mitteleuropas „möglich“ sei?<sup>16</sup> Jede EWR-Regelung zum gegenwärtigen Zeitpunkt hätte daher mE mit dem Verständnis zu erfolgen, daß dies *eine* der möglichen, den aktuellen Bedingungen entsprechende Variante ist; keinesfalls dürfte damit gewissermaßen ein „Patent“ auf den EWR verbunden und sowohl eine Erweiterung als auch eine strukturelle Umgestaltung zu einem späteren Zeitpunkt ausgeschlossen sein. Es mögen nicht in allen europäischen Staaten die gleichen ökonomischen Verhältnisse bestehen, *ein* Wirtschaftsraum ist es allemal!

## Die Zukunft Mittel- und Osteuropas im neuen Europäischen Wirtschaftsraum

Kürzlich hat sich der Osteuropa-Experte des Wifo, Jan Stankovsky, zur Zukunft der Beziehungen zwischen EG und den mitteleuropäischen Staaten Österreich, ČSFR und Ungarn geäußert<sup>17</sup> und vier Optionen zur Realisierung des ökonomischen Hauptinteresses Ungarns und der ČSFR — Zugang zu den Westmärkten — aufgelistet: präferentieller Assoziierungsvertrag mit der EG; Beitritt zur EFTA; Freihandelsabkommen mit der EG; Beitritt zur EG. Allerdings: „[D]as einzige reale und zukunftsträchtige Integrationskonzept“, so Stankovsky, sei für die ČSFR oder Ungarn (wie für Österreich auch) die EG; die EFTA habe sich zwar hervorragend bewährt, sei aber immer nur als Übergangslösung konzipiert gewesen; andere Integrationskonzepte wie der EWR, „Mitteleuropa“ oder das „Gemeinsame Haus Europa“ seien „spezifischen Interessen oder aber Nostalgien verpflichtet“<sup>18</sup> und letztlich nicht zielführend. Für eine „gute Übergangslösung“ hielte er aber die Aufnahme der beiden Staaten in die EFTA, da dies einen asymmetrischen Zollabbau ermöglichen würde, während die Ökonomien Ungarns und der ČSFR im Falle eines FHA mit der EG der Wettbewerbssituation noch nicht gewachsen wären.<sup>19</sup> Die letztlich „optimale und einzige sinnvolle Lösung“ für alle drei Staaten aber sei, unter Zugrundelegung einer etwa zehnjährigen Perspektive, der EG-Beitritt.<sup>20</sup>

Für Österreich war Mittel- und Osteuropa stets ein bedeutsamer Markt. So weist die EFTA-Statistik 1988<sup>21</sup> für den Osthandel Österreichs ein Importvolumen von 2,3 Mrd. S und ein Exportvolumen von 2,8 Mrd. S aus; dies war nach Finnland der zweithöchste Osthandelsanteil aller EFTA-Staaten. 5,3% der Importe kamen aus diesem Raum, 9,1% der Exporte entfielen auf Osteuropa. Sieht man sich die Verteilung auf die einzelnen Länder näher an, so liegt jeweils nach der UdSSR Ungarn an zweiter Stelle, importseitig gefolgt von der (damaligen) ČSSR, bei den

Exporten von der DDR. Während mehr als vier Jahrzehnten seit der Machtergreifung der Kommunisten hat Österreich einen vergleichsweise hohen und stabilen Anteil seiner Außenwirtschaftsbeziehungen mit Mittel- und Osteuropa abgewickelt. Es schiene mir daher unverständlich und ökonomisch unklug, würde man gerade jetzt angesichts des — durchaus verständlichen — Interesses an einer Intensivierung der Beziehungen mit der EG<sup>22</sup> alle jene Chancen einfach aufgeben, die sich aus der Erfahrung im Wirtschaftsverkehr mit diesen Ländern, aus der geographischen Nähe und der historisch-kulturellen Bindung ergeben! Anders gesagt: Selbstverständlich genießt die EG erste Priorität, aber vergessen wir darüber nicht die Möglichkeiten eines uns unmittelbar umgebenden Wirtschaftsraumes!

## Wie also weiter mit Mitteleuropa?

„Die Wirtschaftshilfe an die ex-kommunistischen Staaten ist ja auch weniger wirtschaftlich als politisch motiviert. Es geht ja nicht darum, westlichen Unternehmen lukrative Investitionsmöglichkeiten<sup>23</sup> zu schaffen... Es geht in erster Linie darum, diese Staaten so zu stabilisieren, daß der Demokratisierungsprozeß fortgeführt werden kann und daß sie sich allmählich in die westeuropäische Wirtschaft und damit in die Gemeinschaft der westeuropäischen Staaten eingliedern können.“<sup>24</sup> Auch Ökonomen vertreten die Auffassung, die Staaten Westeuropas hätten „alles Interesse“, die Reformstaaten des Ostens „in die Neuordnung Europas einzubeziehen.“<sup>25</sup>

Über die notwendigen Aufwendungen für die Umstellung, für die zB für die DDR ein Zeitraum von etwa drei bis fünf Jahren als realistisch angesehen wird, darf man sich keiner Illusion hingeben: Allein die Erneuerung der relativ kleinen und relativ am weitesten entwickelten DDR wird die BRD jährlich etwa 100 Mrd. DM kosten, das entspricht ca. 4—5% des BNP oder in etwa der gesamten, allen Entwicklungsländern gewährten jährlichen öffentlichen Entwicklungshilfe!<sup>26</sup> Für die übrigen osteuropäischen Staaten muß nach Auffassung renommierter Wirtschaftsexperten für eine erste Aufholphase gegenüber den westeuropäischen Volkswirtschaften ein Zeitraum von 15—20 Jahren veranschlagt werden, von Fragen wie der Entwicklung entsprechenden betriebs- und volkswirtschaftlichen sowie wirtschaftsrechtlichen Know-hows einmal ganz abgesehen. Nicht zu vergessen die enorme Verschuldung dieser Länder, die 1989 dem Bericht des Washingtoner Institute of International Finance zufolge beinahe 180 Milliarden Schweizer Franken (= ca. 1.500 Mrd. Schilling) betrug!<sup>27</sup>

Der Beginn der neueren Ostpolitik der EG ist mit dem Pariser Sondergipfel vom

18. November 1989 anzusetzen, bei dem die EG-Mitgliedstaaten die Bedingungen für eine EG-Wirtschaftshilfe an Ungarn und Polen definierten<sup>28</sup>. Zu diesem Zeitpunkt existierten bereits Kooperationsabkommen mit Ungarn (1988) und Polen (1989) bzw. standen unmittelbar vor ihrer Unterzeichnung (UdSSR, CSSR)<sup>29</sup>. Wurde zunächst nur Polen und Ungarn Wirtschaftshilfe gewährt, so wurde diese Hilfe Mitte 1990 im Rahmen der Gruppe der 24 (OECD) auch auf andere Reformstaaten (ausgenommen Rumänien) ausgedehnt.<sup>30</sup> Mit der Gründung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung<sup>31</sup> wurde zusätzlich ein spezifisches Finanzierungsinstrument geschaffen. Die Sondertagung des Europäischen Rates der Staats- und Regierungschefs am 28. April 1990 in Dublin sah den umgehenden Beginn von Beratungen im Rat über sog. Assoziierungsabkommen „zweiten Grades“ mit jedem der mittel- und osteuropäischen Länder vor, wobei diese „einen institutionellen Rahmen für den politischen Dialog einschließen“ sollten. Die Verhandlungen darüber sollten so bald wie möglich abgeschlossen werden, „sofern die Grundbedingungen für ein demokratisches System und den Übergang zu einer Marktwirtschaft erfüllt werden.“<sup>32</sup> Die Gemeinschaft geht bei der Neugestaltung ihrer Osteuropa-Politik von einem Konzept konzentrischer Kreise aus, in dessen innerstem die Vertiefung der Integration der 12 zur Wirtschafts- und Währungsunion und zur politischen Union vorangetrieben wird; in einem zweiten Kreis verdichten sich die EG-EFTA-Beziehungen zum EWR; und erst im äußersten Kreis ist die Assoziierung mit den (welchen?) Reformstaaten Osteuropas angesiedelt.<sup>33</sup>

Einige Reformstaaten wie Jugoslawien, Ungarn oder Polen scheinen eine qualifizierte Annäherung an die EG<sup>34</sup> im Wege einer EFTA-Mitgliedschaft anzustreben; die EFTA ihrerseits lehnt eine solche „Babysitter-Rolle“, die ihr auch von Stimmen in der EG „nahegelegt“ wird, kategorisch ab: Wegen der stark unterschiedlichen wirtschaftlichen Daten würde dies das Funktionieren der FHZ mit der EG, insbesondere aber das vordringliche Ziel der Teilnahme am EG-Binnenmarkt gefährden.<sup>35</sup> Jedenfalls ist nicht zu übersehen, daß Ost-Assoziierung und EWR in einem Zusammenhang stehen.<sup>36</sup> Mayrzedt entwickelt mehrere mögliche Szenarien für die künftige Ausgestaltung eines EG, EFTA und Osteuropa umfassenden Europäischen Wirtschaftsraumes. Für angesichts derzeit noch „spekulativ“, aber als „vernünftige Lösung“ der außenwirtschaftlichen Probleme der Reformstaaten nicht ausgeschlossen hält Mayrzedt die Idee eines „Erweiterten Europäischen Wirtschaftsraumes“ (EEWR), der sich aus 25 Staaten zusammensetzen würde: einer um die vier EFTA-Staaten erweiterten EG der 16, der Schweiz, Island und der 7 Staaten umfassenden „neuen EFTA“.<sup>37</sup>

Auch die EFTA denkt über eine Neugestaltung ihrer Beziehungen zu den Reformstaaten nach. Anlässlich der Ministertagung des EFTA-Rates am 11. und 12. Dezember 1989 in Genf wurde eine „Stellungnahme der EFTA-Minister über die Beziehungen zu Ländern Osteuropas“ angenommen<sup>38</sup>, in der erstmals neben Jugoslawien auch andere Staaten Osteuropas angesprochen waren. Ungarn hatte im Oktober 1989 den Entwurf einer Erklärung für die Zusammenarbeit zwischen der EFTA und Ungarn vorgelegt, mit dem es um formelle Beziehungen zur EFTA nach dem Muster Jugoslawiens (Erklärung von Bergen) ersuchte. Die CSSR, DDR, Polen und die UdSSR hatten ihr Interesse an der Teilnahme an einzelnen Übereinkünften der EFTA geäußert. Der EFTA-Rat wurde auf Beamtenebene damit betraut, „einen Dialog mit einzelnen Ländern Osteuropas unter gebührender Berücksichtigung der verschiedenen, von ihnen geäußerten Wünsche aufzunehmen“ bzw. „die geeigneten und gegenseitig vorteilhaften Formen der Zusammenarbeit auszuarbeiten“.<sup>39</sup> Das Ministertreffen in Göteborg am 13./14. Juni 1990 einigte sich auf einen Dreiphasenplan: Als Basis einer ersten Phase erweiterter Zusammenarbeit wurden „Erklärungen“ betreffend Ungarn, Polen und CSFR angenommen, die in der Substanz übereinstimmend auf die Formalisierung der Kontakte in Gemischten Ausschüssen zielen und Kooperationen breiten Raum einräumen. In der zweiten Phase seien Freihandelsabkommen denkbar, in der dritten eine Einbeziehung in den EWR. Voraussetzung für den Eintritt schon in die zweite Phase seien eine einigermaßen funktionierende Marktwirtschaft (dh freie Preisbildung, konvertible Währung und diversifiziertes Eigentum) sowie politischer Pluralismus im betreffenden Land.<sup>40</sup> Wesentliche Voraussetzung für einen Wirtschaftsaufschwung in dieser Region wird sicherlich auch die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für Investitionen sein, wie dies in Ungarn bereits geschehen ist.<sup>41</sup> Ansätze eines *subregionalen* Wirtschaftsraumes können uU in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der sog. Pentagonale gesehen werden, einer im November 1989, wenige Tage nach dem Fall der Mauer, auf ungarische Initiative aus der Taufe gehobenen, im Mai 1990 um die CSFR erweiterten Kooperationsform mit ausdrücklicher Betonung des mitteleuropäischen Rahmens.<sup>42</sup> Eine Erweiterung ist vorerst nicht in Aussicht genommen, wohl aber eine sektorelle Öffnung einzelner Arbeitsbereiche für andere interessierte Staaten (zB Polen im Bereich des Umweltschutzes) möglich.<sup>43</sup> Die Pentagonale soll die Zusammenarbeit, was Mitteleuropa als Wirtschaftsraum anlangt<sup>44</sup>, in den Bereichen Umwelt, Verkehr, Klein- und Mittelbetriebe, Information und Telekommunikation sowie Kultur und Wissenschaft fördern.<sup>45</sup> Die Koordination der Tätigkeit der Ar-

beitsgruppen und Untergruppen liegt bei einzelnen Staaten (Österreich koordiniert die AG Umweltschutz). Die Gesamtkoordination erfolgt durch regelmäßige Zusammenkünfte auf Beamtenebene. Die Finanzierung der einzelnen Projekte soll entweder weiterhin auf nationaler Ebene oder durch internationale Finanzinstitutionen (ECE<sup>46</sup>, Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung — BERD<sup>47</sup>, Weltbank, IWF usw.) erfolgen, wobei eine gemeinsame Antragstellung der Pentagonale-Staaten ins Auge gefaßt wird.

Österreich sieht seine Aktivität in der Pentagonale ausdrücklich nicht als Ausdruck „rückwärts gewandter mitteleuropäischer Mentalität im schlechten Sinn“, sondern als Form „konkret angewandter aktiver und sozusagen multilateralisierter Nachbarschaftspolitik in Mitteleuropa“<sup>48</sup>, als Versuch, „durch die Lösung spezifischer Probleme einer Subregion die Zusammenarbeit in der Gesamtregion zu erleichtern.“<sup>49</sup>

## Schlußbemerkung

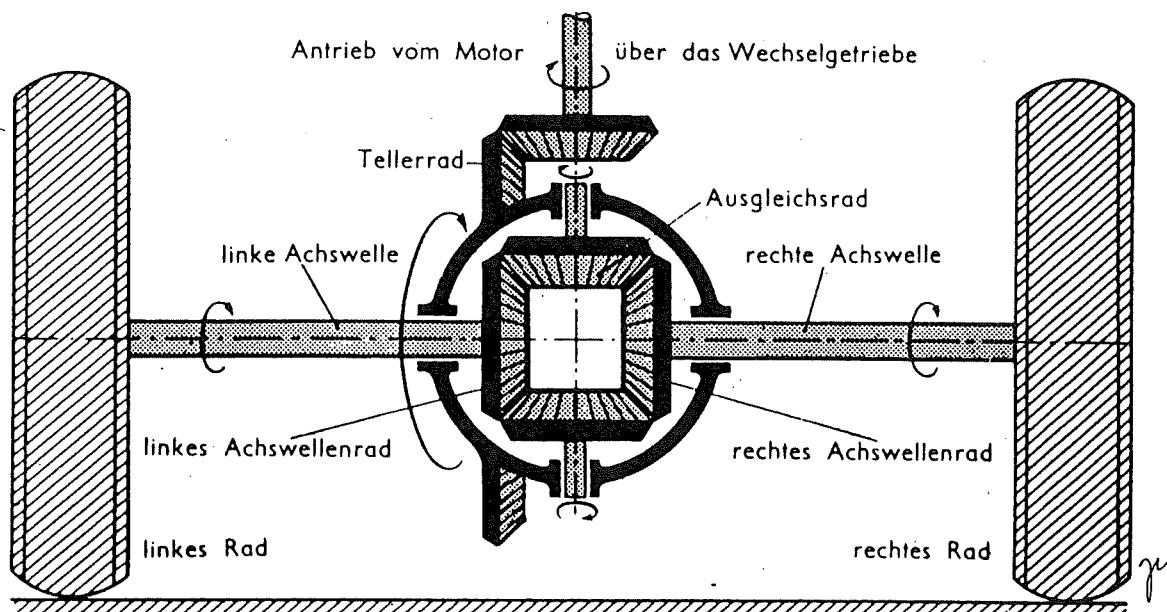
Mit den Reformen im Osten ist Österreich von der Peripherie in das Zentrum Europas zurückgekehrt, nachdem mehr als 40 Jahre lang 40% der Grenzen Österreichs vom Eisernen Vorhang umfaßt waren!<sup>50</sup> Jetzt gilt es für dieses Land, von den durch Jahrzehnte abgegebenen Lippenbekennissen Abschied zu nehmen und eine den neuen Bedingungen korrespondierende aktive Politik zu formulieren und umzusetzen. Diese kann sich nicht in einer ersten (unverzichtbaren) „Starthilfe“ darin erschöpfen, daß man diesen Staaten die Rückzahlung von Krediten erlaßt, die sie ohnedies nicht mehr bedienen können bzw. weitere Unterstützung in Form nicht-rückzahlbarer Zuwendungen (nach dem Muster der US-Hilfe für das freie Europa) insbesondere zur Sanierung jener Infrastruktur (Eisenbahn, Telefon, Straßen usw.), die für die wirtschaftliche Entwicklung unentbehrlich ist, sich aber nicht sofort produktiv niederschlägt, gewährt.<sup>51</sup>

Entscheidend wird sein, Havels Wort von der „Rückkehr nach Europa“ ernst zu nehmen, diese Staaten nicht wie arme Brüder paternalistisch zu bemitleiden oder in frühkapitalistischer Manier auszubeuten, sondern sie auch ökonomisch als das zu sehen, was sie tatsächlich sind, nämlich Teil *eines* Europäischen Wirtschaftsraumes! Dies bedeutet einerseits Ermutigung und Unterstützung privater Initiativen österreichischer Unternehmen in diesem Raum; das verlangt aber v. a. auf einer makroökonomischen und politischen Ebene die Schaffung eines *flexiblen* Rahmens für einen Europäischen Wirtschaftsraum. Mag sein, daß das EWR-Modell von EG und EFTA unter den gegebenen Bedingungen ein Optimum darstellt; dennoch ist, insbesondere im Fall der Weiterentwicklung der EG zur Politischen und Sicherheitsgemeinschaft, nicht

auszuschließen, daß manche Staaten an diesem Prozeß nicht zur Gänze teilhaben wollen, während sich ein gesamteuropäischer Wirtschaftsraum in anderer Gestalt neu konstituiert. Daher sollte auch Österreich — bei allem legitimen Bemühen um die Annäherung an die EG — traditionelle Bindungen zu Ost- und Mitteleuropa nicht leichtfertig auf dem „Binnenmarkt-Altar“ opfern, sondern aktivieren und ausbauen. Auf mittlere Frist sollte mE das Ziel einer geschmeidigen Verzahnung von „mitteleuropäischem“ und „westeuropäischem“ Wirtschaftsraum im Hinblick auf das Fernziel eines neustrukturierten gesamteuropäischen Wirtschaftsraumes verfolgt werden. Warum sollte nicht dereinst für Gesamteuropa konstatiert werden können, was bislang für die Trennung von EG und EFTA galt, nämlich daß es sich dabei um eine bloß institutionelle, „keine natürliche wirtschaftliche Teilung“ handelte?<sup>52</sup>

- 1) Nowotny, Szenarien für Gesamteuropa, Europäische Rundschau 90/3, 65 f. Mit Recht weist Nowotny zB darauf hin, daß in diesen Ländern schon die Gesellschaften selbst „wirtschaftsfeindlich“ in dem Sinn seien, daß gewisse Verhaltensweisen oder Werte, die mit der Marktwirtschaft verknüpft oder überhaupt deren Voraussetzung sind (zB Gewinnstreben), entweder nicht vorhanden sind oder als negativ bzw. unmoralisch beurteilt werden (65).
- 2) Für einen kurzen Überblick über den Kern der amerikanischen, französischen und deutschen Vorstellungen von dieser „Architektur“ siehe Nowotny, aaO, 66 ff.
- 3) Vgl. die Dokumentation dieser Entwicklung in: Glasnost und Perestrojka — Der Sozialismus im Wandel, hrsg. v. Schweizerischen Institut für Auslandforschung Zürich, Grusch 1990.
- 4) Für eine knappe, aber instructive „Chronologie der Ereignisse in Osteuropa“ vom 11. Januar 1989 (Streiks in Polen) bis 2. Februar 1990 (Umgestaltung der KP-Führung und neue Regierung in Bulgarien) siehe Europa-Archiv (EA) 7/1990, D 187 f.
- 5) KOM (85) 310 endg.
- 6) Memorandum für eine Technologiegemeinschaft der Kommission der Europäischen Gemeinschaften vom 25. Juni 1985 an den Europäischen Rat in Mailand am 28. und 29. Juni 1985, EA 16/1985, S. D 543 ff.
- 7) Und nicht nur sie! Befürchtungen hinsichtlich der Entwicklung der EG zu einer „Festung Europas“ äußerten auch die großen Welthandelsnationen und -konkurrenten, insb. die USA. Vgl. „Amerikanische Skepsis gegenüber dem EG-Integrationsprozeß. Assoziation Mitteleuropas nur auf Kosten der USA?“, NZZ FA-Nr. 50 vom 2. März 1990, 15 und Reiterer, Festung Amerippon, Economy 6/89, 2-10, 6.
- 8) Bull. EG 4-1984, Ziff. 1.2.1.

- 9) Hervorhebung durch den Verfasser.
- 10) Text des Übereinkommens in SchwJIR XLIV (1988), 566 ff.
- 11) In der Terminologie der EFTA als „Oslo-Brüssel-Prozeß“ bezeichnet.
- 12) Französisches Original der Rede in Europe Documents Nos. 1542/1543, 26 janvier 1989, 1 ff.
- 13) Hervorhebung durch den Verfasser.
- 14) Zu Chronologie und Gegenstand der EWR-Verhandlungen siehe auch Berger, Auf dem Weg zum Europäischen Wirtschaftsraum, Economy-Fachmagazin 7-8/90, F2 ff.
- 15) „Feinarbeit am Europäischen Wirtschaftsraum. Vor dem Beginn einer neuen EG-EFTA-Verhandlungsrounde“, NZZ FA-Nr. 204 vom 5. September 1990, 15 f (15).
- 16) Zum Kommissionsbericht und den Erklärungen Andreassens siehe NZZ FA-Nr. 273 vom 24. November 1989, 15.
- 17) Stankovsky, Die EG und „Mitteleuropa“: Österreich, CSFR, Ungarn und der Gemeinsame Markt, Europäische Rundschau 90/3, 35-46, insb. 42 ff.
- 18) Stankovsky, aaO, 43, 44.
- 19) Stankovsky, aaO, 44.
- 20) Stankovsky, aaO, 45.
- 21) EFTA Trade 1988, EFTA, Economic Affairs Department, December 1989
- 22) Österreich hat bekanntlich am 17. Juli 1989 sein Beitrittsgesuch abgegeben.
- 23) Nichtdestoweniger ist Osteuropa natürlich ein Zukunftsmarkt mit enormem Wachstumspotential; sein wichtigstes Atout — „human capital“, dh gut ausgebildete Arbeitskräfte — kommt aber nur im Verbund mit der notwendigen Strukturbereinigung zum Tragen; vgl. Stankovsky, Ostperspektiven, Economy-Fachmagazin 5/90, F30-F31 sowie Mauler, Schwieriger Übergang zur Marktwirtschaft, aaO, F21-F24, der das wirtschaftliche Dilemma auf eine griffige Formel bringt: „systembedingte wirtschaftliche Ineffizienz“, gemessen u.a. am (katastrophalen) Niveau der Arbeitsproduktivität im Vergleich zu westeuropäischen Industriestaaten, an sinkender Kapitalproduktivität, Veraltungen der Anlagen, hohem Ressourcenverbrauch usw.
- 24) Nowotny, aaO, 74.
- 25) Mayrzedt, „Europäischer Wirtschaftsraum“. Beitrag zur wirtschaftlichen Neuordnung Europas?, Economy-Fachmagazin 6/90, F8 ff (F8).
- 26) Nowotny, aaO, 73, FN.15.
- 27) Vgl. NZZ FA-Nr. 88 vom 18. April 1990, 17.
- 28) Vgl. NZZ FA-Nr. 270 vom 21. November 1989, 1 f.
- 29) Vgl. die Analyse dieser Abkommen durch Meier, Ost/West-Verträge: Gestern unterschrieben, heute überholt, EGmagazin Nr. 1-2/1990, 11 ff.
- 30) NZZ FA-Nr. 153 vom 6. Juli 1990, 11.
- 31) Nach ihrer französischen Bezeichnung BERD abgekürzt.
- 32) Schlußfolgerungen des Rates betreffend „Mittel- und Osteuropa“, EA 11/1990, D 284 ff (D 286); vgl. auch KOM (90) 717, 18. April 1990.
- 33) Vgl. Mayrzedt, aaO, F8 ff (F9).
- 34) Zu den „ökonomischen Grenzen der Westeuropä-Orientierung“ und den Umrissen des europäischen Wirtschaftsraumes siehe auch Nötzold, Auswirkungen der östlichen Reformprozesse auf die Ordnung des europäischen Wirtschaftsraumes, Europäische Rundschau 90/1, 39 ff, insb. 44 ff und 53 f.
- 35) Mayrzedt, aaO, F8.
- 36) Vgl. die berechtigte Kritik Mayrzedts am „eindimensionalen“ Problemzugang der EG: Mayrzedt, aaO, F10.
- 37) Mayrzedt, aaO, F13-F14. Siehe auch die vom Ökonomen Åslund (Stockholm School of Economics, Director of the Stockholm Institute of Soviet and East European Economics) entworfenen „alternativen Szenarios für die europäische Integration“, etwa einer „Central or East European Free Trade Area“: Åslund, Systemic change in Eastern Europe and East-West trade, EFTA Occasional Paper No. 31, Genf, Juni 1990, insb. 18 ff.
- 38) 29. Jahresbericht (1989) der Europäischen Freihandels-Assoziation, Genf 1990, 58 f.
- 39) 29. Jahresbericht, 58.
- 40) NZZ FA-Nr. 135 vom 15. Juli 1990, 13.
- 41) Zu den einschlägigen Gesetzen sowie dem „Abkommen zwischen der Republik Österreich und der (damals noch) Volksrepublik Ungarn über die Förderung und den Schutz von Investitionen“ vom 22. August 1989, die dem westlichen Investor vollen Schutz und Sicherheit bieten siehe Szusich, Joint Ventures in Ungarn, Economy-Fachmagazin 5/90, F 25 ff sowie den Text des Abkommens, aaO, F6 f. Art. 4 beispielsweise erlaubt Enteignungen „nur im öffentlichen Interesse, aufgrund eines rechtmäßigen Verfahrens und gegen Entschädigung“ (Abs. 1) und räumt dem Investor das Recht ein, die Höhe der Entschädigung entweder durch die Organe der enteignenden Vertragspartei oder ein internationales Schiedsgericht überprüfen zu lassen (Abs. 4).
- 42) Vgl. v. a. Sucharipa, Die Pentagonale. Eine neue Form der regionalen Zusammenarbeit in Mitteleuropa, Europäische Rundschau 90/3, 25 ff sowie die „Gemeinsame Erklärung der Außenminister Österreichs, Ungarns, Italiens und Jugoslawiens“ vom 11. November 1989, Österreichische Außenpolitische Dokumentation, hrsg. v. BMAA, Wien, April 1990, 19-20
- 43) Vgl. Sucharipa, aaO, 28
- 44) Zu den Zielen einer auch *außenpolitischen* Koordination siehe Sucharipa, aaO, 30 ff.
- 45) Vgl. das in den Annexen A-F zu den Schlußfolgerungen der stellvertretenden Premierminister in Wien am 27. Mai 1990 niedergelegte Arbeitsprogramm, Österreichische Außenpolitische Dokumentation, hrsg. v. BMAA, Wien, Juli 1990, 47 ff, (49 ff).
- 46) Die ECE stellt übrigens in ihrem letzten Jahreswirtschaftsbericht einen modifizierten Marshall-Plan für Osteuropa oder die Schaffung einer Zentraleuropäischen Zahlungssunion zur Diskussion; vgl. NZZ FA-NR. 89 vom 19. April 1990, 15 f, wobei nach Auffassung der ECE eher der zweckgerichtete Einsatz der Mittel denn deren Höhe entscheidend sein werde.
- 47) Zu Struktur und Aufgabenstellung siehe das am 29. Mai 1990 in Paris unterzeichnete Übereinkommen zur Errichtung der europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, abgedruckt in Economy-Fachmagazin 7-8/90, F 14 ff, zu dessen Unterzeichnern auch Österreich gehört.
- 48) Sucharipa, aaO, 33.
- 49) Mock, Die europäische Berufung Österreichs, Vortrag vor dem „Centro Studi per la Conflazione Internazionale“, Rom, 31. Mai 1990, abgedruckt in Österreichische Außenpolitische Dokumentation, hrsg. v. BMAA, Wien, Juli 1990, 25 ff (32).
- 50) BK Vranitzky in seiner Rede zum Thema „Austria's Role in a Changing Europe“ vor dem World Economic Forum in Davos vom 3. Februar 1990, Österreichische Außenpolitische Dokumentation, hrsg. v. BMAA, Wien, April 1990, 5 ff (6).
- 51) Nowotny, aaO, 73 f.
- 52) Wijkman, Den Europäischen Wirtschaftsraum entdecken, EFTA Bulletin 1/89, 10 ff (1). Wijkman ist Direktor der Wirtschaftsabteilung im EFTA-Sekretariat.



# ZUR WIEDERKEHR DES PRIVATEN IM RECHT

## Ein Ansatz zu einer „mitteleuropäischen“ Rechtskultur?

**G**esellschaftlicher Wandel ist ohne Rechtsreform nicht möglich. Das Scheitern der marxistisch-leninistischen Gesellschaftsdoktrin in den Ländern des östlichen Mitteleuropas muß daher Auswirkungen auf die Rechtssysteme dieser Länder haben, die bisher als „sozialistisch“ qualifiziert wurden. Diese Länder sehen sich nicht in der Rolle der früheren Deutschen Demokratischen Republik, auf deren Gebiet am 3. 10. 1990 in nahezu allen Bereichen des Rechts bundesdeutsche Normen Geltung erlangten und im Privatrecht das sozialistische ZGB von 1975 buchstäblich von heute auf morgen wieder dem BGB von 1900 weichen mußte und deren Rechtsfakultäten unter die Fittiche westdeutscher Partneruniversitäten gelangten.

In der Tatsache, daß sich die Juristen Ungarns oder der Tschecho-Slowakischen Föderativen Republik aus eigener Kraft um die umfassende Neugestaltung ihrer Rechtsordnungen bemühen müssen, kann eine große Chance gesehen werden: Denn sie können aus ihren eigenen Erfahrungen und aus jenen der westeuropäischen Nachbarrechtsordnungen — auch der österreichischen — viel lernen und Kodices schaffen, die auch innovatorische Regeln für das soziale Zusammenleben der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts statuieren.

So sehr für die institutionelle Neuordnung der früheren Satellitenstaaten der UdSSR die (Re-)Konstruktion einer demokratischen, die Menschenrechte voll respektierenden Verfassung und einer rechtstaatlichen Verwaltung wichtig ist, so entscheidend kommt es für diese Länder auch darauf an, daß sie im Bereich der sogenannten „bürgerlichen Rechtspflege“ wieder Anschluß an eine Rechtskultur finden, deren Eckpfeiler die Wahrung der Persönlichkeitsrechte des einzelnen, die Privatautonomie, die Respektierung eines prinzipiell freien Erwerbs von Gütern aller Art und einer prinzipiell uneingeschränkten Nutzung dieser Güter im je gegebenen Rahmen sozialer Bindungen durch den hiezu Legitimierte bilden.

Die möglichst rasche Etablierung und Absicherung eines „bürgerlichen“ Rechtsverständnisses im Bereich des Privatrechts hat für die Reformstaaten angesichts der großen Probleme, die sich ihnen auf wirtschaftlichem Gebiet stellen, geradezu existentielle Bedeutung. Nur eine alsbaldige Beseitigung der Maximen der sich nunmehr wohl für alle Zeit als verfehlt herausgestellten marxistisch-le-

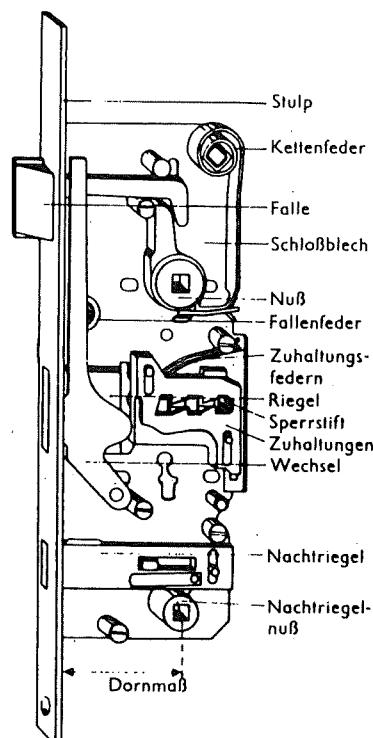
ninistischen Rechtsideologie aus dem juristischen Alltag kann das dauerhafte Gelingen der Gesellschaftsreform sicherstellen.

Die bisher in den unmittelbar im Norden, Osten und Südosten an Österreich angrenzenden Staaten erfolgten Rechtsreformen beziehen sich auf vermögensrechtliche Materien, deren „marktgerechte“ Umgestaltung für das Funktionieren der Wirtschaft besonders dringlich war, insbesondere auf das Gesellschaftsrecht und das „Wirtschaftsrecht.“ Die ungarischen Gesetzgebungsinstanzen haben mit dem Gesetz Nr. VI vom Jahre 1988 über die Wirtschaftsgesellschaften und dem Gesetz Nr. XXIV aus dem gleichen Jahr über die Investitionen von Ausländern in Ungarn den Anfang gemacht. Die Tschecho-Slowakische Föderative Republik hat im April 1990 ihr Wirtschaftsgesetzbuch und ihr Gesetz über Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland grundlegend novelliert und die Gründung von Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung auf neue rechtliche Grundlagen gestellt.

In diesen Gesetzen wird das Kerndogma jedes sozialistischen Zivilrechts von der

prinzipiellen Unzulässigkeit des Eigentums einer Einzelperson an Produktionsmitteln aufgegeben. Auch in Jugoslawien hat der gesamtstaatliche Gesetzgeber mit der Novelle zum Bundes-Grundlagengesetz über die Eigentumsverhältnisse vom 29. Juni 1990 die Aufgabe des in Jugoslawien durch die bisherige „Arbeiterkooperativen-Ideologie“ besonders gefärbten „gesellschaftlichen Eigentums“ eingeleitet und ist man — mit von Republik zu Republik unterschiedlich rascher Geschwindigkeit — auf dem Weg zu einer auf „Privateigentum“ aufbauenden Güterverteilungsordnung.

In Rechtsordnungen, in denen das Wort „privat“ Jahrzehntelang aus der juristischen Terminologie offiziell eliminiert war, in denen es kein „Privatrecht“, auch kein „internationales“ geben durfte, sondern nur „Zivilrecht“, bzw. „Gesetzkollisionsrecht“ oder „Rechtsanwendungsrecht“, ist die Wiederkehr des „Privaten“ im Recht gleichbedeutend mit einer Rückkehr zu einer westlichdemokratischen Rechtstradition. Kann sie aber auch als eine Wiederbelebung jener mitteleuropäischen Rechtskultur, die ganz



Schloß

**Schloß:** 1) Vorrichtung zur Herstellung einer festen, jedoch lösbarer Verbindung zw. bewegl. Teilen oder einem festen u. einem bewegl. Teil, bestehend aus Riegel, Zuhaltung u. Schlüssel; man unterscheidet Kasten-, Einlaß-, Einstech- und Vorlegeschlösser; Erhöhung der Sicherheit durch Einbau mehrerer Zuhaltungen (↑ Sicherheitsschloß), durch Zahlen- bzw. Buchstabenenschlösser, die nur geöffnet werden können, wenn zuvor eine best. Zahlen- oder Buchstabenkombination eingestellt wird, oder durch Zeitschlösser, die nur zu best. Zeiten geöffnet werden können; 2) Teil der Handfeuerwaffe, in dem die Patronenzuführung, das Abfeuern u. das Auswerfen der Hülse erfolgt

wesentlich von der alt-österreichischen Gesetzgebungstradition vor 1914 geprägt wurde, gedeutet werden?

Diese spezifische Rechtskultur, die ihre Blütezeit vom Ende des 18. bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatte, wurde durch „Mitteleuropäer“ geschaffen, von Männern wie dem Welschtiroler *Martini*, dem Grazer *Zeiller*, dem aus einer südmährischen Judengemeinde hervorgegangen, zum Christentum konvertierten *Sonnenfels*, dem aus Österreichisch-Schlesien stammenden *Pratobevera*; und sie wurde auch späterhin von Mitteleuropäern gepflegt, wie etwa dem Slowenen *Krainz*, dem in Westgalizien geborenen Deutsch-Böhmen *Anton Menger*, dem Wiener *Franz Klein*, dem Krakauer *Zoll*, oder dem Czernowitz Begründer der Rechtssoziologie *Eugen Ehrlich*.

Zu dieser Rechtskultur gehörte das Bewußtsein von der unvermeidlichen Unvollständigkeit einer Kodifikation und die Ablehnung eines unrealistischen Perfektionsstrebens — und vor allem hierin unterschied sie sich von der postpandektistischen Privatrechtskultur im deutschen Reiches, von der sie allerdings zunächst 1914 bis 1916 durch die Teilvernovellierung und ein weiteres Mal nach dem „Anschluß“ überlagert werden sollte. Wie insbesondere die Reformen im Bereich des Familienrechts und andere eher bruchstückhafte Neuerungen aus jüngster Zeit illustrieren, ist — gerade in der Legistik — nicht mehr viel von dieser Rechtskultur zu merken.

Angesichts der politischen Umwälzungen in den Nachbarstaaten, aus deren geografischen Raum so viele, die alt-österreichische Rechtskultur prägende Juristen gestalten kamen, legen sich einige Fragen nahe:

Wer stellt heute in Österreich zur Diskussion, ob die Inhalte des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuchs, jener vorausschauenden Privatrechtskodifikation des Naturrechts, die sich an den sozialen Gegebenheiten einer vorindustriellen Zeit orientiert und teils ausgehöhlt, teils durch Novellen und Sondergesetze verändert, mitunter entstellt, teils durch neue Inhalte ersetzt worden ist, nicht einer umfassenden Neukonzeption bedürfte? Wer stellt diese Frage unter gleichzeitiger Betonung der Notwendigkeit, daß die Tugenden des ursprünglichen kodifikatorischen Stiles und der daraus entstandenen „österreichischen Rechtskultur“, die eine mitteleuropäische war, konserviert werden müßten? Wer vermag aus österreichischer Sicht in den intensiven Bemühungen, die seit kurzem in Ungarn und der CSFR mit dem Ziel eingesetzt haben, möglichst bald über ein modernes „bürgerliches Gesetzbuch“ verfügen zu können, auch eine Chance zur Modernisierung der eigenen Rechtsordnung und zur Wiedererweckung einer gewissen Rechtsharmonie im Donauraum zu sehen? Wie groß ist die Zahl der Lehrer an den österreichischen Universitäten, die es für hinlänglich interessant finden, zu beobachten, welche

Wege die Gesetzgebungskommissionen in den Nachbarstaaten gehen werden? Wie viele halten einen grenzüberschreitenden Meinungsaustausch über jene Rechtsgrundsätze, die in einer der „bürgerlichen Rechtstradition“ verbundenen Rechtsordnung unabdingbar sind, für hilfreich und nutzbringend?

Es besteht der Eindruck, daß trotz der Sprachverschiedenheit und gewisser historischer „Altlasten“ ein höheres Maß an Anteilnahme durch die österreichische Rechtswissenschaft nicht unerwünscht wäre. Für die diffizile Erarbeitung der legistischen Reformmaßnahmen scheint nämlich in den ost-mitteleuropäischen Nachbarstaaten nur ein begrenztes Potential von entsprechend ausgebildeten reformatorischen Kräften zu existieren. Wurde doch unter den alten Regimen vierzig Jahre lang eine strenge Selektion bei der Zulassung zum Rechtsstudium vorgenommen und eine bewußte Politik der zahlenmäßigen Limitierung der Rechtsfakultäten und der Studenten betrieben. Um zu klären, ob es sich lohnt, das Erbe der „mitteleuropäischen Rechtskultur“

ungeachtet ihrer Hybridisierung und ephemären Verdrängung durch die Barbares des „Tausendjährigen Reiches“ wiederzubeleben und durch innovative Reaktionen auf die gesellschaftlich-technischen Entwicklungen der Menschheit angemessen zu modifizieren, sollten sich die österreichischen Rechtsfakultäten gezielt und in interner Koordination um Partnerschaften zu den Fakultäten in den benachbarten Reformstaaten bemühen und diese auch pflegen.

Da es in diesen Staaten vor allem die Rechtslehrer sind, die in den Reformkommissionen Richtung und Inhalte bestimmen und da auch die angestrebte EG-Mitgliedschaft eine Besinnung auf die rechtskulturellen Eigenheiten Österreichs nahelegt, könnte eine Zusammenarbeit viel für eine gemeinsame „mitteleuropäische Rechtskultur neuen Typs“ leisten, in der sich Bewahrenswertes mit Innovativem zu einem tragfähigen, die Völker dieses Raumes verbindenden Amalgam vermengt, was keineswegs nur von nostalgischem Wert wäre!



# EIN KATHOLISCHES MITTELEUROPA?

## 1.

Nach dem Jahr 1945 wandte sich das offizielle und siegreiche Jugoslawien (und damit auch Slowenien) wohl mehrheitlich — politisch, historisch, kulturell, wirtschaftlich, militärisch dem Osten zu, d. h. nach 1948, nach dem Bruch mit der UdSSR auch dem Süden, der dritten Welt, also insgesamt dem Südosten zu. Die kritische aus dem Volksbefreiungskampf in den Jahren 1941—45 hervorgegangene slowenische Intelligenz lehnte schon seit Anfang der fünfziger Jahre diese Hinwendung zum Osten ab, die bis heute, zumindest in Slowenien und wahrscheinlich auch bei der breiten Bevölkerung, seine Glaubwürdigkeit verloren hat. Heute vertritt (insbesondere die slowenische Jugend) eine Option für den Westen.

Ich selbst habe diese Wahl schon vor Zeiten als Eurojugoslawien oder Euroslove-nien bezeichnet. Mein Appell galt auch den Euroserben. Ich traf auf Widerstand, denn in Serbien treffen zwei Strömungen aufeinander, eine europäische und eine südostslawische. Doch auch die europäische ist über die Orthodoxie und die Bindung an den ehemaligen serbischen Staat an Byzanz und damit an den Geist des heutigen Griechenland gebunden. Der Begriff „Byzanz“ und sein Wert gewinnt in Serbien immer mehr an Bedeutung. Es gibt in Jugoslawien einige Millionen serbokroatischsprachiger Moslems und zwei Millionen albanischer Moslems, die durch Glauben und Tradition an den arabisch-persischen Südosten gebunden sind.

Heute eröffnen sich für Jugoslawien eine Reihe von Dilemmata im Zusammenhang mit der Frage, wohin es sich als Ganzes binden solle, falls seine selbständigen Teile — und das ist auch tatsächlich der Fall — jeder für sich ihre natürliche kulturelle, politische und religiöse Identität entdeckt haben. Mit dem vollständigen Scheitern des Unternehmens „Jugoslawien“, im Sinne einer einheitlichen südostslawischen Identität, der dritten und richtigen Orientierung zwischen Ost und West, zwischen Stalinismus und Kapitalismus, dem Verlust jeglicher überzeugenden Identität in Zukunft und der monolithischen Einheit seiner Nationen mußte die spezifisch jugoslawische Ideologie endgültig Schiffbruch erleiden. (Nur einige Zeit kann der Status quo von den gemeinsamen Interessen aufrechterhalten werden, ohne daß der Staat in einen Bürgerkrieg driftet.) So überwogen bei allen jugoslawischen Nationen die alten Traditionen; nur diese können in Krisenzeiten oder in nahezu katastrophalen Verhältnissen für jede einzelne Nation das Minimum an innerer Kohärenz, ge-

sellschaftlichem Sinn, vernünftiger Identität und kollektiver Kontinuität gewährleisten, das für den Bestand jeder Gruppe notwendig ist.

Wir Slowenen stehen mehrheitlich noch immer zu Jugoslawien, doch immer mehr unter der Voraussetzung, daß die jugoslawische Föderation die slowenische nationale und staatliche, politische, wirtschaftliche und kulturelle Souveränität nicht nur ermöglicht, sondern auch garantiert. Wir sind bereit, von einigen unserer Rechte — eigene Außenpolitik, eigenes Militär — keinen Gebrauch zu machen, wenn die gesamtjugoslawische Außenpolitik und das gesamtjugoslawische Militär die slowenische Weltoption verteidigen. Und das wird immer schwieriger, denn andere National-Republiken befürworten andere Optionen. Die jugoslawische Gemeinschaft wird immer problematischer werden, wenn sie nicht eine konföderative wird, oder, und dieser Gedanke findet in Slowenien immer mehr Zuspruch, sich am Beispiel der EG orientiert.

## 2.

In diesem Zusammenhang stellt sich seit geraumer Zeit die Frage nach einer Verbindung mit Mitteleuropa. Staatlich und politisch kommt das in der sogenannten ARGE Alpen-Adria zum Ausdruck. Bezeichnend ist, daß die ostorientierten Serben — zum Beispiel im bekannten Wochenblatt NIN — dieser Arbeitsgemeinschaft einen Genozid als Zielsetzung nachsagen. Dieser Vorwurf ist aus dem Blickwinkel der Slowenen (auch der Kroaten) und der Arbeitsgemeinschaft selbst, besonders aber von Mitteleuropa aus gesehen schwachsinnig, erfunden, auf primitive Weise radikal; dahinter verbirgt sich das serbische Ressentiment gegen Mitteleuropa, denn die Serben identifizieren Mitteleuropa mehrheitlich noch immer mit dem Nationalsozialismus und der Besetzung Serbiens durch die Deutschen bzw. mit Österreich-Ungarn und der Besetzung Serbiens 1915 sowie mit der österreichisch-ungarischen Staatspolitik überhaupt, die gegen den serbischen Staat gerichtet war.

Die Slowenen sind mit dem europäischen Westen weniger stark verbunden als mit Mitteleuropa. Westliche Ideen kamen nach Slowenien entweder über Italien — so der christliche katholische Glaube, später die Renaissance und das Barock, die Tridentiner Gegenreformation — oder über Mitteleuropa, durch den österreichisch-deutschsprachigen Raum. Neben Aquilea war für die Slowenen Salzburg das wichtigste Christianisierungs- und Kultifikationszentrum. Dort nahm sowohl der Typus des Feudalismus, des Staates, der sozialpolitischen Ordnung seinen

Ausgang, der bis zu den österreichischen politischen Reformen am Beginn dieses Jahrhunderts Geltung behielt, damit in der Folge also auch das Bürgertum, die Aufklärung, der Liberalismus und der Marxismus, ganz zu schweigen vom spezifischen Typus der Kultur. Für die Slowenen war Schiller wichtig, nicht Corneille, obwohl auch Shakespeare und die spätere französische Kultur des 19. Jahrhunderts ungewöhnlich großen Einfluß gewannen. Luther konnte sich nicht durchsetzen, obwohl er — vermittelt durch Trubar und den slowenischen Protestantismus — einen Beitrag zur slowenischen Selbstbewußtseinsbildung im 16. Jahrhundert leistete; oder genauer: nach einer kulturell ungewöhnlich fruchtbaren Zeit anfänglicher Siegesgewißheit wurde der Protestantismus von der Gegenreformation an die slowenische Peripherie verdrängt (und blieb auf einen Teil des Übermurgebietes beschränkt).

In der Zeit Karl des Großen gehörte der slowenische Raum zum Westen. Im großen und ganzen gilt dieser weite westeuropäische Rahmen für Slowenien bis zum heutigen Tag. Doch nach den Teilungen der Nachfolger Karls entwickelte sich Slowenien, das damals freilich noch nicht so hieß und dessen Bewohner noch über kein slowenisches Nationalbewußtsein verfügten, zu einer charakteristischen mitteleuropäischen Nation.

Der deutschsprachige und deutschnational-bewußte Teil Österreichs beging im 19. und 20. Jahrhundert einen Kardinalfehler, ähnlich wie im Zwischenkriegsjugoslawien und heute wieder die Serben: man versuchte die Slowenen zu entnationalisieren, sie sich nach und nach oder unverzüglich einzufüllen. Die Serben haben dabei noch weniger Chancen als die Deutschen, denn die Serben sind im Vergleich mit ihnen kulturell und wirtschaftlich schwächer, selbst nicht souverän genug. Für die Slowenen stellen sie eine betont inadäquate Option dar. Gab es im Jahr 1941 in ganz Slowenien — in der Untersteiermark, in Ober- und Unterkraint — eine beachtliche Anzahl von Leuten, mehrere zehn Prozent der Gesamtbevölkerung, die 1941 die Deutschen und deren Reich mit Begeisterung erwarteten und sich erst abkühlten, als sie erleben mußten, wie sie von den Deutschen von oben herab als minderwertig angesehen wurden, so erwartet heute nur ein Prozent der Slowenen die Serben als Erlöser. Die Emanzipation der Slowenen ging schrittweise vorstatten: in den letzten Jahren wurde aus einer sprachlich-kulturellen Emanzipation eine politisch-staatliche. Damit müssen die Nachbarn der Slowenen — Österreicher, Italiener und andere — schon heute rechnen. (Für die Kroaten gilt das schon längere Zeit,

nur sind sie heute in ihrer souveränen Option ihren Konsens betreffend nicht so einig wie die Slowenen; oder es gelingt ihnen nicht, ihre Einheit öffentlich so klar darzulegen.)

Hätten die Deutschen den Slowenen im 19. Jahrhundert und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine Konföderation und nationalstaatliche Souveränität geboten, wären die Slowenen wohl politisch und staatlich in Mitteleuropa verblieben. Natürlich hat es historisch gesehen keinen Sinn, von so einem Angebot zu reden; damals war eben die Zeit der nationalstaatlichen Exklusivismen. Erst heute, da sich Westeuropa von solchen Exklusivismen und solchen (Mini)Imperialismen losgesagt hat, ist es möglich — zumindest als Entwurf, als Szenario — andere Staatsverbände bzw. eine breite europäische Konföderation zu konstruieren.

### 3.

Ungeachtet der Tatsache, daß in der neuen slowenischen Geschichte — vom Ende des 18. Jahrhunderts an — immer mehr die Bindung zum Südosten entscheidend wurde, eben wegen der Übermacht der slawischen Sprache, denn auf der Sprache gründet die gruppennationale Autonomie auf der Grundlage einer spezifischen Identität, behielten immer noch ein paar Mitteleuropa zugeneigte slowenische Optionen ihre Geltung. Die erste bezog sich auf die Tradition: die Slowenen konnten sich lange nicht vorstellen, außerhalb von Österreich, nicht unter dem Haus Habsburg zu leben. Die Legitimität dieses feudalistischen Herrscherhauses unterstützte auch die slowenische katholische Kirche. Nach dem Jahr 1918 ging diese Verbindung schnell in die Brüche.

Die extremistischen slowenischen katholischen Kreise, die zwar extrem slowenisch waren, zugleich aber auch extrem klerikal im Geiste der Ecclesia militans der Vorkriegszeit, im Geiste eines kämpferischen Antikommunismus und Antiliberalismus, im Geiste der Wiedererrichtung des mittelalterlichen theokratischen Staates und dessen Ständesellschaft und einer diesseitigen Macht der katholischen Kirche — das wäre zugleich staatlich, politisch, kulturell, moralisch, nicht nur religiös monolithisch — entwickelten sich zu einem Totalitarismus, den man an den exponiertesten Stellen auch als Kleofaschismus bezeichnen konnte. So formte sich auch die Idee eines katholischen, an der Donau gelegenen Mitteleuropa, gegründet auf einem klerikalen Katholizismus — vom faschistischen Italien bis Polen reichend, mit Kroatien, wo Pavelić' Ustaschabewegung die Macht hätte übernehmen sollen und diese auch tatsächlich einige Zeit innehatte; mit Österreich, wo sich der Ständestaat Geltung verschaffte; mit der Slowakei und Ungarn, um die es ähnlich stand, mit der entliberalisierten Tschechei; vielleicht auch mit Bayern.

Nach dem Krieg war für das kommunistische Jugoslawien eine solche katholische Donaukonföderation der Kritikpunkt schlechthin, sowohl von ideologischer — katholischer — als auch von nationaler Seite: eine solche Konföderation hätte den Zerfall Jugoslawiens bedeutet. Von der Mitte der zwanziger bis zur Mitte der dreißiger Jahre gab es auch eine parallele kommunistische Mitteleuropaoption in einem ähnlichen Gebiet: Vertreten wurde sie von der Kominterne, weil sie das sogenannte Versailles'sche profranzösische und großserbische Zwischenkriegsjugoslawien zerschlagen wollte. Doch erwies sich diese Option in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre als nicht mehr relevant.

Heute stellt die klerikale Option für ein Mitteleuropa, das katholische Nationalstaaten verbinden würde, beherrscht von einer einheitlichen katholischen Kirche, eine vernachlässigbare Größe dar. Politische und zivilisatorische Prozesse, die im Nachkriegseuropa stattfanden, auch die Deklerikalisierung der katholischen Kirche, besonders nach dem zweiten Vatikanischen Konzil, begründeten neue Werte. In Slowenien bezeichnet man diese neuen Werte als zivile oder bürgerliche Gesellschaft; eine Gesellschaft eben in Übereinstimmung mit den Errungenschaften der Französischen Revolution, mit der Trennung von Kirche und Staat, mit einem laizistischen — religiös, ideologisch neutralen — Staat. Auch die katholische Kirche nahm Abstand von ihrer langjährigen Ablehnung der Ideen der Französischen Revolution und des Liberalismus. Sie akzeptierte, nur ein Subjekt in einer pluralistischen zivilen Gesellschaft zu sein. Dieses Subjekt ist zwar bei sich überzeugt, Gottes Wort in sich zu tragen, doch versucht es nicht, dieser Überzeugung Geltung zu verschaffen — weder mit Gewalt noch paternalistisch, feudalistisch, monolithisch, integralistisch oder gar totalitär — wie eine Kirche mit diesseitiger Macht, sondern evangelisch, mit besonderem Augenmerk auf die Freiheit und die Autonomie des Individuums, aufbauend auf dem eigenen Bewußtsein und Gewissen, dem Erkennen der Seele, der Liebe zum Anderen als dem Anderen, nicht aber fasziniert von der eigenen — kollektiven — Identität.

### 4.

Wenn wir den slowenischen (und jugoslawischen) Marxismus nicht zu den mitteleuropäischen Weltanschauungen zählen (er wurde eher durch den Leninismus vermittelt und in der Folge durch den Stalinismus als durch den Austromarxismus), begann sich nach dem Zweiten Weltkrieg unter den Slowenen — schon in den fünfziger Jahren — die Annäherung an Mitteleuropa auf dem Gebiet der Kultur durchzusetzen. Der Stalinismus tolerierte Oppositionen anfangs und lange Zeit nur im Rahmen von Kultur und Kunst. Essayismus und Philosophie wa-

ren meist am Rande oder in der Regel schon jenseits dieser Toleranz. Daher auch die zwangswise Einstellung des Erscheinens von Literaturzeitschriften, Publikationsverbote, selbst Inhaftierungen. Doch der Prozeß der Liberalisierung der Kultur war nicht aufzuhalten, von Slowenien bis in die Sowjetunion.

In den fünfziger und sechziger Jahren unterschieden wir Slowenien nicht zwischen der westlichen und der mitteleuropäischen Kultur. Beide faßten wir als westlich auf. Erst in den siebziger Jahren bildete sich das Bewußtsein einer besonderen mitteleuropäischen Kultur und geistigen Struktur deutlicher heraus; auch — doch nicht nur — in Verbindung mit dem allgemeinen Boom des Begriffs Mitteleuropa — von Norditalien über Österreich bis in die Tschechoslowakei und nach Ungarn geschah diese Annäherung jedoch autochthon. In den fünfziger Jahren befreite sich die slowenische Kultur von den Fesseln des Stalinismus, indem sie an Kafka, Musil, Trakl, Benn, Heidegger, Freud anknüpfte, und gleich stark, wenn nicht noch stärker an Sartre, Gabriel Marcel, Camus, Beckett, Joyce. Das kam besonders deutlich in der Malerei zum Ausdruck, da der Expressionismus weder in Slowenien noch im gesamten Europa Ansehen genoß, denn er war spezifisch mitteleuropäisch; während wir immer radikalere künstlerische Richtungen in unserem Banner führten: von Cézanne über den Kubismus, von Bacon bis zur Abstraktion, bis zur École de Paris, bis zur Pop Art. Und die Einflüsse kamen eher aus Amerika. Kokoschka usw. wurden erst in den siebziger Jahren mit dem Entstehen der expressionistischen Abstraktion schätzen gelernt. Damals erlebte plötzlich auch die Sezession bzw. die Art Nouveau einen Aufschwung — als Gegengewicht zum Corbusier'schen Purismus, Geometrismus, Konstruktivismus, zu Abstraktion und Funktionalismus.

Genannt sei noch ein paralleler Einfluß in Slowenien, die neue Linke, von der Frankfurter Schule bis Brecht. Doch man könnte kaum behaupten, daß es hierbei um etwas spezifisch Mitteleuropäisches ginge. Im Gegenteil: Marcuse, Fromm usw. haben sich in den USA international profiliert; Brecht steht jedenfalls auf einer anderen Seite als Heidegger. Die slowenische neue Linke in den siebziger Jahren bedeutete zwar eine extreme ideologische Ausformung des Marxismus, denn sie übernahm die Positionen der chinesischen Kulturrevolution und des Anarchismus: In der Folge verwandelten sich in den achtziger Jahren fast alle ihre Proponenten über den Postmarxismus in leidenschaftliche, politisch aktive Verfechter der zivilen Gesellschaft. Von der Erneuerung der Sezession bis zum heutigen Postmodernismus ist es nur ein Schritt. Der Postmodernismus ist ein eklektischer Freiraum, in dem alle Ausrichtungen möglich sind, doch sämtlich formalisiert, in neuen, ungewöhnlichen Kombinationen, doch kulturifiziert, eine

Mischung aus Traditionalismus und Innovativität, Massenmedienkultur und Elitismus, Popkultur und hohem Professionalismus, Kosmopolitismus und Intimismus, von allem, doch unter der Bedingung, daß der religiöse Sinn, den das Christentum einst gegeben hat und wieder geben müßte, ausgespart bleibt. Der Marxismus hatte als millenaristische Bewegung in der jüngeren Vergangenheit versucht diesen Sinn auf pseudoreligiöse Weise zu substituieren. Den großen, überzeitlichen, totalen Sinn kann und will der Postmodernismus grundsätzlich nicht geben. Er gibt sich mit den äußeren Elementen der großen Bewegungen zufrieden; auch mit der Faszination. Doch die Faszination ist gespielt. Das ist Ludismus. Die postmoderne Distanz zu allem und zu sich selbst ist die Haltung einer Skepsis, die Leidenschaft, Begeisterung und Aktivismus zu spielen weiß. Auch die Naivität ist simuliert. Als ginge es um eine Form des Hellenismus.

## 5.

Weil der Postmodernismus äußerst weit, tolerant, kultiviert, liberal ist, legt er keine starre, zentrale Linie fest: Deshalb ermöglicht er in sich den Wettstreit mehrerer Strömungen um die Übermacht. Diejenige unter ihnen, die mir die konservativste zu sein scheint, obwohl sie sich selbst als innovativ anpreist und an die jüngere Vergangenheit Mitteleuropas anknüpft, die Strömung, die mir am wenigsten sympathisch ist, die jedoch in der zugespitzten jugoslawischen und slowenischen Krise bzw. Katastrophe bei den Slowen nicht wenig Zuspruch finden könnte, habe ich Gentilismus und Sakralismus genannt. Das ist (noch) kein Faschismus. Und es ist doch die Grundsteinlegung für zumindest ein Element des Faschismus: Durch die Ablehnung der klerikalen katholischen Kirchen und der stalinistischen Partei als totalitär, ermöglicht das eine Entwicklung des Volkes als neue eigentlich totalitäre Totalität; vorläufig zwar im Rahmen der zivilen Gesellschaft, am Ende müßte die zivile Gesellschaft in einer gentilistischen Nation jedoch verschwinden. Der Gentilismus wird rearchaisiert zur Gesellschaft vor der antiken Polis, in eine Stammes- und Sippengesellschaft, wo der pseudoreligiöse Sinn das heilige Wesen des Volkes ist. Er ist das gemeinsame Schicksal der in die selbe originäre Sprache Ein-Geborenen. Es geht um eine neue integralistische Bruderschaft oder sogar um ein Brudertum, eine Blutsverwandtschaft der Volksfamilie, die der unteilbare Volkskörper ist. Die deutsche und auch die österreichische Geschichte zwischen den Jahren 1938 und 1945 sind sich dieser Tatsache nur allzutief bewußt.

An die Stelle des Göttlichen und Gottes treten das heidnische Heilige und das Volk. Der Gentilismus und Sakralismus manipuliert mit dem Liberalismus und der zivilen Gesellschaft nur, zugleich ar-

beitet er am Niedergang des Stalinismus. Am ablehnendsten steht der dem evangelischen Christentum gegenüber, der evangelisierten katholischen Kirche und Gott. Deshalb ist ihm in der jüngeren Vergangenheit Mitteleuropas das Dämonische, Diabolische, Ultraimmanentistische, Schicksalhafte nahe. Die Vorsehung ist für ihn schicksalhaft. Am fremdesten ist ihm die Gnade. Er bindet sich an die verschiedensten pseudoreligiösen Sekten, vor allem an solche östlicher Prägung (wie im Wiener fin-de-siècle): diese Sekten bedeuten zwar eine Erneuerung des Gehörs für das Religiöse, und, so hoffe ich, nur ein Übergang vom Atheismus des Liberalismus und des Marxismus einerseits zum neuen Christentum andererseits. Im Gentilismus und Sakralismus geht es um eine neue ekstatische, jedoch manipulierte, auf Simulation beruhende magisierte Autofaszination.

Mir scheint, daß der Gentilismus und Sakralismus in Kroatien, das sich in einer ähnlichen Lage wie Slowenien befindet, erfolgreich ist; daß er vielleicht in der Tschechei, in der Slowakei und Ungarn Erfolg haben wird; daß er ihn — außer bei den extremen neuen Rechten — in Italien, Österreich, Deutschland nicht haben wird, wo er schon — glücklos — realisiert worden war und heute historisch absolviert ist.

Als würde sich heute das Vorkriegsmittel-europa nach Süd- und Osteuropa verlagern, währenddessen sich Mitteleuropa okzidentalisiert. Dennoch genügt diese Okzidentalisierung — als Wohlfahrts- und Rechtsstaat — nicht. Die zivile Gesellschaft ist eine formale Institution. Sie gibt keinen vollen und großen — absoluten — Sinn.

## 6.

Heute sucht man in Slowenien die verschiedensten Verbindungen mit Mitteleuropa. Die erste von diesen bezieht sich auf das kulturelle Erbe der vergangenen Jahrhunderte, vor dem Auftreten der Aufklärung und der profanen slowenischen Literatur.

Seit geraumer Zeit schon erscheint in Slowenien Fachliteratur über romanische und gotische Kirchen, Plastiken und Fresken. Und auch über Renaissance und Barock. Es gibt viel religiöse Kunst aus diesen Epochen in Slowenien. Dennoch scheint es, daß man sie einstweilen nur als Kultur auffaßte, deren Thematik eben in diesen Epochen eine religiöse war; als sei die Thematik nur ein äußerer Überzug (bloße Motivik). Heute sei die Thematik eben eine andere. Doch die romanische, gotische usw. Kunst ist — bei solch einer Lesart — heute eben Kunst und nicht ein Teil der religiösen Sphäre.

Die katholische Kirche, die in Slowenien in den ersten Nachkriegsjahrzehnten nicht nur abgeschoben wurde, sondern auch unterdrückt war, erlebt heute eine Phase der Erneuerung und des Aufbruchs, als befände sie sich zur Zeit in ei-

ner Aufbauphase. Kirchen und Kulturdenkmäler waren zerstört oder vernachlässigt worden; es tat not sie zuerst materiell zu befestigen. Landpfarrer werden vor allem zu Maurern. Die eigentliche Aufgabe erwartet sie erst: das (Wieder)Einbringen religiösen Inhalts in den slowenischen Geist.

Die erwähnten Epochen verbanden Slowenien eng mit Mitteleuropa. Eine — die Gotik — mit dessen Norden, die andere — Renaissance und Barock — mit dem Süden; die eine mit Deutschland, die andere mit Italien. Beide Einflüsse kreuzten sich in Slowenien, ähnlich wie im restlichen österreichischen Vaterland, doch gebunden an die slawische Provenienz der Bewohner, was später in den Vordergrund zu treten begann, um sich so vom — deutschsprachigen — Österreich zu (unter)scheiden.

Heute besteht die neue Aufgabe der Slowen nicht nur im Sicherinnern an den Laienaspunkt der Verbundenheit mit Mitteleuropa, an Kunststile und kulturelle Einflüsse. Das genügt nicht. Man beginnt zu suchen, was sich unter dieser — bloß kulturellen — Form verbirgt. Die katholische Kirche muß ihre kulturelle Sendung von neuem entwickeln, die sich mit dem Auftreten von Aufklärung und Liberalismus zu verlieren begann, obwohl sie diese in der Zeit des slowenischen nationalen Selbstbewußtwerdungsprozesses und in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts als sogenannten katholischen Expressionismus immer noch zum Ausdruck brachte. Doch ist die katholische Kirche dabei, diesen Wettlauf von vornehmerein zu verlieren, wenn es nur um einen Wettlauf geht, um die Erneuerung von Stilen, um eine kulturelle Form, um eine bloße kulturelle Produktion und Sinngebung des Lebens. Für das Christentum und für die slowenische, die mitteleuropäische und westeuropäische oder atlantische Zukunft entscheidend ist die Notwendigkeit einer wesentlichen und tiefen Rechristianisierung der vorerst bloß zivilen, profan(isiert)en, laisierten, säkularisierten, wenn in gewissen Zeiten und Räumen nicht sogar faschistisierten und stalinisierten europäischen Welt. Eine starke katholische Kultur in Mitteleuropa und eine christliche in der ganzen westlichen Welt wird erst dann möglich sein, wenn sich eine neue starke Beziehung zum Absoluten, zu Gott, einstellt.

## 7.

Diese Forderung steht nicht im Gegensatz zu den heutigen politischen und staatlichen Verhältnissen in Europa. Auf der einen Seite erfordert das moderne Christentum eine tolerante, weitherzige Einstellung anderen Glaubensbekenntnissen gegenüber; auch eine solche Einstellung des Katholizismus zu Orthodoxie und Protestantismus. Hierbei geht es um die ökumenische Mission des Katholizismus. Der jugoslawische Raum ist für diese Aufgabe denkbar geeignet. Wird die Inte-

leranz siegen, die die heutige serbische Orthodoxie der makedonischen gegenüber immer deutlicher an den Tag legt — der makedonischen autokephalen orthodoxen Kirche gegenüber, die sie überhaupt nicht anerkennt —, gegenüber dem kroatischen Katholizismus, den sie für eine vatikanische und antiserbische Agentur hält, insbesondere aber dem Islam gegenüber, den sie vor allem mit den jugoslawischen Albanern in Verbindung bringt, die sich in Serbien mit einem wachsenden fanatischen das ganze Volk umfassenden Haß konfrontiert sehen? Oder wird gerade die katholische Kirche einen Betrag zur Beilegung dieser Streitigkeiten leisten, die evangelische Liebe zum Anderen als dem Anderen hervorstreichen — und nicht die Identität von Glauben und Volk, die ausschließliche Rechtgläubigkeit des einen Volkes und die Verteufelung aller übrigen?

In dieser Hinsicht reicht das Apostolat der katholischen Kirchen in Slowenien über den slowenischen Raum in den jugoslawischen hinaus: Die katholische Kirche christianisiert auch andere, doch nicht indem sie sie — wie früher einmal — zur Union führt, katholisiert, sondern indem sie echte christliche-evangelische Werte zur Geltung bringt: neben der Liebe und der Vergebung das Erbarmen, das Verstehen anderer, eine tolerante Gesprächsführung in der Hoffnung, die Liebe werde alle militärischen Interessenskonflikte überwinden.

In der Beziehung zwischen der slowenischen katholischen Kirche zur österreichischen, italienischen usw. kommt es vor, daß die katholische Kirche nicht die Trägerin der nationalen oder staatlichen Exklusivität ist, sondern umgekehrt, daß neben der nationalen Verschiedenheit und der Souveränität der Slowenen, Kroaten, Österreicher, Italiener, Ungarn usw. der ganze mitteleuropäische Raum durchstrahlt zu werden beginnt von Rechristianisierung oder katholischer Glaubenserneuerung, die die Slowenen, die Österreicher usw. nicht gewaltsam in den Rahmen der katholischen Kirche zurückführen wird, sie in klerikaler Weise verfolgen wird wie eine totalitäre Obrigkeit, sondern ihnen jene Zukunft eröffnen wird, die sie — als eine absolute — selbst für die einzige Erlösungsperspektive der heutigen Welt erachtet: Den christlichen Glauben — wohlwissend, daß eine radikale Säkularisierung der Welt in Nihilismus, Sinnentleerung, in Diabolie und Dämonie, in die Faszination durch den Teufel führt.

Gerade im Geiste einer solchen christlich-evangelischen Erneuerung zeigt sich der mitteleuropäische Raum als Einheit, die nicht nur historisch, kulturell, zivilisatorisch ist — obwohl sie natürlich das alles ist — doch über einen Zukunftsplan verfügt, eine starke Zukunftsorientierung, den Glauben, daß vielleicht gerade aus diesem Raum eine der notwendigen Initiativen für eine nicht engherzige Rechristianisierung Europas und der Welt

ausgehen soll. Unabhängig davon, wie sich einzelne Nationalstaaten in diesem Raum in naher Zukunft neu gruppieren werden, unabhängig also von der Politik, müßte eine enge Verbindung Platz greifen, die mehr wäre als die bloße Zusammenarbeit katholischer Institutionen in Mitteleuropa.

Die katholische Kirche und das Christentum stehen vor einem Dilemma: nur vergangene Positionen zu bewahren und damit nach und nach seine geistige Kraft einzubüßen, oder überzugehen in eine neue Phase religiös-geistiger Kreativität.

## 8.

Das slowenische Christentum rechnet hierbei auf die enge, innere Verbindung mit Mitteleuropa, das nicht nur der erneuerte Kulturraum Mitteleuropas ist. Diese präsentiert sich vorerst vor allem als Museum, als Kulturerinnerung, als Folklore, als Moment im Postmodernismus, als Mode, als Ausnützung einer Schicht des historischen Depots.

Die Kultur — insbesondere die Kunst — verfügt über keine größere Kraft. In den vergangenen zwei drei Jahrhunderten wurde sie inspiriert von der aufklärerischen Idee der Befreiung vom mittelalterlichen Katholizismus, einer Rückkehr zur Antike, der Schaffung von Subjektivität, Freiheit, Geist und Wissenschaft neuzeitlicher Prägung. Jetzt ist dieses Ziel einerseits erreicht, auf der anderen erweist sich die Wissenschaft, unabhängig von ihrer Entwicklung immer mehr als einseitige Expansion der humanen Emanzipation, die übergeht in den Imperialismus des Geistes, in den Hochmut des Menschengeschlechts.

Man sieht schon die Grenzen der Aufklärung und der zivilen Gesellschaft. In der Hoffnung, daß es in Slowenien und Kroatien oder in der Tschechoslowakei und in Polen zu keiner Refaschistisierung kommen wird, ist keine andere Möglichkeit der Sinngebung und des Seligwerdens begreiflich als die christliche.

Der katholische Mitteleuroparaum, von dem hier die Rede ist, kann nicht nur das Modell für die wirtschaftlich-touristische ARGE Alpen-Adria sein. Auch nicht allein ein zwischenstaatlicher Austausch von kulturell-künstlerischen Errungenschaften oder Traditionen. Auch nicht allein eine politische und staatliche Annäherung von Nachbarn — obwohl dieser Raum alle diese drei Punkte und noch Ähnliches in noch größerem Maß als bisher erfüllen sollte. Die Wissenschaft — die Geschichtsschreibung — soll den Einfluß des Wieners Karl Lueger auf den Slowenen Janez Evangelist Krek untersuchen, oder den der deutschen Romantik auf Prešeren, oder den Einfluß von Robba und Quaglio auf das slowenische Barock oder den der Schauspielschule des Burgtheaters auf das slowenische Theater; Einflüsse in der umgekehrten Richtung sind kaum festzustellen.

Das, wofür ich mich einsetze, ist mehr

und liegt tiefer: eine gemeinsame Glaubensaktion, die in tausenden verschiedenen Orten in Österreich, Italien, in Kroatien und Ungarn entsteht, auf der Basis von Gläubigen und Gläubigkeit, sich von dort aus in die kulturellen und politischen Zentren ausbreitet, ergibt ein neues Modell von mitteleuropäischem Zusammenleben. Unter Zustimmung aller politischen usw. Souveränitäten der emanzipierten Nationalstaaten dieses Raumes, unter Berücksichtigung der Unterschiede, die in dieser Welt gegeben sind und die die Selbstbestätigung der individuellen und sozialen Subjekte dieser Welt erfordert. Die Verbindung und Vereinigung, von denen ich spreche, sind von anderer Natur. Es geht um das Auftreten eines religiösen Sinnes, sowohl in den Seelen einzelner Personen als auch in der Institution katholische Kirche, die das christliche religiöse Leben der Einzelnen organisiert und im Fluß des Wortes Gottes bewahrt.

Aus dem Slowenischen von Fabjan Hafner.

MADE IN  
SOZIALISMUS

# GRENZEN ÜBERWINDEN

## Überlegungen zur Gestaltung des „Hauses Europa“

### 1. Offene Grenzen — eine Herausforderung für Österreich

Die jüngsten innenpolitischen Auseinandersetzungen um die Novellierung des Ausländerrechts, die Einführung der Vissumpflicht für bulgarische, rumänische, polnische und türkische Staatsbürger und die immer restriktivere Asylpraxis Österreichs<sup>1</sup> stehen in bedrückendem Gegensatz zur anfänglich so vielbejubelten Öffnung der Grenzen unserer östlichen Nachbarländer. Der Eindruck entsteht, Ausländer seien nicht erwünscht: als Konkurrenten und Lohndrücker auf dem (Schwarz-)Arbeitsmarkt, als Mieter oder Wohnungsnachbarn, als „Wirtschaftsflüchtlinge“, die auf Kosten von Herrn und Frau Österreicher angenehm leben wollen.

Hinter dem vielfach gebrauchten Schlagwort von der „Überfremdung“ mag sich durchaus versteckbare Angst und Unsicherheit verbergen, wohl aber auch mangelndes Wissen und Verständnis für die tatsächliche Situation von Emigranten und mangelnde Bereitschaft zur Solidarität.

Auf der anderen Seite strebt Österreich, beispielsweise im Rahmen der sogenannten „Pentagonale“, eine Neugestaltung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten, an.

Ein offensichtlicher Widerspruch zu den eingangs skizzierten Tendenzen der Abschließung gegenüber „Ausländern“, ein Widerspruch, der als Anzeichen einer „Krise“ angesehen werden mag: Krise verstanden als Herausforderung und Chance zu einer Neuorientierung. Die politische Umgestaltung Europas, eingeleitet mit der Demokratisierung unserer Nachbarländer, verlangt auch von Österreich ein neues Rollenverständnis und eine Neubestimmung seiner Verantwortung diesen Ländern gegenüber.

In diesem Zusammenhang ist auch die Frage zu sehen, inwieweit Österreich potentiellen Einwanderern aus diesem Kulturraum, die immer noch die große Mehrheit der Asylwerber darstellen,<sup>2</sup> offen steht — ungeachtet der politischen, wirtschaftlichen oder anderen Motive, die diese Menschen zum Verlassen ihrer Heimat bewegen.

### 2. Österreich — ein Einwanderungsland?

Immer wieder wird darauf hingewiesen, daß Österreich **kein** Einwanderungsland ist. Zwar beruft man sich mit Stolz auf die internationale Anerkennung unseres Landes in bezug auf seine Asylpolitik, doch verstand Österreich seine Funktion

primär als Transitland für Polit-Emigranten. Die Verschärfung der Aufnahmeverbindungen in den klassischen Einwanderungs ländern und die westeuropäischen Abschottungstendenzen<sup>3</sup> haben diese Situation entscheidend verändert. Österreich kann sich diesen Tendenzen angeleihen — die jüngsten Gesetzesnovellen weisen in diese Richtung — oder eine den wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen des Landes entsprechende Einwanderungs- und Integrationspolitik formulieren.

Ein kurzer Blick in die Vergangenheit illustriert Österreichs Tradition als „Einwanderungsland“. Im Zeitraum zwischen 1869 und 1880 betrug die Nettoeinwanderung aus den Kronländern in das Gebiet der heutigen Republik 242.000 Personen, was einer Jahreszuwachsrate von 22.000 Personen entspricht. Im Jahr 1900 stellten diese Zu wanderer 38,1% der rund 1,75 Mio. Einwohner Wiens.<sup>4</sup> Allerdings war man bereits in der Ersten Republik bestrebt, den Zustrom billiger Arbeitskräfte aus der nunmehrigen Tschechoslowakei durch gesetzliche Maßnahmen zu unterbinden.<sup>5</sup>

Seit 1945 hat Österreich rund zwei Millionen Flüchtlinge — wenn auch größtenteils nur kurzfristig — aufgenommen. Immerhin fanden etwa 600.000 von ihnen in unserem Land eine neue Heimat. Mit Einsetzen der Hochkonjunktur Anfang der 60er Jahre erfolgte nach Absprache der Sozialpartner eine verstärkte Zuwanderung von Gastarbeitern.

Im Durchschnitt betrug die jährliche Nettoeinwanderung nach Österreich zwischen 1961 und 1981 rund 7.500 Personen,<sup>6</sup> diese Zahl schließt sowohl Asylwerber zumeist osteuropäischer Herkunft als auch Arbeitsemigranten aus Südosteuropa ein. Zwischen 1976 und 1985 sank die Einwanderung auf rund 2.500 Personen; wobei bereits seit 1974 der Gastarbeiter-Zuzug erheblich eingeschränkt und die Rückwanderung intensiviert wurde.

Für den wachsenden Anteil an Gastarbeitern in Österreich bis zu Beginn der 70er Jahre waren ausschließlich ökonomische Beweggründe maßgeblich: kurzfristige Engpässe in der Verfügbarkeit von Arbeitskräften sollten vermieden werden.

Das 1975 verabschiedete Ausländerbeschäftigungsgesetz, das im westeuropäischen Vergleich als eines der restriktivsten angesehen werden mußte, machte die Beschäftigungsbewilligung für Ausländer vom österreichischen Arbeitsmarkt abhängig<sup>7</sup>. Die sinkende Zahl der Gastarbeiter<sup>8</sup> zwischen 1975 und 1985 zeigt die erfolgreiche Funktion des Ausländerbeschäftigungsgesetzes für den

„Export“ von Arbeitslosigkeit.

### 3. „Arbeitskräfte“ benötigt — „Menschen“ unerwünscht?

Im allgemeinen wurden die Arbeitsemigranten als bloße „Produktionsfaktoren“ angesehen; damit hängt zweifellos auch ihre weitgehend rechtlose Stellung zusammen. Diese Rechtlosigkeit wird schon dadurch veranschaulicht, daß bislang die Beschäftigungsbewilligung dem Arbeitgeber, nicht aber dem ausländischen Arbeitnehmer, erteilt wurde. Immerhin ist in der Novelle zum Ausländerbeschäftigungsgesetz vom Juli 1990 vorgesehen, daß ausländische Arbeitnehmer bereits nach einjähriger legaler Beschäftigung eine Arbeitserlaubnis erhalten, die die freie Wahl des Arbeitsplatzes innerhalb eines Bundeslandes ermöglicht.

Abgesehen von der Arbeitsmarktsituation sind Ausländer auch in bezug auf verfassungsgesetzliche Rechte den Inländern nicht gleichgestellt. Das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz gilt nicht für Ausländer; das aktive und passive Wahlrecht ist ihnen auf allen politischen Ebenen verweigert (im Gegensatz dazu gewähren andere westeuropäische Staaten Ausländern das Wahlrecht auf kommunaler Ebene). Bei Wahlen zu Interessensvertretungen oder Betriebsratswahlen kommt ihnen nur das aktive Wahlrecht zu. Auch in bezug auf Sozialleistungen sind Ausländer den Österreichern nicht gleichgestellt; sie haben in der Regel keinen Anspruch auf Notstandshilfe; Sozialhilfe wird ihnen kaum gewährt und auch kaum in Anspruch genommen, da sie mit einer Meldung an die Fremdenpolizei verbunden ist.<sup>9</sup>

Konventionsflüchtlinge, die nach § 7 Abs. 1 des Asylgesetzes zum dauernden Aufenthalt in Österreich berechtigt sind, erhalten in Wien zwar Sozialhilfe, jedoch nicht im selben Ausmaß wie Österreicher; andere Flüchtlinge erhalten nahezu keine Sozialhilfe, obwohl Art. 23 der Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge in diesem Bereich die Gleichbehandlung mit Inländern vorsieht.<sup>10</sup> Der rechtlichen Ungleichbehandlung korrespondiert die soziale Randstellung der großen Mehrheit der Ausländer in Österreich: fast 93 % von ihnen sind Arbeiter; bei Inländern beträgt das Verhältnis zwischen Arbeitern und Angestellten etwa 48:52. Überdies sind Ausländer zumeist in jenen Bereichen beschäftigt, in denen schwere, schmutzige und gesundheitsgefährdende Arbeit zu verrichten ist.<sup>11</sup>

Der hohe Anteil ausländischer Kinder an Sonderschulen und die Tatsache, daß die Mehrheit der ausländischen Jugendlichen ihre Schulpflicht nicht mit dem 9. Schuljahr sondern mit einer niedrigeren Schulstufe beendet,<sup>12</sup> verdeutlicht die künftigen beruflichen und sozialen Chancen der 2. Generation.

Nach der Genfer Konvention anerkannte Flüchtlinge sind in Österreich beschäftigungsmäßig den Inländern gleichgestellt. Auch „De facto“-Flüchtlinge, deren Asylverfahren zwar negativ abgeschlossen wurde, für die eine Rückkehr in ihre Herkunftsänder aus sozialen oder humanitären Gründen nicht zumutbar ist, haben Anspruch auf eine Beschäftigungsbewilligung.<sup>13</sup>

Sprachbarrieren, fehlende berufliche Fertigkeiten und Umschulungsmöglichkeiten, fehlendé Wohnungsangebote und mangelnde mitmenschliche Anerkennung erschweren aber auch dieser betroffenen Gruppe die Eingliederung in ihr neues soziales Umfeld und den beruflichen und gesellschaftlichen Aufstieg.

Integration — ein „Fremd“-Wort?

#### 4. Integration — „Brücke in die Zukunft“?

Ganz bewußt wurde in den vorangegangenen Überlegungen die Differenzierung zwischen Flüchtlingen bzw. Asylwerbern und Arbeitsmigranten weitgehend ausgeklammert. Der Flüchtlingsbegriff der Genfer Konvention kann den komplexen Ursachen der gegenwärtigen weltweiten Flucht- und Wanderbewegungen in keiner Weise mehr gerecht werden.<sup>14</sup> Die diskriminierende Unterscheidung von „echten“ (politisch verfolgten) und sog. „Wirtschafts“-Flüchtlingen bewirkt nur eines: eine verschärzte Asylpraxis. Eine dogmatisch klare Trennung zwischen politisch motivierter Flucht und Flucht aus unzumutbaren wirtschaftlichen und sozialen Lebensumständen ist weder praktisch durchführbar noch ethisch zu legitimieren. Sind nicht auch Mangel an lebensnotwendigen Gütern, Verelendung, fehlende Chancen zur menschenwürdigen Lebensgestaltung schwerwiegende Verletzungen der Menschenrechte?

Papst Johannes XXIII. griff bereits 1963 in seiner Enzyklika „Pacem in Terris“ diese Problematik auf<sup>15</sup> und postulierte das Recht „der menschlichen Person, sich in diejenige Staatsgemeinschaft zu begeben, in der man hofft, besser für sich und die eigenen Angehörigen zu sorgen. Der Papst forderte die Regierungen auf, „ankommende Fremde aufzunehmen und, soweit es das wahre Wohl ihrer Gemeinschaft zuläßt, dem Vorhaben derer entgegenzukommen, die sich einer neuen Gemeinschaft anschließen wollen.“

Integration von Einwanderern als „Menschenrecht“ und als solidarische Verpflichtung der „reichen“ Länder? Dahingehend ist diese Aussage wohl zu verstehen. Freilich: mit der kirchlichen Sozial-

lehre war bislang — auch in unserem Land — im wahrsten Sinn des Wortes „kein Staat zu machen“.

Dennoch — oder gerade deshalb — möchte ich diese Forderung von Johannes XXIII. aufgreifen und durch den Sozialhirtenbrief der österreichischen Bischöfe vom Mai d. J. verstärken: „Wir werden uns noch viel mehr bemühen müssen, die Vorurteile Fremden und Ausländern gegenüber abzubauen und solchen Menschen nicht nur eine wirtschaftliche sondern auch eine mitmenschliche Heimat zu geben.“<sup>16</sup>

Der Begriff „mitmenschliche Heimat“ umfaßt auch, was unter „Integration“ zu verstehen ist: Migration bedeutet — ungetacht ihrer Motive — immer einen Verlust an Gemeinschaft und des durch sie gewährten Schutzes und damit einen Verlust an Lebensorientierung, Identität und Sicherheit. Integration bedeutet für Migranten Lernprozesse: in bezug auf neue Fähigkeiten und Handlungstechniken, aber auch in bezug auf eine Neubestimmung der eigenen Identität und Rolle.

Integration fordert jedoch auch Lernprozesse von der aufnehmenden Gesellschaft: Offenheit, soziale Durchlässigkeit, Wandlungsfähigkeit und Angstfreiheit. Vor allem aber erfordert sie die Bereitschaft zur Aufnahme „Fremder“ und das Bewußtsein potentieller eigener kultureller Bereicherung durch sie. Gerade hier liegt der Ansatzpunkt für politische Bewußtseinsbildung. „Fremdenangst“ — in jüngster Zeit vielfach zitiert — darf nicht zum Argument für eine restriktive Ausländerpolitik werden. Wenn Gestaltung der Wirklichkeit (und damit ihre Veränderung) Aufgabe von Politik ist, dann hat Politik gesellschaftliche Lernprozesse einzuleiten und zu verstärken und — selbstverständlich unter Maßgabe der sozioökonomischen Möglichkeiten — Maßnahmen der Integration zu setzen, deren Notwendigkeit offenbar bislang nicht erkannt wurde. Dies zeigt auch das jüngst verabschiedete Gesetz über die Betreuung von Flüchtlingen, das zwar die Obsorge für Unterkunft und Verpflegung der Asylwerber, vorrangig in privaten Unterkünften, verankert (auf die allerdings kein Rechtsanspruch besteht), jedoch nicht einmal einen Hinweis auf dringliche Erfordernisse der Integration (wie Sprachunterricht, berufliche Schulungen, soziale Betreuung, Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt) enthält.

Zweifellos können staatliche Einrichtungen die in diesem Bereich erforderlichen Aufgaben nicht oder nur zum geringen Teil erfüllen. Gesetze und Verordnungen können die Voraussetzungen für „Integration“ schaffen. Notwendig ist hier aber die Kooperation mit nichtstaatlichen sozialen Einrichtungen. Vor allem aber bedarf Integration der Aufnahmebereitschaft und aktiven Mitwirkung der betroffenen Gemeinde. Die Ereignisse um Kaisersteinbruch, die Diskussionen um die Aufnahme von Asylwerbern in ande-

ren österreichischen Gemeinden haben — neben Vorurteilen, Ablehnung und Befürchtungen — auch ein anderes, positives Bild gezeigt: Verständnis, uneigenmütige Hilfe und Bereitschaft zur Aufnahme von Ausländern. Es gibt keine Formel zur Berechnung des einer Gemeinde „zumutbaren Ausländeranteils“, aber es gibt die Möglichkeit, durch Bewußtseinsbildung, Einbeziehung in politische Entscheidungsprozesse und soziale/wirtschaftliche/arbeitsmarktbezogene Hilfestellungen ein Klima des Wohlwollens gegenüber Ausländern zu schaffen. Integration hat aber auch eine „äußere“ Dimension: die Bemühungen um eine neue Basis außen- und wirtschaftspolitischer und interkultureller Zusammenarbeit zwischen Österreich und den Nachbarländern; die Intensivierung der zwischenstaatlichen Beziehungsebene, das regionale „Zusammenrücken“, wird in Konsequenz die Grenzen zwischen den staatlichen Akteuren in beiden Richtungen „durchlässiger“ machen und damit auch die Voraussetzungen von Arbeitsmigration für die Bürger der betroffenen Staaten verändern. Darauf hinaus muß jedoch ein vorrangiges Ziel die Schaffung und Bewahrung solcher wirtschaftlicher, ökologischer, sozialer, politischer und humanitärer Bedingungen sein, die es den Menschen gestatten, in ihrer Heimat menschenwürdig zu leben. Das „europäische Haus“ mag zur Zeit mit einer Baustelle vergleichbar sein. Österreich hat gemeinsam mit seinen Nachbarstaaten seinen Anteil an diesen „Bauarbeiten“ zu leisten. Dabei darf jedoch — und gerade im Hinblick auf Asylwerber und Migranten — der weltweite Kontext nicht außer Acht gelassen werden. Nur ein geringer Teil der rund 15 Millionen Menschen, die sich weltweit auf der Flucht befinden, gelangt nach Europa,<sup>17</sup> noch weniger werden aufgenommen.<sup>18</sup> Die politische Entwicklung in vielen Ländern der sogenannten Dritten Welt, „regionale Konflikte, Verfolgung aus ethnischen oder religiösen Beweggründen und die Folgen der aktuellen wirtschaftlichen Probleme minderentwickelter Länder geben Anlaß zu der Vermutung, daß der Einwanderungsdruck auf die Industrieländer eher auf hohem Niveau anhalten als absinken wird.“<sup>19</sup>

Eine abschließende Perspektive und Zielvorstellung für Österreich als recht wohlhabenden Bewohner des „europäischen Hauses“ möchte ich mit den Worten des Schlußdokuments der Europäischen ökumenischen Versammlung „Frieden in Gerechtigkeit“ (Basel 1989) ausdrücken:

„Im europäischen Haus sollten die Bewohner etwas unternehmen gegen das Gefälle zwischen den Armen und den Reichen in Europa, gegen die Trennung zwischen Nord und Süd auf diesem Kontinent, gegen die diskriminierende Behandlung von Nicht-Staatsbürgern.“ —

„Das europäische Haus sollte ein **offenes Haus** sein, ein Ort der Zuflucht und des Schutzes, ein Ort des Willkommens und

der Gastfreundlichkeit, wo Gäste nicht diskriminiert, sondern als Mitglieder der Familie behandelt werden.“

### **Literaturangaben:**

Asyl und Österreich — Zutritt verboten? Österreichisches Helsinki Komitee Hg., Wien 1990  
Esser H., Aspekte der Wanderungssoziologie: Assimilation und Integration von Wanderern, ethnischen Gruppen und Minderheiten, Darmstadt, Neuwied 1980  
Findl/Holzmann/Münz, Bevölkerung und Sozialstaat, Wien 1987

1987  
Flüchtlinge, Hgg. von der Informationsabteilung des Amtes  
des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen,  
deutsche Ausgabe, Bonn 1990, Nr. 2  
Refugees. Public Information Service of the UNHCR, Ge-

Refugees, Public Information Service of the UNHCR, Geneva, Nr. 12, Dez. 1989.  
Gemeinsam Grenzen überwinden, Informationsbroschüre des Kuratoriums für Flüchtlingshilfe, 1990

des Kuratoriums für Flüchtlingshilfe, 1990  
Marx R., Eine menschenrechtliche Begründung des Asylrechts, Frankfurt/M., 1984

Oh, du gastlich Land, Komitee für ein ausländerfreundliches Österreich Hg., Wien 1984  
Pacem in Terris Rundschreiben Papst Johannes XXIII.

Faciem in terris, Rundschreiben Papst Johannes XXIII. 1963, zit. in: Texte zur Katholischen Soziallehre, Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands Hg., Kevelaer, 1977  
Sozialhirtenbrief der katholischen Bischöfe Österreichs, Se-

Wissenschaftliche Abteilung der Katholischen Universität Wien, Herausgeber: Sozialamtseminar der katholischen Bischöfe Österreichs, Sekretariat der österreichischen Bischofskonferenz, Hg., Wien 1990

Wimmer H., Hg., *Ausländische Arbeitskräfte in Österreich*, Frankfurt/M. 1986  
Europäische Ökumenische Versammlung Frieden in Gerechtigkeit, Basel, 15.–21. Mai 1989  
Das christliche Christentum in Österreich, Wien, Bi

Das Dokument, Gemeinsame Arbeitsgruppe Österr. Bischofskonferenz/Ökumenischer Rat der Kirchen und Österr. Kommission „Iustitia et Pax“, Hg., Wien 1989

Die Asyl- und Flüchtlingsproblematik Österreichs in den achtziger Jahren, Bestandsaufnahme und Anregungen, ein Bericht der Österr. Kommission „Justitia et Pax“, Institut für Ethik und Sozialwissenschaften der Kath.-Theol. Fakultät Innsbruck, 1985.

tät der Universität Wien, Hg., Wien 1985

Asylwerber nach Herkunftsländern 1989: Bulgarien 1.218; CSSR 3.307; Jugoslawien: 634; Polen: 2.107; Rumänien 7.932; Ungarn 364; außereuropäischer Bereich: Afrika 219; Asien 2.427; sonstige und Staatenlose 280. Vgl. Asyl- und Österreich, aaO, 89f.

<sup>3</sup> Wie sie etwa im Rahmen der Schengener-Gruppe und der Trevi-Gruppe erwogen werden.  
<sup>4</sup> Vgl. Einführung/Münz, o.O., 21f; Gemeinsame Grenz-

<sup>4</sup> Vgl. Findl/Holzmann/Münz, aaO, 21f; Gemeinsam Grenzen überwinden, aaO.  
<sup>5</sup> Das Gesetz zur Beschäftigung von Ausländern vom 19. 12. 1925 machte die Anstellung von Ausländern von einer speziellen Genehmigung des Ministeriums des Inneren, bzw. vom Nachweis des ordentlichen Wohnsitzes in Österreich mit Stichtag 1. 1. 1923 abhängig.

6 Davon entfielen auf die traditionellen „Gastarbeiter“-Länder Jugoslawien und Türkei rund 45.000 Personen, auf die BRD und die osteuropäischen Länder rund 95.000 Personen. Vgl. Eindl/Holzmann/Münz, 320.

nen. Vgl. Findl/Holzmann/Münz, aaO.  
7 Die Beschäftigungsbewilligung wurde nur erteilt, wenn die Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes die Beschäftigung zuläßt und wichtige öffentliche oder gesamtwirtschaftliche Interessen nicht entgegenstehen". (§ 4/Abs. 1 des Ausländerbeschäftigungsgesetzes von 1975). Aus den Durchführungsbestimmungen zu § 4 wurde die Funktion dieses Gesetzes zum Schutz der inländischen Arbeitskräfte deutlich. Vgl. dazu auch: Oh, du gastlich Land, aaO, 60ff.  
8 1972: 186.466; 1973: 226.383; 1975: 185.180; 1980: 176.282; 1985: 140.206. Vgl. H. Wimmer, Hg. aaO, 43 und "Gemeinsam Grenzen überwinden", aaO.

<sup>9</sup> Vgl. dazu: St. Rosenmayr, in: H. Wimmer, Hg., aaO., 98ff.

10 Ebd., 105 f.

11 Vgl.: Oh, du gastlich Land, aaO, 29f.

12 Ausländeranteil an Wiener Sonderschulen im Schuljahr 1983/84: 30 %, an Volksschulen 17 %, an Hauptschulen 14 %. 75 % beendeten 1982 die Schulpflicht mit einer niedrigeren als der 9. Klasse. Vgl.: Oh, du gastlich Land, aaO, 126.

126. 13 Eine Auffangregelung in der Novelle zum Ausländerbeschäftigungsgesetz sieht vor, daß Personen, die seit 1. 4. 1990 ununterbrochen polizeilich gemeldet sind und gegen die kein Aufenthaltsverbot vorliegt, Anspruch auf eine Beschäftigungsbewilligung haben.

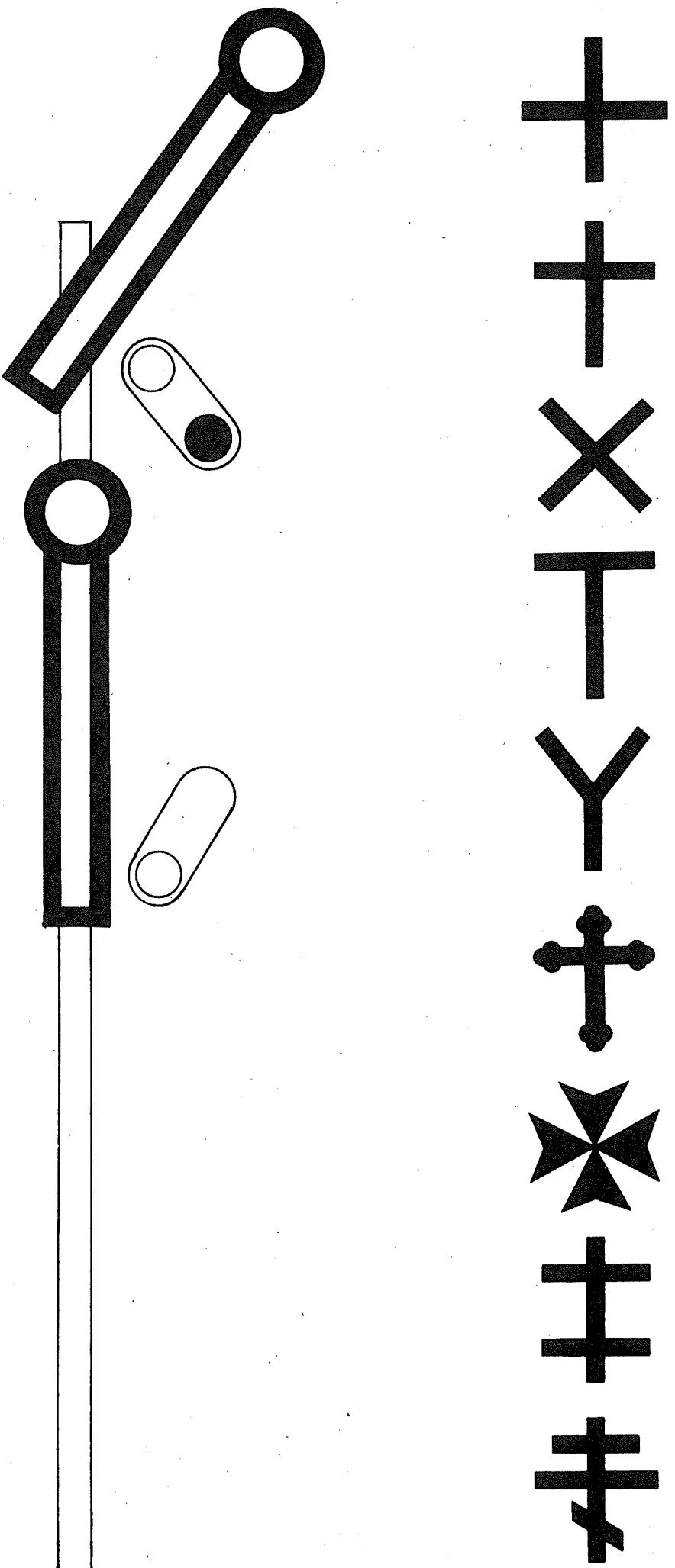
<sup>14</sup> Flüchtling ist nach Art. I/Abs. 2 der Konvention, wer sich aus wohlbegründeter Furcht, aus Gründen der Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder politischen Gesinnung verfolgt zu werden, außerhalb seines Heimatlandes befindet und nicht in der Lage bzw. nicht gewillt ist, sich des Schutzes dieses Landes zu bedienen.

<sup>15</sup> Pacem in Terris, aaO., Teil III, Abs. 106.  
<sup>16</sup> Sozialhirtenbrief der österreichischen Bischöfe, Mai 1992, Abschnitt III, Kap. 5, Abs. 91.

1990, Abschnitt III, Kap. 5, Abs. 91.  
17 Nach Angaben des UNHCR in Westeuropa etwa 5 % der Flüchtlinge (Vgl.: *Refugees*, Nr. 12, Dez. 1989, Hgg. von der Informationsabteilung des Amtes des Hohen Flüchtlingskommisars der Vereinten Nationen, engl. Ausgabe, *Geaf*, 1990).

<sup>18</sup> Anerkennungsquote von Flüchtlingen aus Asien und Afrika 1989: Afghanistan: 45%; Bangladesch: 20%; Irak: 58%; Iran: 26%; Syrien 16%; Vietnam: 95%; Angola: 0%; Äthiopien: 3%; Zaire: 14% (Vgl.: Asylland Österreich, aaO., 90).

<sup>19</sup> UNESCO-Studie, zit. in: Flüchtlinge, Nr. 2/1990, deutsche Ausgabe, Bonn 1990.



# IN DER WAHRHEIT LEBEN — UND IN UNFREIHEIT

**O**hne den Beitrag der Intellektuellen hätte der Kommunismus nicht bestehen können — daran zweifelt niemand.

War aber ihre Rolle bei dem Niedergang des Kommunismus gleich gewichtig? Wäre er nicht auch ohne Zutun der Intellektuellen zu Fall gekommen?

Unbestritten sind die Verdienste solcher Symbolfiguren wie Andrej Sacharow — und bleiben es. Sacharow war eine schillernde Gestalt, Mitglied der sowjetischen Akademie der Wissenschaften und Schöpfer der sowjetischen Wasserstoffbombe, die Stalin als ein ungeheuer wirkungsvolles Erpressungsmittel in der Weltpolitik bravourös auszuspielen wußte. Dieser Sacharow war es aber auch, der sich dann später waghalsig und im Alleingang der kommunistischen Allmacht entgegenstellte, sie herausforderte und damit nicht nur seine wissenschaftliche Karriere sondern auch sein Leben aufs Spiel setzte. Diesen zweiten Schritt tat Sacharow allerdings erst zu einem Zeitpunkt, nachdem er dem verhafteten Machtapparat das Werk seines Intellekts, dieses höchstgefährliche Instrument der totalen Vernichtung voll zur Verfügung gestellt hatte. Stalin hielt bereits die ganze Welt fest an der Leine. Die innere tragische Zerrissenheit Sacharows — und er steht da stellvertretend für viele — läßt sich auf die simple Frage zurückführen: Welche Bedeutung hat ein persönlicher Protest eines Intellektuellen gegen einen objektiven Zustand, zu deren Schaffung er selbst mit Hand angelegt hat?

Wir stimmen heute Alexander Solschenizyn voll inhaltlich zu, daß der Beitrag der Intellektuellen zur Festigung des Kommunismus vor allen Dingen in ihrer Beteiligung an der Lüge beruhte. Diesbezüglich nahmen die Wissenschaftler eine zweifache Rolle auf sich — zum einen besorgten sie der Macht durch ihre wissenschaftliche Arbeit furchtbare Instrumente der Machtausübung, zum anderen waren sie bemüht, den Kommunismus zu rechtfertigen. Auch wenn sie dies mitunter nur halbherzig taten, blieb der Erfolg nicht aus und die Schuld wird dadurch nicht geringer. Gewiß waren die Intellektuellen nicht zur Aufsicht über die Gulags und Gefängnisse bestellt, wohl aber stellten sie sich als bereitwillige Multiplikatoren jener Lüge zur Verfügung, welche die übrige Welt hinters Licht führen und das grausame Werk der Folterknechte decken sollte.

Im Zeitalter des Kommunismus lebten viele, aber bei weitem nicht alle Intellektuellen, im kommunistischen Macht-

bereich. In anderen Ländern frönten sie dem Kommunismus aufgrund ihrer eigenen Entscheidung und aus ihrer Erkenntnis der Dinge heraus.

Leszek Kolakowski macht auf folgendes aufmerksam:

„An dieser Lüge beteiligten sich sämtliche kommunistischen Intellektuellen der Welt ohne Ausnahme. Die italienischen und französischen Arbeiter, die in diesen Jahren der kommunistischen Bewegung beitrat, interessierten sich im allgemeinen kaum für die Perspektiven der Weltrevolution und das sowjetische System; sie unterstützten die Partei, die ein energischer Verfechter ihrer unmittelbaren Ansprüche und Interessen war. Die Intellektuellen dagegen akzeptierten den Marxismus und den Kommunismus als eine umfassende Doktrin und waren sich bewußt, daß sie eine Bewegung unterstützen, die ganz und gar von Moskau gesteuert wurde und den Zielen der sowjetischen Politik untergeordnet war; kritiklos wiesen sie alle (im Westen unschwer aus Büchern erhältlich und in den Ländern mit einer Volksdemokratie mit eigenen Augen zu beobachtenden) Informationen von sich, die das wahre Gesicht des sowjetischen Gesellschaftssystems deutlich machten. Alle erklärten bei verschiedenen Gelegenheiten ihre Unterstützung für dieses System, und sie erklärten sie im übrigen schon durch ihre Zugehörigkeit zu den Kommunistischen Parteien. Alle beteiligten sich an der Farce der stalinistischen „Friedensbewegung“, die unter dieser Orwellschen Bezeichnung in der Zeit des Kalten Krieges eines der Instrumente der aggressiven imperialen Politik der Sowjetunion war. Alle schluckten sie widerspruchslös die phantastischen Propagandaerfindungen (z. B. über die angebliche bakteriologische Kriegsführung der Amerikaner in Korea). Diejenigen, die Zweifel an der Vollkommenheit des kommunistischen Systems hegten, betrogen sich selbst mit der Behauptung, daß der Kommunismus sich „trotz allem“ als die einzige oder die wirksamste Form des Kampfes gegen die Gefahr des Faschismus erwiesen habe und daß man ihn deshalb insgesamt und vorbehaltlos akzeptieren müsse.“

(Hauptströmung des Marxismus, S. 935 — 936)

Den ersten nennenswerten Versuch, dem Arrangement der Intellektuellen mit dem Kommunismus auf den Grund zu gehen, unternahm Czesław Miłosz in seinem Werk „Zniewolony umysł“, was ins Deutsche als „Der geknechtete Verstand“ übersetzt werden müßte, was aber in der

deutschen Fassung unter dem Titel „Der verführte Verstand“ vorliegt. In dieser kleinen Unstimmigkeit in der Übertragung steckt aber der Teufel. War nun der Verstand geknechtet oder verführt?

Was heißt es, Anteil an der Lüge haben? Dies bedeutet zum einen, die aufgetischte Lüge weiter zu verbreiten, zum anderen aber noch weit mehr, und zwar: diese Lüge mit eigener Autorität zu stützen und sie mit neuen Argumenten zu untermauern. Dabei muß der Unterschied zwischen einer Illusion und einer Lüge mit aller Schärfe geltend gemacht werden: Einer Illusion verfällt man unbewußt, in die Lüge tritt man hingegen voll und immer mit innerer Zustimmung. Millionen junger Menschen, die im Kommunismus herangewachsen und ausgebildet waren, von der freien Welt weitestgehend abgeschottet, dürften teils schuldlos der kommunistischen Illusion auf den Leim gegangen sein. Es gab jedoch auch jene, welche ihnen diese illusorische Welt geschaffen und sie mit einem eigenen Beitrag zur Lüge unterstützt haben. Der Dienst an der Lüge vollzog sich auf zwei Ebenen: auf der einen galt es, sich zum Kommunismus öffentlich zu bekennen, auf der anderen kam es darauf an, die eigene wissenschaftliche Disziplin mit dem Kommunismus zu durchsetzen. Der Kommunismus hätte sich nie allein mit dem Glaubensbekenntnis begnügt. Bekanntlich ist der Glaube für sich allein tot. Somit konnte die Beflissenheit der Wirtschaftswissenschaftler im Um- und Neudeuten noch so groß sein, sie vermochte die Ansprüche der Ideologen nicht zu befriedigen; es bedurfte einer neuen Wirtschaftswissenschaft. Die Unterstützung der Historiker konnte nicht befriedigen, eine neue Geschichte mußte geschrieben werden. Desgleichen betraf Physik, Biologie, Chemie und andere Wissenschaften. Die positiven Wissenschaften wie Ökonomie, Geschichte, Physik u. a. konnten als kommunistisch erst von dem Punkt an angesehen werden, als sie sich ganz für die Begründung der Richtigkeit des Kommunismus engagierten.

Was war der Zielpunkt dieser Bemühungen? — Diese langfristige Strategie zielte darauf ab, die gesamte Aktivität des wissenschaftlichen Verstandes der Macht des politischen zu unterstellen, welcher ein Produkt der kommunistischen Ideologie war. Vor dem politischen Verstand standen alle Geheimnisse der Welt offen. Der politische Verstand ging von einem Wissen aus, welches mit dem wissenschaftlichen nicht zu vereinbaren war — daß

nämlich die gesamte hic et nunc existente Welt allein Ausgangspunkt und Rohstoff für eine neue, erst zu schaffende Welt darstellt. Für die Schöpfer dieser neuen Welt gab es keine objektive Wahrheit mehr. Von da an sprach man ausschließlich entweder von einer rückständigen oder von einer fortschrittlichen Wahrheit. Aufgabe eines jeden Menschen war es, sich vorbehaltlos in den Dienst des Fortschritts zu stellen und aus ganzer Kraft die Rückständigkeit zu bekämpfen. Der politische Verstand verlangte es, daß keine der Wissenschaften im Widerspruch zum Marxismus-Leninismus stand. Die den Wissenschaften vom politischen Verstand zugewiesene Aufgabe bestand darin, sein Wesen zu erläutern und zu rechtfertigen.

## Die Knechtung und ihre Erscheinungsformen

Als geknechtet kann ein solcher Verstand angesehen werden, der am politischen Verstand vorbehaltlos den Vorrang gibt, was seinen Ausdruck nicht nur in der fachwissenschaftlichen Einstellung des Betroffenen findet. Das persönliche Engagement wurde für gewöhnlich durch die Parteizugehörigkeit formal bezeugt. Bekleidete der Betroffene darüberhinaus auch noch eine leitende Funktion in der Wissenschaft, hatte er sein politisches Bewußtsein zusätzlich dadurch unter Beweis zu stellen, daß er seine Mitarbeiter nach dem Ausleseprinzip der Parteizugehörigkeit wählte. Auch in der Forschung standen politische Überlegungen im Vordergrund. Es galt, seinen Beitrag zur Begründung einer „neuen Wissenschaft“ zu leisten, die von der bisherigen, „bürgerlichen“ grundverschieden war. Die Tiefenwirkung dieses Prinzips war je nach Disziplin unterschiedlich groß. Naturgemäß waren die Geisteswissenschaften von der Ideologie viel stärker befallen als die Naturwissenschaften.

Was war die Zielsetzung der Kommunisten in den Geisteswissenschaften? Das oberste Gebot war, die Rolle der individuellen Freiheit des Menschen im Leben der Gesellschaft so weit als möglich zugunsten der historischen Gesetzmäßigkeit zu reduzieren. In einem akademischen Lehrbuch unter dem Titel „Das Wesen und Entwicklungsstufen der sozialistischen Demokratie“ („Istota i rozwój form demokracji socjalistycznej (zbiór artykułów)“, Warszawa 1976) ist folgendes nachzulesen:

„Auszugehen ist vom Verständnis der Freiheit als einer Freiheit zu etwas, als Einsicht in die Notwendigkeit. Dies ist eine höhere Form der Freiheit, die erst in einer sozialistischen Gesellschaft möglich wird. Erst der Sozialismus erkannte die historischen Notwendigkeiten und Gesetzmäßigkeiten des gesellschaftlichen Lebens voll und ganz. Die wahre Freiheit des Menschen ist nichts anderes als die Kenntnis über das komplizierte Gefüge

von zwischenmenschlichen Beziehungen, aufgrund deren erst eine zielgerichtete und erfolgversprechende Aktivität entfaltet werden kann.“ (S. 81)

Die Geisteswissenschaften hatten die Aufgabe, direkt oder indirekt, mehr oder minder eindringlich die Grundvoraussetzungen des Kommunismus darzulegen und diese plausibel zu machen. Allen anderen Thesen voran war jene von der „historischen Notwendigkeit“ der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu verkündigen. Im Vollzug dieser Aufgabe schlüpfte der „geknechtete Verstand“ unversehens in die Rolle eines „knechenden Verstandes“.

Auch die Naturwissenschaften bleiben von dieser Entwicklung nicht ganz verschont. Stalin faßte es so auf, daß die Prinzipien des dialektischen Materialismus — also die Ontologie der materiellen Welt — auf die Ebene der Menschheitsgeschichte gehoben werden können und sollen. Die Ausdehnung und Anwendung des Materialismus und der Dialektik auf die Erforschung der menschlichen Gesellschaft und ihrer Geschichte begründete den historischen Materialismus. In der Tat galt aber die Umkehrung: der dialektische Materialismus leitete sich aus dem historischen ab. Die im gesellschaftlichen Leben vorkommenden Konflikte lieferten einen Raster zur Deutung der Naturgesetze. Im Gefolge davon entstanden die sogenannten „besonderen“ Auslegungen von wissenschaftlichen Theorien. Eine davon war die berühmt-berüchtigte Auslegung der Relativitätstheorie von Einstein, die im „Philosophischen Wörterbuch“ aus der Stalinzeit in folgender Gestalt belegt ist:

„An die idealistische Auslegung der Relativitätstheorie hängten sich Obskuren und Mystiker, die sich mittlerweile sogar über die Realität der vierten Dimension, über die Endlichkeit der Welt und über andere ähnliche Hirngespinste einig geworden sind. Die falschen Auffassungen von Einstein sind das beste Beispiel dafür, wie eine durchaus richtige physikalische Theorie in der Zeit der allgemeinen Zersetzung der europäischen Kultur entstellt und durch Vertreter des Idealismus mißbraucht werden kann. Sowjetische Physiker und Philosophen konnten inzwischen eine ganze Reihe der nichtwissenschaftlichen Behauptungen Einsteins, Eddingtons und anderer widerlegen.“ (S. 683)

Einen vergleichbaren Sachverhalt schildert in dem schon einmal zitierten Werk Leszek Kołakowski:

„Gleich nach Stalins Tod erschien in der ‚Prawda‘ ein Artikel mit einer noch sensationelleren Meldung: Es stellte sich heraus, daß man in einer Fabrik in Saratow einen Apparat gebaut hatte, der mehr Energie abgab, als er aufnahm, was sowohl den Hauptsatz der Thermodynamik endgültig widerlegte als auch die Wahrheit der Behauptung von Engels erwies, daß die Energie, die im Weltall zerstreut ist, sich auch irgendwo konzentrieren

müsse. Nun wußte man also, daß sie sich in der Saratower Fabrik konzentriert.“ (s. o. S. 909)

Der geknechtete Verstand stellt jedoch keine konstante Größe dar. Sein Anteil an der Lüge differierte von Fall zu Fall. Auch in einer der Ideologie restlos untergeordneten Wissenschaft wurde Meinungsstreit geführt. Die Vielfalt der möglichen Positionen war relativ groß: ganz plötzlich hatten wir es mit einem Revisionismus zu tun, dem z. B. ein Dogmatismus gegenübergestellt wurde. Man konnte sich fortschrittlicher, subjektivistisch oder gar bürgerlich erweisen, von manigfachen Varianten des „verfaulenden Objektivismus“ ganz zu schweigen. Dadurch wurde aber die ursprüngliche Beteiligung an der Lüge nicht aufgehoben. Dafür gibt es triftige Gründe: Entscheidend für den Freispruch von der Mittäterschaft ist die so oft ins Feld geführte Ausrede: „trotz alledem“. Dieses Vokabel erschien immer im Kontext einer Selbstentschuldigung. Es hieß dann: Trotz aller Fehler und Unzulänglichkeiten, trotz der fürchterlichen Knechtung, der Gewaltanwendung und trotz all der begangenen Verbrechen ist doch etwas dran — an dem Kommunismus, sprich: Sozialismus. Sehr verschieden waren die Standpunkte, von denen aus dieses „trotz allem“ seine Berechtigung zu haben schien. Eine bunte Palette von Intellektuellen sah einen Grund, ihr „dennoch“ und „trotzdem“ geltend zu machen. Die Liberalen, denen der Einfluß der Kirche ein Dorn im Auge war, erfanden ihr eigenes „trotz allem“, zu dem sie sich durch den antikirchlichen Kurs der Kommunisten veranlaßt fühlten. Dergleichen jene, die sich an den vielen Streitereien in der Demokratie stießen, und jene, die dem Kapitalismus feindlich gegenüberstanden — auch für sie war der Kommunismus eine annehmbare Alternative. Moralisten von großer Sensibilität, für die die Ausbeutung der Menschheit nicht mitanzusehen war, und manche Christen und Katholiken, die sich aus den Fängen der sie umlauernden Pornographie endlich befreit sahen und der Sorge um die Prostitution enthoben, sprachen ebenfalls erleichtert ihr „trotzdem“, um die „gute“ Variante des Kommunismus gutzuheißen. Durch Beifügung des Präfixes „gut“ glaubten sie, sich natürlich von allen seinen Mißbildungen und Fehlrealisationen hinreichend deutlich losgesagt zu haben.

So hat sich der wissenschaftliche Verstand in die Dienste des politischen gestellt. Der wissenschaftliche Verstand akzeptierte die volle Beteiligung an der Lüge. Nachdem er diesen Katalai vollbracht hatte, konnte er ungestört um zweitrangige Wahrheiten auf dem Gebiet seiner wissenschaftlichen Disziplin tapfer ringen. Mit unterschiedlichem Erfolg. Auch wenn er einen Sieg davontragen glaubte, war es eine Niederlage.

Was fehlte, war der radikale Bruch mit der Lüge. Man riß an der Leine, jedoch immer mit Respekt, nie allzu heftig. Die

Leine sollte halten. Dies war an der Sprache der Intellektuellen deutlich zu erkennen, die immer doppelbödig, voll falscher Scham und Ziererei war und gespickt mit vieldeutigen Anspielungen; vor allen Dingen aber fern von jeglicher unmittelbarer Erfahrung. Diese Sprache war ein Spiel, eine Komödie oder gar eine Informationsstörung. Der Verfall der Sprache war ein Indiz für den Rückgang im Denken. Denkinhalte, die in eine solche Sprache gekleidet waren, riefen Mißtrauen hervor. Es darf folglich nicht verwundern, daß die in Polen entstandene „Solidarität“ nicht aus den intellektuellen Kreisen hervorgegangen ist und nicht in den Intellektuellen ihre Anführer fand, sondern daß sie von den „einfachen Arbeitern“ aus der Taufe gehoben und großgezogen wurde. Ihre ungelenke Ausdrucksweise bot dem Strom beflissenen Lügens Einhalt. Die Intellektuellen fanden erst später Anschluß, kamen nicht selten herangeschwirrt wie ein von verschütteter Milch gelockter Fliegen schwarm.

## Die intellektuelle Opposition

Das soeben Geschilderte krankt aber an Einseitigkeit, denn eine intellektuelle Opposition hat es immer schon gegeben, auch wenn ihre Stimme kaum wahrnehmbar war. Zu dieser Opposition zählen alle, die von Anfang — bzw. von einem bestimmten Punkt an — der Lüge entsagten und durch ihren Widerspruch die Souveränität des wissenschaftlichen Verstandes gegenüber dem politischen geltend gemacht haben. Diese Opposition machte sich in vielfältiger Weise bemerkbar: Die Erscheinungsformen reichten vom Schweigen, über die Kritik einzelner Aussprüche des politischen Verstandes bis hin zu seiner totalen Ablehnung und zum offenen Kampf, wie ihn zuletzt Sacharow aufgenommen hat. Es kam sehr auf die Umstände an. In der Stalinzeit flüchteten sich viele ins Schweigen, mit der Zeit aber ging man nach und nach zu immer unverhohler Kritik über. Ich will hier nicht all jene Intellektuellen namentlich erwähnen, die den Verstand gerettet haben. Es gab in jedem Land eine Reihe davon, insbesondere in Polen hinreichend viele, so daß der heranwachsenden Jugend der Begriff einer ehrlichen wissenschaftlichen Auseinandersetzung auf den Weg gegeben werden konnte. Was war der Wissenschaft zur Rettung geworden? Eigentlich die Rückbesinnung auf die klassische Idee der Wahrheit. Die Betonung liegt auf „Idee“, denn es ging nicht um die klassische Definition der Wahrheit, sondern um die Idee. Nicht die Form, sondern der Wert stand hier im Vordergrund. Je breiter sich die Lüge machte, umso heller leuchtete der absolute Wert der Wahrheit auf.

Im politischen Denken faßte man bislang die Wahrheit als einen fernen Zielpunkt auf, welcher erst im Zuge der nach dem

ideologischen Konzept eingeleiteten Verwandlung der Welt zu erreichen war. Das klassische Denken hingegen erblickte in der Wahrheit etwas, was dem Verstand als Aufgabe gegeben war und was entdeckt werden mußte. Der politische Verstand strebte eine Verwandlung der Welt an, der wissenschaftliche wollte sie lediglich begreifen. Der wissenschaftliche Verstand sperrte sich nicht im vorhinein allen Änderungen, weil er sich der Möglichkeiten der Technik durchaus bewußt war. Diesen Änderungen aber hatte eine eingehende wissenschaftliche Bestandsaufnahme voranzugehen. Der politische Verstand schlug den umgekehrten Weg ein und forcierte Änderungen auf Teufel komm raus, um nach jeder nächsten Niederlage wieder einen Rückzieher zu machen. Der politische Verstand reagierte erst auf eingetretene Katastrophen, der wissenschaftliche war bemüht, sie vorauszusehen. Nach und nach setzte sich die Einsicht durch, daß dem fiebigen Parteiaktivismus doch das Denken vorangestellt werden muß.

Diese Einsicht erzeugte zwei verschiedene Verhaltensweisen.

Eine Gruppe der Intellektuellen flüchtete sich auf die Ebene des „reinen wissenschaftlichen Objektivismus“. Dort hieß es: Keine der Wissenschaften darf sich über ihren Fachbereich hinauswagen. Die Wissenschaften haben sich ideologienutral zu verhalten, es sei denn, die Ideologie selbst greife unberechtigterweise auf die Wissenschaften über, um ihre Erkenntnisse zu verfälschen. Eine so aufgefaßte Neutralität der Wissenschaften wäre jedoch im Grunde genommen auch nur eine scheinbare. Dennoch, der wissenschaftliche Verstand war so unwiderruflich von der Herrschaft des politischen befreit. Auch galt die „trotz-allem-Argumentation“ für überwunden. An diese Stelle trat die „All-dem-zum-Trotz-Denkweise“. Die Verpflichtung, allen Zwängen entgegen Zeugnis für die Wahrheit abzulegen, gewann an Selbstverständlichkeit. Die andere Gruppe übte unverhohlene Kritik, und zwar an den Grundlagen des Systems selbst. Seine fundamentalen Lügen und seine Verlogenheit wurden schonungslos bloßgestellt. Auf diesem Wege wurden jedoch die Errungenschaften der Gegenseite nicht pauschal abgelehnt. Von dem Standpunkt einer radikalen Infragestellung war es möglich, dem geknechten Verstand in einigen Punkten recht zu geben, ohne daß man selbst unter den Verdacht kam, so den geknechteten Verstand voll zu akzeptieren.

Die intellektuelle Opposition kaute jedoch schwer an einem Problem, welches das Gewissen jedes Intellektuellen bedrängte: Wo verläuft die Grenze eines noch annehmbaren Kompromisses? Der Intellektuelle lebte und agierte inmitten der kommunistischen Welt. Lehrte er an einer Universität, so war dies eine sozialistische. Nicht anders andere wissenschaftliche Einrichtungen. Die geistige Unabhängigkeit des einzelnen — hat es

diese gegeben — war den Kommunisten kein Geheimnis. Der oppositionelle Intellektuelle war auf den Gnaden- und Toleranzakt der Kommunisten angewiesen. Ergab sich daraus für ihn eine Verpflichtung zur Loyalität? Darauf gab es keine klare Antwort. Kompromisse waren unumgänglich, keiner wollte aber so richtig schmecken.

Die volle Anerkennung der Wahrheit zog zwangsläufig eine radikale Umwertung der Rolle nach sich, die der politische Verstand für sich beanspruchte. So mußte sich der politische Verstand dem Urteil des wissenschaftlichen unterziehen. Die Anklage lautete — knapp formuliert — auf Lüge und Rechtfertigung des Verbrechens. Damit konfrontiert, war der politische Verstand chancenlos. Um bei der Wahrheit zu bleiben, muß darauf hingewiesen werden, daß der politische Verstand besiegt war, lange bevor sich die Arbeiter in ihrem Protest erhoben. In Seminaren, die in Privatwohnungen stattfanden, in den Kirchen, in den Priesterseminaren und auch an den Universitäten fanden sich immer wieder Intellektuelle, die die Freiheit nicht als „Einsicht in die Notwendigkeit“, sondern als Einspruch gegen alle Notwendigkeit auffaßten.

Die Geburtsstunde der „Solidarität“ war in Polen eine Zeit der einzigartigen Begegnung zwischen dem unabhängigen Verstand der Intellektuellen und der Erfahrung der Arbeiter. Der Arbeiterprotest war Ausdruck und zugleich das fehlende Glied einer Widerstandsregung der Intellektuellen, die dem Kommunismus seine Legitimation endgültig entzog.

5:

## Offensichtliche Selbstverständlichkeiten

Die abenteuerliche Epoche des totalitären Kommunismus liegt hinter uns. Was für Lehren ziehen wir daraus für uns selbst? Zunächst wird uns die ethische Dimension der wissenschaftlichen Arbeit wieder einmal voll bewußt. Die Zeit des Totalitarismus brachte keine nennenswerten wissenschaftlichen Errungenschaften hervor. Dies war vielmehr eine Zeit der Stagnation. Allen propagandistischen Beteuerungen entgegen schaffte der Kommunismus der Wissenschaft keine günstigen Existenzbedingungen. Es war aber auch kein Leerlauf.

Als erster Erfolg ist die neue Aktualität jener Erkenntnis zu verbuchen, die uns ohnedies seit Jahrhunderten bekannt war: Die Wahrheit macht den Menschen frei. Auf der Suche nach der Wahrheit wird uns Freiheit bescherzt. Wer nach der Wahrheit fragt, der ist bereits frei. Und dies ist dann eine sinnträchtige und sinnorientierte Freiheit, nicht eine, die alsbald in Willkür und Terror umschlägt. Durch die Frage nach Wahrheit erlangt der Mensch seine menschliche Würde. Wer aus der Not der Lüge die Frage nach der Wahrheit aufwirft, verspürt zugleich, wie in ihm ein neuer Mensch geboren

wird.

Es ist dem Menschen kein schöneres und erhabeneres Gefühl möglich als jenes, welches ihm in der Frage nach Wahrheit zuteil wird.

Dies sind die Erfahrungen, die wir — Bürger der vor kurzem noch geknechtenen Länder — der freien Welt anbieten in der stillen Hoffnung, daß sie angenommen und richtig verwertet werden.

Deutsch von Stanislaw Dzida

*Vorabdruck aus dem Sammelband der Vorträge und Diskussionsbeiträge anlässlich des von der Österreichischen Forschungsgemeinschaft veranstalteten Österreichischen Wissenschaftstags 1990 „Geist und Wissenschaft im politischen Aufbruch Mitteleuropas“.*



# DIE KULTUR MITTELEUROPAS NACH DEN REVOLUTIONEN

**K**eine ernstzunehmende intellektuelle Diskussion in Europa konnte in den 80er-Jahren an dem Thema Mitteleuropa vorbeigehen, ohne sich dem Vorwurf auszusetzen, daß mit einer solchen Leugnung des Kulturräumes Mitteleuropa auch ein Verrat an den Menschen in Osteuropa verbunden sei, die für ihren Protest gegen die Wirklichkeit des realen Sozialismus die Erinnerung an ein imaginäres „Mitteleuropa“ wachhielten. Vor 1989 war für die Opposition gegen die herrschende Wirklichkeit im östlichen Teil des künstlich getrennten Europas die gemeinsame kulturelle Tradition eines die Blockgrenzen überschreitendes Zusammengehörigkeitsgefühls nicht nur wichtig für das kulturelle Selbstverständnis des Raumes und seiner Kulturschaffenden, sondern es war dies auch eine sehr plakative Metapher des Protestes gegen die Zweiteilung des Kontinents und gegen den Versuch, im Osten Europas ein kommunistisches Menschen- und Weltbild zu etablieren.

Dieser kulturelle Protest der Intellektuellen gegen die scheinbare Wirklichkeit eines zum Osten gestempelten Raumes trug entscheidend zum raschen Ende des realen Sozialismus bei. Heute stellt sich allerdings die Frage, ob bei der Neuordnung Europas nach den Prinzipien der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Marktwirtschaft das Nachdenken über eine mitteleuropäische Kultur auch eine positive Rolle in der Umgestaltung Europas erfüllen kann.

Zu unterschiedlich scheinen die Interessen der einzelnen Länder, die nun nach dem Westen, nach Europa stürmen und das Thema Mitteleuropa bestenfalls als Trittbrett oder Eintrittskarte in die Glückseligkeit der ökonomisch so starken Europäischen Gemeinschaft ansehen. In der neuen Konkurrenzsituation von Staaten wie der Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und Jugoslawien sollte sich sehr rasch erweisen, ob jahrhundertelange kulturelle Traditionen auch in Zeiten eines radikalen politischen Wandels wirksam sein können. Die Werte der mitteleuropäischen Kultur sind nicht leicht zu bestimmen und schon gar nicht präzise zu definieren. Sie liegen im Bereich von kollektiven Erfahrungen, von der Lebensnotwendigkeit, permanent mit Gegenständen auszukommen, Fremdes und Unterschiedliches so weit zu akzeptieren und in die eigene Haltung zu integrieren, daß es gelingt, das eigene Leben zu gestalten. Wenn aus diesen Anforderungen der Geschichte dieses Raumes eine besondere Fähigkeit zur Synthese entstan-

den ist, so müßte eine derartige Fähigkeit wohl gerade in der aktuellen Situation des Aufbrechens alter und überkommen geglaubter Konflikte zum Tragen kommen. Die einzelnen Elemente der kulturellen Gemeinsamkeiten und Auseinandersetzungen sind das Produkt der historischen Entwicklung der Mitte Europas. Sie sind entstanden in der Auseinandersetzung um die eigene Nation und um andere Formen des Patriotismus. Sie wurden ausgebildet in der Auseinandersetzung um die sprachliche und ethnische Vielfalt und haben dabei geschichtswirksame Besonderheiten angenommen, wie dies etwa in einer evidenten, aber umso merkwürdigeren Sehnsucht nach Assimilation deutlich wird. Erinnert sei hier an die Assimilationssehnsucht des mitteleuropäischen Judentums, aber auch an die aktuelle Sehnsucht vieler Menschen in den ehemals osteuropäischen Staaten nach neuen Geborgenheiten, die sich nicht nur national konstruieren. Ich meine damit etwa die Galiziennostalgie im südpolnischen Raum.

Sie dokumentieren sich in einer intensiven Auseinandersetzung um das, was wir im Westen politische Kultur nennen, und das, was der ungarische Schriftsteller György Konrád Antipolitik nennt. Die Stimmung mag sehr romantisch sein, das Ziel ist jedenfalls ein geordneter Umgang mit Konflikten und der Versuch, Demokratie und Kultur auf einer Ebene — dort wo sie die Menschen berührt — zu diskutieren.

All dies unterstreicht die ungebrochene Präsenz der Geschichte als moralische Kategorie oder zumindest als eine positiv empfundene Form der Nostalgie. Es findet dabei der Habsburgermythos noch genauso Platz wie die notwendige Aufarbeitung jener gemeinsamen historischen Probleme, die in der Zeit des realen Sozialismus tabuisiert waren. Für viele Menschen dieses Kulturräumes ist die Gleichzeitigkeit von Ungleichzeitigem eine tägliche Lebenserfahrung. Die Gegenwart unterscheidet sich dabei nur graduell, nicht aber in der Substanz von der Vergangenheit. Wer in seiner unmittelbaren Umgebung unterschiedliche Lebenschancen wahrnimmt und selbst aktiv oder passiv mit permanenten Wanderungsbewegungen konfrontiert ist, kann aus diesen Erfahrungen für sich selbst profitieren, auch wenn er in dieser Situation nicht auf der Seite des Erfolgreicher oder Glücklicheren steht. Wie rasch sich derartig scheinbar stabile Situationen ändern können, zeigt das Beispiel Jugoslawien. War bis vor wenigen

Jahren dieses Land noch weit von den übrigen tristen Erfahrungen der osteuropäischen Staaten entfernt (wofür es vom Westen auch gelobt wurde), so sieht sich Jugoslawien heute in einer viel schlechteren Position als die anderen Staaten dieses Raumes. Vielleicht kann aus einer solchen Lebenserfahrung der zeitgebundenen Relativität der eigenen Situation gelernt werden. Jedenfalls ist der mitteleuropäische Raum stets mit solchen Erfahrungen konfrontiert und kann sich nicht auf die Sicherheit eines Nationalstaates oder einer sonstigen ideologischen Vereinfachung zurückziehen.

Aus dieser permanenten Unsicherheit entsteht auch eine besondere Rolle der Intellektuellen. Es wäre daher unklug, nun nach den Revolutionen, deren Rückzug aus der Politik zu fordern und ihnen den unmissverständlichen Auftrag zu geben, sich nun kulturell um den Aufbau der jeweils gewünschten Identitätsmuster zu kümmern. Selbstverständlich werden sie in der Mehrzahl neue Aufträge wahrnehmen. Sie werden gegen wachsende Nationalismen anschreiben und den Mythos Europa kritisch durchleuchten.

Für die Kultur Mitteleuropas insgesamt werden die politischen Veränderungen im östlichen Teil des Kontinents neue Erfahrungshorizonte eröffnen. Die möglichen Gefahren einer „Europaeuphorie“ liegen für Europa nicht nur in einer zu hohen wirtschaftlichen Erwartungshaltung, sondern auch in dem vorübergehenden Verzicht auf manche der mitteleuropäischen Kulturtraditionen, die bewußt in Abgrenzung zur politischen Realität „Osteuropas“ bewahrt und weiterentwickelt wurden. Wenn sich auch die Zukunft der mitteleuropäischen Kultur nicht einfach und schlüssig definieren läßt, so wird sie doch irgendwo dort zu suchen sein, wo neuerlich der eine oder andere der verlockend einfachen Vorstellung einer Teilung Europas in ein „entweder oder“ zu erliegen droht. Die Kultur Mitteleuropas leistet vielleicht damit ihren größten Beitrag zur Zukunft dieses Kontinents, wenn sie darauf hinweist, daß in den Revolutionen des Jahres 1989 nicht die Kultur des Westens gegen die Kultur des Ostens gesiegt hat, sondern, daß sich die wichtigsten Elemente der europäischen Kultur im ehemaligen Osten bewahrt und durchgesetzt haben.

Wie immer die europäische Neuordnung in den nächsten Jahren aussehen wird, wird sie in jedem Fall die Wirklichkeit Mitteleuropas nicht leugnen können. Nachdem jahrzehntelanges Erleben unterschiedlicher politischer Systeme mittel-

europäische Kulturtraditionen nicht aufheben konnte, werden auch die großen wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den neuen Demokratien und dem übrigen Europa die kulturellen Gemeinsamkeiten nicht beseitigen.

Nach den Revolutionen ist nun wieder der Blick auf die historisch gewachsenen Kulturräume Europas frei geworden. Vorurteilsfrei kann nun darüber nachgedacht werden, daß in den letzten Jahrtausenden und besonders seit dem frühen Mittelalter zwischen der entwickelten atlantischen Zivilisation und dem nach Asien offenen großen östlichen Raum auch eine mittlere Region existierte. Der Westen und der Osten dieses Kontinents zeichnen sich markant ab, sie können in Oppositionen beschrieben werden. In den Worten des ungarischen Historikers Peter Hanák ist der Westen durch eine „von unten aus aufgebaute, über ständische und stadtrechtliche Privilegien verfügende, relativ mobile Gesellschaft, in der die

Elemente der Marktwirtschaft früh erschienen“, gekennzeichnet, der Osten durch die „von oben geregelte und gelehnte Gesellschaft, die Immobilität, durch die Elemente eines asiatischen Feudalismus und Autokratismus“. Diese beiden in ihrem Aufbau oppositionellen großen Regionen haben in ihrem Übergangsgebiet eine Reihe von Mischformen ausgebildet, die eine mittlere Region als Gebiet unterschiedlicher territorialer Größe und politischer Struktur konstituierten. Diese mittlere Region orientierte sich zwar stets nach den Vorgängen im Osten und im Westen, sie entwickelte aber sehr früh eigenständige Strukturen. Bis in die Neuzeit war religiös und kulturell die Ausrichtung nach dem Westen entscheidend. In der Neuzeit begann mit dem Verfall des Mittelmeerraumes, der türkischen Expansion in Europa und der territorialen Konsolidierung der Staaten Westeuropas eine Veröstlichung und damit eine Phase der Bewahrung traditio-

neller Herrschaftssysteme, die der heterogenen Struktur dieser mittleren Region größere politische Stabilität verliehen als der unmittelbare Nachvollzug westlicher politischer und gesellschaftlicher Errungenschaften.

Dieses mittlere Europa wurde zur Peripherie, in der sich geographische Räume sehr unterschiedlicher Entwicklung mit einer ethnisch sehr unterschiedlich zusammengesetzten Bevölkerung mischten. Auch der demokratische Neubeginn in der Mitte Europas muß davon ausgehen, daß gerade diese Region in ihrer Geschichte stets von den Problemen der Marginalität und Pluralität gekennzeichnet war. Gerade mit der Annäherung der politischen Systeme in Europa wird Mitteleuropa wieder zu einer zwischen West und Ost verschiebbaren Größe, die nur in der Relation zwischen Ost und West gedeutet werden kann.



# INFORMATIONELLE BEGRENZUNG VERSUS KULTURELLE ENTGRENZUNG

1.

„die wirklichkeit ist ein spiel zwischen unendlich vielen informationen“ kündet der weltgrößte computerhersteller in seiner europaschau sein wirklichkeitsbild an. (wien, rathausplatz 1987) ihm sei es unbenommen, die welt als ein großangelegtes planspiel zu begreifen und uns die welt via computer als ein solches erscheinen zu lassen. wohl aber, und dies ist zu bedenken, wird aus dem wirklichkeitsbild der computer unversehens ein weltbild für uns menschen.

da im obigen statement auch nicht die rede davon ist, um welche art spiel es sich handelt, läßt es den logischen schluß zu, daß die computerwirklichkeit grundsätzlich eine spielerische ist und daß wir dank der spielstruktur der computer schließlich in einem universellen spielerischen zeitalter aufgehen werden. diese digitale paradiesische heilsversprechung ist dazu angetan, olympischen gedanken, des „da-beisein ist alles“ zu vollenden, ja sie ist dessen einlösung in form globaler w提醒e und der absoluten teilnahme eines jeden von uns an einem in permanenz sich ereignenden gesamtkunstwerkes. in diesem kunst-raum formieren sich die neuen kulturellen und politischen fragen, die wir uns spätestens heute stellen müssen, solange sich nicht auch unsere kultur — als letzter fetzen kollektiven bewußtseins — in der technisch-wissenschaftlichen logik aufgelöst hat: welche spiele werden gespielt, und nach welchen spielregeln wird gespielt? die wohl alles entscheidende frage aber lautet: wird es überhaupt möglich sein nicht mitzuspielen?

2.

die traditionellen olympischen spiele waren noch dadurch gekennzeichnet, einige wenige auserwählte spielen zu lassen. die beschränkte gruppe von aktiven stand einer überwältigenden gruppe von passiven gegenüber, es bestand eine eindeutige grenze zwischen Spielern und nichtspielern, zwischen Spielern und publikum, zwischen Spielern und fans. diese grenze ist gefallen. in der globalen, mediatisierten strategie wird im menschen nicht mehr, wie noch im industriezeitalter, der konsument gesehen, vielmehr wurde mit dem informationsmilieu im „teilnehmer“ die figur gefunden, die die grenze zwischen akteur und publikum, zwischen betrachter und betrachtetem, zwischen subjekt und objekt aufzulösen verspricht.

im teilnehmer verschwimmen die herkömmlichen grenzen, er mutiert pausenlos zwischen „on“ und „off“, zwischen „0“ und „1“. open air rockkonzerte, bzw. die fußballweltmeisterschaften in italien mit den vom publikum gestalteten gigantischen wellen sind die ersten indizien der elektronischen aufladung der körper, in denen die auf den menschen bezogene entgrenzung bereits auf das feld des sozialen übergegriffen hat. es scheint sich zu bewahrheiten, was von den computergiganten prognostiziert wird: zwischen „star wars“ und „digitalen spielszenarien“ sind die grenzen längst aufgehoben, beide sind nur noch ein spiel mit zahlen.

3.

erst in diesem „elektronisch entgrenzten kontext“ scheint eine mitteleuropa-, europa-, welt-europadebatte zielführend, vorausgesetzt die blickrichtung ist nach einem neuen europa und nicht propagandistisch, historisierend, nostalgisch nach hinten gerichtet. diese debatte (ums neue europa) muß in einem globalen diskurs geführt werden, will sie nicht zu einem euro-provinziellen ereignis verkommen. erst mit diesem „globalen diskurs“ wird es möglich die richtungen des sich verändernden europas festzulegen bzw. nach einem neuen mitteleuropa, nach einem europa als einem der kulturen zu fahnden und damit die zukunftsfrage europas generell zu stellen, die in einer neudefinition seiner kulturellen aufgabe — im kontext eines global vernetzten informations-environments — liegt. auch wenn wir heute schon wieder vergessen zu haben scheinen, daß die revolution im osten deshalb eine friedliche war, weil sie, als traditionelle revolution auch gleichzeitig auf dem globalen elektronischen informationsniveau stattfand, — die rumänische revolution war eine tv-revolution schlechthin! — so ordnen sich, die politischen ereignisse und auflösungserscheinungen im osten durchaus als ein anpassungsprozeß in das allgemeine globale informationsmilieu ein. und von diesem muß ausgegangen werden, wenn wir uns künftig über die zukunft europas denken machen wollen. für uns, die sich noch im westen, neuerdings in der mitte vermuten und dort ihre identität (wirtschaftlich!) als gesichert erwarten, stellt sich die alles entscheidende frage: was ist nach der generellen auflösung der grenzen, also eine existenz in „grenzenlosigkeit“? — nachdem das neue paradigm

allgegenwart heißt. und dies sowohl militärisch, ökologisch, ökonomisch, kulturell, sozial etc. ökologie bezieht überhaupt erst aus dem konzept der allgegenwärtigkeit ihren sinn. wir werden uns in europa der kunst entsinnen müssen, in der schon seit langem der elektrische körper im gesamtkunstwerk „erde“ seine entgrenzung sucht. (slow-scan projekte, multimedia, performance, interaktive environments, video- und computerinstallationen, etc.) wir werden uns auch auf die kreative wissenschaft besinnen müssen, wie sie etwa der naturwissenschaftler david bohm, ein enger Mitarbeiter von niels bohr und albert einstein vertritt, wenn er meint: „der erste schritt der wirtschaft heißt einzusehen, daß die erde nur noch ein haushalt ist. die behauptung, daß die umwelt uns bloß umgäbe, ist genauso falsch, wie wenn das gehirn den magen nur als seine umwelt betrachtete“. (david bohm, art meets science and spirituality, amsterdam 1990)

4.

die kulturelle frage wird nicht nur die nach einem neuen europa sondern nach der welt ganz allgemein sein. carlos fuentes hält aus iberoamerikanischer perspektive uns europäern vor, daß sich unsere kultur überlebt habe. ihre einzigen visionen bestünden aus spektakeln, theatern, museumsbauten und medialen vergnügen. wie recht fuentes haben wird, wird sich daran zeigen, inwieweit wir selbst erkennen, daß museumsbauten bzw. mediale vergnügen nur die andere seite einer und derselben medaille, der dematerialisierung darstellen. wird mit dem museum versucht, dem entzünden einhalt zu gebieten, so wird es im „medialen vergnügen“ beschleunigt. mit dem kunstdefizitbegriff einer postmoderne, auf den hier kurz eingegangen werden soll, kann der europakritik fuentes' nicht entgegnet werden. nur zu bestürzt erfahren wir, wie sich auch ins spektakulum der postmoderne das der „ostmoderne“ nahtlos einreicht.

die postmoderne versucht, den zynischen schlüßstrich unter kunst zu setzen, indem sie auf die technisch informationelle entmaterialisierung selbst nicht antwortet. sie versteht sich nur als kulturkritik, wobei sie im geistigen mit entideologisierung, im gesellschaftlichen mit depolitierung und privatisierung, im wirtschaftlichen mit deregulierung, in sozialen mit

isolation und vereinzelung und schließlich im kulturellen mit „die welt als (unterhaltungs!)spiel“ antwortet. die postmoderne, ein kind der traditionalisten und konservativen, hat damit aber gleichzeitig, und eher unbeabsichtigt, sozusagen gezwungener maßen, „im spielerischen, als die maxime des zugangs zur welt“ nicht nur jegliche grenze von kunst und nichtkunst, sondern kunst generell aufgehoben. und damit hat die postmoderne wohl ihren wichtigsten beitrag zur kulturgeschichte als dem ersten fehlgeschlagenen versuch zur auslösung von kunst geleistet. (negierte die postmoderne die tatsache, daß neue vorstellungen nicht einfach mittels alter codes ausgedrückt werden können, daß der technische code nota bene kein kultureller ist, daß schließlich die unmöglichkeit, „kulturelle daten“ in technische codes zu übertragen daher röhrt, so entband sie sich als ausdruck der „antimoderne“ jeder neuen form künstlerischer, kultureller und auch politischer verantwortung. postmoderne hat auch in der aufgabe versagt, alte vorstellungen durch neue codes zu neuer bedeutung zu bringen, einer aufgabe, die jeder postmoderne bzw. jedem manierismus immer zustünde.) postmoderne ist nur das eingeständnis vom ende einer kultur, die carlos fuentes treffend mit ermittet, verdrießlich, überlebt, spektakelhaft bezeichnet. wenn er von einem unvollendet gebliebenen entwurf der „renaissance utopie“ europa spricht, so kann er, wie wir, nur die kunst als gestalt meinen, für die von der renaissance bis heute uneingeschränkt gilt: leistungsstärkeres modell als die wirklichkeit selbst zu sein. die postmoderne konnte fuentes dabei nicht im sinn haben, denn diese versuchte ja gerade das feld der gesellschaftlichen, sozialen und politischen erneuerungen unter ausschluß von kunst und kultur zu legitimieren und sie den technisch-wissenschaftlichen kräften allein zu überlassen, was zur folge hat, daß das „neue“ als „innovatives“ ausschließlich und ein für alle mal der sphäre der technischen rationalität, d.h. der sphäre der „technischen computerinszenierung“ überantwortet wird. „das neue“ im gesellschaftlichen, sozialen, kulturellen wird demnach nur noch als technisch bedingt gesehen, was letztlich das ende von kunst in der „nichtspielerischen“ variante bedeuten würde. das programm für kunst und kultur heißt unweigerlich „kulturelle computerisierung“, die kunst, forschung und ästhetik erneut zusammenführt, denn längst schon, so paul virilio, „löst eine ästhetik der forschung die forschung nach einer ästhetik ab und in der ästhetik des verschwindens setzt sich das unternehmen des erscheinens fort.“ (paul virilio, ästhetik des verschwindens, 1986.)

## 5.

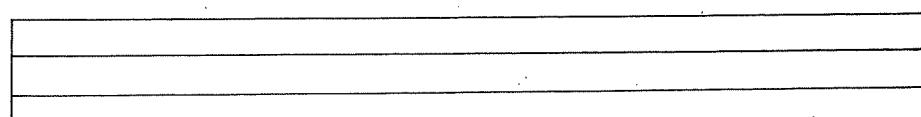
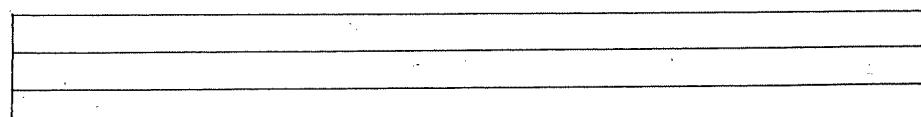
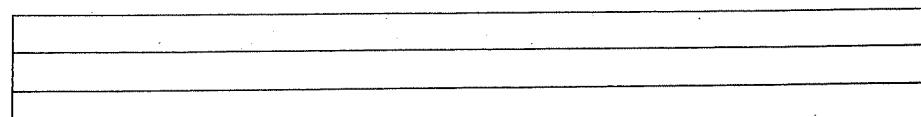
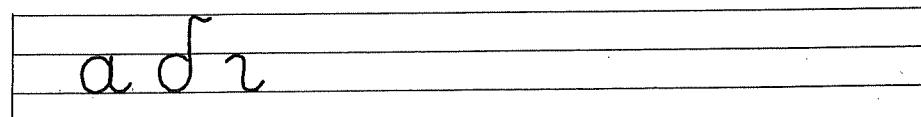
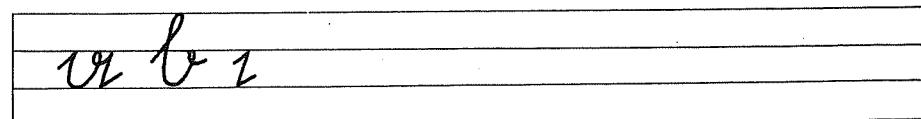
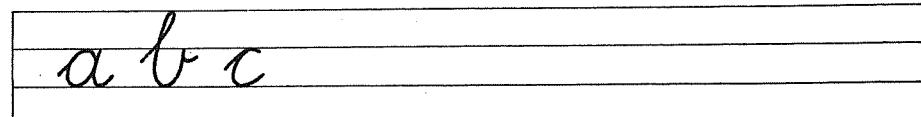
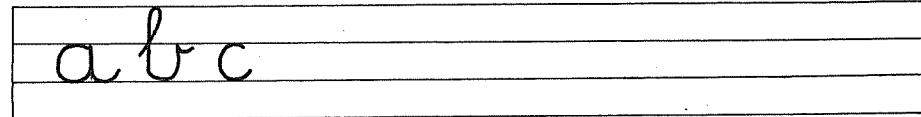
dem postmodernen kunstdefizit gegenüber gewinnen heute künstlerisch informationelle konzeptionen immer stärker an bedeutung, welche der dematerialisie-

rung widerstand entgegensem. konzeptionen, die kunst in den globalen überlebenszusammenhang setzen, die an der dematerialisierung der kunst den existenzkampf der kunst ums eigene überleben bereits lange vorweggenommen haben (mindestens seit duchamp), die heute erst in dieser radikal existenziellen bedeutung in den vordergrund zu treten scheinen. kunst — als der entwurf einer gegenwelt — als der mikrokosmos von welt, wie sie aussehen sollte — hat sich mit dieser fragenstellung existenziell selbst gefordert. wenn auch kunst im sinne einer klassischen kulturvorstellung (und insbesondere einer klassisch-modernen kunstkonzeption und angesichts der macht des marktes und traditionalistischer kultureller wirkkräfte) sozusagen unter ausschluß der öffentlichkeit „entwürfe einer gegenwelt“ schuf, sich auch dem „computerspiel“ verweigerte, fand kunst zwangsläufig nur noch innerhalb der eigenen kulturellen sozietät statt. nur noch für diese wurde entworfen, was zum

einen als gesellschaftliche verweigerung stilisiert und zum anderen als getoisierte kritisiert wurde. heute wissen wir, daß damit das überleben von kunst gesichert wurde. und wenn, wie sich zeigt, das interesse an kunst noch nie so groß war wie heute, so führe ich dies nicht auf die marktkräfte zurück, sondern darauf, daß kunst als kostbare ressource — ähnlich der natur — angesehen wird, die es zu gleichen teilen zu schützen gilt, damit sie uns vor der informationellen dematerialisierung in schutz nehmen kann. kunst ist bereits ursprünglicher als die natur selbst, ist, so paradox es scheinen mag, unverdorbener als die vom menschen geknechtete und dem menschen unterworfenen natur und davon fehlgeleiteten kultur. von kunst, dem letzten ursprünglichen in dieser welt, erwarten sich die menschen, orientierung und halt ... in einer sich auflösenden zukunft.

## 6.

ist es die kultur, die der dematerialisie-



rung widerstand leistet, so ist es letztlich die kunst, die neue modelle des widerstands formuliert. wenn heute so viel von der kultur europas (österreich eine einzige kulturnation!) die rede ist, so muß zur kenntnis genommen werden, daß diese kulturen einem gigantischen verschleiß unterliegen, daß der zugriff auf die kulturen im militärischen stil und militärischer größerenordnung von statthen geht. dabei geht es um die totale macht, deren neue größerenordnung daran abgelesen werden kann, daß zwischen militärisch-kriegerischen und unterhaltend-spielerischen strategien nicht mehr unterschieden werden kann. am augenscheinlichsten, als vorspiel oder vorgefecht, wird uns diese globale kulturelle dematerialisierungsstrategie im bereich der sprache, sozusagen auf unsere primäre kulturerrungenschaft vorgeführt. joseph weizenbaum, der computerdissident vom M.I.T., verwies noch in einem aufsehen erregenden referat in graz im februar 1987 auf die zunehmende bedeutung der sprache, insbesondere der umgangssprache, und die darauf aufbauende legitimität und qualifikation der schule. „die herrschaft über die sprache“, so weizenbaum, „ist der erste auftrag der schule“. weizenbaums' plädoyer galt der durch die zunehmende computerisierung gefährdeten muttersprachen und der darauf aufbauenden bildungs-, erziehungs- und kulturformen. in diesem globalen sprach-spiel-krieg konstatiert schmutzter bereits eine kultur des schweigens. „wenn kunst arbeit an der transformation der wirklichkeit ist, und daß zwischen form und inhalt einer aussage eine beziehung besteht, wo durch die form das, was gesagt werden kann, bestimmt wird, dann ist mit dem Einsatz der informationstechnologien, ihren befehls-sprachen und ihrer widerspruchslösigkeit wohl jener punkt nahe, wo wir uns einem langen schweigen nähern.“ (manfred a. schmutzter, auf dem weg zur computerkultur? 1986). nach schweigen aber folgt sprachlosigkeit. demnach wird sprache nicht mehr kulturell sondern nur noch maschinenlogisch definiert. sprache gewinnt erst wieder im kontext der sprach-verarbeitenden maschinen neue bedeutung. die entgrenzung der sprache führt nicht, wie maschinenlogisch zu vermuten wäre, zu einer forcierten vielfalt, oder zum ausbau von „esperantos“ und ähnlichen, sondern zu informationeller macht. „people study english because it is the language of power, not because it is the best language... american businessmen and politicians want to see english spoken everywhere because it makes trade easier and facilitates the export of u.s. political ideas.“ (kevin finneran, the futurist, juli 1986.)

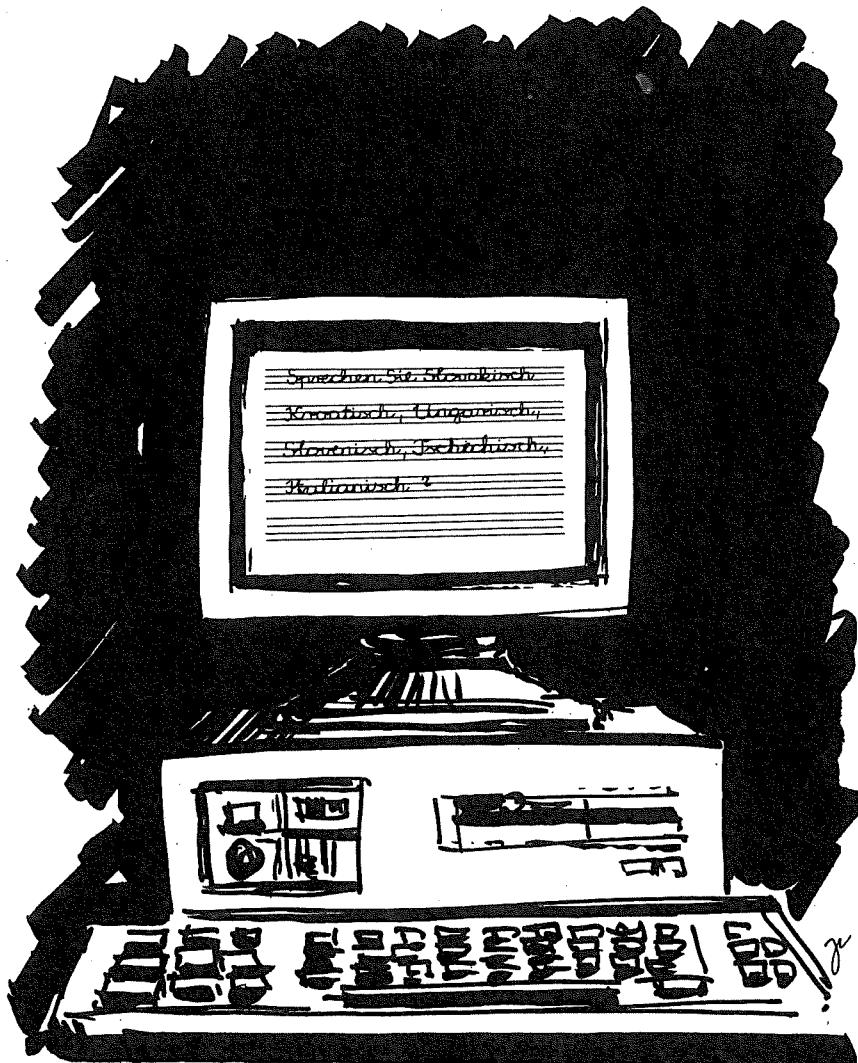
im kontext eines offenen europas, in welchem geographische, monetäre, wirtschaftliche, politische grenzen sich aufzulösen scheinen, bleibt die sprache, auch in ihrer ausgrenzungsfunktion, nicht verschont. wenn wir uns zur verständi-

gung in den arge-alpen-adria-ländern, im trigon-raum, anstelle der jeweiligen muttersprache der englischen sprache bedienen, entspricht dies nicht nur finnerans' thesen, es zeigt auch das spannungsfeld dieses kleinraumes und die gewaltigen gesellschaftlichen anforderungen, die an unsere kultur und kunst gestellt sind, um neben dem rein „technischen“ überleben, was allein schon alle unsere kräfte binden müßte, ein „kulturelles“ leben im computerisierten kontext, d.h. im kontext eines weltumspannenden grenzenlosen informationsevironments zu gewährleisten. diese situation gibt aber auch zu großem optimismus anlaß: unsere jeweils „ersten“ sprachen hatten nicht einmal für eine abgrenzung garantiert, bestenfalls hatten sie ausgegrenzt. ob es uns jetzt recht ist oder nicht, ob wir es wollen oder nicht: die „zweite sprache“ ist auf jeden fall eine apparaten-sprache und damit unsere kultur eine auf apparaten beruhende informationskultur. wie es das beispiel der sprache zeigt wird die europäische

kultur gefordert sein, die apostrophierte kulturelle und künstlerische vielfalt zu nutzen, unser sprach- und bildverständnis und die darauf aufbauenden gesellschaften (unser gesamtes kulturelles erbe!) auf diese informationelle ebene zu transponieren, weil uns eines nicht mehr gelingen wird: die informationellen apparetate selbst kulturell zu transformieren. und damit könnte die kulturelle vielfalt europas zum eigenen europäischen schicksal werden: „erhaltung und steigerung der vielfalt“ in kultur und natur als globale herausförderung.

richard kriesche, graz 1990

anmkg: die veranstaltung „entgrenzte grenzen“ (venedig/graz 1986) — im rahmen der arg-alpen-adria sollte in diesem sinne als kleiner beitrag zum großprojekt „kulturelles europa“ gesehen werden. „städtenernetzwerk“, eine initiative des kulturreferats der stadt graz zur weltausstellung 1995, versucht sich erneut als beitrag zu einer europadiskussion der regionen.



# LITERATURPRODUKTION UNTER VERÄNDERTEN BEDINGUNGEN

## Die mitteleuropäischen Schriftsteller vor neuen Aufgaben

In zwei Beiträgen vor allem haben die Wünsche und Vorstellungen der mitteleuropäischen Schriftsteller, die sich seit Ende der Siebziger Jahre immer hörbarer gegen die ausschließliche, von den beiden Machtblöcken getragene Aufteilung Europas auf Ost und West zur Wehr zu setzen begannen, ihren programmatischen Ausdruck gefunden. Beide sind 1984 erschienen — **Der Traum von Mitteleuropa** von György Konrad (nach einer ungarischen Vorveröffentlichung im „Wiener Journal“, Juni 1984) sowie **The Tragedy of Middle Europe** von Milan Kundera („The New York Review of Books“, April 1984, in deutscher Übersetzung: „Wiener Journal“, Juli 1984) — und haben seitdem in mehreren Anthologien Aufnahme gefunden. Die darin enthaltenen Gedanken waren in gleicher Weise utopisch und doch auch in ihrem Inhalt politisch sehr bestimmt. Denn während Konrad von einer „Philosophie der paradoxen Mitte“ spricht, „die eigentlich das Wesen einer vorstellbaren europäischen Weltanschauung sein könnte“ und deren größte Energie „im Gemischsein dieses Raumes verborgen liegt“, erklärt Kundera: „Das österreichische Kaiserreich hatte die große Chance, Mitteleuropa zu einem starken geeinten Staat zu machen. Aber die Österreicher waren leider selbst hin- und hergerissen zwischen einem arroganten pangermanischen Nationalismus und ihrer eigenen mitteleuropäischen Mission. Es gelang ihnen nicht, eine Föderation gleichberechtigter Nationen zu bilden...“

Viele Schriftsteller haben sich in diesen Jahren bewußt als Mitteleuropäer bezeichnet. Neben Kundera bei den Tschechen zum Beispiel auch Václav Havel, Bohumil Hrabal, Josef Škvorecký und Ludvík Vaculík, bei den Ungarn außer Konrad auch Péter Esterházy, das enfant terrible und zugleich der erfolgreichste Autor der ungarischen Gegenwartsliteratur, ferner der Slowake Anton Hykisch, Autor des Maria-Theresia-Romans **Milujte královnu (Es lebe die Königin)**. In Prag beginnt im Untergrund, im Samizdat, eine Zeitung zu erscheinen, die sich „Sřední Evropa“ („Mitteleuropa“) nennt und, anknüpfend an eine Deklaration mit dem Titel „Das Recht auf Geschichte“ der Gruppe „Charta 77“, das Recht für die Tschechen und Slowaken fordert, die unverfälschte Vergangenheit ihres Volkes, frei von Propaganda und Verzerrungen zu erfahren, als einen Anspruch, der genauso wichtig und unveräußerlich ist wie

auch das Recht auf Leben, und genauso eine Notwendigkeit darstellt. Im Vorwort zur deutschen Ausgabe des Romans **Die Geburt des Vergessens** (im slowenischen Original **Dvojčka**) stellt Vladimir Dedijer, bekannter jugoslawischer Historiker, Mitkämpfer Titos im Kriege und dann dessen Rebell im Frieden, den Autor dieses Werkes, Žarko Petan, mit den Worten vor: „Mitteleuropa hatte und hat seine Kaiserreiche, mächtige Staaten und große Feldherren. Das alles ist für mich vergänglich, unvergänglich ist jedoch, meiner Meinung nach die Kultur und die Zivilisation, die uns Mitteleuropa gab. Würde ich mich fragen, wer von den Slowenen heutzutage der erste Mitteleuropäer ist, würde ich mich, nach langem Überlegen, für Žarko Petan entscheiden, denn ihm ist es gelungen, die tragische Enge und Selbstzensur der slowenischen Intellektuellen zu überwinden“.

In ähnlicher Weise wird Giuliana Morandini, die Autorin des biographischen Romans ihrer trientinischen Familie, **I cristalli di Vienna (Die Kristallgläser aus Wien)**, von den Literaturkritikern ihres Landes als die mitteleuropäischste aller italienischen Schriftsteller bezeichnet, und auch sie sieht sich in der Erfüllung einer kulturellen und nicht einer politischen Aufgabe. In einem Interview für die Wiener „Presse“ (23. 6. 1984) widerstellt sie sich allen Versuchen, sie in jene spezifische Nostalgiewelle einzubziehen, und sie sieht ihr schriftstellerisches Wirken ausschließlich auf die Zukunft gerichtet. Auf die mitteleuropäischen Bestrebungen in der rumänischen Literatur wiederum hat niemand geringerer als Eugene Ionesco aufmerksam gemacht („Cross Currents“, 1984, S. 4, 6 u. 7), und in der gleichen Reihe, einer Publikation der University of Michigan, Ann Arbor, veröffentlichte der polnische Nobelpreisträger Czesław Miłosz Auszüge aus seinen Vorlesungen zum Thema „Mitteleuropa“, die er dort gehalten hatte („Cross Currents“, 1986). Auch Miłosz bekennt sich zu diesem utopischen Traumland der Intellektuellen und zieht dessen Grenzen im Osten so weit, als die letzten barocken Kirchenbauten der unierten Christen aus der Landschaft herausragen. Diese sind seiner Meinung nach nicht ausschließlich Denkmäler einer Zwangsumion mit dem Vatikan oder eines Kraftaktes der Polen, sondern Zeichen der sich von der Orthodoxie, von Byzanz lösenden und zu Mitteleuropa entwickelnden geistigen Zugehörigkeit.

In der Literatur, die dieses Mitteleuropa hervorgebracht hat, offenbart sich nach Miłosz die Gemeinsamkeit vor allem in der Weise, daß die Zeit nicht nur als ein Dahinfliessen von Geschehen empfunden wird, sondern als etwas äußerst Dramatisches, erfüllt von ständig sich abwechselnden historischen Veränderungen. So wird auch die Zeit ganz einfach zum wahren Protagonisten der mitteleuropäischen Literatur, und Miłosz erinnert im Zusammenhang damit an Kunderas Romane, wo die handelnden Gestalten immer aus der Zeit heraus agieren. Die Reihe der Beispiele könnte in dieser Hinsicht sicherlich noch endlos ausgeweitet werden. Besonders charakteristisch jedoch für ein solches mitteleuropäisches Zeitgefühl dürfte wohl jene Szene in Miroslav Krležas, des großen kroatischen Schriftstellers, Roman **Povratak Filipa Latinovicza (Die Rückkehr des Filip Latinovicz)** sein, wo Filip, aus Paris wieder in seine pannonische Heimat zurückgekehrt, eine kleine antike Statue betrachtet, die der Kuhhirte Mirko gefunden hatte, als er sich eine Feuerstätte zurechtrichten wollte. Jahrhunderte waren seitdem über Mitteleuropa hinweggegangen und dieser Raum hat niemals selbst Geschichte gemacht, sondern immer nur die Formen jener gewahrt, die geschichtsbildend über ihn hinweg gegangen waren.

Der mitteleuropäische Roman ist in diesen Jahren, die unmittelbar hinter uns liegen, auch wirklich zu einem Begriff geworden. Ilma Rakuša spricht von den „drei großen K-s“ der mitteleuropäischen Literatur, von Kundera, Konrad und Kiš (**Pannonische Inventuren**. In: Bogen 22 1987) und Jules Bernadette schreibt in der französischen Literaturzeitschrift „Cahiers de Sud“ (2 1987): „Mit seinen Themen der Niederlage, der Identitätssuche, des Bestehens auch weiterhin, des Herumirrens, der Entfremdung und der Vertreibung wird der mitteleuropäische Roman, so wie ihn die Tschechen im Exil, Škvorecký und Kundera, der Jugoslawe Danilo Kiš und der Österreicher Thomas Bernhard schreiben, immer mehr zum Gewissen des modernen Romans überhaupt, zum Aufruf an seine Wachsamkeit. Die große Wahrheit, die diese Autoren verkünden, liegt auch unbewußt oft darin, nur an die Vergangenheit zu glauben, an das Morbide, Groteske. Das Gefangensein in der Gegenwart, bedroht durch die beiden Totalitarismen unseres Jahrhunderts, hat mehr als alle anderen mitteleuropäischen Autoren vor allem

Danilo Kiš zu verlebendigen gewußt, eine völlig in Unordnung geratene Welt, bevölkert nur durch die Macht der Erinnerung; deren Zukunft ausschließlich im Wissen besteht, daß es eine solche Zukunft nicht gibt.

Die Erwähnung von Thomas Bernhard ist geradezu ein Schlagwort, an dieser Stelle auch auf die in Österreich üblichen Mitteleuropa-Vorstellungen einzugehen. Denn Mitteleuropa war und bleibt für Österreich vor allem ein Weg zur Selbstfindung. Die Frage stellte sich in ihrer vollen Aktualität unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. Nicht nur die aus der Emigration zurückgekehrten Schriftsteller, wie zum Beispiel Franz Theodor Csokor, oder jene, die wieder aus der inneren Emigration hervortreten konnten, wie Paula von Preradović, sondern auch diejenigen, die sich im Ständestaat der nationalsozialistischen Tarnorganisation des Bundes deutscher Schriftsteller in Österreich angeschlossen hatten, versuchten nun die so notwendige Identität gemeinsam in der Besinnung auf die Vergangenheit, auf das „große Erbe“ zu finden, wobei die Begriffe „Österreich“ und „Mitteleuropa“ einfach als austauschbar vorausgesetzt wurden, ohne daß man dieses Erbe jedoch als einen gemeinsam, mit den anderen Völkern dieses Raumes erworbenen Besitz betrachtet hätte, was wiederum bei diesen Völkern auf kein besonderes Verständnis stoßen konnte. So erlebte Csokors Stück **Der 3. November 1918**, dieses Requiem auf das untergegangene Reich der Habsburger, nur dank offizieller Förderung jeweils eine Aufführung in ungarischer und in polnischer Sprache.

Erst die daraufhin auftretende junge Generation der österreichischen Schriftsteller und Dichter beginnt eine andere Einstellung zu diesem Erbe zu entwickeln. Auf der Suche nach den Wurzeln ihres Seins sieht Ingeborg Bachmann diese in ihrem Gedicht **Böhmen liegt am Meer** in der Verbundenheit mit den Nachbarvölkern, und in der Novelle **Drei Wege zum See** streitet die autobiographisch gezeichnete Elisabeth mit ihrem Vater über die Trottas von Sipolje aus Joseph Roths Romanen. Nicht diejenigen, die ihre Wurzeln vergessen haben und ihre Sprache nicht mehr kannten, waren die idealen Vertreter in der Vergangenheit, sondern diejenigen, die in Sipolje geblieben sind und immer wieder rebellierten. Die wahren Mitteleuropäer demnach als Rebellen, das Aufrührerische als mitteleuropäische Gemeinsamkeit.

So mag Thomas Bernhards Werk, sein Roman **Auslöschung — ein Zerfall** zum Beispiel in Österreich selbst vielleicht wie eine „Vernichtung Mitteleuropas“ empfunden worden sein, als reinster Gegensatz zu Oswald Wieners **Die Verbesserung Mitteleuropas**, da Erzählen — wie man meinte — in diesem Falle nicht mehr die Aufbewahrung der Vergangenheit bedeutete, sondern offensichtlich ihre Vernichtung durch Erzählen. Aber vor al-

lem in den benachbarten Ländern übernahm man nicht, daß in diesem Werk doch über all der Vernichtung letztlich das erzählende Ich, die Individualität triumphierte, daß hier ein im Geiste verwandter Schriftsteller das Wort ergriffen hatte. Einer aus diesen kleinen mitteleuropäischen Völkern, wie Krleža in seinem Roman **Na rubu pameti** (in deutscher Übersetzung **Ohne mich**) abschließend vermerkt, die nichts anderes besitzen als eine Schachtel voll Bleibuchstaben als einzige Waffe, die aber letztlich doch eine mächtige Waffe geblieben ist.

Es gibt nicht den geringsten Zweifel, daß diese Waffe entscheidend auch zu den Umwälzungen beigetragen hat, die sich nun in Mitteleuropa abgespielt haben. Mircea Dinescu hat mit einem seiner Gedichte, in dem er davon sprach, wie Gott sich von den Rumänen abgewandt hat, eine lebensgetreue Stimmung des Volkes zum Ausdruck gebracht und jeder kannte dieser Verse auswendig. Im entscheidenden Augenblick entzündet er dann mit einem neuen Gedicht — „Gott hat sich den Rumänen wieder zugewandt“ — vor dem Fernsehen den allgemeinen Volksaufstand, der zum Sturz des Systems führt. Václav Havel wird verhaftet, enthaftet und über Nacht zum Staatspräsidenten gewählt. Überall sind nun ehemalige Dissidenten in führenden und verantwortungsvollen Stellen.

Werden sie Schriftsteller bleiben? Man könnte sogar die Frage stellen, brauchen diese Länder überhaupt noch Schriftsteller?

Jedenfalls gibt es keinen Samizdat mehr, keine Verlagstätigkeit im Untergrund. Aber es gibt auch keine Subventionen mehr, die literarische Produktion in den ehemaligen Ländern des sozialen Realismus muß sich nun den Marktgesetzen unterordnen. Wir wußten sehr wohl, meint Adam Michnik, ein ehemaliger Dissident und Autor der zuerst in englischer Sprache veröffentlichten Briefe aus dem Danziger Gefängnis (**Letters from the Gdańsk Prison**), wie man für eine freie Marktwirtschaft kämpft, jetzt aber wissen wir nicht, wie man in ihr überleben kann.

Es ist ein sonderbares Bild, das sich dem Betrachter bietet. Allenthalben herrscht ein immenses Nachholbedürfnis. Fast jede Woche werden neue Zeitschriften und private Verlage gegründet. Es handelt sich meistens um Kleinverlage und diese Vielfalt garantiert kurze Durchlaufzeiten, allerdings trotz der relativ hohen Verkaufspreise nicht immer Qualität. Gleichzeitig schießen Schund- und Pornoerzeugnisse wie Pilze aus dem Boden und finden an Straßenständen oder in Unterführungen reißenden Absatz, weit mehr als die vor den Umwälzungen und während der Umwälzungen selbst so gefragte politische Literatur. So steht die ambitionierte Literatur in einem starken Konkurrenzkampf.

Die vorhin regimekritischen Schriftsteller, die einstigen Dissidenten, sind aber

noch immer die Helden des Tages; ihre Bücher, Artikel und Interviews erscheinen bemerkenswert schnell, ebenso die Rezensionen über sie. In der Tschechoslowakei ist dies vor allem Václav Havel, in Ungarn sind es György Konrad, István Försi und György Petri. War noch 1984 die Erwähnung Arthur Koestlers in Ungarn ein Ereignis, das im Ausland so gleich registriert wurde, so sind die Übersetzungen seiner Werke, die er schon lange nicht mehr in ungarischer Sprache schrieb, nun eine Selbstverständlichkeit. Die zumeist in Paris oder in München erscheinenden tschechischen und ungarischen Literaturzeitschriften sind nun auch in Prag und Budapest erhältlich. Ivan Klíma, dessen kritische Theaterstücke in Westeuropa und Amerika zu häufigen Aufführungsehren gelangten, in der Tschechoslowakei selbst aber nur in Abschriften zirkulieren konnten, steht zur Zeit im Mittelpunkt des Prager Literaturlebens.

Zu vermerken ist auch die Vielfalt der Themen. Das grundlegende Thema gilt natürlich der Bewältigung der Vergangenheit. Paul Goma, der Solschenizyn Rumäniens, jahrelang im Gefängnis und zu Zwangsarbeit verurteilt, hat in seinem weltberühmt gewordenen Gefängnisroman **Ostinato** folgenden Ausspruch geprägt, der inzwischen Allgemeingültigkeit erhalten hat: „Verstehen wir uns richtig, wir, die Wächter und Bewachten, sind einander ähnlicher als ihr es wahrhaben wollt; es ist fatal, aber wir bewachen einander gegenseitig, wir sind eure Gefangenen, und ihr seid unsere Wärter — also gehört ihr uns, ihr seid so frei wie wir — ich will sagen, daß die Reaktionen unter bestimmten Gegebenheiten einander ähnlich sind“.

Aber auch außerhalb des Gefängnisses stößt der Mensch immer wieder auf Mauern. So beschreibt der ungarische Schriftsteller Imre Kertész rückblickend in seinem Roman **Flasko** die einzelnen Phasen bis zur endgültigen Ablehnung seines Manuskripts. Ihr Schicksal arbeitet auch Ildikó Sólyom unter einem Titel auf, der ins Deutsche übertragen lauten würde: „Was sich hinter meinem Lächeln versteckt“. Sie ist Schauspielerin und die Tochter des im Zuge eines Schauprozesses hingerichteten Generalleutnants László Sólyom. Der Vater wurde zwar rehabilitiert, aber die Rehabilitation eigentlich niemals vollzogen, und so spielt sich das ganze Leben der Autorin hinter einem schmerhaft gekünsteltem Lächeln ab.

Ein sehr frequentiertes Thema ist die autobiographisch motivierte Befindlichkeit junger Intellektueller in diesen Ländern in den vergangenen Jahrzehnten, wobei nicht nur die unvermeidlichen Gemeinsamkeiten, sondern auch die Rolle des Alkohols als Droge im Leben dieser damals Jugendlichen ins Auge fällt. Vom System verborgene Laster werden offenkundig und es sind ausgezeichnete Soziographien, die geboten werden. Bei diesen Autoren — Zsolt Csalog, Dénes Csengey,

Ferenc Temesi und Péter Szentmihály Szabó — ist die Tendenz zur Selbstvernichtung ein zentrales Thema. Diese Werke sind wertvolle Belege der seelischen und geistigen Lage einer Zeit und einer Generation.

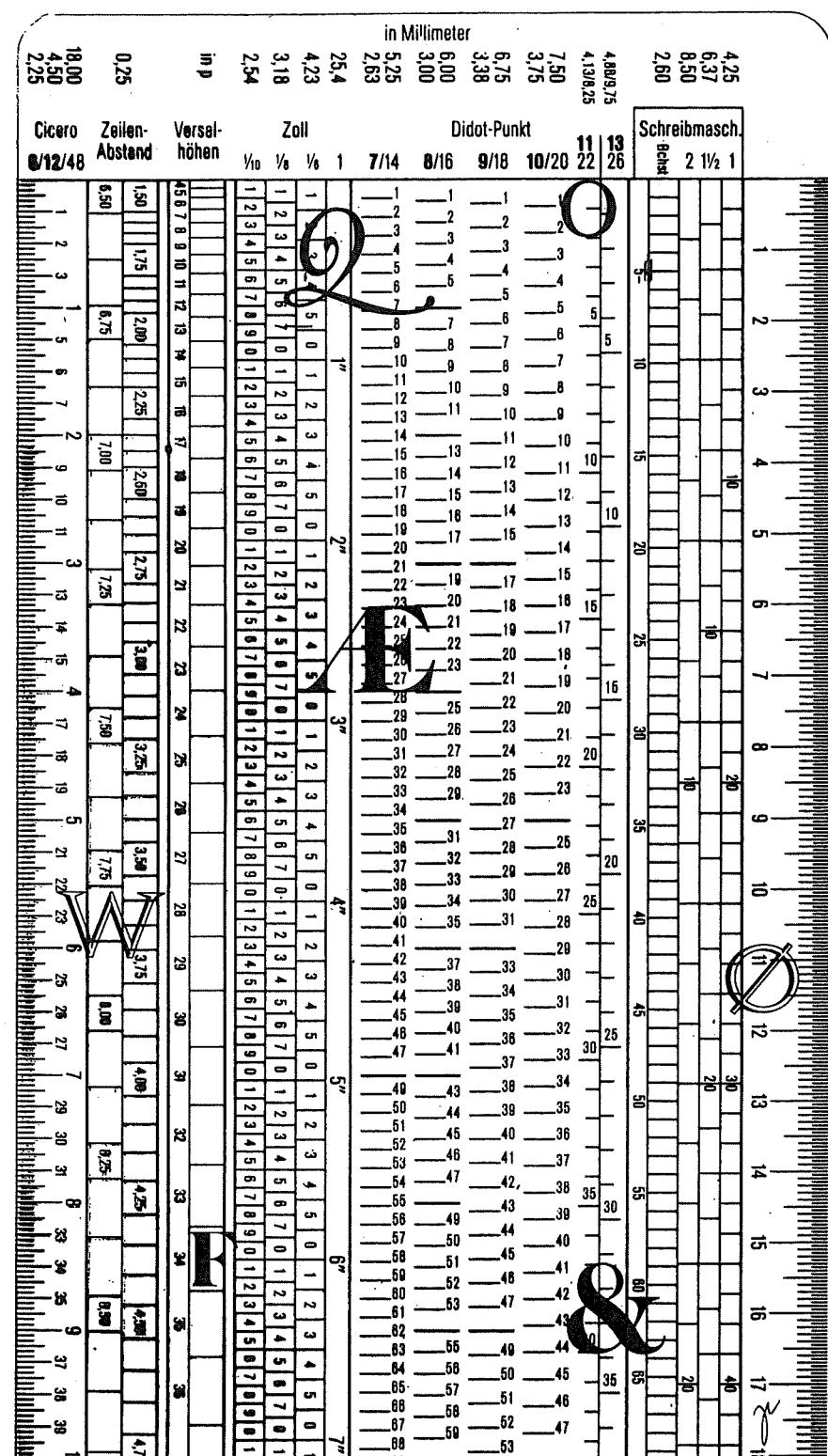
Daß sie sich Mitteleuropa verbunden fühlten, zeigen die Erzählungen und Kurzromane von Miklós Mészöly, der das Vorbild dieser jüngeren Schriftstellergeneration ist und eine repräsentative Auswahl seiner Werke aus fünfunddreißig Jahren unter dem Titel herausgab, der das letzte Wort in deutscher Sprache bewahrt, nämlich: **Es war einmal ein Mitteleuropa.** Reale Gestalten und Erscheinungen sind Teile seiner persönlichen Mythologie, zusammengestellt vorerst in seiner südungarischen Heimatstadt und dann immer weiter sich ausdehnend zu einer mitteleuropäischen Heimat. Der Untertitel „Variationen auf die schöne Hoffnungslosigkeit“ weist auf die Stellung hin, die den Menschen dieses Raumes von der Geschichte her zugeteilt wurde, ein seit Jahrhunderten heroisches, um die Existenz bemühtes Sein: „Wir müssen ohne Sicherheitsnetz auskommen. Das Wagnis und die Schönheit des Wagnisses sind unser Los, Hoffnungslosigkeit eng verflochten mit Hoffnung, eine Hoffnung, die wir uns von Augenblick zu Augenblick neu erschaffen. Für uns sind weder Sicherheit noch Hoffnung oder Hoffnungslosigkeit endgültig“.

Aber auch Mészöly ist zu diesem Zeitpunkt noch vollauf mit Aufgaben überladen, die den Schriftstellern aus der gewaltigen Umwälzung erwachsen sind. Auch für ihn gilt, was Eva Kanturková, seine tschechische Kollegin sagt. Die Autorin von vielgelesenen Romanen und Novellen, deren Gesamtauflage 1971 eingestampft wurde (eines der vernichteten Bücher trug den bezeichnenden Titel **Nulový bod — Der Nullpunkt**), die aus ihrer Haft Erfahrung mit **Přítelkyně z domu smutku** (**Die Freundinnen aus dem Haus der Trauer**) auch eines der schönsten Beispiele von Frauenliteratur in der modernen tschechischen Belletristik verfaßt hat, gesteht nun: „Die praktischen Forderungen der Umwandlung überwiegen und lassen uns keine Chance, darüber nachzudenken, was mit uns geschieht. Aber in Zukunft möchte ich doch nur Autorin sein“. Vielleicht — so könnte man womöglich hinzufügen — ist eine solche Unterbrechung sogar nützlich, um die notwendige Distanz zu den Ereignissen zu finden und jede persönliche Abrechnung zu vermeiden.

Nach all dem, was sich in diesem Raum in allerletzter Zeit ereignet hat, erklärt György Konrad: „Wir haben bewiesen, wie stark die Macht des Geistes ist. Mitteleuropa wird auch weiterhin unsere große Aufgabe bleiben“. Aber auch Mitteleuropa wird seine Schriftsteller unter den veränderten Verhältnissen wohl ebenso wie bisher benötigen. Nach vierzig Jahren ist der Weg zur Demokratie nicht leicht, und auch in der Demokratie birgt

der Dienst an der Wahrheit, wenn er mit der Macht verbunden ist, Gefahren in sich. Viele nun neue soziale Probleme und völlig vernachlässigte Fragen des Umweltschutzes, vor allem aber die brennenden nationalen Konflikte werden eine verstärkte Aufmerksamkeit auch als literarische Themen erfordern. Ganz besonders werden die Schriftsteller dieser Länder darauf beharren müssen, nicht in jene marginale Position abgedrängt zu werden, die ihnen von der Konsumgesellschaft bestimmt ist. Das Mißgeschick, das die Vision von Marx erlitten hat, dürfte zudem nicht zur Ablehnung jeder Art von Vision führen. Im Gegenteil, vielleicht ist die Sorge um die Gesell-

schaft, um die Kultur und um die Zukunft der Menschheit in einem Zeitabschnitt, in dem die Fortschrittsidee aus dem vorigen Jahrhundert sich ausgelebt hat und die kommunistische Ideologie völlig auseinandergefallen ist, noch viel notwendiger als bisher. Es bleibt zu hoffen, daß sich die mitteleuropäischen Schriftsteller schon allein im Bewußtsein ihrer Tradition auch unter den veränderten Bedingungen um neue Formen zwischenmenschlicher Beziehungen bemühen werden, die nicht mehr auf einer Utopie beruhen müssen, sondern sich aus den vielfachen Entwicklungsmöglichkeiten einer freien Gesellschaft ergeben.



# WIEVIEL WESTEN BRAUCHT DER OSTEN?

**B**estimmte Arten von „Tourismus“ von West nach Ost gibt es schon seit längerem:

- Kultur-Funktionärsreisen, aber auch Reisen Kulturschaffender im TRIGON-Raum.
- Kulturverband Südmark, die deutsche Nation und ihre Bastionen.
- Katholiken, Solidaritätskundgebungen und -aktionen.
- Aber auch: Mülltourismus, der Osten als Abfallkübel.
- Konsum-Tourismus.
- usw.

Nun sind die Türen offen, man darf annehmen, daß auch viele Österreicher nicht bloß vom Helfersyndrom, aber auch von Neugierde im besten Sinne getrieben, als Kundschafter, aber auch als Botschafter unterwegs sein werden.

Welche Botschaften haben sie mit?

Was haben wir zu bieten?

Wieviel Westen braucht der Osten?

Auf jeden Fall wird — meist unbewußt

— sehr oft die Nachricht transportiert: „Uns geht es gut? Uns geht es besser als Euch!“

— Mit dem Auto, dem Sweatshirt und seinen Aufschriften, dem Toilettebeutel im Hotel-Badezimmer, unserem Verhalten in der Öffentlichkeit, mit der Foto- und nun auch Videokamera, mit unseren Bäuchen.

— Auch Fernsehen und Hörfunk, von hier aus gesendet und dort immer öfter empfangen, schicken Botschaften von Luxus, Wohlstand, sozialer Sicherheit, wirtschaftlichem Wachstum, aber auch Botschaften von schlechender Umweltbedrohung, kultureller Verflachung, Politikverdrossenheit, sind Nachrichten, Botschaften, möglicherweise sogar „Infektionen?“

Wenngleich inzwischen auch bei uns ins öffentliche Bewußtsein gedrungen ist, daß

— Umweltverschmutzung in den Industrievieren des „Ostblocks“ viel brutaler und unkontrollierter stattfindet als bei uns, siehe die Verstrahlung durch AKW, die Flüsse in der DDR, den Wald im Erzgebirge, die Luft in Krakau und anderswo;

— es keine Informationen über aktuelle Kunst und ihre Entwicklung im Westen gab und Berichte über unkonventionelle Strömungen, nicht-anangepaßte Kunst und Künstler unterdrückt wurden,

— Kulturaustauschprogramme mehrheitlich auf offizieller Funktionärsbene stattfanden und weniger via gemeinschaftlicher Projekte der kulturschaffenden und produzierenden KünstlerInnen selbst,

— Demokratie in den Untergrund oder hinter Mauern gedrängt, verbannt oder gar jeder Ansatz im Keim erstickt worden war.

Zu sehen ist aber auch, daß beim täglichen Konsum des üppigen Festtagsmähles bei uns im Westen auch die Gefahr des Überfressens steckt, für die bereits dicken Bäuche einerseits wie auch jene, die es nicht gewohnt sind, gut zu essen und sich nun anschicken, sich an den großen Tisch zu setzen, andererseits. Unsere Nachbarn im Osten sollten selbst entscheiden, was sie von uns lernen wollen — es wird recht viel sein, aber sie sollten wenig nachmachen.

Wir Westler sollten im Osten Nachbarschaftshilfe leisten statt Almosen verteilen, know-how vermitteln statt belehren — im Grundsätzlichen und Politischen sowie im individuellen und tagtäglichen Verhalten. Solidarität, nicht Überheblichkeit ist gefragt.

„Osteuropa sanieren?“ „Ja, aber nicht mit grandiosen Initiativen, nicht mit groß angelegten europäischen Architektur-Entwürfen sondern durch eine behutsame, stetige Ausweitung der Prozesse der westlichen Zusammenarbeit nach Osten“ (aus „Die Zeit“ Nummer 3 von 12. 1. 1990: „Im Osten lockt kein Eldorado“).

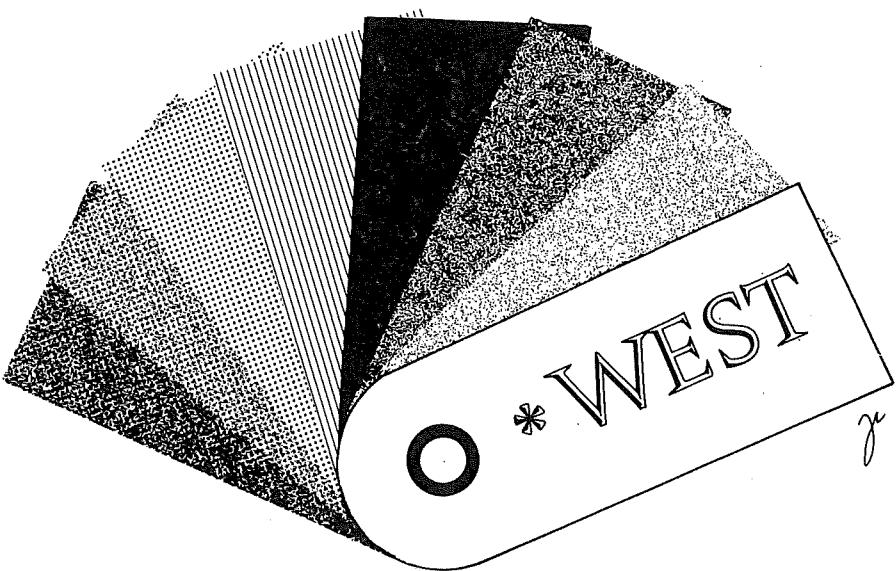
Der Osten braucht den Westen — keine Frage! Er muß selbst entscheiden, wieviel davon.

Der Westen braucht den Osten! Nicht nur als neuen Markt!

Wir können einiges lernen, wenn wir die Augen und Ohren, aber auch die Herzen offenhalten — in diesem Sinne ist touristische Neugier durchaus am Platze und auf diesem Wege wird uns unsere eigene kulturelle Identität bewußter — indem wir andere Kulturen auf friedlichem Wege wieder Kennenlernen.

Es gilt die Mauern abzubauen, auch in unseren Köpfen und Herzen. Denn die Phänomene des Nationalismus, der konfliktreich in den Mehrvölkerstaaten Sowjetunion, Jugoslawien, Rumänien und auch CSFR wiederentsteht, gibt es auch bei uns — sie äußern sich in Form von Fremdenhaß, wir sind nicht frei davon! Die großen Veränderungen in unseren Nachbarländern sind zu einem guten Teil von Intellektuellen, Literaten, Künstlern, Medienmachern — Kopfarbeitern eben — vorbereitet und getragen worden. Die Dynamik der Veränderungen jedoch kommt aus den Bäuchen — die breite Masse wünscht höheren, westlichen Lebensstandard. Es könnte ein Kampf „Bäuche gegen Köpfe“ werden, denn der höhere Lebensstandard läßt auf sich warten, ja sinkt vorerst sogar.

Wo bleiben die Herzen? Einmal mehr liegt die Chance bei der Jugend, deren Emotion — sofern sie nicht mißbraucht wird — auf ein pluralistisches, multikulturelles Mitteleuropa in Demokratie und Freiheit hoffen läßt.



# WIE MEDIEN DAS NEUE EUROPA VERDERBEN ODER FÖRDERN KÖNNEN

Was war das für eine Euphorie, als im Vorjahr der Eiserne Vorhang zwischen Ungarn und Österreich fiel, als die „sanfte Revolution“ in der Tschechoslowakei und in der DDR siegte, als sogar über Nacht die Berliner Mauer zerbrach. Heute ist dieser Überschwang durch Gefühle der Angst und der Bedrohung abgelöst. Der Zusammenbruch der Wirtschaft in den osteuropäischen Ländern, die nun wieder auftretenden Nationalitätenkonflikte, die Zuwanderung zehntausender Arbeitssuchender aus dem Osten — all diese Probleme haben zu einem radikalen Umschwung der Stimmung im Westen geführt. Zusätzlich verschärft wird diese Situation durch die Politik bestimmter Parteien, durch die Berichterstattung bestimmter Zeitungen, die aus den Angstgefühlen breiter Bevölkerungsschichten bedenkenlos Kapitalschlagen, Aufmachertitel wie „Österreich darf nicht Flüchtlingslager für ganz Europa werden“, „Jetzt droht Österreich eine Invasion von arbeitslosen Polen!“ oder „Drei Millionen Russen auf Arbeitssuche in den Westen“, wie sie in einer einschlägig bekannten österreichischen Zeitung erschienen, sind Signale der Stimmungsmache, ja der Hetze, die da ganz bewußt betrieben wird.

64

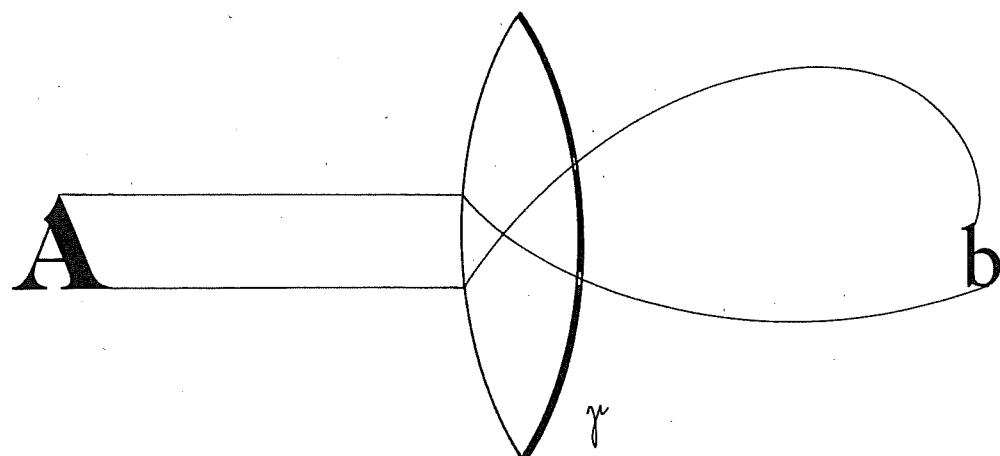
Auf einer solchen Grundlage, die von Brunnenvergiftung und systematischer Pflege antiquierter Vorurteile bestimmt wird, ist ein neues Europabewußtsein, das alle alten Grenzen überwindet, nur unter größten Schwierigkeiten herzustellen. Trotzdem gibt es auch Hoffnungspunkte, so etwa die heftige innerösterreichische Diskussion um die Massenausweisung von 7000 rumänischen Flüchtlingen, die ebenfalls durch die einseitige Be-

richterstattung einer bestimmten Zeitung publizistisch aufbereitet worden ist, die aber dann auf den energischen Widerspruch anderer Medien in Österreich stieß. Binnen kurzer Zeit zeigte sich, daß auch eine solche Ausländerhetze ihre Grenzen hat, wenn nur entschieden genug andere Standpunkte artikuliert werden, und wenn es auf allen Ebenen Menschen gibt, die derartiger Demagogie ein entschiedenes „bis hierher und nicht weiter“ entgegensemten. Offenkundig ist es eine besondere Aufgabe verantwortungsbewußter Medien, in der gegenwärtigen Zeitstunde eine solche Rolle zu spielen. Den Medien fällt außerdem die schwierige Aufgabe zu, inmitten des psychologischen Rückschlages, den wir alle erleben, die Chancen eines neuen und größeren Europas überzeugend darzustellen. Dazu gehört eine möglichst umfassende Information über das, was in unseren Nachbarländern vor sich geht, und eine Deutung der großen Entwicklungslinien, denen wir uns jetzt gegenübersehen. Viel wird aber auch davon abhängen, inwieweit den Menschen in West und Ost die Widersprüche klargemacht werden können, in denen wir uns nun, nach dem Ende der gewaltigen Teilung Europas, gegenwärtig befinden:

1) Während im Westen nach dem Zweiten Weltkrieg durch zähe und geduldige Bemühungen die Bedeutung des Nationalstaates relativiert und die westeuropäische Integration mit großen wirtschaftlichen Erfolgen vorangetrieben werden konnte, sind im Osten nach der Pleite des Kommunismus die Nationen als einziger Baustein für den Wiederaufbau übriggeblieben. Dieses widersprüchliche Phänomen führt zu großen Mißverständnissen

zwischen West und Ost. Denn während den Völkern im Osten nach 50 oder gar 70 Jahren brutaler Unterdrückung gar nichts anderes übrigbleibt, als jetzt die Wiedergewinnung ihrer nationalen Identität zu versuchen, unterschiebt man im Westen derartigen Bemühungen nur allzu leicht „nationalistische“ Zielsetzungen. Nun besteht gar kein Zweifel, daß das Streben nach nationaler Identität im Osten auch zu einem Ausbruch von Nationalismus, ja Chauvinismus führt, aber der Wunsch kleiner Völker wie der Slowenen, der Kroaten, der Letten, der Litauer, der Esten oder Slowaken wird nicht unbesehnen als „nationalistisch“ verteufelt werden dürfen. Dies geschieht im Westen nicht selten deshalb, weil sich die offizielle Politik nicht weniger westlicher Staaten auf die Erhaltung des status quo eingeschworen hat und daher gar nicht einsehen will, daß künstliche Erfindungen wie jene des sowjetischen, des jugoslawischen oder des tschechischen Volkes, die es nie gegeben hat, jetzt auseinanderfallen. Gerade in den Medien werden Mißverständnisse über diese Entwicklungen gefördert, wenn sie nicht die historischen, gesellschaftlichen und sozialen Hintergründe aufzeigen, und die gegenwärtig sichtbar werdenden Tendenzen besser zu differenzieren versuchen.

2) Im Westen ist das kapitalistische System durch die Herausbildung einer sozialen Marktwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg weitgehend „gezähmt“ worden. Vielfältige soziale Sicherungen geben den Menschen im Westen Schutz vor den negativen Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaftsform. Im Osten hingegen kommt es jetzt, nach dem



Bankrott des Kommunismus, zur Wiederbelebung eines im Westen bereits längst überwundenen brutalen Manchester-Kapitalismus, der keine sozialen Rücksichten kennt. Nicht wenige Konzerne und Unternehmungen westlicher Länder beteiligen sich an dieser Entwicklung, indem sie in ostmitteleuropäischen Ländern zu Spottpreisen alles zusammenrammischen, was Gewinn verspricht. Die Entwicklungen in der ungarischen Medienszene sind ein besonders krasses Beispiel dafür. Jene Medien im Westen, die sich an diesem Wettlauf nicht beteiligt haben, sollten ein wirksameres kritisches Korrektiv gegenüber dieser besorgniserregenden Entwicklung sein.

3) Im Westen hat sich die katholische Kirche in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg den Allianzen mit christlichen Parteien weitgehend entzogen. Damit konnte die Kirche in zahlreichen westeuropäischen Ländern eine neue Integrationskraft gewinnen. Im Osten hingegen besteht die akute Versuchung, nach dem Wegfall des kommunistischen Systems die alten Allianzen zwischen der katholischen Kirche und neugegründeten christdemokratischen Parteien wieder aufzunehmen. Damit begibt sich die Kirche in diesen Ländern in die Gefahr, in ein neues Ghetto hineinzugeraten, nachdem sie sich eben aus jenem Ghetto befreit hat, in das sie durch den kommunistischen Terror hineingezwungen wurde. Traditionalistische katholische Kreise im Westen, auch bei uns in Österreich, verstärken in bedauerlicher Kurzsichtigkeit die Katholiken im Osten zu einem solchen Kurs. Es wäre eine wichtige Aufgabe für Medien in West und Ost, in diese Zusammenhänge stärker hineinzuleuchten, um eine Entwicklung zu verhindern, die unter Umständen zu einer neuen Kultukampfatmosphäre in den vom Kommunismus befreiten Ländern führen könnte.

4) Im Osten überwiegt nach wie vor eine oft übertriebene Hoffnung auf die Vorzüge des westlichen Systems. Dadurch kommt es zu einer Massenwanderung von Arbeitssuchenden von Ost nach West. Im Westen hingegen ist gerade durch die Angst vor einer solchen neuen Völkerwanderung für nicht wenige Menschen ein Schockerlebnis eingetreten. So klatschte man bei uns in Österreich wohl begeistert Beifall, als das KP-System zusammenkrachte, aber mit den Sorgen und Problemen der in diesen Ländern lebenden Menschen will man nicht allzu haunah befaßt werden. Das gilt nicht nur für Österreich, das gilt für alle westlichen Länder. Die Einführung der Visumpflicht in Österreich für Bürger östlicher Nachbarstaaten und der Einsatz des Bundesheeres an der österreichisch-ungarischen Grenze sind Beispiele für die politischen Konsequenzen solcher Angstgefühle. Plastisch hat der ungarische Ministerpräsident Jozef Antal davon gesprochen, daß an Stelle des Eisernen Vorhangs nunmehr eine „Wohlstandsmauer“ zwischen West und Ost errichtet wird. Medien, die ein großes, gemeinsames Europa wollen, werden sich solchen Entwicklungen mit

aller Kraft entgegenstemmen müssen. 5) Das neue Europa beruht vor allem auf der Versöhnung zwischen Deutschen und Franzosen, die schon bald nach Ende des Zweiten Weltkrieges von weitsichtigen deutschen und französischen Politikern in Gang gesetzt wurde. Jetzt, nach der Befreiung der osteuropäischen Länder aus dem Joch einer bürokratischen Diktatur, ist es an der Zeit, ähnliche Zeichen und Akte der Versöhnung zwischen Österreichern und Tschechen, zwischen Slowenen und Österreichern, zwischen Tschechen und Deutschen, zwischen Deutschen und Polen zu setzen. Dabei muß es zu einer gemeinsamen Aufarbeitung der tragischen Geschichte dieser benachbarten Völker, zu einer Revision der Lehrbücher, zu einem großzügigen Jugendaustausch kommen. Das alles wird nicht Wirklichkeit werden, wenn sich nicht viele Journalisten in zahlreichen Medien für derartige Ideen engagieren. Und alle Bemühungen werden langfristig erfolglos bleiben, wenn es nicht endlich zu einem großen gemeinsamen europäischen Aufbauwerk mit westlicher Hilfe für die vom Kommunismus befreiten Länder und Völker kommt. Westeuropa hätte seinen Wiederaufbau nicht in dieser Weise bewältigen können, hätten nicht die Ameri-

kaner nach 1945 durch das Instrument des Marshall-Planes die Initialzündung gegeben. Es ist eine Dankesschuld der Westeuropäer, daß sie sich jetzt zu einem solchen großen, gemeinsamen Aufbauwerk zugunsten der Völker im Osten zusammenschließen. Damit ist nicht nur eine Lebensmittelhilfe in akuten Notsituationen für die Sowjetunion oder andere Gebiete im Osten gemeint, sondern es muß zu einer solidarischen Kraftanstrengung zum systematischen Wiederaufbau der Ökonomie in den osteuropäischen Ländern kommen. Dazu bedarf es eines neuen Marshall-Planes, der aber nur dann zustande kommen wird, wenn sich die Medien in allen Bereichen für ein derartiges Unternehmen nachdrücklich aussprechen.

Erst dann, wenn es zu solchen konkreten Ergebnissen und Initiativen kommt, wird man von einem neuen Europabewußtsein sprechen können. Bis dahin, so steht zu befürchten, bleiben derartige Floskeln und Parolen nur auf dem Papier. Es wird einer intensiven Bewußtseinsbildung durch Medien und eines langen Atems bedürfen, wenn das, was Sonntagsreden das „große gemeinsame europäische Haus“ nennen, in die politische Praxis umgesetzt werden soll.

A

A

A

A

# MITTELEUROPA ALS ÜBERSETZUNGSPROBLEM

Wer sich daran macht, von einem Problem zu sprechen, erzeugt oft, ob er will oder nicht, den Eindruck, er habe es, zumindest für sich, gelöst.

Als dürfte niemand, der es nicht besser als andere wisse, als alle anderen im Grund, sich zu einer Sache zu Wort melden. Doch der Sinn einer Auseinandersetzung kann nicht nur sein, daß sich eine Überzeugung durchsetzt; daß eine Seite sich gegen eine andere oder alle anderen behauptet; oder daß beide Seiten von ihrem Standpunkt und der eigenen Sicht abrücken zugunsten eines gemeinsamen Dritten. Hier soll freilich weder der Kompromiß als praktikabler Lösungsweg diskreditiert werden, noch die Tatsache in Abrede gestellt, daß sich in mancher Diskussion eine Auffassung als die für die Allgemeinheit oder zumindest Mehrheit angemessenste erweisen kann.

Das ist nicht der Ort, die Art und Weise demokratischer Meinungsbildung und -findung zu kritisieren. Dennoch bringen uns alle bisher nur angerissenen Probleme immer näher hin zum Kern unseres Themas.

Doch in diesem Kern soll die Rede sein, von Übertragung und Übertragbarkeit. Eine einzige Sicht wird hier näher beschrieben. Über ihre Übertragbarkeit und Allgemeingültigkeit zu befinden, bleibt dem einzelnen überlassen.

Gern werden historische Zusammenhänge bemüht, um den Begriff „Mitteleuropa“ mit Sinn zu erfüllen. Nicht endenwollende Diskussionen führen einerseits zu einer Begriffserweiterung, zu Verwässerung und Nebelhaftigkeit, zu einer in sich widersprüchlichen Vieldeutigkeit andererseits.

Ein leichtes wäre es, den Begriff eines „Vermittteleuropa“ in die Welt zu setzen und so einen weiteren Beitrag zur allgemeinen Begriffsverwirrung zu leisten.

Die Zahl der Definitionsversuche ist Legion: neben geschichtlichen Grenzen werden religiöse Gemeinsamkeiten bemüht, Peter Handke sieht vor seinem geistigen Auge nur die Wetterkarte und meint, sein Begriff von Mitteleuropa sei ein rein meteorologischer.

Tatsache ist und bleibt, daß der Wunsch nach Zusammenhang besteht. Milan Kunderas Essay „Die Tragödie Mitteleuropas“, Karl Schwarzenberg als tschechoslowakischer Minister, Otto von Habsburg als Präsidentschaftskandidatenanwärter in Ungarn und die Benennung einer Straße in Budapest nach der österreichischen Kaiserin Elisabeth. Sehen die einen überall Anzeichen einer k. u. k. Restauration oder zumindest Nostalgie,

erwachen allenthalben nationale Regungen und Resentiments.

Der Wunsch nach Gemeinsamkeit besteht, nicht nach einem Zusammenschluß. Und die Unterschiede zwischen den ehemals kommunistischen Staaten und dem Westen haben sich seit dem 2. Weltkrieg zu Gegensätzen ausgewachsen. Die Aufgabe des Übersetzers ist angesichts solcher Unterschiede beleibe keine bloß sprachmittlerische. Selbst Zweisprachigkeit kann auch nur zwei Welten nie zur Gänze fassen.

Sogar Wörter und Begriffe innerhalb einer Sprache können, wie es George Orwell schon 1948 in seinem Roman „1984“ beschrieb, ihre Bedeutung verändern, man denke da nur an die Ost- und die Westvariante des Deutschen.

Um wieviel schwieriger ist es, Verständigung zu ermöglichen und zu gewährleisten, wo zu manchen Begriffen keine Bezeichnungen existieren. Hat denn z.B. das Slowenische wirklich keinen Begriff von „Leistung“? Der Sachverhalt muß bisher jedenfalls mit Fremdwörtern ausgedrückt oder langwierig umschrieben werden, was überhaupt ein Charakteristikum der jugoslawischen Selbstverwaltungsterminologie war: „Akumulation“ meint „Gewinn“, „Basisorganisation der vereinigten Arbeit“ „Betrieb“ usw.

Es kommt der Verdacht auf, es seien mit Hilfe der Sprache die Geister bewußt verwirrt worden. Natürlich finden verschiedene Gesellschaftssysteme notwendigerweise auch im Bereich der Sprache ihren Niederschlag. Vieles an systembedingten Verständigungsbarrieren wird mit den neuen Gesellschaftsordnungen wohl verschwinden.

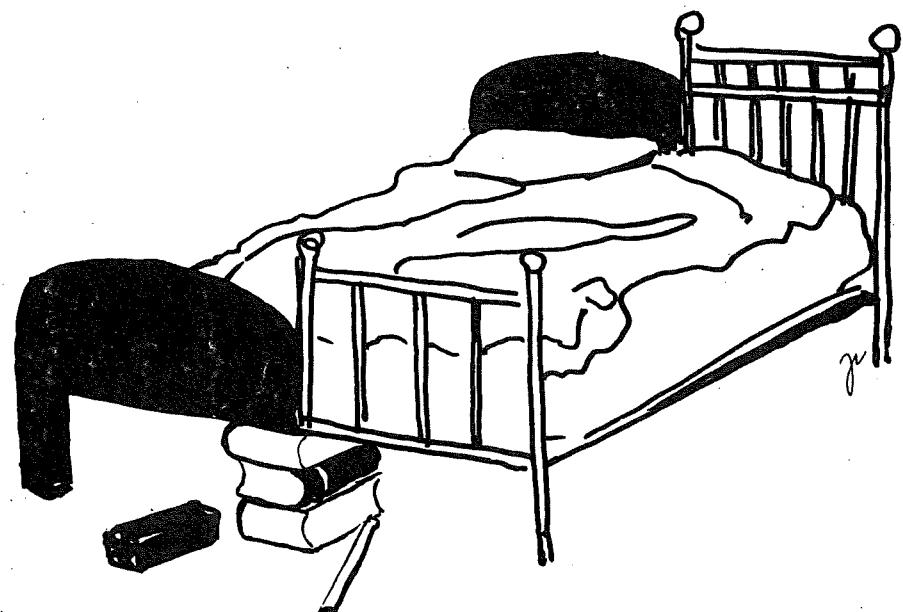
Ein anderes Problem ist die Sprachkenntnis selbst. Mit dem Selbstverständnis, eine Welt- und Kultursprache zu sein und einer beträchtlichen wirtschaftlichen Macht im Hintergrund will das Deutsche auch von den nichtdeutschsprachigen Mitteleuropäern gesprochen werden.

Doch vieles läßt sich nicht übertragen, läßt sich auf Deutsch nicht sagen, erklären, verstehen.

Ein Mittler ist immer jemand der auch zwischen Personen steht. Daher auch die Vorbehalte gegen ein „Vermittel“ und „Mittlereuropa“. Was nicht bloß eine Einladung sein soll, die mitteleuropäischen Sprachen zu erlernen, sich mit ihnen wenigstens auseinanderzusetzen.

Nicht das Übersetzen ist das Hauptproblem, sondern die Übersetzung. Das Dazwischen. Das Sprachliche ist nur die Spitze des Eisbergs, das sichtbarste oberste Siebentel. Der Übersetzer wünscht sich überflüssig zu sein.

Diese Utopie heißt „Unmitteleuropa“.



# REISEN: DIE AUSSENPOLITIK DER „KLEINEN LEUTE“?

## Auswirkungen des Reisens auf ein politisches System\*

### 1. Reisen als Möglichkeit eines Weges der internationalen Verständigung.

Reisen ist gut. Ein jeder kennt die Dialektik, die Spannung zwischen Garten und Landstraße, zwischen Heimweh und Fernweh. Schiller schrieb: „Die schönsten Träume von Freiheit werden in den Kerkern geträumt.“ Den stärksten Wunsch nach Freizügigkeit haben Leute, die keinen Paß haben. Die DDR-Bürger könnten davon lange erzählen. Aber wo hin soll unser Weg führen, wenn das große Abenteuer beginnt? Wenn wir Frieden und Versöhnung der Nationen wollen, sollten wir nach jenen Ländern fahren, denen gegenüber wir Vorurteile haben. Die Deutschen in die Türkei, die Rumänen nach Ungarn, die Amerikaner in die Sowjetunion. Wenn viele ein fremdes Land als Touristen kennenlernen, werden sie als Soldaten nicht einmarschieren wollen. Sie werden dann die gut bekannten Städte nicht vernichten wollen, die einheimischen Bekannten und Freunde nicht töten wollen. Wir müssen nun lernen, daß Verstehen wollen dem Urteil vorausgehen soll. Die Menschen reisen immer selbstverständlicher in der Welt herum. Viele arbeiten im Ausland bei internationalen Organisationen, bei multinationalen Firmen, an Universitäten... Das bringt noch mehr Erfahrungen, weil man sich vom Alltag der Einheimischen nicht isoliert. Die Jugendlichen kennen andere Lebensformen, lernen fremde Sprachen, kommen überall zurecht. Sie wissen mehr über die Welt (und von sich selbst?) als ihre Opas, sie fühlen sich nicht angezogen von den Lösungen der pathetischen nationalen Ideologien, sie sind neugierig auf die Welt, die für sie nicht mehr riesengroß und feindlich ist. Sie sind die großen Entfernung gewohnt. Das Flugzeug ist für sie wie der Zug für ihre Väter. In den kleinen Kneipen sitzen die Söhne der verschiedenen Nationen am Tisch freundlich nebeneinander. Sie fühlen sich hier miteinander besser als in den Bunkern gegeneinander. Diese jungen Leute, diese Wanderer, sind die Zunftgesellen der modernen Zeit. Auch das Mittelalter hat die nationale Romantik noch nicht gekannt. Sie wurde erst im 14. Jahrhundert von den nationalen Eliten geschaffen.

Wenn wir ein paar Monate in einem anderen Land, in einer anderen Kultur weilen, werden wir begreifen, daß es auch andere Werte gibt als die uns bisher bekannten.

Ich ermutige jeden dazu, durch fremde Länder zu trampen. Sie werden dann auch Ungarn mit neuen Augen sehen. Ich denke, wenn jetzt viele Ungarn in die Welt reisen, entdecken sie neue Zusammenhänge und Relationen. Sie werden Werte entdecken, die für das Mensch-Sein vielleicht wichtiger sind als die Werte der modernen Industriegesellschaften. Sie können den abendländischen Horizont im Denken überwinden lernen, denn wir sehen die Welt auch heute noch aus eurozentrischer Perspektive, und das sind die Wurzeln für Intoleranz und nationale Überheblichkeit. So wie wir leben, halten wir es immer noch für die einzige denkbare Form des Daseins.

Das Kennenlernen unterschiedlicher Kulturen erweitert den Blick der Menschen, macht sie aufgeschlossener. Bei den Großmächten hat ihre Größe, ihr Übergewicht dazu geführt, daß sie andere Länder geringsschätzen und sie nicht als gleichberechtigte Partner behandeln. Jetzt müssen aber langsam sogar die Supermächte vom hohen Roß absteigen. Bei den kleinen Staaten war es eher umgekehrt. Sie hatten Minderwertigkeitsgefühle in Ostmitteleuropa und kompensierte sie mit den Ideologien des romantischen Antikapitalismus. Sie hatten einen Mangel an Selbstsicherheit. Sie fühlten sich ständig bedroht und eingekreist, von den Türken und den Habsburgern, vom Pangermanismus und Panslawismus, sie glaubten, sich permanent verteidigen zu müssen.

Ein häufiger Fehler vieler Touristen ist, daß sie auch ihr soziales Umfeld mit exportieren wollen. Sie sind nicht auf Reisen, sie sind im Urlaub, dessen Zweck die Wiederherstellung der Arbeitskraft und das Genießen ist. Was nimmt ein Engländer von seinem Urlaubsland auf, wenn er mit seiner Küche, seinen Bars und seinem Golfplatz eine typisch englische Atmosphäre um sich herum schafft und sich von den Einheimischen abschirmt. Das ist immer noch der Stil der Kolonialzeiten in Indien.

Reisen hat dann einen wirklichen Sinn, wenn man auch geistig und psychisch erneuert heimkehrt, wenn man sich in Gesprächen mit Fremden bildet, denn das ist doch das Schönste am Reisen: Menschen mit anderen Anschauungen kennenzulernen. So erschließt man sich fremde Kulturen.

Nichtreisen kann gefährlich sein. Eine Folge ist der Provinzialismus, die Ausländerfeindlichkeit, die Xenophobie, die zur

Überheblichkeit, zur Überbewertung der eigenen Nation führt. Dieses Phänomen ist vor allem für die großen Nationen charakteristisch: „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“, oder die aggressive, rücksichtslose, verständnislose Verbreitung des „american way of life“, oder die Ideen der Slawophilen über die welt-erlösende Mission der Russen, die viele Ähnlichkeiten mit den Bolschewiken zeigten.

### 2. Ungarns Weg von der geschlossenen Gesellschaft in die offene Gesellschaft

Nach der kommunistischen Machtergreifung trennte man uns von dem europäischen Kontaktssystem, von den internationalen ökonomischen und politischen Institutionen und Ungarn driftete in Richtung asiatische Formation. Die Kommunisten wollten nicht nur die Hände fesseln, sondern auch das Denken verführen. Die Voraussetzung dafür war, eine tabula rasa zu machen oder wie es in der Internationalen heißt, die Vergangenheit endgültig zu vernichten, und wo sie scheiterten, wurden die Überlieferungen der Kultur, Religion usw. als schädliche Überbleibsel beschimpft. Es war ein außerordentliches Verdienst, wenn man als Mitglied einer Reisegruppe in ein sozialistisches Land reisen durfte. Die Entspannung kam erst im Sommer 1955. Die Reisepaßanträge wurden nicht mehr vom Innenministerium (sprich Staatssicherheit) bearbeitet, sondern vom Reisebüro. Der Eiserne Vorhang, der bisher aus beiden Richtungen schwer durchgehbar war, bekam die ersten Löcher. 1956 überstieg die Zahl der ins Ausland Reisenden zum ersten Mal den Touristenverkehr des letzten Friedensjahres 1938. Früher durfte man privat kaum in die sozialistischen Bruderstaaten fahren. In die DDR genau bis zum Bau der Mauer. Nach den Jahren der Vergeltung der Revolution von 1956 ging die Liberalisierung der Gesellschaft und der Ausreisebestimmungen Hand in Hand. Bisher reisten die meisten Leute, um Verwandte zu besuchen, oder mit einer organisierten Reisegruppe. Für die Jugendlichen der 60er Jahre waren die Reisen in die Nachbarländer ein großes Erlebnis. Viele von dieser Generation sind jetzt als Übersetzer und Vermittler dieser Kulturen tätig, die bisher in Ungarn ziemlich unbekannt waren. Dieses Jahrzehnt war auch die Zeit der Wiederentdeckung der

ungarischen Minderheiten außerhalb der Grenzen.

Dann öffneten sich allmählich auch die Grenzen zum Westen. Früher war die Atmosphäre des Kalten Krieges für den Tourismus ungünstig. Durch die Sportdiplomatie kamen zuerst Westtouristen in größerer Zahl nach Ungarn. Das Mißtrauen löste sich erst langsam. Die englischen Touristen z. B. wollten nur ihren mitgebrachten Tee trinken. Die Organisatoren der amerikanischen Reisegruppen mußten persönlich die Reisenden begleiten, um ihr Mißtrauen zu zerstreuen.

Eine Westreise war anfangs ein Privileg für einen kleinen Kreis. In der Zeit der Entspannung trafen sich zuerst nur westliche Manager und östliche Betriebsdirektoren, um zu besprechen, wie man mehr aus den Arbeitnehmer/innen herausholen könne. Die Politik des Wandels durch Annäherung blieb aber nicht erfolglos. Auch die intelligenten Kommunisten begannen einzusehen, daß das Regime wegen des freieren Reiseverkehrs nicht sofort gestürzt wird. Als Beispiel stand da Jugoslawien. Was früher noch ein Privileg war, sickerte allmählich in die breiteren Schichten der Gesellschaft hinaus. So entstand ein Schlupfloch in der Mauer der totalen Herrschaft. Wer unzufrieden war, konnte weggehen, freilich nur mit leeren Taschen. „Wir weinen ihnen keine Träne nach“, war die Grundeinstellung der Machthaber dazu. Sogar die Familienangehörigen wurden mit Reiseverbot bestraft. „Wir unterstützen die Vollkomfort-Emigration nicht“, hieß ihr Argument nach dem Prinzip der Kollektivschuld. Dieser Ventilfunktion ist zu verdanken, daß in Ungarn das meistbekannte österreichische Dorf Traiskirchen war, wo sich das Flüchtlingslager befindet. Diese Abstimmung mit den Füßen kam eine Zeitlang dem Westen zugute. Solange sich das kommunistische Regime seine Niederlage öffentlich nicht zugab, dienten die Flüchtlinge als Propagandafutter. Ein paar Tausende waren willkommen. Die Frage ist jetzt, ob auch die osteuropäischen Staaten im Westen willkommen sind. Mit der Zeit hat es sich herausgestellt, daß man eine Diktatur nicht unbedingt angreifen muß. Es reicht, wenn man ihr die Unterstützung verweigert, dann bricht sie wie ein Kartenhaus zusammen („Ohne die Ohnmächtigen sind die Mächtigen ohnmächtig.“ — Enzensberger). Die Reisenden kamen aus dem Westen nicht als Revolutionäre oder Bürgerrechtler zurück. Sie hatten keinen offenen Widerstand geleistet. Nach einer Weltreise konnte die Propaganda ihnen nicht mehr einreden, daß der sogenannte Sozialismus die bessere Gesellschaftsordnung ist, und später rührten sie keinen Finger, um dieses System zu verteidigen. Aber sie schwiegen, weil sie keine Chance für Veränderungen sahen und weil sie mit dieser bedingten Reisemöglichkeit erpreßt wurden. Die Freizügigkeit war nämlich kein in der Verfassung verankertes Recht, sondern eine Gnade von oben, der Preis für das Mitspielen.

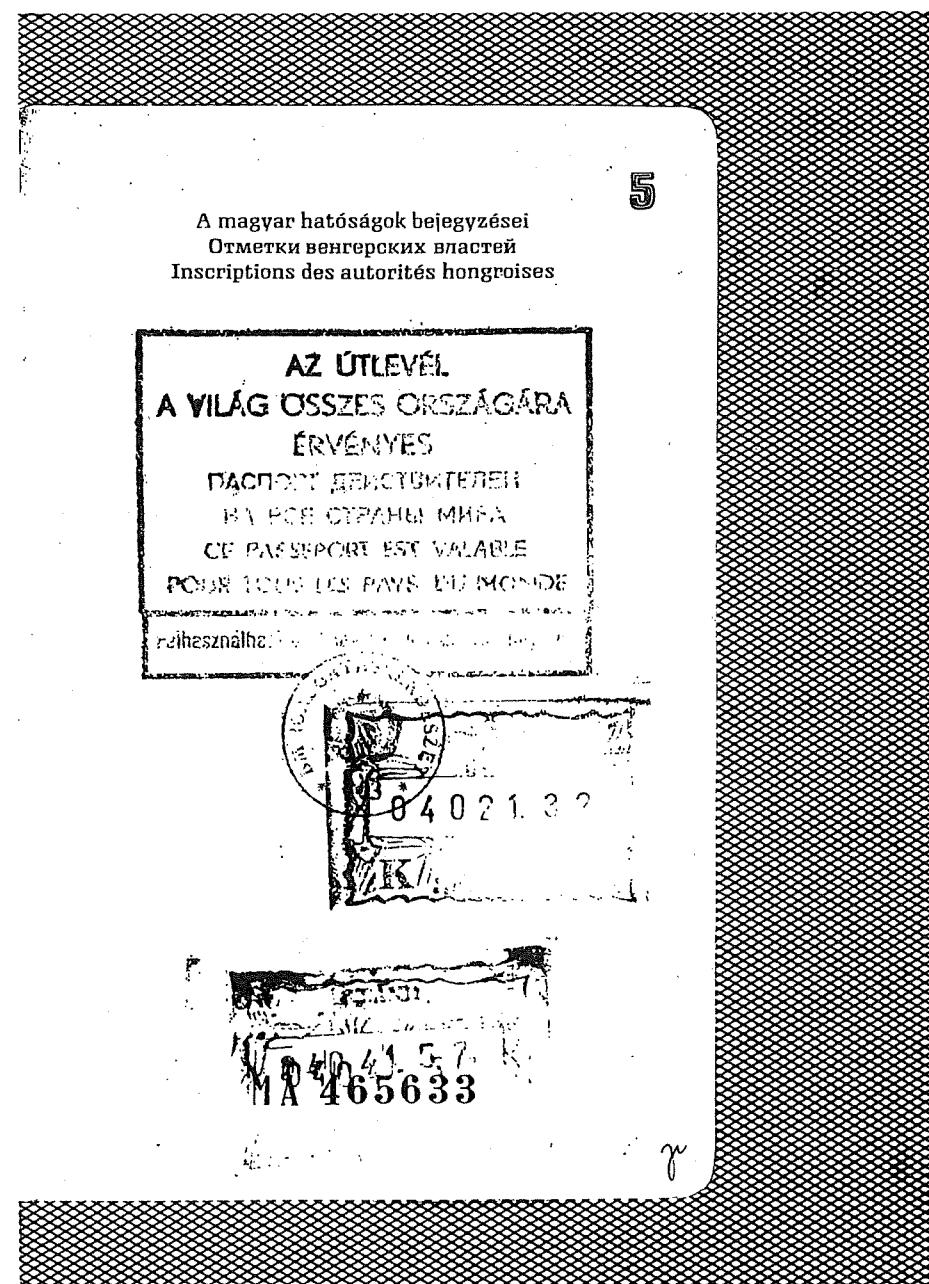
Lutz Rathenow schrieb über ein ähnliches

Phänomen in der DDR: „Reisefreiheit zur politischen Entaktivierung, der jähre Überrumpelungseffekt war eingeplant, die neuen Möglichkeiten sollten nicht als schrittweise hergestellte Normalität feiern, sondern den einzelnen als berauscheinendes Glücksgefühl überfallen.“ Das Reisen erwies sich also auch hier als zeitweiliges Disziplinierungsmittel.

Die Machthaber dachten, wenn es zu Streiks käme, brauchten sie nur Pässe unter die Aufmüpfigen zu schmeißen und jeder Aufruhr wäre für eine Zeitlang erstickt. Die Rechnung der Machthaber ging aber nicht auf. Das Reisen blieb übrigens auch für die führenden Funktionäre, die KP-Mitglieder nicht ohne Auswirkungen. Sie haben ihre Selbstsicherheit verloren, sie kämpften mit Minderwertigkeitsgefühlen ihren westlichen Partnern gegenüber. Auch ihnen schwebte das Beispiel der westlichen Unternehmer vor. Ihre Kinder wurden schon zu Boutique-Besitzern, kleinen Unternehmern usw. Diese Verflechtung war ein Grund dafür, daß der Übergang bisher leichter als gedacht vor sich ging.

### 3. Auswirkungen des Tourismus

Den größten Anteil hatte der Einkaufstourismus. Mangels freier Wahlen war der Erfolg auf dem Gebiet des Lebensstandards die Legitimation des Kadar-Regimes. Damit stand und fiel das System. Eine ausgeprägte Konsummentalität dominierte in breiten Schichten der Bevölkerung. Der begrenzte Zugang zu westlichen Einkaufsreisen war das Opium der Mittelschicht. Das waren die wohlbekannten „Seifentouren“. Weil in den ungarischen Schulen bis vor kurzem Russisch die Pflichtsprache war, sprachen nur manche Deutsch. So blieb der persönliche Kontakt unseren Touristen meistens verwehrt. Was übrig blieb, war das Shopping, Videorecorder, Pornofilme, Hifi-Anlagen strömten ins Land, aber die Reisenden gewannen keinen Einblick in das Leben des Parlaments, der Verwaltung, der Unis, der Firmen, sogar die Museen blieben von den meisten Ungarn wegen der für sie zu hohen Eintrittspreise verschont. Mit den Worten eines Essayisten



ausgedrückt: Ungarn war auf dem Wege nach Bangkok. Ungarn und Österreicher trafen sich meistens nur als Käufer und Verkäufer, Falschparker und Polizisten, Touristen und Zöllner. Trotzdem gab es einige Erlebnisse, die von Relevanz waren. Die Durchlässigkeit der Grenzen im Westen war ein Objekt der Bewunderung nach den Erlebnissen an den Comecon-Grenzen.

Nach der Planwirtschaft war es seltsam, daß die Preise der gleichen Waren verschieden sein können. Unsere Touristen hatten den Eindruck, daß hier alles funktioniert, alles am Platze ist, alles einen Besitzer hat, der sich darum kümmert. Sie hatten zum ersten Mal das Gefühl, daß der Kunde König ist, daß die Verkäuferinnen sie höflich behandeln. Auch diese positiven Eindrücke führten teilweise zum Abbau der Feindbilder. Bei den Truppenmanövern stand der Westen noch als Erzfeind da und jetzt stellte sich heraus, daß die Menschen im Westen keine bedrohlichen Kommunistenfresser sind und umgekehrt auch der Normalbürger des Ostens nicht der rote Drachen der westlichen Alpträume ist. Andererseits darf man die Wirkung der Volksdiplomatie nicht überschätzen. Es entstehen wenige Freundschaften, weil es an Fremdsprachenkenntnissen fehlt. Der Zuwachs des Touristenverkehrs hatte sogar unerwünschte Nebenfolgen. In der Mangelwirtschaft wurden die Geschäfte von den Touristen überlaufen und leergekauft, was den Einheimischen viel Ärger einbrachte. 1980/81 wurde sogar anhand solcher Vorfälle die traditionelle polnisch-ungarische Freundschaft von der Desinformation und Manipulation der Massenmedien wesentlich verschlechtert.

Es gab aber auch direkt politische Auswirkungen vor allem in den Kreisen der Intellektuellen. In der Reformzeit des 19. Jahrhunderts fuhren Adelige, wie Széchenyi und Eötrös in den Westen, in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts hatten vor allem die Intellektuellen die Gelegenheit, Erfahrungen mit dem westlichen Gesellschaftssystem zu sammeln. Sie kehrten mit neuen Kenntnissen, Schweisen zurück und auch Büchern, wenn man sie ihnen beim Zoll nicht wegnahm. In den 80er Jahren haben der Bildungstourismus (Stipendien) der Intellektuellen und der Massentourismus der Durchschnittsbürger die Grundlagen der kommunistischen Ideologie ausgehöhlt.

Seit Ende der 70er Jahre, als die Zusammenarbeit zwischen den Oppositionen der Ostblockstaaten intensiver wurde, durften namhafte Dissidenten nicht mehr in diese Länder reisen. Für Westreisen bekamen sie leichter eine Ausreiseerlaubnis. Es entstanden viele Freundschaften aus der Notlage, daß polnische, rumänische und DDR-Staatsbürger nur in stark begrenzter Menge Forint wechseln konnten und so auf die Hilfe der Ungarn angewiesen waren. Ein Freund von mir bot einmal einem polnischen Ökonomen eine Unterkunft an, der den Hotelpreis nicht

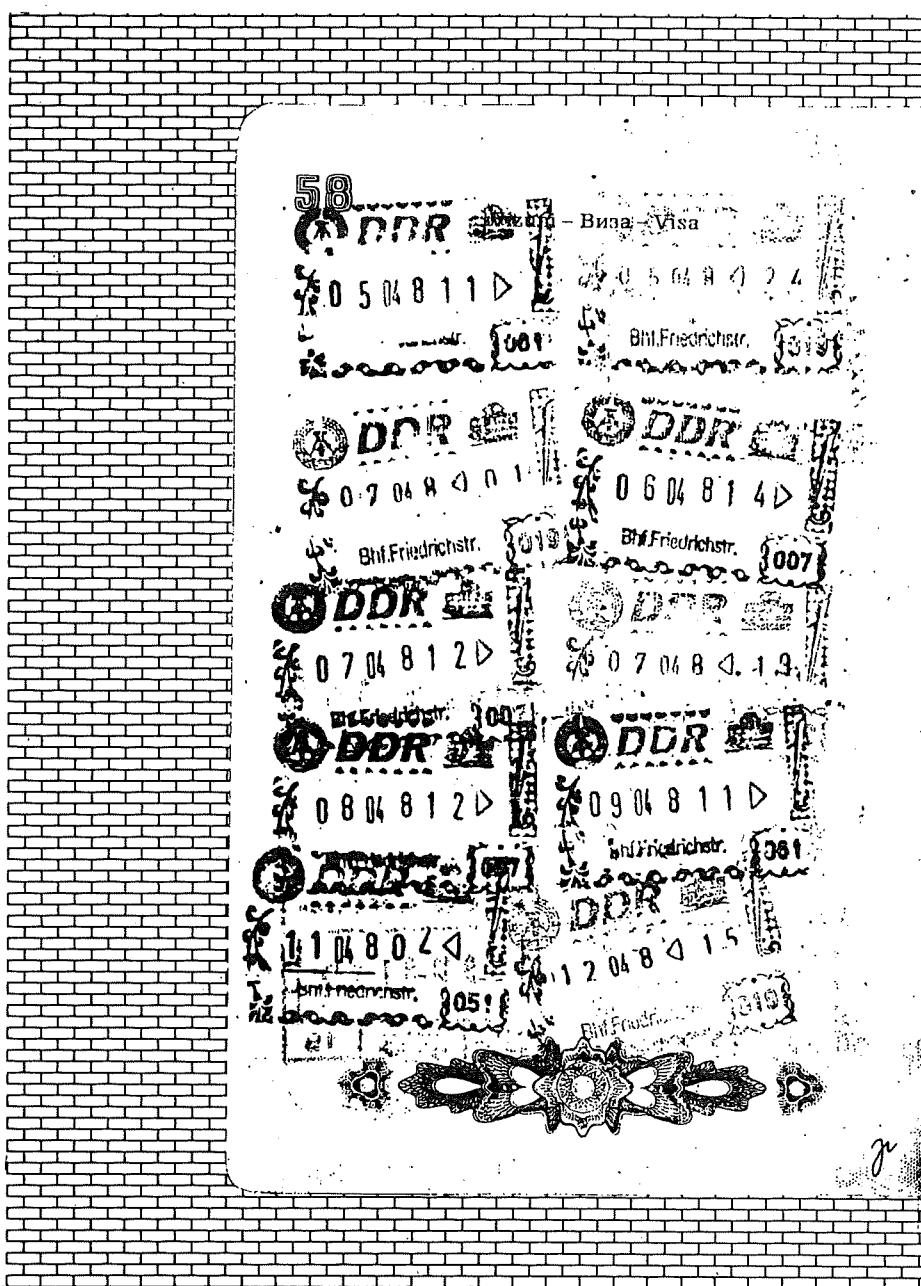
bezahlen konnte. Dieser Mann ist zur Zeit der polnische Finanzminister. Auch die mit Devisen notdürftig ausgestatteten Ungarn lernten den Westen aus einer spezifischen Perspektive, von unten aus, kennen. Obdachlosenheime, billige Kneipen, Märkte, Schwarzarbeitsmöglichkeiten, Tricks des Trampens sind ihnen wohlbekannt. Sie wissen wahrscheinlich mehr von diesen Ländern und ihren Bürgern als ein Normaltourist.

Schließlich möchte ich ein paar Gedanken über Ungarns Anschluß an Europa machen. Nach dem Trauma des Friedensvertrages von Trianon (1920), von Jalta (1945) und der Revolution (1956) haben die Ungarn ein ambivalentes Verhältnis zum Westen. Einerseits dient er als Vorbild wegen seiner Demokratie und seines Wohlstandes in der Innenpolitik, andererseits gibt es starke Vorbehalte wegen der oft undemokratischen, heuchlerischen Außenpolitik. Das gilt besonders für die Großmächte.

Wenn uns die EG nicht aufnimmt, ist das in Ordnung. Aber Europa vor uns Europäern zu verschließen, die wir seit 3000,

2000, 1100 Jahren hier sind, das geht nicht. Das würde bedeuten, daß man die Unterdrückten wieder bestraft dafür, daß sie einst von den Unterdrückern besetzt wurden. Man würde uns aus Europa ausschließen, weil wir durch die Schuld des deutschen Nationalsozialismus von den Russen okkupiert wurden, wobei der Westen tatenlos zusah und es akzeptierte. Wir glauben, Europa wird uns nicht aus Gutherzigkeit aufnehmen, sondern deshalb, weil es aus irgendeinem Grund daran interessiert ist oder es zumindest nicht gegen seine Interessen verstößt. So sollten wir nicht flehen, eingelassen zu werden, was demütigend wäre. Wir müßten eher in jeder Hinsicht ein solches Niveau erreichen, daß Europa letztlich sagt: Ja, natürlich, kommt herein. Wir sollten bis dahin auch darüber nachdenken, was Westeuropa von uns bekommen kann, was unsere Mitgift ist, denn wir müssen doch auch etwas zur Hochzeit der europäischen Völker mitbringen.

\* Referat bei der gemeinsam vom Katholischen Bildungswerk in der Steiermark und der Österreichischen Urania für Steiermark veranstalteten Tagung „Wieviel Westen braucht der Osten?“ im Februar 1990.



# EXPO - HERAUSFORDERUNG MITTELEUROPA

**D**ie Expo Wien-Budapest ist ein vorbildloses Projekt, das vorbildlich bewältigt werden soll. Die gemeinsame Veranstaltung zweier Städte in zwei Ländern ist tatsächlich in der langen Geschichte der Weltausstellungen ohne Vorbild, und auch das Umfeld und seine Veränderung sind ohne Beispiel.

Als die Idee der gemeinsamen Weltausstellung geboren wurde, war das Thema mit „Brücken in die Zukunft“ noch wesentlich geprägt von der Vorstellung, die Expo als Kristallisierungspunkt für die Annäherung zweier unterschiedlicher Gesellschaftssysteme zu nutzen. Die Veranstaltung und das Projekt wurden nicht zuletzt deshalb so besonders spannend.

Offensichtlich gibt es so etwas wie „den richtigen Augenblick“. Im ersten Moment schien für viele Beobachter, daß mit dem Wegfall des Eisernen Vorhangs auch der Reiz der gemeinsamen Veranstaltung in zwei unterschiedlichen Welten verlorengeht. Inzwischen hat sich die Meinung durchgesetzt, daß genau das Gegenteil der Fall ist und die Expo '95 in Wien und Budapest das Zusammenwachsen dokumentiert, das durch die Öffnung der Grenze möglich sein wird. Damit ist die Expo nicht nur im Jahr 1995 Symbol des Willens zur Verständigung, sondern schon in der gesamten Vorbereitung das Modell für einen gemeinsamen Weg, für gemeinsame Lösungen.

Die Frage ist nur: Was ist die gemeinsame Lösung? Und überhaupt: Was ist eigentlich Mitteleuropa?

Ein Kontinent wie Europa hat immer eine Mitte gehabt, die Einteilung in zwei Hälften war immer unnatürlich, schreibt Bundesminister Erhard Busek in einem Beitrag zur Rolle Österreichs in Mitteleuropa. Die Öffnung läßt ein Netz der Städte wie Wien, Budapest, Krakau, Prag und Lemberg, Triest, Laibach und Belgrad neu entstehen, schafft neue Zentren, neue Verbindungen, neue Zusammengehörigkeiten. Zentrum und Peripherie wachsen ineinander. Zentralisierung und Regionalisierung schaffen ein neues Wechselspiel, die Chance der Verständigung ist ebenso eine Herausforderung für die Politik wie das Risiko der Ausgrenzung des anderen — sei es auf dem Arbeitsmarkt, im kulturellen Leben oder generell im Versuch der sozialen Integration.

Jeanne Hersch meint dazu, daß der Europäer nicht irgendeine Art von Monopol für sich beanspruchen kann, wohl aber „eine unvergleichliche Diversifizierung auf allen Gebieten des menschlichen Seins“. Die Wirkung sei eine lebhaftere Geschichte, eine Kristallisierung des Rechts, eine stärkere Erneuerung der

Künste (vor allem der Musik) und schließlich die außergewöhnliche Entwicklung von Wissenschaft und Technik. Europa zu gestalten bedeutet heute nicht nur eine wirtschaftliche und politische Einigung dieses Kontinents, sondern auch das, was Jacques Delors als „korrigierten Liberalismus“ beschreibt. Hersch schließt daraus: „Die geistige Rolle Europas ist es heute, diese dritte — politische, wirtschaftliche, soziale — Wirklichkeit zu erfinden, welche ihren Sinn im Dienste des Menschen, im Dienste der Menschenrechte findet und es so einer möglichst großen Anzahl von Menschen erlaubt, den Paradoxa ihres Seins treu zu bleiben. Der Überfluß ersetzt nicht den Sinn, und man kann von einem sozialen System kein Paradies erwarten, in welchem „Sinn“ und „Fülle“ nebeneinander bestehen können. Aber man darf — und das ist eine Pflicht — eine menschlichere Geschichte erwarten.“

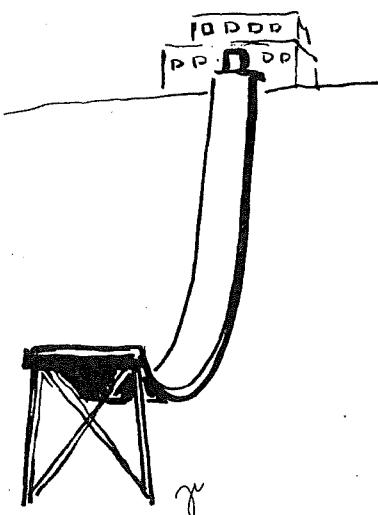
Was heißt das für die Expo '95? Es gibt so etwas wie einen Zyklus, eine Art Sinusbewegung, in der die Inhalte von Weltausstellungen zwischen „high tech“ und „high touch“ wechseln. Umfragen haben gezeigt, daß in Österreich eine „postmoderne Weltausstellung“ erwartet wird, die einen Beitrag zur Friedenssicherung und Völkerverständigung leisten kann, die ein reichhaltiges Kulturangebot bietet, die die Umwelt zu einem ihrer Mittelpunkte macht, während Technik, Industrie und Wachstumsdenken am unteren Rand der Skala rangieren. Man darf annehmen, daß die Prioritäten in Ungarn anders lauten werden. Technik-Skepsis, Fortschritts-Feindlichkeit und Konsum-Hedonismus stehen aus heutiger Sicht nicht auf der Tagesordnung. Fragen der Entwicklung der postindustriellen Gesellschaft werden in Österreich anders dargestellt werden als in Ungarn, die Kommunikationsgesellschaft wird sich hier wie dort ebenso unterschiedlich präsentieren wie viele Details und Ausformungen differenziert gesehen und vermutlich auch dargestellt werden. Von der Beantwortung vieler Einzelfragen in diesem Zusammenhang wird aber das zu erwartende Besucherverhalten und davon die Auswahl der Aussteller abhängen, wobei natürlich Wechselwirkungen berücksichtigt werden müssen.

Die Gestaltung der Expo '95 wird diesen Entwicklungen und Erwartungen Rechnung tragen müssen. Eines muß allerdings allen, die in der Expo vorwiegend eine große Baumaßnahme sehen, klar sein: 1995 werden viele Städte Europas nicht mehr wiederzuerkennen sein und viel größere Projekte durchgezogen ha-

ben als Wien. Wer „la défense“ in Paris gesehen hat oder die dramatische Veränderung, die das Sanierungsprojekt „docklands“ der britischen Metropole beschert hat, macht sich über die gesamte europäischen Dimensionen der Überplattung der Donauuferautobahn trotz aller dafür notwendigen Aufwendungen keine Illusionen.

Dazu kommt, daß Wien natürlich nicht allein um eine Startposition im neuen Europa kämpft. Allerdings hat die Stadt an der Donau durchaus die Chance, sich gemeinsam mit Budapest als Mittelpunkt des vielzitierten „mitteleuropäischen Sternenhaufens“ der Städte des neuen Mitteleuropa zu profilieren. Daß auch andere Städte die Chance der „Trägerrakete Expo“ sehen, geht aus dem Interesse von Prag und Preßburg, von Laibach und Triest hervor.

Für Wien selbst sind die Veränderungen bereits in vollem Gange. Mit den planerischen Vorbereitungsarbeiten für das unmittelbare Expo-Gelände und dessen Einbettung in den donaunahen Entwicklungsräum verfügt Wien praktisch über Nacht über hochwertige Erweiterungsflächen, die sofort über die Expo selbst und die vorher zu fixierende Nachnutzung verwertbar sind. Auch aus der Sicht der Stadtentwicklung, beispielsweise hinsichtlich der Verkehrswege, sind die Weichen bereits gestellt. Wien wird eine „autofreie Expo“ schaffen und damit dem angestrebten „human touch“ in überzeugender Weise Rechnung tragen. Die Entscheidung für den öffentlichen Verkehr ist als grundsätzliche Weichenstellung zu verstehen, und die „Anschubfinanzierung“ eines umfangreichen Umbausystems durch die Expo ist ein nicht zu übersehendes Signal.



# DIE CHANCE DER MALAISE

**U**niverselle Weltausstellungen, die das Bureau International des Expositions an Städte und Staaten vergibt und deren Gestaltung nach seltsam kryptischen Riten und Statuten vor sich geht, haben nur mehr scheinbare Nutzen für den Veranstalter. Wesentlich wichtiger, vor allem für die Regionen eines sich bildenden Mitteleuropas, sind „Expos der Länder“ — wie etwa eine „Mitteleuropa-Ausstellung“. Sie haben größere Auswirkung und Strahlkraft in einem überblickbaren Raum, fördern Innovation und Aktion und schaffen ein neues Bewußtsein für Gemeinsamkeiten unter Beibehaltung individueller Eigenheiten.

Weltausstellungen, zumindest so wie sie bisher geplant werden, sind ein Anachronismus der heutigen Zeit. Sie sind wie Potemkinsche Dörfer und wie die Fassadenplusterei von Goldgräberstädten, die sich wichtig gebärden, hinter denen jedoch das Wesentliche inexistent bleibt oder zum Mindestmaß verkümmert ist. Weltausstellungen sind die Ziegfeld-Girls aller Messen, die Glamour und Happiness verbreiten wollen, während draußen Hunger und Krieg und eine absterbende Umwelt alles regulieren. Weltausstellungen geben sich global und haben in Wahrheit doch nur engsten regionalen Nutzen. Und: Weltausstellungen sind wie Märchen, die immer mit „Es war einmal“ eingeleitet werden.

Es war einmal eine Zeit, in der man von kleinen Versorgungsmärkten Abstand nahm und dafür in landesweiten Leistungsschauen des Handels, der Landwirtschaft, des Gewerbes versuchte, regionale Verbesserungen der betrieblichen, industriellen und marktwirtschaftlichen Infrastruktur zu implementieren. Und es war einmal danach eine Zeit, in der man aus nationalstaatlich legitimem politischen Denken daranging, durch multinationale Leistungsschauen entweder die englische Vormachtstellung der Schwerindustrie oder den französischen Vorsprung in der damaligen Hochtechnologie besonders leuchtend gegenüber den kokosnuß- oder safranexportierenden Exoten darzustellen und daraus wahrhaft globalen merkantilen Nutzen für das Veranstalterland zu ziehen.

Und es war einmal (zwei große Kriege danach) noch eine andere Zeit, in der man — mittlerweile durch deutsches Reglement organisiert und durch ein spezielles Büro administriert — durch die zu beantragende Erlaubnis, eine Weltausstellung abzuhalten, versuchte, weltweit gültige politisch-ökonomische „Belobigungen“ zu verteilen: für die aufkeimende Vitalität Westeuropas etwa an Brüssel, für seine klamierende Mitwirkung im Commonwealth-Konflikt an Montreal,

für den größten ökonomischen Macht-erwerb an Osaka. Und es war einmal vor gar nicht langer Zeit, daß sich gleich zwei Staaten wie Zwillinge um die Austragungserlaubnis für eine Weltausstellung bewarben — der eine Staat sich wohl in Angst befindlich, an das Ende der westlichen Öko-Macht zu geraten, und der andere in der Vorahnung und Hoffnung, über den ersten hinweg aus einem östlichen Militärbündnis direkt in ein westliches Wirtschaftsbündnis eintreten zu können: der Gedanke an die Weltausstellung in Budapest und in Wien zugleich war damit geboren. Und er wurde größer und bemühte sich, Gestalt anzunehmen (und tut dies heute noch) in den Köpfen von Nostalgikern, von Mitteleuropa-Mitentdeckern, von System-Überwindern und von knallharten politischen und ökonomischen Kalkulanten in den beiden ehemaligen Residenzstädten.

Dabei wurden die offenliegenden Malaisen des Unternehmens Weltausstellung übersehen, und andere, ungeahnte, weil zu schnell über alle hereinbrechende, nicht mehr (Gottseidank!) reversibel zu machende, legten die ursprüngliche Spannung des Twin-City-Konzeptes lahm.

In der heutigen Zeit der totalen Kommunikation, die den aufgeblähten Globus medial zum Schrumpfapfel verkleinert, in einer Zeit, in der eine Idee, bevor sie noch publiziert, bereits kommuniziert wird, in einer Zeit, in der das Entlegenste nah und das Nächstliegende fern geworden ist, muß eine aus marktwirtschaftlichen, geopolitischen oder geokulturellen Aspekten inszenierte Weltausstellung und somit Welt-Selbstdarstellung zum Unsinn verkümmern. Der früher mögliche Nutzen, nationalen, politischen oder ökonomischen Gewinn zu erzielen, ist auf diesem Weg nicht mehr gegeben. Die Chance für Staaten, sich durch Exposition spezieller Leistungen weltweit zu profilieren, ist nicht mehr vorhanden (dafür gibt es effizientere und kostengünstigere Wege). Damit rutscht die ursprüngliche Idee der alten Leistungsschauen, der alten Welt-Ausstellungen, ab in die Perversion einer Glitzerwelt, in der man versucht, durch die Überhöhung nationaler Topoi und vermarktbare Klischees mit viel Brimborium garniert, möglichst hohe mediale Präsenz zu erreichen. Der Kommerz, der Klamauk, das Vordergründige müssen so bestimmen. Welt-Bewegendes wird welt-exponentiell zur Welt-Verniedlichung gebracht. Weil es einfach stört. Weil seine Verkaufsziffern zu niedrig sind. Und weil es keine höheren Auflagen und Einschaltwerte bringt. Dies ist die eine Malaise, in der Budapest und Wien schon stecken. Und die die Planer der Weltausstellung 1992 in Sevilla

sogar öffentlich zugeben: „Der wirtschaftliche und industrielle Zweck wird heutzutage von den großen Messen übernommen.“ Bedeutende Kunstmuseen übernehmen die Unterhaltungs- und Kulturfunktion, Wissenschaft, Technologie, Künste, Geistes- und Sozialwissenschaften finden „ihr Forum auf internationalen Ausstellungen“. Keine Produkte sollen mehr ausgestellt werden und keine nationalen Errungenschaften, sondern „Konzepte“ und „internationale Bestrebungen“ (was immer das sein mag) und „die Integration des Fernsehens in die fundamentale Struktur der EXPO '92 wird das Wesen der Weltausstellungen verändern“. Der Große Bruder kommt nur mit wenig Verspätung. Und die österreichischen Planer für Sevilla '92 haben bis heute noch keine Idee (außer schwammigen und klischeeartigen „Konzepten“ und dem architektonisch höchst interessanten Pavilion-Entwurf des Grazers Giencke), wie sie sich in diesen neuen Gegebenheiten bewegen sollen.

Die andere Malaise für die österreichisch-ungarische Weltausstellung im Jahr 1995 ist die veränderte politische Position der beiden EXPO-Partnerländer. Das ursprünglich so spannende Vorhaben der Überwindung zweier ideologischer Blöcke, zweier verschiedener Wirtschaftssysteme, zweier Staaten (wenn auch mit gemeinsamer Vergangenheit), zweier Städte (wenn auch mit viel verwechselbarer Struktur) ist — so paradox es klingen mag, weil diese Entwicklung so viel Freude in sich birgt — verlorengangen. Die einstmals zumindest scheinbar so wohlgefügte und monolithische Organisationsstruktur Ungarns mit dem für totalitäre Systeme typischen Hang zur Verwirklichung von sogenannten „Jahrhundert“-Projekten ist dem monetären Desaster, dem volkswirtschaftlichen Zusammenbruch, der politischen Verwirrung der Verantwortlichkeiten und der Angst zu Stellungnahmen und Festlegungen gewichen. Nicht nur die Personen in Politik und Wirtschaft haben gewechselt, sondern auch die Meinungen (und die wechseln auch heute noch fast vierzehntägig), was wiederum bedeutet, daß das einstmals so große Faszinosum einer EXPO in zwei Städten wohl nur mehr dann rettbar (als Veranstaltung) ist, wenn entweder Ungarn endlich kompetente Vertreter mit Mut zur Sache auftritt oder Österreich eine Dependance der EXPO '95 auf seine Kosten in Budapest errichten wird. Die Vorstellung des stellvertretenden Leiters des Budapest EXPO-Büros, Hargitai, daß entweder japanisches oder italienisch/französisches Kapital oder (was ihm am liebsten wäre) Investitionen ungarischer Exil-Juden die finanziellen Voraussetzungen für die

Welt-Veranstaltung 1995 bringen würden, ist wohl in seiner Simplizität in die Traumwelt zu verweisen. Dazu kommt noch die von keinem der beiden möglichen Partner zugegebene Angst voreinander: wer wird mehr von dem globalen Projekt profitieren — ist es Wien, die östlichste der westlichen Hauptstädte, mit seiner immerhin einigermaßen vorhandenen Infrastruktur, seiner zeitenweise florierenden Börse, seinem Image als Kulturstadt, seinem weltpolitischen Flair, oder ist es Budapest mit seinen günstigen Einstiegsmöglichkeiten in den Ostmarkt, mit seinen billigen Quadratmeterpreisen, mit derzeit fast unbegrenzten Möglichkeiten für Joint-ventures und Investitionen, mit seinem Image (gerade für Überseebesucher) eines „Ost-Staates“, europäischen „Entwicklungslandes“ und mit Menschen geheimnisvoller Herkunft, die auf Pferden sich fortbewegen und andauernd Geige spielen, wenn sie Gulyás essen?

Und das ist es nämlich, das Problem: auch wenn Busek und Glatz noch so sehr harmonisierten, auch wenn Vranitzky und Grosz den Vertrag zur Ausrichtung einer EXPO unterzeichneten haben, auch wenn Wiens geheimer Bürgermeister Mayr das EXPO-Sagen auch in der Nachbarstadt steuert und kontrolliert — die Affinität der Ungarn zu den Österreichern ist noch keineswegs gegeben. Lili Csanády, Gräfin und Leiterin der Budapester Sektion einer vor 120 Jahren gegen die Österreicher gegründeten Intellektuellen- und Künstlervereinigung, formulierte das latente Unbehagen als „Angst vor der neuerlichen Vereinnahmung durch die Österreicher in der denkenden Bevölkerung“ aufgrund der größeren Finanzkraft, aufgrund der größeren wirtschaftlichen Ressourcen, aufgrund der erlernten Freiheit mit den Gedanken (während die Ungarn immer unterdrückt gewesen wären), aufgrund des größeren Rückhaltes in freien Organisationen. Diese Angst besteht nicht gegenüber den Individuen oder gegenüber Gruppen, ja nicht einmal gegenüber einzelnen Bundesländern — wohl aber gegenüber dem Gesamtstaat Österreich und seiner Hauptstadt. Wie, so beginnt nun die Fragestellung, wie sollen unter dieser Prämisse sich die Staaten der Welt auf zwei offensichtlich trotz der gemeinsamen Vergangenheit und der deutlichen Annäherung immer noch fernstehenden Bevölkerungszentren gleichwertig und parteilos ausstellen?

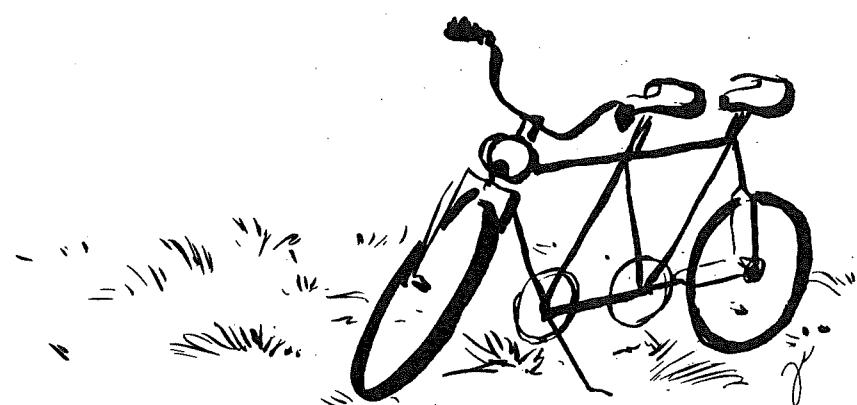
Keiner redet über diese Probleme (und auch nicht über die vielen anderen, verschwiegenen), wenn er „Welt-Ausstellung“ sagt. Jeder führt Internationalität, weltweite Reputation, Verbesserungen der regionalen Infrastruktur, Umwegsrentabilität, Nachnutzung und was es sonst noch geben mag, als Indikator und Rechtfertigung für ein Projekt an, das in seiner jetzigen Konzeption Wien sehr viel und Budapest ein wenig bringen kann. Staaten, Konzerne, Welt — das will man

nach Wien und nach Budapest bringen. Aber haben das Österreich und Ungarn auch wirklich nötig? Freilich, es ist schon gesagt worden: für die veranstaltenden Städte und deren Umfelder und für alle jene, die an dem Unternehmen Weltausstellung aktiv mitwirken werden (wobei diese Mitwirkung sich nicht auf die Errichtung eines Pavillons in den Metropolen einengt, sondern vielmehr lokales, regionales Engagement bedeutet) in vollem Selbstverständnis und der Gewißheit seiner regionalen Verantwortung und somit von politischem Welt-Verständnis und Weitblick über Legislaturperioden hinweg der Länderpolitiker zeugend, bringt eine derartige Großveranstaltung selbstverständlich Nutzen mit sich: Infrastrukturverbesserungen, die sonst lange nicht durchgeführt worden wären, Verbesserungen der touristischen Qualität, Überdenken kultureller Schwerpunkte und Förderungen neuer Richtungen, Erneuerungen des Ortsbildes, durchgeplante Verkehrssysteme, verbesserte Handels einrichtungen, Förderung ökologischer Denkprozesse und so fort. Das ist gut, und diese Chance ist wahrzunehmen, will man verantwortlich für das nächste Jahrhundert Akzente setzen. Doch was wichtiger dabei ist, ist der Aufbruch neuer Dimensionen des Denkens, des Wagens, des unternehmerischen und forschерischen Mutes, des politischen Spürens für die Zukunft und der Erwerb von Verständnis seinen Nachbarn gegenüber.

Wichtig ist, den Mikrokosmos der nachbarschaftlichen Beziehungen und der regionalen partnerschaftlichen Verwebungen anstelle des Makrokosmos der Nationalstaaten und Großkonzerne vorzuführen. Khor und Koren als Vordenker für das Konzept einer EXPO zu nehmen. Regionale Zusammengehörigkeit anstelle der global city zu fördern. Den Freiraum von Gruppen und Provinzen vor der Gefahr der internationalen Einebnung zu bewahren. Das Zusammenwirken im Kleinen als Großes ansehen zu lernen. Wichtig ist es, die gemeinsame Geschichte, gemeinsame Kultur, gemeinsame Wirtschaft und Musik darzustellen. Und wichtig ist es, über eine gemeinsame Gegenwart der Regionen hinaus den Versuch zu wagen, eine gemeinsame Zukunft zu erfahren: eine gemeinsame Zukunft in der Wissenschaft, in der Kunst, in der

Forschung, in der Ökologie, im Tourismus, im Handel und vielleicht sogar auch in der Politik. Nicht dadurch, daß eine Welt-Darstellung in Wien und Budapest stattfindet, wird Mitteleuropa evident. Sondern durch die vielen, oft fast unsichtbaren Verbindungsströme zwischen Ortschaften, Ländern und Personen entsteht das bei allem Eigenverständnis gemeinsame Leben in einem zentralen, mittleren Europa.

Dies ist die Chance, die sich im Zusammenhang mit einer Weltausstellung anbietet und die nicht von Wien und nicht von Budapest wahrgenommen wird, weil sie zu intim, zu wenig weltweit und vor allem zu wenig kommerzialisierbar erscheint. Darum ist es zugleich die Chance der Regionen oder einer regionalen Hauptstadt, sich gleichermaßen als ein „Para-EXPO-Ort“ zu einer Metropole mitteleuropäischer Teilstaaten, zu deren weltweit vermarktbarem Aushängeschild und zu einem Katalysator der künftigen, engsten Kooperation in einem zentralen (Mittel-)Europa der Regionen zu werden. Dieses Unternehmen erfordert Weitblick der regionalen Politik und Weitherzigkeit, erfordert gemeinsam aufzubringendes Kapital, damit für alle Beteiligten auch gemeinsamer Nutzen entsteht, erfordert offenerherzige Zusammenarbeit der Teilstaaten und der in ihnen wirkenden Institutionen. Aber es gibt zugleich neben allem volkswirtschaftlichen Effekt den Ländern die Möglichkeit, unter Betonung ihrer Eigenartigkeit in einem gemeinsamen Ganzen öffentlich wirksam zu werden, sich nicht selbst für einen Gesamtstaat, für ein Wirtschaftskonzept, für die sogenannte „Internationalität“ im Dschungel einer gekünstelten Welt-Selbstdarstellung verleugnen zu müssen. Eine derartige „EXPO der Regionen“ als eine Schau der Selbstdarstellung etwa des zentralen Mitteleuropas ist nicht nur ideell von Wichtigkeit und angesichts der Nivellierungsmechanismen eines EG-Kontinents von Dringlichkeit, sondern sie ist auch finanziell, vermarktbare und in der Folge effektuierbar. Was bislang fehlt, ist das deutliche „Ja“ zu einem Unternehmen der Stärkung des Regionalgedankens. Daß dazu Weitblick, Mut und politische Stärke notwendig sein werden, ist klar.



# STAINZ UND DIE KONSEQUENZEN

Was ist Österreichs und der Steiermark Standort im neuen Europa? Um diese Frage ging es Mitte September 1990, also knapp ein Jahr nach dem Wunder des osteuropäischen Aufbruchs, auf Schloß Stainz. Anstoß dafür waren Dr. Josef Krainer und sein 60. Geburtstag, weshalb Rudolf Stamm im Schweizer Weltblatt „Neue Zürcher Zeitung“ feststellte: „Die Steirer, jene für ihren freundlichen und freundschaftlichen Eigensinn bekannte Million Menschen zwischen Semmering und jugoslawischer Grenze, verstehen nicht nur das Feiern, sondern auch das Schenken. Ihrem geliebten Landesvater Josef Krainer schenkten sie zum 60. Geburtstag nicht einfach das Beste aus Küche und Keller oder irgendeine hohe Auszeichnung, sondern sie beehrten ihn mit einem dreitägigen Symposium, von dem zwar die Gaben der Natur und des Bodens nicht ausgeschlossen waren, das jedoch in erster Linie dazu bestimmt blieb, den Geist für neue Leistungen in Schwung zu halten. Treffpunkt war das Schloß Stainz, auf das sich gegen Mitte des letzten Jahrhunderts Erzherzog Johann von Österreich, der nicht Kaiser werden mochte, zurückzog. Ob die heute renovierten Säle damals je von dem intellektuellen Glanz erhellten wurden, wie in diesem goldenen Spätsommer, bleibe dahingestellt; das Geburtstagstreffen, so scheint uns, war eher mit einer Versammlung erleuchteter Geister an einem aufgeklärten Fürstenhof des 18. Jahrhunderts zu vergleichen... Mit der Einladung des senegalesischen Historikers Dr. Ki-Zerbo bewiesen die Steirer, falls dies noch notwendig gewesen wäre, daß für sie die Welt weder am Semmering noch im nun größeren offenen Europa aufhört.“

Und Martin Behr in den „Salzburger Nachrichten“ ergänzt: „Josef Krainer wurde anlässlich seines 60. Geburtstages reich beschenkt: Mit einer ‚heuristischen Festwiese‘, einem internationalen Symposium und mit einer 905 Seiten starken geistigen Nahrung. ‚Standort Österreich — Über Kultur, Wirtschaft und Politik im Wandel‘ heißt das in sattem Grün gebundene Opus. ‚Keine der üblichen zwei Kilo Jubiläumsdevotionalien, sondern ein Nachlese- und Nachschlagewerk von Rang‘, erklärte Gerd Bacher, der die Festschrift gemeinsam mit Dr. Karl Schwarzenberg und Dr. Josef Taus herausgegeben hat...“ „Standort Österreich ist eine umfassende Bestandsaufnahme“ Österreichs und der Entwicklungen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Umwelt und die Umbrüche, deren Konturen hier in letzter Zeit sichtbar wurden. Die Liste liest sich wie ein Gotha der österreichischen und europäischen Intellektuellen-Szene: Univ.-Prof. Dr. Karl

Aigner, Wirtschaftswissenschaftler, Wien; Gerd Bacher; Dr. Francois Bondy, Publizist, Zürich; Dr. Alois Brandstetter, Schriftsteller, Univ.-Prof für Deutsche Philologie an der Universität Klagenfurt; Prof. Dr. Friedrich Cramer, bis 1986 geschäftsführender Direktor des Max-Plank-Instituts für experimentelle Medizin, Göttingen; Dr. Bernd Guggenberger, Professor für Politische Wissenschaft an der FU Berlin; Prof. Edwin Hartl, Lyriker und Essayist; Dr. Kurt Hübner, Professor an der Universität Kiel; Bischof Dr. Egon Kapellari; Edward M. Kennedy; Dr. Gottfried Kindermann, Univ.-Prof. für Politikwissenschaft an der Universität München; Univ.-Prof. Dr. Peter Koslowski, Direktor des Forschungsinstitutes für Philosophie in Hannover; Prof. Dr. Wolfgang Kraus, Publizist, Wien; Prof. Dr. Hans Maier, langjähriger Bayrischer Staatsminister für Unterricht und Kultur; Wolfgang Mantl; Dr. Leonhard Neidhart, Univ.-Prof. an der Universität Konstanz; Ria Oomen-Ruijten, langjähriges Mitglied des Holländischen Bundestages; Peter Oswald, Leiter der Abteilung Ernste Musik im ORF-Landesstudio Steiermark; Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Fritz Paschke, Vorstand des Instituts für Allgemeine Elektrotechnik und Elektronik der TU Wien; Dr. Fritz B. Prinz, Direktor des Engineering Design Research Center an der Carnegie Mellon University; Dr. Manfred Prisching; Dr. Drago Roksanovic, Geisteswissenschaftler an der Universität Belgrad; DDr. Joseph Rovan, bis 1986 Professor für Geschichte und Politik der deutschsprachigen Länder an der Sorbonne; Dr. Walter Rüegg, Univ.-Prof. für Soziologie an der Universität Zürich; Dr. Manfred Sack, Redakteur bei „Die Zeit“; Dr. Roman Sandgruber, Univ.-Prof. für Wirtschaft und Sozialgeschichte an der Universität Linz; Ministerpräsident Dr. Jacques Santer, Luxemburg; Dr. Bernd Schilcher; Dr. Otto Schulmeister, Publizist; Dr. Karl Schwarzenberg; Dr. Milan Simecka, Politologie und Literaturkritiker, Vorsitzender des Präsidentenbeirates der CSFR (verstorbener September 1990); Univ.-Prof. Dr. Wilfried Skreiner, Leiter der Neuen Galerie am Landesmuseum Joanneum in Graz; Dr. Christian Smekal, Univ.-Prof. für Finanzwissenschaften an der Universität Innsbruck; Dr. Rudolf Stamm; Univ.-Doz. DDr. Michael Steiner; Dr. Erich W. Streissler, Univ.-Prof. für Volkswirtschaftslehre, Ökonometrie und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Wien; Dr. Monika Streissler-Ruppe, akadem. Übersetzer; Dr. Josef Taus; Dr. Horst Teltschik, Leiter des Bundeskanzleramtes in Bonn; Dr. Gunther Tichy, Univ.-Prof. für Volkswirtschaftslehre und -politik an der Universität Graz; Prof. Dr. Jozef Tischner, Präsident des Internatio-

nalen Instituts für die Wissenschaften von Menschen in Wien; Univ.-Prof. Dr. Erika Weinzierl, Vorstand des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Wien; Dr. Paul M. Zulehner, Univ.-Prof. für Pastoraltheologie und Kerygmatik in Wien.

Die Diskussionen des vom angesehenen Grazer Politikwissenschaftler Wolfgang Mantl in generalstabsmäßiger einjähriger Vorarbeit koordinierten Symposiums gliederten sich in vier Foren, die die verschiedenen Facetten des Umbruchs beleuchteten: „Das politische Panorama im Zeitenbruch — Perspektiven des Wandels“ mit Dr. DDr. Karl Dietrich Brauner, Professor für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Bonn; Univ.-Prof. Dr. Gesine Schwan, Politikwissenschaftlerin, Freie Universität Berlin; Prof. Dr. Helmut Sonnenfeldt, ehemaliger Berater des früheren US-Außenministers Henry Kissinger, Washington D.C.; DDr. Joseph Rovan, Paris; Dr. Gerald Stourzh, Professor für Geschichte der Neuzeit an der Universität Wien, und Prof. Dr. Wladislaw Bartoszewski, Publizist, Botschafter der Republik Polen in Österreich. „Die Wissenschaft als Zukunftressource, geistiges Leben, politisches Handeln, wissenschaftliches Denken“ unter der Moderation von Univ.-Doz. Dr. Mag. Manfred Prisching, Institut für Soziologie an der Universität Graz; mit Prof. Dr. Thomas Kenner, Rektor der Karl-Franzens-Universität Graz; Dr. Hubert Markl, Professor für Biologie an der Universität Konstanz; Prof. Dr. Joseph Ki-Zerbo, Präsident des Verbandes afrikanischer Historiker, Dakar; Prof. Dr. Zvonimir Sebarovic, Rektor der Universität Zagreb, und Franz Kreuzer, Chefredakteur, Intendant des 2. Programms, Informationsintendant im ORF Wien.

Das Forum „Wirtschaft und Umwelt — Handlungsspielräume in einer begrenzten Welt“ unter der Diskussionsleitung von Univ.-Dozent DDr. Michael Steiner, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Graz mit Joschka Fischer, Mitglied des Hessischen Landtages, Frankfurt; Dr. Helga Rabl-Stadler, Präsidentin der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Salzburg; Dr. Christian Watrin, Geschäftsführender Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik, Köln; und Dr. Ota Sik, Professor für Systemvergleiche an der Hochschule St. Gallen, sowie schließlich das große Politiker-Forum „Steiermark — Österreich — Europa“ unter der Leitung von Dr. Bernd Schilcher mit Ministerpräsident Lothar Späth, Baden-Württemberg; Kanzler Dr. Karl Schwarzenberg, Prag; Dr. Gabor Roszik, erster freigewählter Abgeordneter des Ungarischen Parlaments; Dr. Jan Carnogursky, stellvertretender Minister

präsident der Slowakischen Republik; Prof. Dr. Andrzej Stelmachowski, Präsident des Senats/Warszawa; Matija Malešić, stellvertretender Ministerpräsident Sloweniens aus Laibach, nachdem Ministerpräsident Peterle bereits bei der Eröffnung des Symposiums anwesend war; Verkehrsminister Prof. Carlo Bernini, Rom; Landeshauptmann Dr. Luis Durnwalder, Bozen; Wissenschaftsminister Dr. Erhard Busek und den österreichischen Spitzenjournalisten Dr. Thomas Chorherr, „Die Presse“; Dr. Fritz Csoklich, „Kleine Zeitung“; Dr. Hans Rauscher, „Kurier“; Klaus Emmerich, ORF; Dr. Gerfried Sperl, „Standard“, und Ernst Trost, „Kronenzeitung“.

Über dieses politische Forum schrieb Ernst Sittinger im „Standard“: „In der kleinen Welt von Schloß Stainz traf sich am Wochenende die große Welt einer internationalen Politikergeneration, die sich dem neuen Mitteleuropa verschrieben hat. Föderalismus und kulturelle Vielfalt sollen in den ehemals kommunistischen Ländern das Gespenst des Chauvinismus vertreiben, lautet ihre zentrale Botschaft.“

Daß Stainz ein fruchtbare Boden war und es nicht bloß zu einer der weiteren Diskussionsstationen des hochkarätigen europäischen intellektuellen Wanderzirkus wurde, liegt an der in der Steiermark seit langem gepflegten Form der weltoffenen Auseinandersetzung mit den Aufgaben, die ihr historisch und geopolitisch erwachsen — in Kultur und Wissenschaft genauso wie in Politik und Medien. Dies hängt ganz wesentlich mit dem Adressaten von Buch und Symposium, Josef Krainer, zusammen, über den der wort-

gewaltige Gerd Bacher folgendes feststellte: „Was macht seine Besonderheit aus, macht ihn zu den wenigen erheblichen Politikern, die die Zweite Republik nach dem Abtritt jener kennt, die noch aus der Ersten oder gar noch aus der Monarchie herüberreichten?... Bäuerisches und sprachgewandte Weltoffenheit, Volksverbundenheit und intellektuelle Abstraktion, Direktheit und Sensibilität, ein politischer Synthesizer, der alle Register seiner selbst auch kennt und sie zu ziehen vermag. Der Josef Krainer ist — man verzeihe das banale Wort — ein herausfordernder Mensch. Das sind die meisten Politiker nicht. Er versetzt sich und seine Umgebung permanent in den Zustand von Frage und Antwort. Ob er einer politischen Runde vorsitzt oder inmitten eines ausgelassenen Freundeskreises — spannend wird es immer durch Josef Krainers geradezu triebhaftes Talent, mehr aus Situationen und Personen herauszuholen, als sie an sich anbieten. Das aber ist das Geheimnis von Leadership. Der „Großsteirer“ Krainer ist einer der Väter der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria, ein europäischer Mikrokosmos, der schon zu Zeiten über Eiserne Vorhänge hindurch zusammenarbeitete, in denen Perestrojka bestenfalls eine Sehnsucht war.“

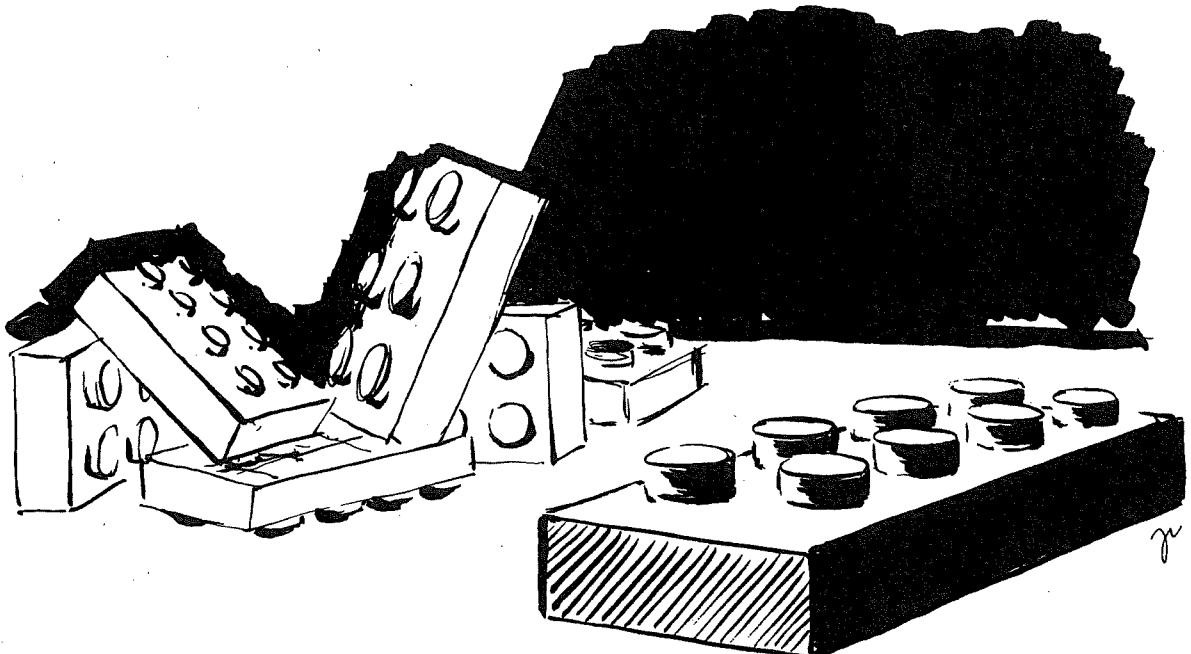
Wesentliches Ergebnis der Diskussionen war die „Erklärung von Stainz“. Sie macht die Chance, aber auch die Verantwortung, Probleme und Verpflichtungen deutlich, die aus dem „Annus mirabilis“ folgen. Auf das Jahr des Wunders und der Hoffnung folgen die Jahre der Bewährung und Festigung. Johannes Steinbach zieht in der „Presse“ mit dem Satz: „Einmütig zeigte man sich aber darüber, daß ökono-

mische Unterschiede zwischen West und Ost ausgeglichen werden müßten“ das gleiche Fazit wie der Chefredakteur der „Kleinen Zeitung“, Dr. Fritz Csoklich: „Nur mit westlicher Hilfe ist die übermenschliche Aufgabe unseres Nachbarn zu bewältigen, und die Demokratien dürfen da nicht versagen.“ Ministerpräsident Späth aus Stuttgart prägte in seiner plastischen Sprache den Satz: „Nach all den vollmundigen Erklärungen im Westen über die Hilfe an den Osten müssen wir heute feststellen, daß in dieser Richtung nichts wirklich Großes passiert ist.“

In einer „Erklärung von Stainz“ wenden sich daher die Referenten und Diskutanten aus zahlreichen Ländern Europas an die Öffentlichkeit. In dieser Erklärung wird ein westeuropäischer Marshall-Plan für das östliche Mitteleuropa gefordert. Nach 1945 sind auch wir Österreicher nur durch die Mittel des amerikanischen Marshall-Planes auf eigene Beine gestellt worden. Jetzt ist es höchste Zeit, daß die westlichen Demokratien sich zu einer ähnlichen Kraftanstrengung zusammenfinden.

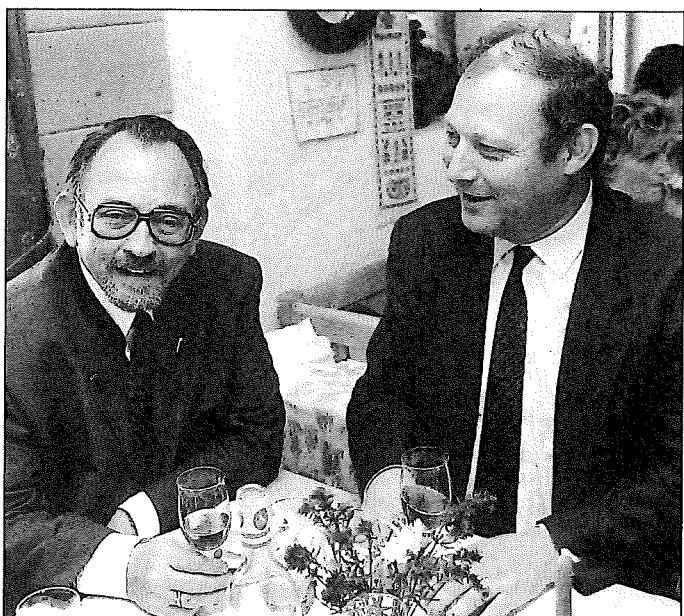
Geld allein genügt aber nicht. Auch das wurde bei diesem Symposium ganz klar erkannt. Es galt vielmehr, die menschlichen Kontakte in jedem Bereich, auf allen Ebenen noch weiter zu verstärken. Gegenüber allem „Geschrei von Demagogen und Biertisch-Strategen“ sind unsere Grenzen offen zu halten. Nachdem die Mauer gefallen ist, müssen wir jetzt auch die „Mauern in unseren Köpfen“ beseitigen.

Das ist unsere Aufgabe gerade auch der nächsten Monate und Jahre.





Lothar Späth, Karl Schwarzenberg



Wolfgang Mantl, Luis Durnwalder



Kurt Jungwirth, Josef Ki-Zerbo



Josef Krainer, Gerhard Hirschmann, Jan Bicko



Josef Taus, Gerd Bacher, Josef Krainer, Lojze Peterle



Carlo Bernini, Lothar Späth, Bernd Schilcher, Andrzej Stelmachowski

## STAINZER MÉLANGE

Nachdem schon das Café Central beim Symposium „Kultur, Wirtschaft und Politik im Wandel“ in Schloß Stainz aus Anlaß und zu Ehren des 60. Geburtstages von Landeshauptmann Josef KRAINER seine Pforten geöffnet hatte, ist es an der Zeit, eine Mélange zu servieren. Ohne auf die gegenseitige Wertschätzung zwischen Österreichern und Deutschen anhand des bekannten Kalauers mit Frankfurter respektive Wiener Würstel zurückgreifen zu müssen, hat sich wieder einmal sehr deutlich gezeigt, daß „Mitteleuropa“ vor allem ein kultureller und da wiederum kulinärer Begriff ist, der eine Gemeinsamkeit zum Ausdruck bringt, die bis in die Sprache hinein reicht. Oder wie wäre es sonst zu erklären, daß ich meinem serbischen Freund beim Mittagessen die Speisekarte mit Paradeissalat und Palatschinken nicht zu „übersetzen“ brauche, dem neben mir sitzenden Professor aus Bonn aber sehr wohl?

\* \* \*

So war das Kulinarische bei diesem Symposium zwar durchaus Zweck, aber nicht Selbstzweck. Gerade im Bereich des Politischen wurde sehr schnell deutlich, daß es einen Unterschied zwischen den großen und den kleinen Fischen im Aquarium gibt. Mit Emotion widersprachen Slowaken und Slowenen den von bundesrepublikanischer Seite vorgetragenen

76

Thesen von der Dezentralisierung Europas und wiesen darauf hin, daß Regionen mehr als administrative Einheiten der Brüsseler EG-Bürokratie sein müssen und forderten daher ein „Europa der Völker“. „Überwindung der Kleinstaaterei“, Einebnung aller pouvoirs intermediaires, die von einem französischen Professor der Politikwissenschaft mit verve vorgebrachten war, fand daher lebhaften Widerspruch. Für die kleinen Völker — gerade der neuen Demokratien — ist nach Jahrzehntelanger Fremdbestimmung ein gemeinsames „Haus Europa“ nur wünschenswert, wenn ihre Identität und damit auch politische und ökonomische Selbstbestimmung gewahrt bleibt. Die Überwindung des Nationalstaats und der nationalen Souveränität kann daher im mitteleuropäischen Ambiente nicht nur vertikal nach oben, zu supra-nationalen Instanzen hin erfolgen. Deren demokratische Legitimität muß erst an der Basis durch horizontale Kooperation der Völker und Regionen geschaffen werden. Nur politische Selbstbestimmung, die sich in institutionalisierten Verfahren der Mitwirkung und Mitbestimmung äußert, bietet letztlich Gewähr für ein demokratisches Europa und ist daher Auftrag an die Architekten, die am grand design dieses Hauses arbeiten. Das Konzept der konzentrischen Kreise von Jacques DELORS

bedeutete ja nur, daß die neuen Demokratien um die Südfüchte ihrer Revolution betrogen würden und auch weiterhin die Kellerkinder des Wirtschaftswunders bleiben sollten. Umso gewichtiger ist daher der in der Stainzer Erklärung neuerlich geforderte Marschallplan.

\* \* \*

Zur Verfassung Europas gehört auch, daß die Rechte der kleinen Völker als Volksgruppen und Sprachminderheiten bereits heute von „Les Grandes Nations“ rechtlich institutionalisiert anerkannt werden, wie der Landeshauptmann von Südtirol mit Verweis auf das eigene Beispiel und dem ganzen Gewicht seiner Person überzeugend darlegte. Ob Personalitäts- oder Territorialitätsprinzip, ob politische oder kulturelle Autonomie oder sorgsam ausgeklügelte Mischformen, sicherlich wird es noch viel institutioneller Phantasie bedürfen, um Volksgruppen und Sprachminderheiten in ihrer Existenz als Gruppe zu sichern. Durnwalders Plädoyer war daher auch für österreichische Ohren bestimmt, als er feststellte, daß jede Mehrheit daran zu messen sein wird, wie sie mit ihrer Minderheit im eigenen Land umgeht. Kollektive Gruppenrechte in Verfassungsrang sind daher zwar eine notwendige, aber sicher keine hinreichende Bedingung für den Schutz von

Volksgruppen, wie die Politik kommunistischer wie postkommunistischer Herrschaftssysteme gezeigt hat und noch zeigt. Die Euphorie der deutschen Wiedervereinigung verstellt nur zu leicht den Blick darauf, daß noch nicht alle Revolutionen friedlich, d.h. erfolgreich, abgelaufen sind. Vergessen ist mittlerweile nicht nur der Platz des Himmlischen Friedens, im Schlagschatten der Kameradscheinwerfer liegt auch ein Land, das schon einmal nicht nur für europäische, sondern Weltgeschichte gesorgt hat. Wie kann Albanern im Kosovo zugemutet werden, über die „serbische Frage“ zur Umgestaltung des jugoslawischen föderativen Systems zu verhandeln, solange ihr Anliegen einer Reform eben dieses föderativen Systems durch Anerkennung des Kosovo als eigener Republik im jugoslawischen Bundesstaat als „Separatismus“ mit polizeistaatlichen Methoden verfolgt wird? Die Verletzung der elementarsten Menschenrechte im Kosovo zeigt daher sehr deutlich, daß Rechtsstaat und Demokratie notwendige Voraussetzungen jedes Systems eines Volksgruppenrechtsschutzes sein müssen. Der albanische Dichter aus Prishtine, der sein Brot als Journalist erwarb, ehe die serbische Regierung alle massenmedialen Äußerungen in albanischer Sprache verbot, bat daher sehr ein-

**Entspannung:** 1) Phase der zw. Spannung und Lösung ablaufenden Dynamik seel. Prozesse (Psychol.); 2) Nachlassen eines aktiv aufrechterhaltenen ↑ Tonus des Nervensystems und der Muskulatur (Med.).

dringlich bei diesem Symposion: Das Kosovo ist nicht nur eine „interne“ Angelegenheit zwischen Serben und Albanern. Kann es „Neutralität“ gegenüber Menschenrechtsverletzungen geben? Nicht nur für die Helsinki-Föderation, auch für jeden von uns muß das Kosovo eine europäische Verantwortung sein!

\*\*\*

Was Jahrzehntelanger Zwang zur Erlernung der russischen Sprache bewirkte, zeigte sich ebenfalls sehr deutlich bei diesem Symposion: der polnische Senatsmarschall, der jüngste freigewählte ungarische Abgeordnete, die Universitätsdozentin für Europarecht aus Zagreb, sie alle sprechen, diskutieren in ... deutscher Sprache. Nur eine Geste der Höflichkeit gegenüber Gastgebern? Oder ist doch deutsch die lingua franca Mitteleuropas? „Wir Ungarn sind ein kleines Volk, wir müssen daher Sprachen lernen“, antwortete der Dozent aus Budapest auf meine diesbezügliche Frage. Und was tun wir

Österreicher, bevor wir dem Vereinten Europa angehören?

\*\*\*

Gibt es schließlich nicht nur eine restösterreichische, sondern auch eine „mitteleuropäische“ Seele, das kollektive Unterbewußtsein einer Gemeinsamkeit zwischen Lwow/Lemberg und Trieste/Trst, zwischen Kraków/Krakau und Zagreb/Agram? Geht es nicht um die Beschwörung der Geister aus der Kapuzinergruft, wird sehr schnell klar: es ist das „allgemein Menschliche“, das Vorrang gegenüber Ausgrenzungen und Abwertungen des Anderen hat. Es ist die Würde des Individuums, der menschlichen Person, die der größte gemeinsame politische Nenner ist. Das polnische KOR, die Charta 77 und alle Bürgerforen haben in ihrem Kampf gegen die politische Herrschaft kommunistischer Parteien diesen einen Begriff genau zweihundert Jahre nach der Großen Revolution wieder ins Zentrum des politischen Handelns ge-

stellt: Es ist die Renaissance des cityoen, des mündigen Bürgers, der politisch aktiv gemeinsam mit anderen sein „Schicksal“ fremdverschuldeter Unmündigkeit abschüttelt und zum Ende zwar nicht der, aber dieser Geschichte geführt hat. Vor lauter „post“ dürfen wir daher auf die zivilisatorische Errungenschaft der Moderne nicht vergessen, wie sie so unübertrefflich 1776 in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung auf den Begriff gebracht wurde: „We hold these truths to be self-evident, that all men are created equal, that they are endowed by their Creator with certain unalienable Rights, that among these are Life, Liberty and the pursuit of Happiness.“ Die neue Ethik der Freiheit gegenüber dem Slogan „Ich bin nichts ohne die Partei“, wie sie in den demokratischen Revolutionen in Ostmitteleuropa vorgelebt wurde, wäre diese nicht auch für Österreich zumindest nachdenkenswert?



# STAINZER ERKLÄRUNG

Das annus mirabilis 1989 hat Europa ungeahnte neue Chancen und Perspektiven eröffnet. Zugleich werden neue Verantwortungen, Verpflichtungen und drängende Probleme sichtbar, die uns alle zu dynamischer und offensiver Gestaltung herausfordern.

Die Teilnehmer des Stainzer Symposions „Kultur, Wirtschaft und Politik im Wandel“ stellen daher fest:

1. Europa tritt in eine historische Phase der Selbstbestimmung. Der Kommunismus in den Ländern des östlichen Mitteleuropa ist gescheitert. Er hat unverantwortliche Schäden in der wirtschaftlichen und sozialen Struktur dieser Länder hinterlassen und das ökologische Gleichgewicht bis an die Grenze des Reparablen zerstört. In das entstandene Vakuum drohen nationalistische und chauvinistische Strömungen einzudringen. Dies umso mehr, wenn es nicht gelingt, die beträchtlichen ökonomischen Hoffnungen der Völker dieser Länder in angemessener Zeit zu erfüllen. Ähnliches gilt für das westliche Europa. Dort führen die neuen Wanderungsströme zu Verunsicherungen und Xenophobien, die gleichfalls in Nationalismus münden können.

Es ist daher notwendig, daß sich die OECD-Staaten zu einem MARSHALL-PLAN für das östliche Mitteleuropa entschließen, mit dem die gewaltigen sozialen und ökologischen Altlasten bewältigt werden können. Nur dann wird Platz für unternehmerische Initiativen, hat die ökosoziale Marktwirtschaft eine reelle Chance.

2. Eine positive Folge der mitteleuropäischen Umwälzungen ist die Wiederentdeckung geschichtlicher Räume und Kulturen innerhalb der weitaus jüngeren Nationalstaaten. Mit dem Ende der Blöcke ist eine neue Vielfalt entstanden, die den patriotischen Gefühlen der Bevölkerung Geborgenheit und Heimat bietet.

Es ist die Überzeugung der in Stainz versammelten Politiker und Experten, daß diese Vielfalt in ein Europa der Subsidiarität und der Regionen eingebracht werden muß. Diese Prinzipien sind im Sinne der Resolutionen der Versammlung und der Konferenz der Regionen Europas in die Römer-Verträge einzubauen. Sie stellen nicht zuletzt die Teilnahme des Volkes an der europäischen Entwicklung sicher.

3. Gerade ein Europa der Regionen und der kulturellen Vielfalt kann den dynamischen Prozeß der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Einigung befruchten und verstärken (Einheit in Vielfalt). Mit den USA bleibt ein solches Europa in einer transatlantischen Wertegemeinschaft verbunden, die auf Demokratie, Pluralismus, Schutz der Menschenrechte, soziale Marktwirtschaft und freie Entfaltung des *civis europeus* baut.

4. Zur Verstärkung der Wertegemeinschaft der Menschenrechte soll das System des Straßburger Menschenrechtsschutzes so rasch wie möglich auf die Staaten des östlichen Mitteleuropas ausgeweitet werden.

Dieses System ist durch einklagbare kollektive Menschenrechte zu ergänzen.

5. Österreich hat in diesem neuen Europa neben seinem Bemühen um EG-Mitgliedschaft eine Reihe von weiteren Aufgaben und Verpflichtungen. So sollen

- Inhalt und Auslegung der österreichischen Neutralität den neuen Entwicklungen gerecht werden;
- die traditionelle österreichische Nachbarschaftspolitik mit den Ländern des östlichen Mitteleuropa vor allem im wirtschaftlichen, ökologischen und bildungspolitischen Bereich qualitativ und quantitativ verstärkt werden.

Wladislaw Bartoszewski  
Carlo Bernini  
Karl Dietrich Bracher  
Erhard Busek  
Jan Carnogursky  
Thomas Chorherr  
Fritz Csoklich  
Luis Durnwalder  
Klaus Emmerich  
Joschka Fischer  
Thomas Kenner  
Josef Ki-Zerbo

Franz Kreuzer  
Paul Lendvai  
Matija Malesic  
Wolfgang Mantl  
Hubert Markl  
Helga Rabl-Stadler  
Hans Rauscher  
Gabor Roszik  
Joseph Rovan  
Bernd Schilcher  
Gesine Schwan  
Karl Schwarzenberg

Zvonimir Separovic  
Ota Sik  
Helmut Sonnenfeldt  
Lothar Späth  
Gerfried Sperl  
Michael Steiner  
Andrzej Stelmachowski  
Gerald Stourzh  
Ernst Trost  
Christian Watrin

# EX LIBRIS

Stefan KARNER, Gerald SCHÖPFER (Herausgeber): **ALS MITTELEUROPA ZERBRACH**, 235 Seiten, 59 Abbildungen, Band 1 der Reihe: *Unserer Zeit Geschichte, Veröffentlichungen des Instituts für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Karl-Franzens-Universität Graz*, Verlag Leykam, Graz 1990, 298,— Schilling. Ein Team von 13 Autoren rezipiert in 13 Beiträgen ihre Sicht zur Wende vom alten Mitteleuropa Österreich-Ungarns zum neuen Mitteleuropa der Zwischenkriegszeit. Der Untertitel dieser Publikation „Zu den Folgen des Umbruchs in Österreich und Jugoslawien nach dem Ersten Weltkrieg“ engt den Bearbeitungsraum notwendigerweise ein. Die Spezialisierung der Beiträge, wie die Darstellung des Schicksals des Mürzzuschlager Hammerwerkes Nierhaus im Jahre 1918 durch Wolfgang Seidl, ermöglicht nun einerseits jene Bearbeitungstiefe, die das fachliche Interesse des Lesers motiviert, kostet aber natürlich andererseits den gemeinsamen Rahmen der zeitgeschichtlichen Inszenierung der Staatenwende nach dem Zerfall der Österreich-Ungarischen Doppelmonarchie.

Die Idee, daß etwas, das zerfallen kann, auch wieder — in welcher Form auch immer — zusammenwachsen kann, ist — gestützt auf die aktuellen Ereignisse — eine der Grundlagen dieser Publikation. Über die redliche Pflichterfüllung retrospektiver Forschung im Sinne der Geschichtswissenschaft hinaus ist auch die Aufarbeitung der jüngeren Vergangenheit ein Schlüssel zur möglichen Bewältigung nachbarschaftlicher Zukunft. In diesem Sinne ist auch das gemeinsame Vorwort der beiden Herausgeber zu verstehen. So hat der Beitrag des Triestiner Slowenen Jože Pirjevec über die Entstehungsphase des SHS-Staates der Südslawen geradezu erschreckende Aktualität in bezug auf die auch von uns diagnostizierte Existenzkrise des Nachfolgestaates. Gleiche Interpretationen können der Darstellung der Gründung jenes SHS-Staates unterstellt werden — ein Beitrag des Laibacher Univ.-Prof. Janko Prunk.

Der Wiener Univ.-Doz. und Südosteuropäxperte Arnold Suppan faßt auf 11 Seiten seine Konzeption vom Untergang der Donaumonarchie zusammen. Er setzt damit den Rahmen für die mit Detailfragen befaßten Beiträge. Auch der Artikel „Problemfelder des wirtschaftlichen Aufbaus in Österreich 1918/19“ des Herausgebers und Zeithistorikers Stefan Karner argumentiert auf der Staatsebene. In einer zweiten Arbeit analysiert Karner die personelle Zusammensetzung der untersteirischen Wirtschaftsführung und ihren Wandel zwischen 1917 und 1920. Mit der Steiermark befassen sich auch vier andere Autoren. Der Historiker und Generalkonsul Österreichs in Krakau, Emil Brix, stellt die sprachlich-ethnische

Bevölkerungszusammensetzung und deren Wandel in der (ehemaligen) Untersteiermark dar. Die beiden Grazer Historiker Beer und Staudinger dokumentieren in Urkundentexten die „Miles Mission“, die im Jänner 1919 über die steirisch-slowenische Grenzsituation berichtete. Gerhard Dienes, Direktor des Grazer Stadtmuseums und Leiter der Südbahn-ausstellung 1987, schreibt über die Folgen des Endes der klassischen Südbahn, insbesondere für den Grazer Raum. Peter Teibenbacher, Assistent an Schöpfers Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, analysiert die ersten Grazer Wahlen in der neuen Republik 1919. Auch hier ergeben sich aktuelle Bezüge. Zwei weitere Beiträge (Claudia Fräss-Ehrfeld und Theodor Domej) befassen sich mit der Berichtszeit dieses Buches in Kärnten und konzentrieren sich auf die

Zusammenhänge von Selbstbestimmungsrecht und Volksabstimmung. Der Grazer Germanist Uwe Bauer schließlich stellt Leben und Werk des Dichters Friedrich von Gagern (1882 — 1947) dar, der in seinen mythisierten Interpretationen zum Spiegelbild des Zeitgeistes wurde. Ein Orts- und ein Personenregister geben dem stark diversifizierten Inhaltsprogramm der Gesamtpublikation eine Orientierungshilfe. Warum haben nicht alle ähnlich konzipierten Sammelwerke solche Verzeichnisse? Sie sind ehrlich und geben jene Überschaubarkeit, die sonst verlorenzugehen droht. Die inhaltliche Kürze der Beiträge, im Durchschnitt sind es 14 Seiten pro Beitrag, lädt auch durch die neue Fülle an Mitteleuropaanalysen geplagte Leser ein.

K. A. Kubincky

## Mitteleuropa — eine Mode

Die Chaostheorie ist out, Mitteleuropa hieß der wissenschaftliche Schlaganfall des Jahres 1990.

Vom Ornithologen bis zum Byzantinisten, vom Numismatiker bis zum Immunologen: Jeder der heute wissenschaftlich etwas auf sich hält, hat auch ein paar schlaue Sätze zum Thema Mitteleuropa parat. Und er vergibt dabei nicht den dezenten Hinweis auf seine guten Kontakte zum einstigen Osteuropa. Freilich konnte man über den Eisernen Vorhang hinweg nicht so unbeschwert miteinander kommunizieren. Jetzt aber, wo die Grenzen offen sind, zeigt sich die wahre Freundschaft. In guten Zeiten wankt diese bekanntlich nur selten.

„Traumland Mitteleuropa“ heißt ein Essayband aus dem Jahre 1988. Unter den zwölf Autoren findet sich ein einziger Österreicher — er galt damals als Utopist. In diesem Heft schreibt er nur (mehr) kurz zu dem Thema. Die Nachreiter brauchen keinen Vorreiter mehr. Eine gute Idee darf nicht monopolisiert werden. Im Gegenteil: Sie soll von möglichst vielen weiter getragen werden.

Bei der plötzlichen „Entdeckung“ Mitteleuropas sei jedoch die Frage nach der Motivation der zahllosen „Entdecker“ gestattet. Wo waren sie vor zwei, drei Jahren, als unsere östlichen Nachbarn noch tatsächlich bedroht waren? Damals galt Mitteleuropa als eine Vision, mit der nur wenige Wissenschaftler ihre Zeit verschwenden wollten. Heute ist Mitteleuropa eine greifbare Realität, die Profit in Aussicht stellt.

Reputation und Subvention auf Kosten von Menschen, die verzweifelt nach einer neuen Identität suchen und um's Überleben kämpfen?

Die wissenschaftlichen Voyeure und Trittbrettfahrer mögen doch bei ihrer Chaostheorie bleiben!

Die Lage ist zu ernst, um sie für wissenschaftliche Lorbeeren zu benutzen. Die Zeit der mitteleuropäischen Festreden ist out.

Mitteleuropa ist in — für all jene, die wirklich etwas tun wollen und nicht hinnehmen können, daß Österreich seine Grenzen versperrt, Flüchtlinge abschiebt...

An diesem Verhalten zeigt sich unser tatsächliches Verhältnis zu Mitteleuropa, für das wir verbal so gern die Fahne schwingen.

Elisabeth Welzig

# ANNUS MIRABILIS 1989

## Jänner:

**Jugoslawien:** Erste Parteigründungen neben der Kommunistischen Partei in Slowenien und Kroatien.

**Ungarn:** Am 10. Jänner stimmt das Ungarische Parlament der Zulassung von unabhängigen Parteien zu.

**Polen:** Das Zentralkomitee billigt ein Programm des gewerkschaftlichen und politischen Pluralismus in einer „sozialistischen, parlamentarischen Demokratie“. Dies bedeutet die Wiederzulassung der Solidarnosc. In der Folge werden etliche neue Parteien gegründet.

## Februar:

**Polen:** Am 6. Februar beginnen Gespräche unter Einbeziehung von Regierung, Solidarität und katholischer Kirche.

## März:

**Polen:** Die neue Offenheit macht sich breit: Das Massaker an 40.000 polnischen Offizieren in Katyn durch den stalinistischen Geheimdienst wird aufgedeckt.

**Jugoslawien:** Ausnahmezustand im Kosovo nach Einschränkung der Selbstverwaltung und Demonstrationen der Albaner. Die Gegensätze zwischen den nördlichen Republiken und Serbien verschärfen sich.

## April:

80 **Polen:** Am 5. April beschließen die Vertreter der Solidarität und die Regierung die Abhaltung freier Wahlen und die Legalisierung der Union nach 9wöchiger Beratung am Runden Tisch. Es wird ein Zwei-Kammern-System beschlossen (Sejm und Senat). Auflösung des Staatsrates, stattdessen Präsident mit Exekutivvollmachten. Erweiterung der Rechte der Religionsgemeinschaften. Richter dürfen nicht mehr durch staatliche Behörden entlassen werden. Die Opposition ist wieder in den Medien vertreten.

## Mai:

**Ungarn:** Am 2. Mai beginnen ungarische Soldaten mit dem Abbau des Eisernen Vorhangs. Am 30. Mai rehabilitiert die Kommunistische Partei Ungarns den früheren Premier Imre Nagy, der 1956 wegen seiner Rolle beim Volksaufstand hingerichtet wurde. Der damals eingesetzte Staatspräsident Janos Kadar wurde schon am 8. Mai abgesetzt.

**Polen:** Am 17. Mai anerkennt Polen offiziell die Römisch-Katholische Kirche.

## Juni:

**Polen:** Am 4. Juni erzielt die Solidarität einen überwältigenden Erfolg bei den freien Wahlen.

**Jugoslawien:** Am 16. Juni wird im slowe-

nischen Parlament eine Verfassungsänderung beschlossen, in der das Recht der Republik auf Austritt aus dem Bund verankert wird. Trotz der Verschärfung der nationalen Gegensätze bekommt Jugoslawien den Beobachterstatus im Europarat verliehen.

## Juli:

**Polen:** Am 25. Juli lädt der mit nur einer Stimme Mehrheit gewählte Präsident Jaruzelski die Solidarität zur Bildung einer Koalitionsregierung ein. Im Gegensatz zum demokratischen Aufschwung verschlechtert sich die wirtschaftliche Lage Polens drastisch.

## August:

**Polen:** Tadeusz Mazowiecki wird am 19. August erster nicht-kommunistischer Regierungschef Polens seit dem Zweiten Weltkrieg. Ostdeutsche Urlauber füllen die westdeutschen Botschaften in Budapest, Prag und Ostberlin.

Die ersten Demonstrationen der Studenten in Prag werden noch von der Polizei auseinandergeprügelt.

## September:

**Ungarn:** Budapest bricht eine seit 20

Jahren bestehende Vereinbarung mit der DDR und erlaubt DDR-Bürgern die Ausreise in den Westen.

Am 11. September öffnen sich um Null Uhr die Schlagbäume an der Grenze zu Österreich; mehr als 57.000 Ostdeutsche nutzen die Gelegenheit, unterstützt von der österreichischen Regierung, versorgt vom Roten Kreuz.

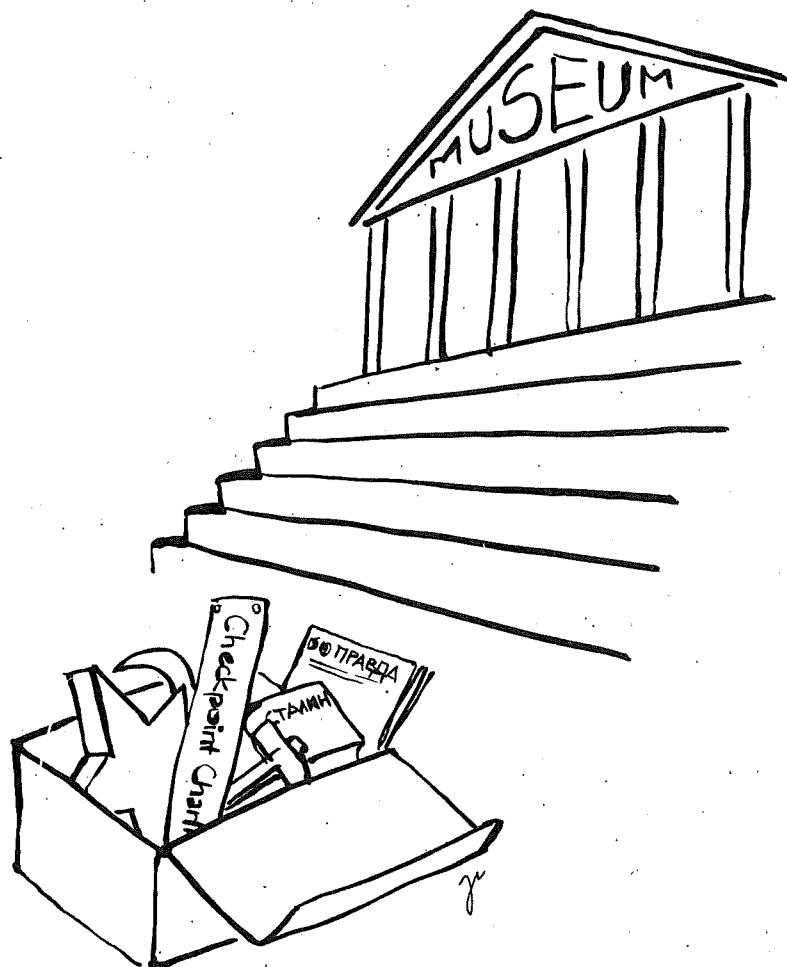
**DDR:** Eine neue Oppositionspartei — Neues Forum — gibt ihr erstes Parteiprogramm am 12. September bekannt.

## Oktober:

**DDR:** Am 3. und 4. Oktober hindern tausende Ostdeutsche die Polizei am Besteigen der Flüchtlingszüge, die von Prag über Dresden in die BRD fahren. Am 7. und 8. Oktober werden Protestmärsche in Dresden, Leipzig und Ostberlin gewaltsam aufgelöst. Am 18. Oktober tritt Erich Honecker zurück, sein Nachfolger wird Egon Krenz, der später von Hans Modrow abgelöst wird.

**Ungarn:** Am 7. Oktober distanziert sich Ungarns Regierungspartei vom Kommunismus. Am 23. Oktober erklärt sich Ungarn zur unabhängigen Republik.

Am 25. Oktober erklärt Gorbatschow in Helsinki, daß die Breschnew-Doktrin keine Gültigkeit mehr habe.



## November:

**Tschechoslowakei:** In Prag kommt es zu Massendemonstrationen. Die Kommunikationszentren der Opposition sind hier nicht wie in der DDR und in Polen die Kirchen, sondern die Theatersäle, hier probt man den Aufstand. Studenten- und Künstlerstreiks sind so massiv, daß der Gedanke der Regierung, Arbeitermilizen einzusetzen, fallengelassen wird. Das neu gegründete Bürgerforum mit dem Dichter Vaclav Havel und dem Außenminister des Prager Frühlings, Jiri Hajek, untermauert die Demonstrationen theoretisch. Zu Ende des Monats und Anfang Dezember kommen die ersten Reformen: Die Führungsrolle der KP wird aus der Verfassung gestrichen, genauso wie der Verfassungsartikel über die Erziehung der Jugend im marxistisch-leninistischen Denken. Als drittes Land nach Polen und Ungarn baut die Tschechoslowakei den Eisernen Vorhang ab.

**DDR:** Am 7. November wird bei der Sitzung des Politbüros der Staatspartei SED der Rücktritt der Regierung beschlossen. Der Druck der Massendemonstrationen wird immer stärker. In der Nacht vom 6. auf den 7. November demonstrieren allein in Leipzig 500.000 Menschen für freie Wahlen, den Rücktritt der Regierung und den Abriss der Berliner Mauer. In der Nacht vom 9. auf den 10. November öffnen sich die Grenzstationen in Berlin. Ostberlin hebt den Schießbefehl auf und beginnt den Todesstreifen zu entschärfen.

**Bulgarien:** Staats- und Parteichef Todor Schiwkow tritt zurück, der Reformer Petar Mladenow wird sein Nachfolger.

**Ungarn:** Am 26. November kommt es zur ersten Volksabstimmung, bei der die Kommunisten eine Niederlage erlitten. Die Betreiber der Abstimmung sind die Freien Demokraten, der Bund Junger Demokraten (FIDESZ), die Kleinlandwirte und Sozialdemokraten, die sogenannte Kleine Koalition.

## Dezember:

**Tschechoslowakei:** Die Koalitionsgespräche führen zu einer für die Opposition unbefriedigenden Lösung, da 16 von 21 Ministern Mitglieder der KP sind. Am 4. Dezember erzwingen erneute Demonstrationen eine neue Regierung, in der die Nichtkommunisten in der Mehrheit sind. Millionen jubeln im ganzen Land, Kirchenglocken läuten, Fabrikssirenen heulen und Autos hupen. Die Wahl des Staatspräsidenten wird für den 29. Dezember festgelegt. Alexander Dubcek ist neuer Parlamentspräsident. Der Wunsch der Demonstranten „Havel na hrad!“ erfüllt sich: Der Schriftsteller, wesentlicher Aktivist des Bürgerforums und Mitbegründer der „Charta-77-Bewegung“ wird Staatspräsident.

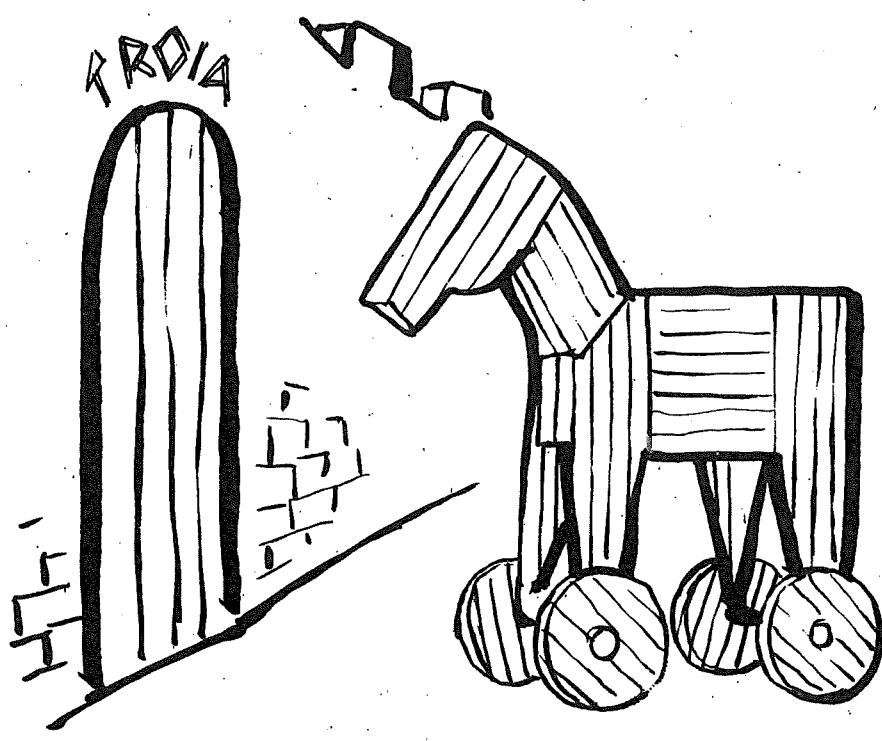
**Jugoslawien:** Die für den 1. Dezember in Laibach von den Serben geplanten Demonstrationen werden von den Slowenen

gesickt verhindert. Am 8. Dezember schließt sich die slowenische Opposition zur Wahlkoalition „DEMOS“ zusammen. Sie besteht aus der Christlich-Demokratischen Partei, der Demokratischen Partei, dem Bauernverband, den Freien Unternehmern, den Grünen, der Vereinigung der Italiener. Auf dem Parteitag der kroatischen KP erklären sich die Vertreter der Partei bereit, Parteien zuzulassen und freie Wahlen in Kroatien vorzubereiten. Es kommt zu einer Art Handelskonflikt zwischen Serbien und Slowenien. Seit 29. Dezember gibt es in Slowenien ein Wahlgesetz, nach dem auch die Oppositionsparteien kandidieren können.

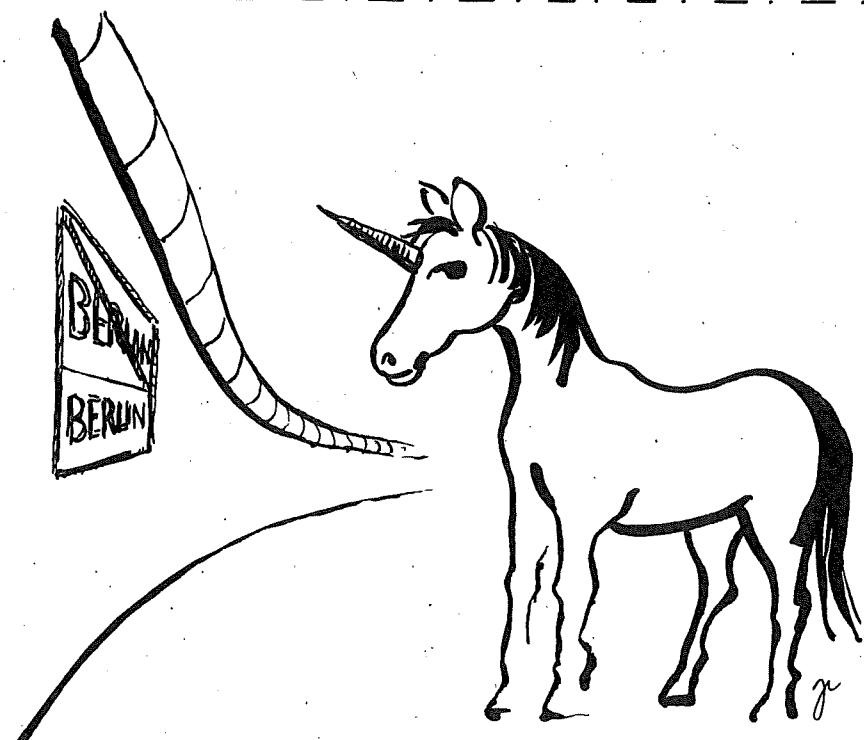
**Rumänien:** Am 18. Dezember beginnt auch hier eine Welle des Protests, blutig

niedergeschlagen von der Geheimpolizei. Auslösender Faktor ist die Verhaftung des regimekritischen evangelischen Pastors Laszlo Tökes. Es kommt zu öffentlichen Verbrennungen von Ceausescu-Bildern. Das Volk leidet unter den Versorgungsengpässen. Die Demonstrationen in Temesvar, Arad und Bukarest nehmen zu. Am 13. Dezember werden die flüchtenden Ceausescus verhaftet, von einem Schnellgericht verurteilt und sofort exekutiert. Armee und Securitate liefern sich einen blutigen Kampf. In vielen Ländern Europas laufen Hilfsaktionen an, auch zu dem Zweck, die neue provisorische Regierung zu unterstützen. Die Chancen für eine Demokratie sind jedoch ungewiß.

Alexandra Göbhart



81



# CULTUR politicum

Heimo Widtmann

## NOCH IMMER GETEILTES MITTELEUROPA

82 Als schlichter Österreicher ist man überrascht und hat es dennoch schwarz auf weiß vor sich: Zwei Spitzelakte wurden angelegt, einer von der STAPO, einer von der STASI. Die amtlichen Mitteilungen kamen vom österreichischen Innenministerium bzw. von einem ehemaligen DDR-Staatssekretariat. Der spitzelwürdige Tatbestand war nicht von ungefähr in beiden Fällen der gleiche, nämlich das langjährige, ebenso riskante wie engagierte Bemühen um frühe Kontakte mit Menschen und Hochschulen DRÜBEN, im Osten, weil man schon 1968 und noch vorher an ein ganzes Europa geglaubt hat. Heute — nach der Wende — wissen es alle jene besser, die Jahrzehntlang bequem und feig den Eisernen Vorhang gescheut haben, ohne sich vor Ort um DRÜBEN zu kümmern und die Angst mit den Menschen im Osten zu teilen. Heute fahren sie mit Rucksäcken voll guter Ratschläge quer durch Osteuropa und bleiben dennoch ahnungslos, machen vieles falsch, weil sie die Situation nie richtig kennengelernt haben, weil sie nicht wissen, was es heißt, 45 Jahre lang in einer menschenverachtenden Diktatur zu leben, weil sie nicht bereit waren, immer wieder das bestürzende Leben mit den Menschen DRÜBEN über Jahrzehnte hin zu teilen und weil sie daher keine Ahnung von der verletzlichen Psyche eben jener Menschen in Osteuropa haben können. Die Ängste einer Seele heilen nicht über Nacht.

Umso peinlicher ist das ahnungslose Schulterklopfen, das die bisher im sicheren österreichischen Haus Gebliebenen gratis im Osten verteilen: Die selbstbewußten Stadtmeister, die bisher verbor genen Kulturmacher, die emsigen professoralen Städtevereine, manche Journalisten und späte Hochschulvertreter. Was wissen sie von den Menschen DRÜBEN wirklich? Einen Schmarren!

Man muß einmal in einer „Friedensdemo“ in Dresden oder Leipzig mitgegangen sein, um dieses schreckliche Mit einander von Angst, Mut, Verzweiflung und Entsetzen gespürt zu haben.

Dann verfaßt man vielleicht weniger großartige und weniger leichtsinnige Manifeste und Deklarationen über Osteuropa, wie sie jetzt so beliebt geworden sind. Um die Erinnerung an die vergangene böse Zeit wieder wachzurufen, scheint

der Bericht über ein Ereignis jener besonderen Art geradezu notwendig zu sein:

### Der geteilte Frieden

„Gerade als die Kirche auf allen Gebieten zum Rückzug blies, sah man den Klerus seine autoritativen, aggressiven Bauwerke errichten.“ Pere Regamey, der französische Dominikaner, bezeichnet damit die bombastisch-aufdringlichen Kirchenbauten zur Zeit des ausgehenden 19. Jahrhunderts.

Vielfach umgeben von den Wohnbauten der Gründerzeit und deren lichtlosen Hinterhöfen stellen diese „Kathedralen“ einen stolzen Kontrast zu den Behausungen der Menschen dar. Sie ragen wie maßlose Architektur-Fossilien in unsere Zeit herein: Die Votivkirche in Wien etwa, die Herz-Jesu-Kirche in Graz, der Dom in Ostberlin.

Von weltlichem Ruhm künden sie — weniger vom Reich Gottes. So sind sie Zeichen des Widerspruchs geblieben.

Am Dresdner Altmarkt findet man die evangelische Kreuzkirche: Ein baukünstlerischer Rest inmitten der nahezu ausgelöschten Stadt. Das Innere des Gotteshauses verweist schon auf eine andere, eine neue Möglichkeit christlich gebundener Raumgestaltung. Nach einem zerstörenden Brand wurde dem Innenraum zur Jahrhundertwende die weit in die Zukunft weisende Gestalt des strengen sächsischen Sezessionismus gegeben.

Die Einfachheit dieses Raumes mit seinen weit umgreifenden Emporen und die mit schlanken Mitteln gestaltete Möglichkeit des Beteiligtseins — für die feiernde Gemeinde ebenso wie für den einzelnen in seiner Hilfsbedürftigkeit — verleiht dem Raum etwas unbestechlich Demokratisches. Nach den Kriegsschäden zeigt sich das Innere der Kreuzkirche heute im schlichten Rohputz. Für die jungen

Menschen Dresdens aber erhielt sie damit nur ein Mehr an „evangelischer Glaubwürdigkeit“.

Viel Jugend kommt auch zu der sehr innerlich gestalteten Vesper.

Der Dresdner Kreuzchor ist hier zuhause und klärt durch seine Kunst das abendländliche Beisammensein. Der Chor baut den musikalischen Rahmen für den Gemeindedienst und ist gestalterhafter Teil der Gemeinde.

Von der Musik des Bach künden die Stimmen, aber auch von Bartok oder Britten, von Hindemith oder Messiaen. Und von Mozart, ja Mozart! Viel Not, Angst und Hoffnung unserer Zeit wird in der Kreuzkirche von der Musik ergriffen und umfangen. Dazwischen spricht der evangelische Bischof von Dresden: Gefordert von der Qualität der Musik, gefordert von der Angst der Menschen, gefordert auch von den amtlichen Beobachtern der Deutschen Demokratischen Republik.

Sorgfältig also spricht der Bischof, genau wählt er die Worte, und kurz ist sein Reden.

Keine „Geschwätzigkeit-Predigt“ erwarten die Menschen hier von ihm, keine leeren Worthülsen.

Sinnentleerte Phrasen verwüsten ohnedies die Straßen und Plätze des „anderen Deutschland“:

An Bahnhofs- und Fabrikshallen lauern die großen roten Buchstaben, auf Gerüsten schwanken die militärischen Sprüche der Volksarmee neben den glatten Gesichtern der Mächtigen.

Doch kein Bischof der östlichen Hälfte Europas spricht heute mehr von gerechter Gewalt:

Im „anderen Deutschland“ ist das anders.

Es war auch anders an einem Februaritag des Jahres 1982 in der Dresdner Kreuzkirche, der kein gewöhnlicher Februaritag war. Es war der Sterntag Dresdens:

Am 13. Februar 1945, vor achtunddreißig Jahren, wurden Dresden und seine Menschen zerstört, verbrannt, unkenntlich gemacht.

Das Florenz an der Elbe verlor seine Gestalt, die vielen Toten konnten nicht mehr gezählt werden.

Und während jenseits des „anderen Deutschland“ heute die Menschen in freier Entfaltung, engagiert, manchmal auch haltlos lärmend der Welt ihre Empörung über Krieg und gewaltsamen Tod mitteilen können, zog die Jugend Dresdens an jenem einsamen Februaritag des Jahres 1982 still und mutig, umhüllt aber auch von Angst und Gefahr, zur Kreuzkirche, um im Schutz des Kircheninneren der Vernichtung zu gedenken und vom Frieden zu reden:

Auch wenn es der geteilte Friede Europas war, denn die Freiheit in der Stadt Bonn ist nicht die Freiheit in der Stadt Dresden.

Veronika ging vorsichtig zur Kreuzkirche. Auf dem Arm trug sie ihr Kind, für das sie eine gute Zeit ersehnte. An ihrem Blusenärmel waren die einfachen Buchstaben befestigt, wie bei den anderen auch: „Schwerter zu Pflugscharen“.

Dieses Wort entstammt nicht dem seltsamen Repertoire westeuropäischer Militärkapläne. Es ist das Wort der Bibel.

Mit den jungen Christen glitten und

schlängelten sich die Ledermäntel des STASI, des Staatssicherheitsdienstes, in den Kirchenraum.

Man erkannte sie an ihren unanständigen Bewegungen, an den Augen. Manche rieben sich am Rohputz, wie Hunde es tun. Spitzel.

Mehr als 5000 Menschen füllten die Kreuzkirche mit Angst und Erwartung. Und noch einmal 5000 Menschen warteten vor den Toren der vollen Kirche.

Für die vielen brennenden Kerzen war der grob strukturierte Raum mehr als nur ein faszinierender Rahmen, und Veronika hob ihr Kind empor, als sollte das Licht es vor Schaden bewahren.

Der Bischof von Dresden redete mit den vielen, er hörte zu und antwortete, er tröstete und warnte.

Die Menschen saßen dicht, standen eng. Über ihnen kreuzten sich die Stimmen des Kreuzchores — den Greifern entzogen — so unschuldig und stark zugleich, wie nur Musik es sein kann.

Eine kostbare Nacht lang war die Angst von den Fünftausend im Osten genommen, durften sie sich der Sehnsucht nach Frieden furchtlos ergeben. Am nächsten Tag schon holten sich

die unanständigen Ledermäntel des STASI die furchtlosesten Bekenner von den Schulen und Arbeitsplätzen. Schnell auch bedrohte Gewalt das Tragen der aufgenähten Worte des Friedens.

Es war die Antwort der Herren des „anderen Deutschland“ auf den Friedensmut von Dresden. In ihren Doktrinen war nur Platz für einen geteilten Frieden.

Doch noch tagelang war der Aufnäher zu sehen: „Schwerter zu Pflugscharen“. Ganz alte Frauen trugen ihn und die Mütter mit den kleinen Kindern. **Denn am meisten fürchtet Gewalt die Wehrlosen.**

Zur großartigen Raumgestalt der Kreuzkirche hat sich seither eine neue Dimension gefügt:

Die Dimension des gelebten, gewaltfreien Widerstandes.

Veronika aber ist dennoch in der Angst geblieben.

Vom geteilten Frieden wurde ihr nur wenig zuteil:

Ein wenig Hoffnung.

Mit dieser Hoffnung wird Veronika weiterleben.

aus: „Drüben“ von Heimo Widtmann und Fritz Panzer, Verlag für Sammler, Graz, 1983.



## ***Mitteleuropa***

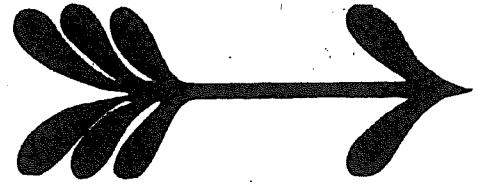
*Welch geharnischtes Wort  
An wen haben wir unsere Ängste verkauft  
Und an wen die andere Seite  
Ihren Stacheldraht?  
Ich tausche Dir meinen Säbel  
Gegen Deine Krücke  
Pflüge für Heerscharen  
Werte zu Lügen  
Verkaufen sie mir Ihre Utopie?  
Rien déjà vu!  
Faites notre jeu!  
Oder wissen sie was besseres?*

*Gerhard Leixl*

## Die Brücke

*Ich kenne eine Brücke  
Sie setzten den ersten Stein  
Ich weiß nicht mehr wo es begann  
An der Donau oder am Rhein  
Munter spannte sich der Bogen  
Bis unter das Himmelszelt  
Und jeder hätte gelogen  
Der behauptet, das kostet kein Geld  
In eifriger Euphoria  
Schritt das Werk wohl zügig voran  
Doch Jesus Maria  
Die Physiognomia  
Entlarvt den latenten Tyrann!  
Von beiden Ufern begonnen  
Die Arbeit war mühvoll und schwer  
Ohn' Unterlass schienen die Sonnen  
Die Statik gab nichts mehr her  
Vereint war die Mühe, der Stolz  
Wer es kann, mach' sich seinen Reim  
Die einen hatten das Holz  
Die anderen hatten den Leim  
Einer, der ließ sich nicht blenden  
Von zunehmend einig Gewähr  
Ein Reisender sah die zwei Enden  
Er lebt nun schon lange nicht mehr  
Trotz aller Schwüre Insbrunst  
Sah er das Gebilde nicht eben  
Zur Vereinigung drängt  
Am Gelde hängt  
Das Leben!  
Die einen konnten nicht sehen  
Die anderen spürten nicht mehr  
Der wichtigste Stein für den Bogen,  
Der Schlußstein  
War allen zu schwer*

*Gerhard Leixl*



*Motto: „In fernem Land, unnahbar euren Schritten...“*

(R. Wagner, „Lohengrin“, III/3)

### A) Mitteleuropa — ein Versuch einer Versuchung.

Leda hat — vermutlich — dem zudringlichen Schwan irgendwann etwas erwidernd. Und Elsa dem Lohengrin, bevor er seinerseits den Schwan zur Weiterfahrt buchte. Verwirrung schwant mir. Da lauert er, der stabreimende Richard, womöglich als venezianischer Leu getarnt (denn wo du stirbst, dort laß dich ruhig nieder!)... Oder bläst — blaßblondblauäugig nunmehr jede mit jedem ins selbe Horn? (Man vergebe, mir scheint die Alliteration abhanden gekommen zu sein! Gottlob, hol er sie mir wieder!) Obenerwähnte Leda (in Plüscher und wohl auch mitunter un-gehalten), mag nun, sich dem Wust antiken Schwanensees entwringend, durchaus guter Dinge sein. Und auch Elsa bringt manch Hübsches über den herzerfrischend roten Mundrand (etwa: „Was er verbirgt, wohl brächt' es ihm Gefahren, / vor aller Welt, spräch' es hier aus sein Mund“). Und eins sind die früher geteilten Staaten. Doch — was hat das mit uns, mit Mitteleuropa zu tun?

Hat es überhaupt?

Und was ist Mitteleuropa?

Es hat. — „Es gibt törichte Wiener, die sich mit dem Zerfall des alten großen Österreich-Ungarn abgefunden haben, sich mit dem winzigen Restreich-Österreich bescheiden, die „froh sind“, nichts mehr vom gemischtsprachigen Kreisgericht in Trautenau zu hören, dem viel umstrittenen Sandschak und Trentino. Wie das alles hinter uns liegt! Als wäre es nie gewesen“, schreibt Roda Roda in seiner Meister-Humoreske „Die Gans von Podwolotschyska“. Wie das alles hinter uns liegt. Liegt es wirklich hinter uns? Oder doch auch vor — ?

### B) Mitteleuropa — ein Gewinn. Für wen?

Leda und Lust — Lust und Laune — Schuld und Sühne. Von Stabreim ist sogar wieder die Rede (und Widerrede), Richard W. erbarmt sich unser. Auch Elsa deklariert sich schier. Ihr Satz hat Wiedervereinigungs-Format: „Wie soll ich Ärmste glauben, / dir g'nüge meine Treu?“

Wir sitzen eng im Boot, im selben. Und ergo: Lauter Ruderer. Und wähnen uns auf der Hoch-See der neuen Zeiten.

Es scheint angezeigt, sich den Kompaß — bei aller politischen Großwetterlage

(oder: Groß-Vettern-Lage?) — gründlich anzusehen. Ja, ihn sich einzuverleiben. Immerhin — wir machen uns auf die Wette mit den Wellen. (Das ist kein Druckfehler in Richtung Wahlen. Oder Quallen etc. Und überhaupt.)

Doch noch immer beugt sich, wie kostend, Zeus über Leda. Ihr schwant Böses. Sein Schwanenhals wendet sich. Zeus als Wendehals also? Wie wende-halsbrecherisch. Solches hörend, wird der Götter-Über-Vater selbstredend von der Leda ziehen (o Welch ein Kalauer!)... Doch was hat Zeus mit Mitteleuropa im Sinn?

### C) Mitteleuropa — Paradies des Mittelmaßes?

„Ach, dich an mich zu binden, / wie sollt' ich mächtig sein?“ Man darf Elsen, der Wagner-Heroine, ihren Ausspruch — auch wenn er auf's erste Hinhören nicht eben besonders geistreich wirkt — nicht verdenken. Die Gute hat nachgerade viel Böses erdulden müssen. Und daß Richard W. allem Anschein nach wenig (oder nichts) von Voodoo gewußt hat, mag Ortruden vor entsprechendem Schaden bewahrt haben, wäre Elsens Geduldsfaden endlich gerissen... Apropos Voodoo: Die Nadelstiche, nicht in wächserne Püppchen, sondern in diverse politische Richtungen — vornehmlich vom früheren Westen in den früheren Osten — versetzt, lassen zumindest für ein „neues“ Europa nicht durchaus Gutes ahnen. Und für ein „neues“ Mittel-Europa? Kaufkraft und Käuflichkeit werden Hieb- und Stichworte. Erste Inter-Essenskonflikte vor dichten Rolladen. Ehemalige DDR-Literaten, die plötzlich kaum mehr (West-)Mark(t)wert haben, Ausverkauf sogar auf dem Seelen-Sektor.

Ich weiß, wenn wir von Mitteleuropa sprechen, denken wir eher alpen-adriatisch. Von Triest aufwärts, der Südbahn (Gott hab' sie selig!) entlang. Ein bißchen auch noch ungarisch und vielleicht süddeutsch. Ob das aber letztlich das Mittel-Europa zum Zweck sein kann? Ob es nicht doch besser wäre, großräumiger zu formulieren? Und — quasi als Eintübung — im kleineräumigen Bereich Vorurteile auszuräumen. Denn Slavko, der Haumeister, hat nicht mehr oder weniger Slivo-Fahne als der Hausherr (nennen wir ihn Müller). Und ist „esterreichischer Staatenbürger“. In der Tat, auch wenn's sprachlich nicht ganz Burgtheaterreife hat, was er sagt.

### D) Mitteleuropa — die Chance.

Ich weiß nicht so recht, was Chancen

sind. Daher bin ich persönlich solchen gegenüber vorsichtig. Sie haben etwas von Hab-Seligkeiten an sich, nicht wahr? Zugegeben, wenn — wie in Österreich nicht selten der Fall — die Großeltern noch aus der Bukowina, ein Teil der Verwandschaft aus Galizien oder ein paar Onkeln aus dem Karst kommen: Dann hat Mitteleuropa eine persönliche Dimension. Da gibt's keine Natio-Ba-Nalitäten... Aber wenn einem vielleicht eine Tante in Bukarest schmachtet — noch immer, oder dem Cousin irgendwo anders alles weggenommen worden ist, dann — — Ja, dann fällt es nicht ganz so leicht, an den Wechsel in den politischen Verhältnissen zu glauben. Und Sorge bereitet wohl auch der etwas überfallsartige „Um-Schwung“ in den Dingen — besonders in den ehemals zwei Deutschländern. Neuanfang — schön und gut, aber wie? Von den Ketten direkt und mit Hui in die Disketten? Im großen Land, wo jetzt die Kohlsprossen treiben?

### E) Mitteleuropa — Zu-Land mit Hintertürl.

„Wir leben hier“, sagen die Leute in und um San Francisco, „obwohl wir wissen: Das große Erdbeben kommt...“ Und tatsächlich rüttelt es sie auch alle zwei, drei Monate ordentlich durch. Doch: „Wer hier lebt, weiß, daß er in einem der schönsten Länder der Welt lebt. Sterben muß man überall!“ Haben die Kalifornier mehr Mut als wir? Oder ist's Über-Mut? Sind sie offener, leben sie in keinem Zu-Land...? Oder schwimmen wir tatsächlich nur im geistigen Erbe wie in einem zu groß ausgefallenen Swimmingpool? Jubeln unsere Nobelpreisträger (von früher) zu Lobelpreisträgern hoch, vergessend, daß ihrer viele vormals in die Emigration oder in den Tod gehetzt wurden. Und würden uns vermutlich auch gern einen Marzipanabguß des Brandenburger Tors anfertigen.

Solcherart durch's Hintertürl Mittel-europa nach Europa vorstoßend. Prost. Mahlzeit.

### POSTSCRIPTUM:

Leda darf natürlich nicht im Regen stehen, allein. Sie, des Zeus' Gespielin, muß unbedingt (und wenn nur im entfernten Denken) eingebunden werden ins Mitteleuropäische. Und auch Elsa (plus Lohengrin und Schwan) paßt schließlich in unser Schema. Denn immerhin stehen sie ja am Beginn dieses satircums.

## Das PROJEKT MITTELEUROPA im Josef-Krainer-Haus

Das „Projekt Mitteleuropa“ begann im Herbst 1987 unter dem Protektorat von Stadtrat Dipl.-Ing. Helmut Strobl und unter der Leitung von Mag. Rembert J. Schleicher seine Arbeit. Eine kleine Arbeitsgruppe setzte sich zum Ziel, die Mitteleuropadebatte auch für die Steiermark fruchtbar zu machen. Gleich zu Beginn wurde vereinbart, das Projekt mit der Herausgabe eines politicum-Heftes abzuschließen. Mitteleuropäische Erkundungsfahrten in kleinen Gruppen (bis zu neun Personen) und Veranstaltungen in loser Folge waren die wichtigsten Aktivitäten der Projektgruppe. Es ging dabei nie um bücherne Wissen, sondern um konkretes Begreifen und Erfahren. Eine kommentarlose Auflistung der Fahrten und Veranstaltungen macht Tendenz und Absicht des Projektes nochmals deutlich:

18. 10. 1987: Gespräch mit Artur Hajnisz (Warschau) über „Opposition in Polen heute“.  
29. 10. 1987: Gaspar Miklos Tamas (Budapest): „Das Erbe der Doppelmonarchie und die gegenwärtige Teilung Europas“.  
30. 10. — 2. 11. 1988: Pioniersfahrt in das jugoslawische und rumänische Banat (Belgrad, Vrsac, Reschitz, Temesvar).  
29. 11. 1988: Taras Kermauner (Ljubljana): „Für ein neues Modell des Zusammenlebens in Mitteleuropa“.  
13. 12. 1988: Lesung Walter Prettenhofer: „Das Wohnen ist kein Ort — Winter in Rumänien: Texte und Zeichen aus Siebenbürgen und dem Banat“.  
25. 1. 1989: Zoran Djindjic (Belgrad) und Zdzislaw Piotr Gwóźdż (Wien): „Jugoslawien — ein Staat in Gärung“.  
21. — 23. 4. 1989: Erkundungsfahrt nach Südwęstungarn (Pécs).  
26. 6. 1989: Diskussion mit Vertretern des Bundes Junger Demokraten FIDESZ: „Die aktuelle politische Entwicklung in Ungarn“.  
9. 10. 1989: Emil Brix (Krakau/Wien): „Vorwärts! Nach Europa zurück! — Ein Plädoyer gegen den kulturellen Binnenmarkt“.  
27. — 10. 10. 1989: Erkundungsfahrt nach Slowenien (u.a. Gespräch mit Lojze Peterle), Triest und Görz (Istituto per gli incontri Culturali Mitteleuropai).  
27. — 29. 3. 1990: Symposium „Polen 1990. Eine Bestandsaufnahme“, mit Referaten von Artur Hajnisz, Kazimierz Woycicki, Wojciech Kostrzwa und anderen.  
27. 3. — 20. 4. 1990: Fotoausstellung Tomasz Tomarzewski „Die letzten Juden in Polen“; bei der Vernissage jiddische Musik mit „10 saiten und 1 bogen“ (Linz).  
Im Juni 1990 begannen die Arbeiten für das vorliegende Heft des „politicum“ über die Zukunft Mitteleuropas. Mit dem Mitteleuropafest am 12. Jänner 1991, bei dem dieses Heft präsentiert wird, findet das PROJEKT MITTELEUROPA im Josef-Krainer-Haus seinen sinnensfälligen Abschluß und wartet zugleich auf vielfältige Fortsetzung.

## Neujahrsgrüße aus Prag

1991

LEDEN
7 14 21 28
1 8 15 22 29
2 9 16 23 30
3 10 17 24 31
4 11 18 25
5 12 19 26
6 13 20 27

ÚNOR
4 11 18 25
5 12 19 26
6 13 20 27
7 14 21 28
1 8 15 22
2 9 16 23
3 10 17 24

BŘEZEN
4 11 18 25
5 12 19 26
6 13 20 27
7 14 21 28
1 8 15 22 29
2 9 16 23 30
3 10 17 24 31

DUBEN
1 8 15 22 29
2 9 16 23 30
3 10 17 24
4 11 18 25
5 12 19 26
6 13 20 27
7 14 21 28



KOLÍKRAŤ VÁM TO MÁM OPAKOVAT, ĖLOVĒČE: NE VÝCHODNÍ! STŘEDNÍ!! STŘEDNÍ EVROPA!

88

KVĚTEN	ČERVEN	ČERVENEC	SRPEN	ZÁŘÍ	ŘÍJEN	LISTOPAD	PROSINEC
6 13 20 27	3 10 17 24	1 8 15 22 29	5 12 19 26	2 9 16 23 30	7 14 21 28	4 11 18 25	2 9 16 23 30
7 14 21 28	4 11 18 25	2 9 16 23 30	6 13 20 27	3 10 17 24	1 8 15 22 29	5 12 19 26	3 10 17 24 31
1 8 15 22 29	5 12 19 26	3 10 17 24 31	7 14 21 28	4 11 18 25	2 9 16 23 30	6 13 20 27	4 11 18 25
2 9 16 23 30	6 13 20 27	4 11 18 25	1 8 15 22 29	5 12 19 26	3 10 17 24 31	7 14 21 28	5 12 19 26
3 10 17 24	7 14 21 28	5 12 19 26	2 9 16 23 30	6 13 20 27	4 11 18 25	1 8 15 22 29	6 13 20 27
4 11 18 25	8 15 22 29	6 13 20 27	3 10 17 24 31	7 14 21 28	5 12 19 26	2 9 16 23 30	7 14 21 28
5 12 19 26	9 16 23 30	7 14 21 28	4 11 18 25	1 8 15 22 29	6 13 20 27	3 10 17 24	8 15 22 29
6 13 20 27	10 17 24 31	8 15 22 29	5 12 19 26	2 9 16 23 30	7 14 21 28	4 11 18 25	9 16 23 30
7 14 21 28	11 18 25	9 16 23 30	6 13 20 27	3 10 17 24 31	8 15 22 29	5 12 19 26	10 17 24 31

Die Karte hat uns Thomas Götz aus Prag geschickt.

Die Übersetzung:

„Wie oft hab' ich Ihnen das schon gesagt, Mensch: Nicht Ost! Mittel!! — Mitteleuropa!“

Zeichnung von Miroslav Bartók, Děčín

# AUTOREN DIESER NUMMER

## Atilla ARA-KOVACS

Geboren in Rumänien, 1983 ausgewiesen, Verlagslektor und freier Journalist in Budapest

## Anzelm BÁRÁNY

FIDESZ — Bund der jungen Demokraten, Budapest

## Mag. Gerhard W. BAUMGARTNER

Historiker, Mitarbeiter der Außenpolitischen Redaktion des ORF, Wien

## Mag. Dr. Wolfgang BENEDEK

Universitätsdozent, Institut für Völkerrecht und Internationale Beziehungen an der Universität Graz

## Dr. Emil BRIX

Generalkonsul der Republik Österreich in Krakau

## Dr. Erhard BUSEK

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, Wien

## Miro CERAR

Universitätssassistent, Juridische Fakultät der Edward-Kardelj-Universität in Ljubljana

## Dr. Fritz CSOKLICH

Chefredakteur, Kleine Zeitung, Graz

## Dr. Gerhard FELTL

Geschäftsführer der EXPO Vienna AG

## Dr. Konrad GINTHER

Universitätsprofessor, Institut für Völkerrecht und Internationale Beziehungen, Universität Graz

## Alexandra GÖBHART

Historikerin und freie Journalistin, Graz

## Dr. Thomas GÖTZ

Redakteur der Kleinen Zeitung, dzt. in Prag

## Fabjan HAFNER

Schriftsteller, Übersetzer, Universitätslektor an der Universität Graz

## Dr. Bernhard HOFFMANN-WELLENHOF

Universitätsprofessor, Technische Universität Graz

## Herwig HÖSELE

Chefredakteur der Wochenzeitung „Die Steirische“; Pressereferent des steirischen Landeshauptmannes

## Janisz HORVATH

Freischaffender Grafiker in Budapest; studierte in Leipzig an der Hochschule für Grafik und Buchkunst. Ausstellungen in Berlin, Budapest, Krakau, Leipzig, Halle, Dresden

## Dr. Hubert ISAK

Universitätssassistent, Institut für Völkerrecht und Internationale Beziehungen an der Universität Graz

## Dr. Gottfried KELLERMAYR

Koordinator des Landes Steiermark für die Weltausstellung Wien — Budapest

## Alena KLEINOVA

Freie Journalistin in Budweis, CSFR

## Dr. Zoran KONSTANTINOVIĆ

Universitätsprofessor für vergleichende Literaturwissenschaft an der Universität Innsbruck

## Dr. Josef KRAINER

Landeshauptmann von Steiermark

## Mag. Josip KREGAR

Universitätssassistent an der Juridischen Fakultät der Universität Zagreb, Jugoslawien

## Prof. Richard KRIESCHE

Bildender Künstler, Graz

## Florian KUNTNER

Weihbischof der Erzdiözese Wien, Vorsitzender der österreichischen Kommission Iustitia et Pax

## Gerhard LEIXL

Freischaffender Künstler, Radkersburg und Wien

## Dr. Wolfgang MANTL

Universitätsprofessor, Institut für Öffentliches Recht, Politikwissenschaft und Verwaltungslehre an der Universität Graz

## Dr. Joseph MARKO

Universitätssassistent am Institut für Öffentliches Recht, Politikwissenschaft und Verwaltungslehre an der Universität Graz

## Dr. Manfred PRISCHING

Universitätsdozent, Institut für Soziologie an der Universität Graz

## Dr. Willibald POSCH

Universitätsprofessor, Institut für Bürgerliches Recht an der Universität Graz

## Dr. Reinhard RACK

Universitätsprofessor, Institut für Öffentliches Recht, Politikwissenschaft und Verwaltungslehre an der Universität Graz

## Gábor ROSZIK

Pastor, erster freigewählter Abgeordneter des ungarischen Parlaments, Gödöllö

## Mag. Rembert J. SCHLEICHER

Geschäftsführer des Kirchlichen Kontaktbüros EXPO, Wien

## Bernd SCHMIDT

Leiter der Kulturredaktion der Kronen-Zeitung und Schriftsteller, Graz

## Dr. Ivan SIMONOVĆ

Universitätssassistent an der Juridischen Fakultät der Universität Zagreb, Jugoslawien

## Dipl.-Ing. Helmut STROBL

Kulturstadtrat in Graz

## Prof. Dr. Józef TISCHNER

Prälat, Universitätsprofessor an der Jagiellonischen Universität und an der Päpstlichen Theologischen Akademie in Krakau, Präsident des Instituts für die Wissenschaft vom Menschen in Wien

## Dr. Elisabeth WELZIG

Redakteurin der Kleinen Zeitung, Graz

## Dr. Heimo WIDTMANN

Universitätsprofessor, Technische Universität Graz

Redaktion dieses Heftes:

Dr. Wolfgang BENEDEK

Mag. Rembert J. SCHLEICHER

Grafische Gestaltung:

Janisz HORVATH

